Zwischen London und Moskau

Joachim von Ribbentrop

Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen

Joachim von Ribbentrops Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen

sind als einziges aus Hitlers unmittelbarem Kreis hinterlassenes, in der Nürnberger Gefängniszelle geschriebenes Memoirenwerk ein historisches und literarisches Dokument besonderer Art. Schon bei der Regierungsbildung 1933 hat Ribbentrop mitgewirkt, sein erstes außenpolitisches Gespräch mit Hitler führte er wenige Wochen später, das letzte, über das in diesem Buch berichtet wird, Ende April 1945! Dazwischen liegen zwölf Jahre umstürzender weltpolitischer Entwicklungen, an denen Ribbentrop zunächst als außenpolitischer Berater Hitlers, dann als Botschafter, schließlich als Reichsaußenminister mitgewirkt hat. Mit fast allen bedeutenden Politikern der Epoche hat er über entscheidende Fragen verhandelt – von Barthou, Baldwin, Vansittart, Churchill, Mussolini, Stalin und Molotow werden ebenso neue und überraschende Äußerungen berichtet wie von Hitler. Erfüllt von der ganzen Spannung des umwälzenden Geschehens enthüllt dieses Buch ein umfassendes Bild der Kräfte und Gegenkräfte, mit denen sich das erstarkende Deutschland nach 1933 in der Weltpolitik auseinanderzusetzen hatte, wobei es schließlich unterlag – aus Gründen, die Ribbentrop in ruhigem Rückblick 'sine ira et studio' untersucht. Für jeden historisch und politisch interessierten Leser sind Ribbentrops Memoiren ein Quellenwerk ersten Ranges – es gibt in der Weltliteratur nur wenig andere Zeugnisse bedeutender Epochen, die so unmittelbar aus dem Bereich der Entscheidungen berichten und aus eigener Kenntnis die Zusammenhänge und Motive darstellen. Das in der Nachkriegsliteratur viel umstrittene Bild des Verfassers selbst erfährt durch seine, von jedem Verteidigungsdenken freie, sachlich abgewogene und doch lebhaft-interessante Darstellung eine neue Beleuchtung, die in den ergreifenden letzten Briefen menschliche Bestätigung findet.

Der Titel „Zwischen London und Moskau“ wurde gewählt, weil er nicht nur die Hauptstationen des politischen Wirkens Ribbentrops bezeichnet, sondern auch die Problematik der Außenpolitik des Dritten Reiches umreißt.

DRUFFEL-BÜCHER

NEUERE TITEL:

Professor Dr. Friedrich Grimm
Mit offenem Visier
Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts
Ganzleinen DM 16.50

Dr. Rütger Essén
Sven Hedin
Ein großes Leben
Ganzleinen DM 16.50

Martin Lüders
Der Soldat und das Reich
Paul von Hindenburg
Generalfeldmarschall und Reichspräsident
Ganzleinen DM 12.60

Helmut Sündermann
Die Pioniere und die Ahnungslosen
Skizzen amerikanischer Vergangenheit und Gegenwart
Ganzleinen DM 14.80

Fordern Sie bitte ein vollständiges Verlagsverzeichnis und die neuesten DRUFFEL-MITTEILUNGEN kostenlos an!

DRUFFEL-VERLAG

Leoni am Starnberger See

JOACHIM VON RIBBENTROP

ZWISCHEN LONDON UND MOSKAU

Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen

Aus dem Nachlaß herausgegeben von

ANNELIES VON RIBBENTROP

DRUFFEL-VERLAG

LEONI AM STARNBERGER SEE

Bilder: Ullstein-Bilderdienst Berlin (2)
Helmut Laux Frankfurt (4)

1961
Alle Rechte vorbehalten · © 1953 by Druffel-Verlag · Satz, Offsetdruck und Bindearbeiten: Graphische Betriebe Dr. F. P. Datterer & Cie - Inh. Sellier - Freising · Printed in Germany

VORBEMERKUNG DES VERLAGES

Die in diesem Band zusammengefaßten Niederschriften sind in ihrem ersten Teil als „Erinnerungen" von Joachim von Ribbentrop während des Nürnberger Prozesses in seiner Zelle niedergeschrieben worden. Weitere Darstellungen fanden sich im Nachlaß. Auch Auszüge aus Briefen konnten zur Vervollständigung herangezogen werden. Zusätze der Herausgeberin sind durch *Kursivschrift* gekennzeichnet.

Der Titel „Zwischen London und Moskau" wurde gewählt, weil er nicht nur die Hauptstationen des politischen Wirkens Ribbentrops bezeichnet, sondern auch die Problematik der Außenpolitik des Dritten Reiches umreißt.

Der Verfasser verfügte am 23. September 1946, daß der Buchausgabe seiner Erinnerungen die Widmung vorausgesetzt wird:

Meiner über alles geliebten tapferen Frau

gewidmet

Joachim von Ribbentrop

INHALT

Lebensweg 1893—1933 7
Adolf Hitler 36
Deutsche Gleichberechtigung 51
London 94
Reichsaußenminister 124
Moskau 171
Kriegsausbruch 187
Außenpolitik im Kriege 205
Bruch mit Rußland 226
Nürnberger Aufzeichnungen 269
Ursachen des Zusammenbruches — Zur Judenfrage — Freiwillige Verantwortung — „Zeugen" und „Dokumente" — Gericht und Urteil 1946 — Abschließende Bemerkungen
Aus den letzten Briefen 303
Dokumenten-Anhang 307
I. Die Mission Lord Runcimans in britischer Sicht (Bericht des tschechoslowakischen Gesandten Osusky). II. Gemeinsame Erklärung des britischen Premierministers und des deutschen Führers und Reichskanzlers vom 30. September 1938. III. Die Politik des Präsidenten Roosevelt (Berichte der polnischen Botschafter Potocki und Lukasiewicz). IV. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter am 26. März 1939. V. Die deutschen Vorschläge August 1939. VI. Affidavit vom 15. Oktober 1946
Namenverzeichnis 328

LEBENSWEG 1893–1933

In Wesel, einer kleinen Garnisonstadt am Rhein, Festung vergangener Zeiten, wurde ich am 30. April 1893 geboren. Mein Vater war Premierleutnant in einem Artillerieregiment, meine Mutter die Tochter eines Gutsbesitzers aus dem Sächsischen.

Meine Familie stammt von dem Hofe Ribbentrup bei Salzuflen im Detmoldischen. In den letzten Jahrhunderten waren fast alle meine Vorfahren Juristen und Soldaten. Ein Ahn unterschrieb für den Grafen Lippe den Westfälischen Frieden.

Mein Urgroßvater sprang in der Revolution 1848 in schwerer Stunde dem Herzog von Braunschweig bei. Dieser vergaß ihm das nicht. Der Großvater war Braunschweiger Artillerist und führte im 70er Krieg die Braunschweigische Batterie in einer historischen Phase der Schlacht bei Mars-la-Tour. Er wurde dafür mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet. Mein Vater erhielt diese Auszeichnung für sein tapferes Verhalten bei der Selbstaufopferung der Vorhut der 49. Reserve-Division im Ersten Weltkrieg, als er die Führung dieser Vorhut übernahm und dadurch zum berühmten Durchbruch bei Brzeziny mit beitrug.

Da mein Vater bald nach meiner Geburt nach Kassel versetzt wurde, habe ich den Rhein als Kind nicht gesehen. Trotzdem hat es mich in späteren Jahren immer wieder an den Rhein gezogen und jedesmal habe ich ein seltsames Gefühl der Verbundenheit empfunden, so, als sei dieser unver-

gleichliche Strom meine eigentliche Heimat. Der Zauber des Rheins nahm mich stets von neuem gefangen – ob es bei einer Fahrt auf den schönen Rheindampfern im Kreise der Familie meines Schwiegervaters Henkell war oder ob ich später bei den Besuchen Adolf Hitlers vom Balkon des Hotels Dreesen in Godesberg die großartige Landschaft betrachtete.

Als der englische Premierminister Chamberlain im September 1938 in Godesberg war und die Verhandlungen zwischen ihm und dem Führer nicht gut liefen, habe ich mich in einer Verhandlungspause an das Rheinufer gesetzt und aus dem Anblick des Stromes meine Ruhe und Kraft wiedergefunden.

Das letztemal sah ich den Rhein 1945 als Gefangener der Anglo-Amerikaner auf unserem Fluge von Mondorf nach Nürnberg.

*

Meine ersten Kindheitserinnerungen stammen aus Wilhelmshöhe bei Kassel, wohin mein Vater als Hauptmann zur Führung der dort stationierten reitenden Feldartillerie-Batterie versetzt worden war. Wilhelmshöhe ist das berühmte Kaiserschloß, in dem 1870 nach der Kapitulation von Sedan Kaiser Napoleon III. gefangen saß. Sitten und Zeiten ändern sich – heute steckt man besiegte souveräne Regierungen ins Zuchthaus.

Das Schloß ist weithin erkennbar durch das Herkules-Denkmal mit seinen weltberühmten Kaskaden, deren Wasser sich aus großen Höhen in den Schloßsee ergießen und dort in Gestalt einer riesigen Fontaine ihre Kräfte vereinigen – ein Wunderwerk von Natur und Kunst. Ich sah sie zum erstenmal bei einem Besuch Kaiser Wilhelms II. Der Kaiser kam fast in jedem Frühjahr zur Erholung nach Wilhelmshöhe.

Meine Eltern wohnten in der sogenannten Kaiserwache, einem roten Haus an der Auffahrt zum Schloß. Bei Anwesenheit des Kaisers wurde unten die Wache besetzt. Meine erste

Erinnerung hängt hiermit zusammen. Während die Wache zum Präsentieren vor dem Kaiser unter das Gewehr trat, stellten wir Jungen – mein Bruder Lothar und ich – uns zu den präsentierenden Grenadieren und präsentierten mit unseren Holzsäbeln tapfer mit. Als der Kaiser einmal unmittelbar an der Wache vorüberkam, sah er uns und lachte aus vollem Halse. Wir haben mit unserer ernsten unerbittlichen Miene sicher sehr komisch gewirkt. Der wachhabende Leutnant aber empfand das Vorkommnis als einen Schimpf für seine Soldaten. Kaum war der Kaiser vorbei, kam der Leutnant mit seinem Säbel hinter uns her und nur durch schleunige Flucht um die Ecke in unsere anschließende Gartenwildnis konnten wir uns vor dem Zorn des Gewaltigen retten.

Auch eines Besuches König Eduards VII. von England bei seinem kaiserlichen Neffen in Wilhelmshöhe, entsinne ich mich genau. Die große Sorge des Hofmarschalls war es, ob der Viererzug der Lippizzaner das nicht unerhebliche Körpergewicht des erlauchten Briten mit seinem Neffen die starke Anhöhe zum Schloß in schlankem Trabe werde hinaufbefördern können. Stundenlang wurde geprobt; und als die beiden Monarchen kamen, sahen wir – natürlich wieder präsentierenden – Jungen sie schneller entschwinden als es unserer jugendlichen Neugier lieb war. Die Beiden zu betrachten, interessierte uns deshalb so besonders, weil mein Vater bei Tisch gesagt hatte, daß Onkel und Neffe sich nicht schätzten und feindlich zueinander ständen. Wir stellten uns natürlich vor, daß sie sich wahrscheinlich prügeln würden und ich weiß noch heute, wie enttäuscht wir waren, als die beiden gekrönten Häupter ruhig plaudernd an uns vorüberfuhren. Das war meine erste Berührung mit der Weltpolitik, deren spätere Entwicklung schon bei diesem Besuch ihre Schatten vorauswarf.

*

Mein Vater, den ich in meinem späteren Leben so sehr verehrte, war damals für uns nur der gestrenge Herr, den wir mehr fürchteten als liebten. Dagegen ist meine Erinnerung an die Mutter mit ebensoviel Liebe wie Wehmut und Trauer gepaart. Meine Mutter trug damals schon den Keim der Krankheit in sich, der sie dann einige Jahre später erlag. Wir drei Kinder – mein älterer Bruder, mit dem mich ein enges Bruderverhältnis verband und meine um einige Jahre jüngere Schwester – liebten unsere Mutter sehr. Sie war ebenso wie mein Vater hochmusikalisch und spielte wunderbar Klavier. Stundenlang mußte sie mir vorspielen, während ich wie gebannt in einer Ecke saß und immer nur wieder hören und hören wollte. Meine Mutter war rührend in ihrer Liebe und Bereitwilligkeit, meine ewigen Bitten zum Vorspielen zu erfüllen. In ihren letzten Lebensjahren haben wir Kinder unsere Mutter nur noch krank gekannt und wenig gesehen, weil sie uns nicht anstecken wollte.

Von Kassel wurde mein Vater als Major zum 34. Feldartillerie-Regiment nach Metz versetzt. Metz war damals eine der größten Garnisonen des Reiches und stand in gewaltigem Kontrast zu dem idyllischen Wilhelmshöhe. Mein Vater sah sich plötzlich aus der Stellung eines alleinherrschenden Batteriechefs in einen großen militärischen Schmelztiegel geworfen – einem Schmelztiegel mit all seinen Vorzügen und Nachteilen und seinen Fallstricken, seinen kleinen und großen Intrigen. Zu den militärischen kamen noch die politischen hinzu, die sich aus der besonderen Situation der erst seit 1870 dem Reich wieder angeschlossenen sog. Reichslande Elsaß-Lothringen ergaben. Es hieß damals allgemein, daß ein Stabsoffizier sich in Metz schnell entweder die Qualifikation zum General oder den „blauen Brief“ – d. h. den Abschied – holen könne. Mein Vater gehörte zu den letzteren, allerdings erhielt er keinen blauen Brief, sondern schickte ihn von sich aus dem Militärkabinett des Kaisers.

In Metz standen damals zahlreiche Infanterie-Regimenter und außerdem mehrere Regimenter Artillerie und Kavallerie. Den Befehl über die Garnison führte der Kommandierende General des XVI. Armeekorps, der alte Graf Haeseler. Dieser war nicht nur einer der bedeutendsten Generale der deutschen Armee, sondern auch bei Freund und Feind eine populäre Persönlichkeit. Die Franzosen nannten ihn mit Achtung „le vieux Comte“. Wenn er in seiner alten abgetragenen Uniform – alles an ihm war ungewöhnlich spartanisch – mit gekrümmtem Rücken irgendwo zu Fuß oder zu Pferd auftauchte, erschien er uns Jungen zunächst gar nicht als glänzender Feldherr. Wenn er dann aber näher kam, und wir seine scharfen Falkenaugen sahen, zogen wir unwillkürlich unsere Mützen und blickten ihm mit scheuer Bewunderung nach. Später – im Ersten Weltkrieg – wurde oft gesagt, daß die Schlacht an der Marne und damit der ganze Krieg vielleicht anders verlaufen wären, wenn Haeseler damals noch hätte führen können.

Mein Vater hielt viel von den militärischen Fähigkeiten des alten Grafen und schätzte ihn auch persönlich. Bei den jüngeren Offizieren war er manchmal weniger beliebt; Haeseler hatte nämlich u. a. die unangenehme Eigenschaft, bei besonders festlichen Anlässen – etwa am Faschingsdienstag – Nachtalarm zu befehlen. Das gesamte Offizierskorps mußte sich dann innerhalb weniger Minuten aus zarten Banden lösen und die Faschingskostüme mit Marschstiefeln vertauschen.

Graf Haeseler wurde später durch den General Stötzer abgelöst, dessen Adjutant mein Vater mehrere Jahre hindurch war. Nachfolger Stötzers nach dessen Tode wurde der General von Prittwitz, ein entfernter Verwandter meiner späteren Stiefmutter. Prittwitz war es, der zu Beginn des Ersten Weltkrieges lieber in defensiver Kriegsführung Ostpreußen preisgegeben, als im Westen Truppen abgezogen sehen wollte. Ob seine strategische Gesamtauffassung richtig oder falsch war – darüber streiten sich die Militärkritiker noch heute.

Mein Vater galt allgemein als ein Stabsoffizier mit großer Zukunft. Militärisch hoch qualifiziert war er eine ausgesprochene Persönlichkeit, ein gerader offener Charakter. Er neigte leicht zur Schroffheit, aber er hatte ein Herz von Gold. Klug, außerordentlich belesen, politisch und auch künstlerisch stark interessiert, war er in seinen Ansichten unbestechlich und von einem ausgeprägten Selbständigkeitsgefühl. Wenn meinem Braunschweiger Großvater das Wort „Handschlag oder Degenstich" als charakteristisch für seinen Umgang mit Menschen nachgesagt wurde, so hatte mein Vater zweifellos manches von dieser Eigenschaft geerbt. So treu er seinen Freunden bis über den Tod hinaus war, so wenig nahm er Feinden gegenüber ein Blatt vor den Mund.

Wegen der Krankheit meiner Mutter lebten wir ziemlich zurückgezogen in der Metzer Vorstadt Queuleu, wo die Luft angeblich besser war. Für uns Jungen begann dann der Ernst des Lebens auf dem Lyzeum. Zu Hause berichtete ich anfangs stolz über meine schulischen Heldentaten, die mich zweifellos unter den fünfzig Schülern der Klasse zu Weihnachten als einen der Besten qualifizieren würden. Groß war die Enttäuschung, als ich dann ganz anderswo hinkam, nämlich den 32. Platz erhielt. Noch ärger war die Reaktion zu Hause in Gestalt einer tüchtigen Tracht Prügel. Damals habe ich mir geschworen in Zukunft mit Voraussagen über eigene Leistungen sehr vorsichtig zu sein!

Die Tracht Prügel war freilich lange nicht das Schlimmste. Ich fieberte schon seit Wochen dem Weihnachtsfest entgegen, denn es war durchgesickert, daß ich eine Geige bekommen sollte. Aber nun bekam ich die Geige nicht. Mein Vater wollte ein Exempel statuieren! So wurde es für uns alle, besonders für unsere gute kranke Mutter, eine traurige Weihnacht. Ich habe mich später oft gefragt, ob es richtig ist, daß Eltern ihre Kinder so hart bestrafen. Sicher erschien das meinem Vater nach den Auffassungen der damaligen Zeit konsequent und

erzieherisch richtig, aber ich habe meinen eigenen Kindern gegenüber nie so handeln können.

Zu Ostern kam ich dann doch unter die Besten der Klasse und bekam meine Geige. Von diesem Augenblick an hatte in den folgenden Jahren die Musik den ersten Platz in meinem Herzen. Ich bekam bald Unterricht durch einen Schüler des großen Geigers Josef Joachim und mit knapp dreizehn Jahren spielte ich zum ersten Male in einem Konzert der Metzer Musikschule. Ernstlich habe ich mich damals mit dem Gedanken beschäftigt, Violinist zu werden.

Meinen ganzen Lebensweg hindurch hat mich meine Geige begleitet. Sie hat mir unendlich schöne Stunden geschenkt. Immer war sie mein treuer Kamerad, sie hat mich nie im Stich gelassen – was man, wie Nürnberg zeigt, nicht immer von Menschen sagen kann. Stets habe ich bei ihr Klarheit gefunden. Ob ich als Junge aufkommende Leidenschaften zu bändigen hatte, ob ich beim Tode meiner Mutter Trost für diesen schwer zu verwindenden Verlust suchte, ob ich im verschneiten Blockhaus in den Urwäldern Kanadas mein und meiner Kameraden einsames Leben durch den Klang der Geige zu verschönern trachtete oder später im Feldquartier in Ostpreußen in der Sorge um den Ausgang des Krieges Kraft für meine schwere Arbeit brauchte – stets war meine Geige mir zur Seite.

Bald nach unserer Übersiedlung nach Metz starb meine Mutter – am 28. Februar 1902. In ihrer Heimat in Groitsch, einem der Güter des Großvaters Hertwig, auf denen wir Kinder unvergeßlich schöne Ferien mit Ponies und Jagden verbrachten, haben wir sie begraben. Bald nach dem Tode der Mutter zogen wir in die Innenstadt von Metz, wo mein Vater ein schönes Haus aus der Empirezeit in der Belle-Ile-Straße mietete, dicht beim sogenannten Pulvergarten, dem sommerlichen Treffpunkt der Metzer Offiziersgesellschaft.

Nach der Wiederverheiratung meines Vaters mit Olga-

Margarete von Prittwitz und Gaffron gab es viel Geselligkeit in unserem Hause, dem meine liebe, uns treu umsorgende Stiefmutter mit großem Geschick vorstand. Der Hang meines Vaters zur Politik trat in dieser Zeit immer mehr zu Tage. Er war ein großer Verehrer Bismarcks und seinerzeit auch des jungen Kaisers. Die Entlassung des Kanzlers aber bedeutete für ihn eine große Enttäuschung. Sowohl die Außenpolitik Wilhelms II. als auch die militärische Personalpolitik, in die mein Vater als Adjutant des Kommandierenden Generals einen tiefen Einblick erhielt, wurden dann von ihm immer kritischer beobachtet.

Seiner Art entsprechend machte mein Vater aus seinen Auffassungen kein Hehl; sogar mit uns Jungen sprach er darüber. Meine ersten Einblicke in politische Geschehnisse stammen aus dieser Zeit.

Gelegentlich muß wohl die ablehnende Haltung meines Vaters auch Berliner Stellen zu Ohren gekommen sein – es entstand für ihn eine schwierige Situation. Ich weiß, daß er plötzlich über Nacht aus eigenem Entschluß seinen Abschied einreichte und zwar ohne den allgemein üblichen Antrag, daß man ihm das Tragen der Regiments-Uniform auch weiterhin gestatte. Dieser plötzliche Abschied erregte in Metz großes Aufsehen. Ich entsinne mich noch eines Besuches des Kommandierenden Generals in unserem Hause, der vergeblich versuchte, meinen Vater von seinem Entschluß wieder abzubringen.

Mit diesem Ereignis endete unser Aufenthalt in Metz, der für meinen Bruder und mich auch deshalb sehr lehrreich war, weil wir durch unsere Mitschüler in enge Berührung mit unseren westlichen Nachbarn kamen; die französischen Einflüsse in Metz waren in jener Zeit noch sehr stark. Auch unsere Eltern unterhielten zu französischen Familien freundschaftliche Beziehungen, die sich auf mich übertrugen und nicht nur die beiden Weltkriege, sondern auch den Zusammenbruch überdauert haben. Zahlreiche kurze Fahrten mit meinem Vater

in das nahe Frankreich gaben mir schon als Kind einen Einblick in das Leben der französischen Provinz.

Wenn ich mich in meinem späteren Leben mit der französischen Kulturwelt besonders verbunden fühlte, so ist das auch auf diese frühen Eindrücke zurückzuführen, die dann später durch einen längeren Aufenthalt mit meinem Bruder auf der höheren Handelsschule in Grenoble vertieft wurden. Unsere französischen Sprachkenntnisse wurden dabei vervollkommnet.

In Metz spielte für uns Jungen der Sport, vor allem das Tennis eine besondere Rolle. Wir brachten es immerhin so weit, daß wir in einem Offiziersturnier den ersten Platz gewinnen konnten. Sehr frühzeitig kam bei uns auch die Liebe zum Pferd zum Durchbruch, die wir von unserem Vater, der ein großer Pferdenarr war, geerbt hatten.

*

Nach seiner Verabschiedung entschloß sich mein Vater, mit der Familie in die Schweiz überzusiedeln; wir lebten dann eineinhalb Jahre in Arosa. Diese Zeit nannte mein Vater die glücklichste seines Lebens. Im Winter stieg er mit uns auf Skiern in den Bergen herum oder wir fuhren zusammen Bobsleigh. Unser Bobsleigh „Meteor" mit dem Vater an der Bremse, einem englischen Reverend und einer Engländerin als Beifahrer und mir am Steuer, wurde bald bekannt und wir gewannen schon im ersten Winter viele Rennen. Im Sommer wanderte der Vater mit uns durch die Schweizer Alpen und erzählte uns dabei manches von seinen Erfahrungen im Leben und auch von seinen Auffassungen über die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands.

Wenn wir mit unserem Vater über unsere eigene Zukunft sprachen, waren wir uns klar, daß wir niemals Soldat werden würden. Sowohl mein Bruder wie auch ich hatten stark den Drang in die Weite. Wir wollten die Welt sehen und erhielten

das Einverständnis unseres Vaters, uns in Süd- oder Ostafrika anzukaufen. Für eine solche Zukunft war die Beherrschung der englischen Sprache von besonderer Bedeutung. Wir erhielten Unterricht durch einen englischen Hauslehrer, der uns während unseres Schweizer Aufenthaltes ein ziemlich gutes Englisch beibrachte. Er führte uns auch in die englischen Klassiker ein und machte uns mit englischer Lebensart vertraut.

Am sportlichen Leben der damaligen Schweiz beteiligten sich besonders die Engländer und Kanadier. So kam es, daß wir mit vielen Engländern bekannt wurden und uns mit einer kanadischen Familie eng befreundeten. Wir beiden Jungen empfanden für eine junge Kanadierin eine Sympathie, die später einmal mitbestimmend werden sollte für meinen und meines Bruders mehrjährigen Aufenthalt jenseits des Atlantik.

Im Jahre 1909 – ich war gerade 16 Jahre alt – lud eine befreundete englische Familie meinen Bruder und mich zu einem Aufenthalt in London ein. Wir wollten in einer Londoner Schule unsere Kenntnisse des Englischen vervollständigen und uns für den späteren kaufmännischen Beruf vorbereiten. Wir lebten im Hause eines bekannten englischen Arztes in South Kensington und haben dort fast ein Jahr verbracht. Die rührende Sorgfalt, die der im Ersten Weltkrieg gefallene Dr. Grandage und seine Schwester uns Brüdern angedeihen ließ, werde ich nie vergessen.

Mein erster Eindruck von London war gewaltig: Das also war die Stadt des großen Shakespeare, das London Dickens' und Sherlock Holmes' und das London, von dem – wie mein mit Blücher befreundeter Vorfahr berichtete – der alte Marschall Vorwärts anläßlich eines Besuches bei dem Herzog von Wellington begeistert ausgerufen haben soll: „A good city to loot!“ Dieser Vorfahr, Friedrich von Ribbentrop, war Generalintendant und ist u. a. dadurch bekannt geworden, daß er die Quadriga des Brandenburger Tores, die Napoleon nach Paris

hatte bringen lassen, wieder nach Berlin zurückholte. Er war auch für die Verpflegung der Blücherschen Armee in Frankreich verantwortlich, die – wie damals üblich – aus dem Lande zur Verfügung gestellt werden mußte. Die witzigen Pariser erfanden ein heiteres Wortspiel auf den Namen dieses Generalintendanten, indem sie erklärten, er verlange für seine Soldaten: „riz, pain – trop“ (zuviel Reis und Brot).

Gleich am ersten Tag unseres Londoner Aufenthaltes bin ich mit meinem Bruder stundenlang auf dem Oberdeck der Londoner Omnibusse von einem Ende der Stadt zum anderen herumgefahren. Wir konnten uns nicht satt sehen an dem ungeheueren Verkehr und an der Geschäftigkeit dieser Weltstadt. London Bridge, der Tower und dann die Londoner City vor dem Mansion House – niemals hätten wir Jungen es für möglich gehalten, daß es eine solche ungeheure Masse von Omnibussen, Automobilen, Lastwagen und Pferdefuhrwerken geben könnte. Die Souveränität, mit der einige wenige Polizisten, meist Iren, diesen Verkehr bewältigten, war imponierend. Wir spürten hier im wahrsten Sinne des Wortes den Pulsschlag der Welt. Welche Erfahrungen, welcher Einfluß, welch großes Kapital und welche weltumspannende Tüchtigkeit mußten dazu gehören, um ein solches Leben in Gang zu halten.

In meinen späteren Diskussionen mit Adolf Hitler habe ich oft daran denken müssen und es ihm auch gesagt, wie sehr ich bedauerte, daß er nie von Mansion House aus gesehen habe, was das britische Empire bedeutet. Man wirft mir heute vor, daß ich ihn in englischen Fragen falsch beraten und behauptet hätte, die Engländer seien schwach und degeneriert. Das Gegenteil ist richtig: Ich habe in meinen Gesprächen mit Adolf Hitler ihn immer wieder auf die gewaltige Macht dieses Imperiums und auf die absolut heroische Einstellung seiner führenden Schicht hingewiesen – davon wird später noch zu sprechen sein.

In London haben mein Bruder und ich auch die ersten Einblicke in das Leben der englischen Gesellschaft bekommen. Ich muß gestehen, daß die nonchalante Art der Engländer uns damals außerordentlich zusagte, Menschen mit denen sich herrlich plaudern ließ. Daß die führenden Engländer alles andere als leichtlebig und bei aller scheinbar bequemen Lebensart sehr ernste, fleißige Arbeiter sind – das erlebte ich später geschäftlich und noch mehr in der Politik. Als ich London nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1920 wiedersah und in dem kleinen Browns Hotel abstieg, war mir die Stadt noch so vertraut, als ob ich sie eben erst verlassen hätte.

*

An einem schönen Herbsttag des Jahres 1910 fuhr ich von London kommend mit einem der großen Dampfer der White-Star-Linie in den großen Lorenzstrom Kanadas ein. Wir passierten die berüchtigte Quebecer Brücke, die bei ihrem Bau einige Jahre vorher eingestürzt war. Dieses Unglück hatte vielen Menschen das Leben gekostet, die zum Teil im Eisengestänge eingeklemmt in der aufkommenden Flut ertrinken mußten. Ein Schiffsoffizier, der dieses Unglück miterlebt hatte, erzählte uns furchtbare Einzelheiten. Einige Jahre später habe ich dann an dem Wiederaufbau der Brücke selbst mitgearbeitet.

Nach kurzem Aufenthalt in Quebec fuhren wir nach Montreal weiter, wo uns unsere kanadischen Freunde mit großer Herzlichkeit aufnahmen. Gekommen war ich zunächst nur zu einem Besuch, geblieben bin ich vier Jahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Wäre ich damals in Kanada geblieben, was durch meine Dienstuntauglichkeit möglich war, wie hätte sich mein Leben dann gestaltet? Sicher säße ich heute nicht in Nürnberg. Aber möchte ich alles missen, was das Leben mir seitdem an Schönem und Großem geschenkt hat!

Nachdem ich mich etwas akklimatisiert hatte, gewöhnten mir meine kanadischen Freunde zunächst die – wie sie sagten – „Londoner Allüren“ durch allerlei Schabernack gründlich ab. So fand ich beispielsweise meinen typisch englischen Carrè-Mantel jeden Tag auf dem Golfplatz mit Steinen gefüllt, bis ich mich schließlich schweren Herzens von ihm trennte. Oder ich wurde bei der Ankunft in irgendeiner Gesellschaft mit vielen blasierten „How do you do's“ und „Don't you know's“ empfangen. Die Kanadier waren Old England treu, aber sie fühlten durch und durch kanadisch und hatten ihren eigenen Lebensstil. Ich habe meine vielen kanadischen Freunde sehr gerne gemocht und dieses Gefühl hat sich auch heute, nachdem wir uns in den zwei Weltkriegen als Feinde gegenüberstanden, nicht geändert. – In und nach dem Ersten Weltkrieg habe ich noch von vielen dortigen Freunden gehört; immer wieder schrieben sie mir – während des Krieges über neutrale Länder –, ich sollte doch nach Friedensschluß zurückkommen. Aber nach dem schweren Erlebnis des Ersten Weltkrieges war ich doch wieder zu sehr mit meiner Heimat verwachsen, als daß ich sie jetzt hätte verlassen können. Auch später in Berlin und als Botschafter in London habe ich oft alte kanadische Freunde und Bekannte wieder gesehen, die meine jungen Jahre zwischen 17 und 21 in diesem gastfreien Lande menschlich so reich und schön gestaltet hatten.

Kürzlich las ich eine Schmähschrift, die ein ehemaliger Angehöriger des Auswärtigen Amtes, jetzt Emigrant in New York – der s. Zt. in meinem Haus in Dahlem verkehrte – gegen mich herausgegeben hat. In dieser Schrift ist alles unwahr, mit Ausnahme der Tatsache, daß ich kein Antisemit bin. Meine kanadischen Freunde hatten sich geweigert, dem Verfasser etwas über mich und meine ehemaligen Beziehungen zu ihnen mitzuteilen.

Bald nach meiner Ankunft in Montreal trat ich als Clerk in eine Bank ein und blieb dort anderthalb Jahre. Man hatte

mir gesagt, „banking“ sei das Fundament des kanadischen „business“ – gerade das wollte ich lernen. So verbrachte ich zwei Winter und einen Sommer in Montreal und wurde mit dem Leben dieser größten kanadischen Stadt nach jeder Richtung hin vertraut; mit der ernsten Geschäftigkeit, den Vergnügungen, den oft wilden Pokerpartien, dem Sport, Tennis, Rugby und vor allem dem berühmten kanadischen Eishockey.

Nach meiner Lehrzeit in der Bank trat ich in ein Bauunternehmen für Brücken und Eisenbahnanlagen ein und diese Tätigkeit führte mich nach Quebec. In dieser kleinen Stadt alter französisch-kanadischer Kultur erhielt ich zunächst Arbeit als „Car-checker“ beim Wiederaufbau der Quebecer Brücke. Anschließend habe ich an dem Bau der National Transcontinental Railway mitgearbeitet und die ganze Härte und Rauheit kanadischen Pionierlebens kennengelernt. Auch den kanadischen Urwald erlebte ich in seiner Größe und Schönheit, aber auch in seiner Furchtbarkeit. Es gibt wohl wenig Berufe, die härtere Anforderungen stellen, aber gleichzeitig für einen jungen Menschen so lehrreich sind wie die Arbeit in einem solchen Unternehmen in Kanada. Aus dieser Tätigkeit wurde ich plötzlich durch eine schwere Erkrankung herausgerissen. Ich hatte mir durch infektiöse Milch eine Nierentuberkulose zugezogen, die zur Entfernung einer Niere führte.

Nach längerem Krankenlager und kurzem Aufenthalt in der Heimat bin ich nach meiner Rückkehr aus Deutschland zunächst einige Monate in New York geblieben. Durch einen Zufall hatte ich Verbindung zu einer einflußreichen New Yorker Familie erhalten, mit der ich mich befreundete. Ich war damals zwanzig Jahre alt. Während der New Yorker Zeit habe ich einen, wenn auch nur oberflächlichen, so doch aufschlußreichen Einblick in das hastige Getriebe dieser großen amerikanischen Geschäftszentrale bekommen. Einige Monate schrieb ich als „daily reporter“ für eine Anzahl Zeitungen und dieser

vielleicht aufregendste aller Berufe hat mir mehr als alles andere einen Einblick in die amerikanische Psyche vermittelt, ihren Drang nach Handlung, Neuigkeit und Sensation. Es war eine kurze, aber eine der interessantesten Erinnerungen aus meiner amerikanischen Zeit.

Ich hatte von Anfang an die Absicht gehabt, wieder nach Kanada zu gehen und ich folgte der Einladung eines Freundes nach Ottawa, um dort mein erstes Glück als selbständiger Unternehmer zu versuchen. Da mir ein Teil des Vermögens meiner Mutter zur Verfügung stand, waren die Aussichten nicht schlecht.

Das gesellschaftliche Leben der kanadischen Hauptstadt hatte einen Charme eigener Art. Der Mittelpunkt war Rideau Hall, die Residenz des Generalgouverneurs, die in der Person des Herzog von Connaugth, des Bruders König Eduards VII. damals einen besonders würdigen Repräsentanten der englischen Krone zum Hausherrn hatte. Die Herzogin war eine deutsche Prinzessin, Margarete von Preußen, Tochter unseres „Roten Prinzen“ aus dem 70er Krieg. / Durch den Vater eines Freundes, den Obersten Lordrichter von Kanada, wurde ich nach Rideau Hall mitgenommen. Manche schöne Stunde habe ich im Hause dieses englischen Grandseigneurs und seiner Gattin, die zu mir als Deutschem sehr liebenswürdig war, und ihrer schönen Tochter Patricia, der späteren Lady Patricia Ramsay, verbracht. Auch meine Geige kam hier gelegentlich zu ihrem Recht. Den alten Herzog habe ich später während meiner Botschafterzeit in London wiedergesehen. Als nunmehr schon Achtziger erinnerte er sich in liebenswürdigster Weise mancher kleinen gemeinsam erlebter Episode aus jenen Tagen. /

Die Ottawaer Gesellschaft, die sich um das Government House gruppierte, bestand aus den Familien der Regierungsfunktionäre, Minister, Richter, Offiziere und tonangebender Männer der Geschäftswelt. Zu den Empfängen und Festlich-

keiten wurden alle großen Familien aus dem ganzen Land nach Rideau Hall eingeladen.

In jener Zeit habe ich schon als junger Mann mit Bewunderung festgestellt, in welch geschickter Weise es England versteht, seinen Dominions zwar völlige Selbständigkeit zu lassen, sie aber doch – und eigentlich nur durch die Person des Generalgouverneurs – in allen Fragen dem Mutterland eng verbunden zu halten. Von dem berühmten Lord Strathcona der Hudson Bay Co. an sind bis zum heutigen Tage eine Anzahl der führenden erfolgreichsten kanadischen Familien, alte und neue, der englischen Krone durch eine „Peerage" oder eine „Knighthood" verbunden. Die geschäftlichen Interessen sind ebenfalls auf vielen Gebieten mit England und anderen Dominions eng verknüpft. Aus diesem Grund wurde in Ottawa 1932 die neue große Handelscharta des Britischen Imperiums proklamiert. Gewiß sind die geschäftlichen Beziehungen mit den USA eng, aber treu steht Kanada nach wie vor zum Commonwealth.

Weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg war in Kanada populär, trotzdem hat es die englische Politik erreicht, daß die Kanadier in beiden Kriegen ihre Söhne ohne Zögern für das englische Mutterland einsetzten. Das Gleiche war in den anderen Dominien der Fall. Dieses feste Zusammenhalten des Commonwealth ist die große Funktion des englischen Königshauses und eines der Geheimnisse des britischen Empiresystems, das organisch gewachsen und aufgebaut auf die Erfahrung von vielen Generationen ein Meisterwerk von Organisation und Regierungskunst schlechthin darstellt.

Oft habe ich Adolf Hitler von diesen Beobachtungen und vom Aufbau des britischen Imperiums erzählt und vor allen Dingen auf die meisterhafte Art hingewiesen, mit der die Briten es verstehen, das in den alten Adelsgeschlechtern verkörperte Prinzip der Kontinuität mit dem in dem jungen Adel verkörperten Prinzip der Tüchtigkeit und Leistung zu einer

harmonischen Einheit, geschart um den Mittelpunkt der Krone, zu verschmelzen. Wenn ich ihm diese Verhältnisse schilderte, hörte er stets mit besonderem Interesse zu und ich glaube, bei einem anderen Verlauf der Ereignisse hätte er manches von diesen Einrichtungen übernommen. Ob es allerdings jemals in Deutschland wieder eine Krone gegeben hätte, weiß ich nicht. Jedenfalls hat mir Adolf Hitler in den Jahren 1933 und 1934 mehrmals gesagt: „Alles für ein deutsches Kaiserhaus."

Im Sommer 1933 frühstückten wir zusammen mit Adolf Hitler allein im Kaiserhof. Mit viel Nachdruck und großer Wärme sprach Hitler darüber, daß er die Hohenzollernmonarchie wieder errichten wolle; er deutete an, daß er dabei an den Sohn des Prinzen August Wilhelm denke. Schon bei der Feier in der Potsdamer Garnisonkirche war aufgefallen, daß auf der für die kaiserliche Familie reservierten Tribüne der mittlere Sessel für den Kaiser frei geblieben war. Auch der französische Botschafter Francois Poncet hatte das bemerkt. (Francois Poncet: „Als Botschafter in Berlin", Mainz 1949 Seite 107.)

*

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges setzte meinem Aufenthalt in Kanada ein jähes Ende. Ich habe mich in diesem Lande unendlich wohl gefühlt und hätte immer dort bleiben können, aber ich war doch ganz Deutscher geblieben. Nie fühlte ich dies mehr, als in den Juli-Augusttagen 1914. Magnetisch zog es mich nach der Heimat. Meine Freunde sagten mir zwar bei der englischen Kriegserklärung, man werde mich „Krüppel" mit einer Niere in Deutschland doch nicht zum Wehrdienst annehmen. Aber ich hatte das Gefühl, daß der kommende Krieg schwer sein, und daß jeder Mann zu Hause gebraucht werde. Noch am selben Abend fuhr ich aus Ottawa über Montreal nach New York.

Das war am 4. August 1914. Mein in Kanada liegendes Vermögen, meinen schwerkranken Bruder, die geschäftlichen Möglichkeiten, die sich damals gerade für mich eröffnet hatten, viele Freunde und ein junges Mädchen, mit dem ich mich verloben wollte, ließ ich zurück, um eine höchst unsichere Heimreise zu riskieren; dabei wußte ich noch nicht einmal, ob man mich Kriegsuntauglichen zu Hause überhaupt gebrauchen konnte.

In New York angekommen erfuhr ich zunächst, daß kein Schiff uns Deutsche befördern wolle; die Engländer ließen deutsche Reisende nicht passieren. Schließlich blieb nichts anderes übrig, als es zu versuchen, und so fuhr ich mit einigen hundert deutschen Landsleuten am 15. August auf dem holländischen Dampfer „Potsdam" der Rotterdam-Linie von New York ab.

Auf dem Schiff ging es lustig und patriotisch zu. Siegesmeldungen kamen, ein Generalstabsoffizier hielt Lagevorträge, Lieder wurden gesungen und Pläne geschmiedet. Alles tat, als ob wir schon zu Hause wären. Ich teilte freilich diesen Optimismus nicht und glaubte, daß die Engländer ein ganzes Schiff mit deutschenReservisten nicht einfach passieren lassen würden. Ich stellte fest, daß ein Freund, der Artillerieleutnant in Metz war und einen Schweizer Paß besaß, als Kohlentrimmer auf dem Schiff arbeitete, und machte mit ihm zusammen für alle Fälle ein Versteck im Kohlenbunker aus.

Als wir uns der englischen Küste näherten, wurde es wesentlich stiller an Bord – bald erschien ein englisches Torpedo-Boot und Matrosen mit aufgepflanztem Seitengewehr kamen an Bord. In den Kabinen warteten wir fieberhaft der Dinge, die da kommen sollten. Das Schiff nahm seine Fahrt wieder auf. Als wir aber merkten, daß es seinen Kurs zur englischen Küste hin veränderte, war es endgültig um unsere gute Stimmung geschehen. Kurze Zeit später – es war gegen Abend – warfen wir vor Falmouth an der schönen Küste von Cornwall

Im Ersten Weltkrieg

Anker. Am nächsten Morgen erschien ein Offizier des Britischen Intelligence Departement an Bord und ließ durch den holländischen Kapitän verlautbaren, daß alle Deutschen als Kriegsinternierte an Land gebracht würden.

Jetzt mußte jeder versuchen, für sich selbst durchzukommen. Ich für meinen Teil ging zunächst an Deck, um zu rekognoszieren. Dabei stieß ich ausgerechnet mit dem englischen Intelligence Offizier zusammen – und wir kamen ins Gespräch! Ich sprach englisch damals wohl ziemlich fehlerlos und der Captain gehörte zu den vielen Engländern, die für einen Fremden, der ihre Sprache beherrscht, eine gewisse Sympathie empfinden. Jedenfalls gab ein Wort das andere, und als ich sagte, ich käme aus Kanada, stellte sich heraus, daß der Captain früher Adjutant des Generalgouverneurs Herzog von Connaught gewesen war und viele Bekannte in Ottawa hatte, mit denen ich noch kürzlich zusammen war. Nun wurde mir mein Geständnis wesentlich leichter: Ich sei Deutscher, besäße kein Visum, müsse aber unbedingt nach Deutschland zurück. Natürlich sprach ich nicht davon, daß ich trotz meiner Dienstuntauglichkeit Soldat werden wolle, – sonst hätte Captain Wally wahrscheinlich doch gezögert. So aber einigten wir uns dahin, daß ich auf dem Schiff bleiben könne; er drückte mir seinen Stempel in die Papiere: „Passed by Military Authorities".

Doch sollte die schwerste Prüfung erst kommen: Nachdem alle meine deutschen Freunde das Schiff hatten verlassen müssen, hieß es, daß auch die übrigen Passagiere – Ärzte und Neutrale – vor der Weiterfahrt zunächst an Land gebracht werden würden. Es war mir klar, wenn ich erst einmal in Falmouth wäre, dann telegrafiere man nach Kanada, wo ich als Deutscher bekannt war und behielt mich da. Schon in New York hatte ich davon gehört, daß sensationslüsterne Blätter in Kanada in der Psychose der ersten Kriegstage eine dramatische Geschichte über die „Flucht des Spions Ribbentrop"

erfunden hatten. (Das unsinnige Märchen – was hätte es schon damals für einen Deutschen in Kanada zu „spionieren" gegeben – wurde während des Krieges in verschiedenen Zeitungen wiederholt mit dem beruhigenden Zusatz, daß ich schließlich gefaßt und in Kingstown interniert worden sei!)

Wenn ich also mit der „Potsdam" weiterfahren wollte, mußte schnell gehandelt werden. Wir übrig gebliebenen Passagiere wurden im Salon des Schiffes unter Bewachung eines mir als deutschfreundlich bekannten Stewards gehalten. Diesem drückte ich ein paar Goldstücke in die Hand mit der Bitte, mich zu meinem Freund in den Kohlenbunker des Schiffes zu bringen. Der Steward benutzte einen günstigen Augenblick und brachte mich nach unten. Schließlich wurde ich an einem wenig erfreulichen Ort hinter Bunkerkohlen verstaut. Hier blieb ich, bis die „Potsdam" in die Scheldemündung einfuhr, dann schlich ich mich zu einem schnellen Bad in meine Kabine. Überraschenderweise fand ich dort mein ganzes Gepäck völlig unberührt, wie ich es vor Tagen verlassen hatte. Aber ich erfuhr auch, daß man das ganze Schiff nach mir, dem verschwundenen Passagier durchsucht hatte. Als wir dann im Zug durch Holland fuhren, erlebte ich noch die letzte Überraschung dieser ereignisreichen Heimreise: In meinem Abteil erschien der freundliche Steward, der mich zum Kohlenbunker gebracht hatte, stellte sich als deutscher Offizier vor und händigte mir meine Goldstücke wieder aus.

Ein unbeschreibliches Glücksgefühl empfand ich, als ich auf deutschem Boden stand. Für meine Eltern in Naumburg bedeutete meine Ankunft die größte Überraschung. Mein Vater rüstete sich gerade zur Übernahme eines Kommandos aus. Nach kurzem Aufenthalt meldete ich mich als Kriegsfreiwilliger bei den 12. Husaren in Torgau. In diesem Regiment hatte mein Großvater mütterlicherseits während des 70er Krieges gestanden. Die große Frage, ob man mich annehmen würde, löste sich überraschend einfach: es gelang mir

die gefürchtete medizinische Untersuchung zu umgehen, und aus dem Kanadier wurde ein blauer Husar.

Am ersten Tage meines Rekrutendaseins beging ich den unverzeihlichen Fehler, auf die Frage meines gestrengen Wachtmeisters zu behaupten, daß ich selbstverständlich reiten könne – immerhin hatte ich seit meinen Jugendjahren auf Pferden gesessen. Für den Wachtmeister bedeutete meine Behauptung eine Blasphemie; unverzüglich wurde mir eine Extra-Reitstunde und ein unbeschreiblicher Gaul zudiktiert. Ich fiel so oft herunter, daß ich schließlich selbst glaubte, noch nie geritten zu sein. Alte Kavalleriewachtmeister haben ihre eigene Art mit Grünschnäbeln umzugehen, wenn es sich um die geheiligte Militär-Reitkunst handelt! Später habe ich mich dann mit dem Gestrengen um so besser vertragen.

Vier Wochen nach meinen Eintritt in Torgau ging der erste Nachschub zum Frontregiment ab. Ich wurde aber noch nicht für würdig gehalten, nach so kurzer Ausbildungszeit mit auszurücken. Sicher, meinte ich, würde der Krieg beendet sein, ehe wir fertig ausgebildet wären! Ich habe mit diesem Regiment den Krieg im Osten und später im Westen – unterbrochen von einigen Verwundungen und einer schweren Erkrankung – bis zum Frühjahr 1918 mitgemacht. Nach meiner letzten Verwundung im Sommer 1917 erhielt ich das EK I; heute trägt mein ältester Sohn diese Auszeichnung in der vierten Generation unserer Familie.

In den handschriftlich hinterlassenen Erinnerungen meines Mannes heißt es an dieser Stelle: „Über meine Kriegserlebnisse werde ich gesondert sprechen." Zu einer solchen Niederschrift ist es nicht mehr gekommen.

Während des Krieges wurde ich aktiver Offizier und als solcher – nachdem ich nicht mehr frontverwendungsfähig war – im April 1918 als Adjutant zum Bevollmächtigten des Kriegsministeriums nach der Türkei geschickt. Dort lernte

ich den Krieg von einer anderen Seite kennen. Die Tätigkeit des Bevollmächtigten des Kriegsministeriums bestand von Anfang an darin, festzustellen, ob und wie man die Türkei durch Kriegsmateriallieferungen kampffähig erhalten könne. Als ich in Konstantinopel eintraf, bestanden schon starke Strömungen, die auf eine Distanzierung von den Mittelmächten hinarbeiteten. Im Laufe des Sommers nahmen diese Tendenzen so bestimmte Formen an, daß ich nach Berlin in das Kriegsministerium zur mündlichen Berichterstattung geschickt wurde.

In der Reichshauptstadt herrschte eine seltsame Stimmung. Einer der Herren der Zentralabteilung des Kriegsministeriums, bei dem ich mich meldete, fand meinen Bericht so wichtig, daß ich einige Stunden später zum Kriegsminister von Stein, einem ehemaligen Vorgesetzten und guten Bekannten meines Vaters, zum persönlichen Vortrag befohlen wurde. Ich wurde aber höchst ungnädig empfangen. Die Möglichkeit einer Unzuverlässigkeit des türkischen Bundesgenossen einem jungen Leutnant gegenüber zuzugeben, war der Kriegsminister offenbar nicht gesonnen, er unterbrach alsbald meinen Vortrag und fragte mich – nach den deutschen Schulen in der Türkei! Etwas frostig, wenn auch mit Grüßen für meinen Vater wurde ich entlassen.

Mir schien es damals, daß man in Berlin eine unverantwortliche „Vogel-Strauß"-Politik gegenüber der Türkei und dem ganzen Balkan treibe, denn auch aus Bulgarien lagen ähnliche bedenkliche Nachrichten vor. Als ich einem Bekannten in der Zentralabteilung meine Befürchtungen zum Ausdruck brachte, erwiderte dieser mit großem Ernst, daß man im Kriegsministerium ganz andere Sorgen habe. In Berlin verbargen sich damals etwa zwanzigtausend Deserteure von der Westfront. Aus innerpolitischen Gründen wagte man nicht, gegen sie einzuschreiten und sie festzunehmen. Mir stockte der Atem und ich sah darin – mehr als in allem anderen – die ersten Anzeichen einer kommenden Niederlage. Aber wie konnte ich als junger Leutnant helfen? Ich hatte den brennenden Wunsch irgendwie mitzuwirken, das drohende Unheil abzuwenden und war tief enttäuscht, daß ich keinen Zugang zu anderen maßgeblichen Stellen hatte, um über die wahre Lage bei unseren Verbündeten berichten zu können. Ich kam mir ungeheuer wichtig, aber auch ebenso hilflos vor, und ich verfluchte das Schicksal, das mir nicht erlaubte, etwas Entscheidendes zu tun.

Später erst, im Zweiten Weltkriege, sollte es mir klar werden, vor welch hoffnungslosem Unterfangen ich damals stand, und wie schwer es selbst für einen Außenminister ist, in kritischen Phasen Einfluß zu nehmen, um den Dingen eine andere Wendung zu geben. Wenn die Kriegsfurie einmal entfesselt ist, denken die entscheidenden Faktoren auf beiden Seiten nur noch an eines: an den totalen Sieg.

Als dann im November 1918 die deutsche Niederlage Wirklichkeit wurde und die Nachricht kam, der Kaiser sei außer Landes gegangen, brach für uns junge Offiziere eine Welt zusammen. Ich sehe es noch vor mir: während des gemeinsamen Mittagessens erhielt mein Vorgesetzter, Major Meier, ein Telegramm, er las es, wurde kreidebleich und reichte es mir wortlos weiter: „Wilsons 14 Punkte, Waffenstillstand, der Kaiser in Holland, Revolution." Der Erste Weltkrieg war verloren.

Nach Internierung auf der asiatischen Seite der Türkei, nächtlichen Fahrten über den Bosporus, um die Akten des Kriegsministeriums vor den Feinden zu bergen (wobei mir schwedische Freunde unvergeßliche Hilfe leisteten), nach einem Versuch über Rußland nach Deutschland zu gelangen, nach Straßenkämpfen in Odessa und der Rückkehr nach Konstantinopel, glückte schließlich die Heimkehr über Italien.

Als ich mich nach kurzem Aufenthalt in meinem Elternhause im Kriegsministerium zurückmeldete, wurde ich dem

General von Wrisberg für die Vorbereitung der Friedenskonferenz zugeteilt.

Berlin nach der Revolution! Die Stadt bot ein Bild stärkster Gegensätze. Die Alten stritten sich, das Schiebertum blühte, und die Jungen suchten in einem Taumel von Vergnügungen ihren vierjährigen heroischen, aber anscheinend zwecklosen Einsatz im Kampf für Deutschland zu vergessen. Wir Offiziere empfanden es als besonders entwürdigend, daß wir die Achselstücke mit blauen Armstreifen vertauschen mußten. Unter den Politikern stand die Zersplitterung und die Uneinigkeit, dieses anscheinend unausrottbare deutsche Erbübel, in vollster Blüte. Ich lernte in jener Zeit Menschen aus den verschiedensten Lagern kennen und erhielt einen besonderen Einblick in die ungeheueren Schwierigkeiten, die der Konsolidierung der jungen Republik entgegenstanden. Es gab damals plötzlich sehr viel Juden, die sich auf zahlreichen Gebieten in großer Geschäftigkeit und nicht immer erfreulicher Form politisch, wirtschaftlich und kulturell betätigten. Gerechter Weise muß ich aber auch sagen, daß ich in dieser Zeit viele jüdische Familien kannte, die genau so dachten wie meine streng national eingestellten Freunde und ich und ebenso unter der Niederlage litten, wie wir alle.

Daß all die angewandte Mühe der sogenannten Friedenskommission, die auf deutscher Seite die kommende Friedenskonferenz vorzubereiten hatte und der ich zugeteilt war, völlig vergeblich sein sollte im Frühjahr 1919, ahnte noch niemand von uns. Eines Tages mußte ich mich bei General von Seeckt, den ich schon von Konstantinopel her kannte, melden und sollte mit ihm nach Versailles fahren. Dazu kam es nicht. Als wir den Vertragstext in Berlin erhielten, habe ich ihn in einer Nacht durchgelesen und dann weggeworfen in der heiligen Überzeugung, daß es keine deutsche Regierung geben könnte, die so etwas unterschreiben würde. Außenminister Graf v. Brockdorff-Rantzau trat zurück, aber unterschrieben wurde dann doch.

Wenn ich noch geschwankt hätte, ob ich aktiver Soldat bleiben sollte, so war diese Frage jetzt entschieden. Ich nahm meinen Abschied und wurde wieder Kaufmann.

*

Der Entschluß in die Wirtschaft zu gehen, war leicht zu fassen gewesen, denn ich hatte mir in den Jahren meines Aufenthaltes in den englisch-sprechenden Ländern gründliche kaufmännische Kenntnisse angeeignet. Dennoch traf ich zunächst auf mehr Schwierigkeiten, als ich erwartet hatte. In Deutschland traute man auf kaufmännischem Gebiete einem verabschiedeten Husarenoberleutnant offenbar nichts Rechtes zu und gegen amerikanische Erfahrungen im Geschäftsleben war man damals nicht weniger mißtrauisch.

Trotzdem fand ich bereits im Frühsommer 1919 in der Berliner Filiale einer alten Bremer Baumwollimportfirma ein geeignetes Betätigungsfeld. Die Schwierigkeiten, denen ich anfangs begegnete, hatten mich nicht abgeschreckt, sondern meinen Vorsatz nur gefestigt. Tatsächlich brachte ich es auch bald dazu, daß mir von den Inhabern der Firma Vollmachten eingeräumt wurden und als mir einige günstige Transaktionen gelungen waren, erwarb ich mir in zunehmendem Maße das Vertrauen meiner Chefs, die sich mir gegenüber in echter Hanseatenart von großzügigster Seite zeigten.

Das war für mich von besonderer Bedeutung, weil mein kanadisches Vermögen verloren war und mein Vater in der beginnenden Inflationszeit infolge einer größeren Schweizer Schuld für meinen kranken Bruder in eine ernste finanzielle Lage geriet. Ich konnte ihm helfen und sogar sein Naumburger Haus retten. Damit waren allerdings meine ganzen ersten Verdienste dahin, aber die rührende Liebe, mit der mir mein Vater das nie vergessen hat, war mir der schönste Dank.

Noch in das Jahr 1919 fiel ein großes Ereignis, es sollte für

mein ganzes Leben bestimmend werden. Während eines Erholungsaufenthaltes in Bad Homburg lernte ich bei einem Tennisturnier Annelies Henkell, meine spätere Frau, kennen. Im folgenden Jahr, am 5. Juli 1920, heirateten wir.

Über fünfundzwanzig Jahre unermeßlichen Glückes und unsere „Fünf", unsere drei Söhne und zwei Töchter, hat mir meine Frau geschenkt. Ob es jemals soviel Liebe, Freude und inniges Verbundensein zwischen zwei Menschen, auch im Leide gegeben hat, wie wir es gemeinsam erlebt haben? Ist das nicht schon mehr, als ein Sterblicher vom Schicksal Gutes verlangen darf?

Ende April 1945 wollte meine Frau zu mir nach Berlin fliegen und nur ein kategorisches Verbot des Führers hat dies verhindert. Im Juli 1945 hätten wir unsere Silberhochzeit feiern können; ich befand mich in amerikanischer Gefangenschaft in Mondorf, über den Verbleib von Frau und Kindern hatte ich keine Nachricht.

*

Geschäftlich trat im Jahre 1920 an mich die Frage heran zwischen Bremen und Berlin zu wählen. Die Firma meines Schwiegervaters Henkell hatte mir für ihren verstorbenen Vertreter die Mitteilhaberschaft für die Berliner Vertretung angeboten. Ich wählte Berlin, nahm mir aber gleichzeitig vor, ein eigenes Import- und Exportgeschäft unter Ausnutzung meiner damals schon bestehenden Beziehungen in verschiedenen Ländern Europas, vor allem in England und Frankreich, aufzubauen. Es gelang mir, bereits in wenigen Jahren meinen Plan zu verwirklichen und zu gutem Erfolge zu kommen. Mitte der zwanziger Jahre war mein Import- und Exportgeschäft eines der größten seiner Art geworden.

Mein Mann legte schon 1924 die Henkell-Vertretung nieder und widmete sich ausschließlich seiner von ihm selbst aufgebauten, ihm allein gehörenden Importfirma.

Meine Auslandsbeziehungen in England und Frankreich haben mich dann schließlich zur Politik geführt. Schon im Ersten Weltkrieg schrieb ich wiederholt über wirtschaftliche, aber auch politische Fragen in der damaligen „Vossischen Zeitung". Seit Versailles hatte ich mir vorgenommen, auch auf meinem Platz alles für den Gedanken einer Revision dieses Diktates zu tun. Während der Jahre meiner kaufmännischen Tätigkeit habe ich vielen einflußreichen Männern, vor allem in London und Paris, die Unsinnigkeit des dort verfolgten politischen Kurses und seine möglichen Folgen dargelegt. Bei meinen vielen Geschäftsreisen in die Hauptstädte der Westmächte ließ ich keine Gelegenheit zu solchen Gesprächen ungenutzt. Ich lernte dabei neben der Geschäftswelt viele Männer der Politik, der Presse und Kultur dieser Länder kennen. Auch in unserem Berliner Haus sahen wir oft Angehörige des diplomatischen Korps und viele nach Berlin kommende ausländische Geschäftsfreunde bei uns. Diese Geselligkeit, die meine berufliche Tätigkeit mit sich brachte, habe ich auch dazu benutzt, um manche Gespräche mit Ausländern über die deutsche Lage, die Dringlichkeit einer Beendigung der Reparationszahlungen und der Änderung gewisser Versailler Bedingungen zu führen. Ich konnte dabei freier sprechen, als es einer offiziellen Persönlichkeit möglich war und ich habe dieses Privileg wahrgenommen, wo ich nur konnte. Meist allerdings stieß ich bei aller Liebenswürdigkeit meiner Zuhörer auf wenig Verständnis, gelegentlich habe ich aber doch indirekt dazu beitragen können, daß dieser oder jener deutsche Wunsch jenseits der Grenzen leichter Gehör fand.

Wirkliches Verständnis für die deutschen Sorgen blieb aber auf einen kleinen Kreis beschränkt. Man steckte zu sehr in einem „System", das „Versailles" und „Völkerbund" hieß und das so bequem für die Sieger schien. Schon damals wurde mir klar, wie unendlich schwer es für einen Staat ohne Macht

und ohne Freunde ist, Revisionen durchzusetzen. Selbst auf dem wirtschaftlichen Sektor der Reparationen wurde von den Siegermächten immer erst dann nachgegeben, wenn ein weiteres Verharren auf den bisherigen Forderungen eine ganz offensichtliche Katastrophe bedeutet hätte.

*

Seit 1929 trieb die deutsche Wirtschaft und damit auch die deutsche Innenpolitik unaufhaltsam einer Krise zu. Die Schraube der Reparationsforderungen war überdreht worden. Nach der ungesunden Anleihe-Hausse des Jahres 1928 ging es plötzlich steil bergab. Der deutsche Export konnte den Import nicht mehr decken, der Goldbestand der Reichsbank schrumpfte rapide zusammen, das Geschäftsleben stagnierte, die Produktion sank ab, Massenentlassungen in den Fabriken, Millionen von Arbeitslosen, Steuer- und Kapitalflucht der Besitzenden ins Ausland – das waren Symptome der seit 1930 immer deutlicher zutage tretenden Wirtschaftskrise.

Im Laufe des Winters 1930–31 wurde es offensichtlich, daß Deutschland dem Kommunismus verfallen werde. Weder die bürgerlichen Parteien noch die Kirchen schienen auf die Dauer in der Lage, dies zu verhindern. Die einzige Chance den Kommunismus aufzuhalten, lag nach meiner Überzeugung im Nationalsozialismus. Ich stand damals der Deutschen Volkspartei nahe und sah mit Erschrecken den Verfall der bürgerlichen Parteien.

Meinen ausländischen Freunden, die mich zu dieser Zeit über den Nationalsozialismus befragten, sagte ich immer wieder: „Geben Sie Brüning eine Chance und Hitler wird nicht kommen. Tun Sie es nicht, so kommt entweder er oder der Kommunismus ans Ruder.“ Man gab der Weimarer Republik keine Chance, doch Adolf Hitler siegte schließlich über den Kommunismus. Daß das kein leichter Sieg war, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Als Geschäftsmann hatte ich trotz meiner politischen Interessen nicht die Absicht, mich aktiv in der Politik zu betätigen. Als ich aber in den Jahren 1931–32 sah, daß Deutschland dem Abgrunde zusteuerte, habe ich mich bemüht, bei der Bildung einer nationalen Koalition zwischen den bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten mitzuhelfen.

ADOLF HITLER

Mitte August 1932 habe ich Adolf Hitler zum erstenmal gesehen. Es war nach seinen Berliner Verhandlungen mit der Regierung Papen-Schleicher, die mit einem Fiasko geendet hatten. Man hatte Adolf Hitler das Amt des Reichskanzlers in Aussicht gestellt, ihm aber dann tatsächlich den Vizekanzlerposten angeboten. Das hatte Hitler abgelehnt und sich auf den Obersalzberg zurückgezogen. Freunde aus dem nationalsozialistischen Lager hatten mich gebeten, mit Adolf Hitler zu sprechen, und zwischen ihm und Herrn von Papen, den ich kannte, zu vermitteln. Ich traf Adolf Hitler in Berchtesgaden in heftigem Groll auf Herrn von Papen und die ganze Berliner Regierung an.

Adolf Hitler hat später des öfteren dieses erste Zusammentreffen auf dem Obersalzberg geschildert: „Ribbentrop – so pflegte er zu erzählen – ist im Sommer 1932 zu mir gekommen, um mir einen Vorschlag zur Regierungsbildung mit Papen zu unterbreiten. Ich habe ihm erklärt, ich traue Papen nicht und wolle eine Regierungsbildung mit General von Schleicher. Ribbentrop war dagegen der Ansicht, daß mit Schleicher nicht loyal zusammenzuarbeiten sei. Ich habe ihm darauf einen zweistündigen Vortrag gehalten, der darin gipfelte, daß Herr von Schleicher als preußischer General sein Ehrenwort nicht brechen werde, aber Ribbentrop erklärte mir nur unerschüttert, daß er sich für eine Vermittlung zwischen mir und General von Schleicher nicht zur Verfügung stellen könne, da er in ihn kein Vertrauen habe, während Herr von Papen ein Ehrenmann sei.“

Adolf Hitler hat mir bei dieser Gelegenheit seine Absichten über die Bildung einer Koalitions-Regierung mitgeteilt. Er war bereit, mit anderen politischen Kräften zusammenzuarbeiten, aber er bestand auf der Berufung zum Reichskanzler.

Schon bei dieser ersten Begegnung gewann ich einen so starken Eindruck von Adolf Hitler, daß ich überzeugt war, nur er mit seiner Partei könne Deutschland vor dem Kommunismus retten.

Nach diesem persönlichen Zusammentreffen mit Adolf Hitler trat mein Mann der NSDAP als Mitglied bei.

Nach Berlin zurückgekehrt, berichtete ich dem damaligen Reichskanzler von Papen über mein Gespräch mit Hitler und dessen unveränderte Forderung nach der Kanzlerschaft. Da aber der Reichspräsident von Hindenburg damals Adolf Hitler nicht zum Reichskanzler ernennen wollte und im übrigen Hitler stärkstes Mißtrauen gegen Herrn von Papen gezeigt hatte, konnte ich mit meinem Bericht nichts ausrichten und meine vermittelnde Tätigkeit verlief im Sand.

In den nächsten Monaten kam es dann zum Sturz Papens und zur Reichskanzlerschaft Schleicher. Am 10. Januar 1933, einige Tage nach dem bekannten Zusammentreffen zwischen Adolf Hitler und Herrn von Papen im Kölner Hause des Herrn von Schröder besuchten mich in Berlin die Herren Himmler und Keppler und fragten an, ob ich ein weiteres Zusammentreffen zwischen Adolf Hitler und Herrn von Papen vermitteln wolle. Es sollte ein erneuter Versuch zur Herstellung einer Koalitions-Regierung der Rechtsparteien unternommen werden. Ich stellte mein Dahlemer Haus für mehrere Zusammenkünfte Adolf Hitlers mit Papen zur Verfügung; an diesen Besprechungen nahmen auch weitere Persönlichkeiten, wie Göring, Röhm, der Sohn des Reichspräsidenten von Hindenburg und andere Herren teil. Im Anschluß an diese Verhandlungen kam es dann am 30. Januar zur Bildung der Koalitions-

regierung zwischen der NSDAP und den Deutschnationalen und zur Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

Bei den Besprechungen in meinem Hause war ich nur Vermittler und war selbst nicht immer zugegen. An eine Begebenheit aber erinnere ich mich noch genau. Papen hatte erklärt, daß Reichspräsident von Hindenburg Hitler wieder nur zum Vizekanzler machen wollte. Adolf Hitler äußerte dazu seine Meinung außerordentlich energisch und ich lernte zum ersten Male die Härte seines Charakters und die Offenheit kennen, mit der er aufkommenden Widerständen entgegentrat.

Die Zusammenkünfte in unserem Haus blieben streng geheim, was für das Gelingen der Regierungsbildung nicht unwichtig war. Ich erinnere mich besonders deutlich an die Besprechung, die in der Nacht vom 10. zum 11. Januar 1933 stattfand, weil ich an diesem Abend mit Adolf Hitler zum ersten Male zusammentraf. Ich begrüßte ihn im Arbeitszimmer meines Mannes, wo er mit Herrn von Papen eine Besprechung unter vier Augen führte. Am 12. Januar erwarteten wir Hitler und Papen zum Mittagessen; Hitler sagte ab; Papen kam allein und äußerte sich besorgt hinsichtlich der Lippe-Wahlen. Von dem erwarteten Erfolg der NSDAP befürchtete er eine Versteifung der Haltung Hitlers.

Zu den Besprechungen wurde Herr von Papen von unserem langjährigen Fahrer abgeholt und zurückgebracht. Hitler dagegen pflegte auf unserem Garagengrundstück aus- und einzusteigen, um unser Haus durch den Garten unbemerkt zu erreichen.

Über den Gang der Besprechungen diktierte ich nach Angaben meines Mannes tägliche Notizen, die mein Mann in den letzten Januartagen selbst fortführte. Dieses in meinem Besitz befindliche Stenogramm vervollständigt die knappe Erwähnung jener Verhandlungen in den Nürnberger Erinnerungen meines Mannes. Ich gebe diese Aufzeichnungen, wie sie mir vorliegen, nachstehend wieder:

Dienstag 10. 1. 33. Unterredung mit Hitler und Papen. Hitler will keine weitere Zusammenkunft mit Papen vor der Lippeschen Wahl.

Sonntag 15. 1. Joachim fährt nach Oeynhausen. Lange Besprechung mit Hitler allein. Nachts zurück nach Berlin. Verabredete Besprechung Papen-Hitler entweder Montag abend bei Schultze-Naumburg oder Dienstag in Halle.

Montag 16. 1. Unterredung hat nicht stattgefunden, da Papen abends bei Lersner.

Dienstag 17. 1. Papen in Halle, Hitler in Weimar. Keine Zusammenkunft. Abends kommt Hitler nach Berlin zurück.

Mittwoch 18. 1. 12 Uhr in Dahlem: Hitler, Röhm, Himmler, Papen. Hitler besteht auf Kanzlerschaft. Papen hält dies erneut für unmöglich. Das durchzusetzen übersteige seinen Einfluß bei Hindenburg. Hitler verabredet keine weiteren Besprechungen. Joachim macht versuchsweise den Vorschlag den Sohn Hindenburg mit Hitler zusammenzubringen.

Donnerstag 19. 1. Lange Verhandlungen Joachim und Papen allein.

Freitag 20. 1. Abends lange Unterredung bei Papen. Papen teilt mit, daß Sohn Hindenburg und Meißner Sonntag nach Dahlem kommen werden.

Samstag 21. 1. Joachim berichtet Hitler von bevorstehender Zusammenkunft. Hitler erklärt darauf, aus welchen Gründen er Schleicher nicht einladen will. Hitler will Göring und Epp mitbringen.

Sonntag 22. 1. Abends 10 Uhr Zusammenkunft in Dahlem. Papen kommt allein schon um 9 Uhr. Anwesend sind: Hitler, Frick, Göring, Körner, Meißner, Sohn Hindenburg, Papen und Joachim. Hitler spricht zwei Stunden allein mit Sohn Hindenburg. Daraufhin Aussprache Papen–Hitler. Papen will jetzt Kanzlerschaft Hitlers durchsetzen, sagt aber zu Hitler, wenn dieser kein Vertrauen zu ihm habe, wolle er sofort die Sache niederlegen.

Montag 23. 1. Papen morgens bei Hindenburg. Dieser hat alles abgelehnt. Joachim geht zu Hitler, um ihm dies zu erklären. Lange Aussprache über die Möglichkeit eines Kabinetts Schacht. Hitler lehnt alles ab.

Dienstag 24. 1. Tee in Dahlem: Frick, Göring, Papen, Joachim. Beschlußfassung über eine nationale Front zur Unterstützung Papens beim alten Hindenburg.

Mittwoch 25. 1. Wieder Tee in Dahlem: Joachim spricht mit Sohn Hindenburg allein. Es ergibt sich, daß eine Kanz-

lerschaft Hitler unter den Auspizien einer neuen nationalen Front nicht ganz aussichtslos sei. Sohn Hindenburg sagt Joachim zu, daß er vor endgültiger Stellungnahme seines Vaters nochmals Rücksprache mit Joachim halten werde.

Donnerstag 26. 1. Lange Aussprache mit Frick und Göring im Reichstag. Verhandlungen mit den Deutschnationalen. Abends bei Prinz Oskar in Potsdam, Brief an Hugenberg.

Freitag 27. 1. Hitler wieder in Berlin. Lange Aussprache mit ihm in Görings Wohnung. Hitler will sofort abreisen. Joachim schlägt Vereinigung mit Hugenberg vor, zur Herstellung nationaler Front. Erneute Zusammenkunft mit altem Hindenburg wird vereinbart. Hitler erklärt, daß er dem Feldmarschall alles gesagt habe und nicht mehr wüßte, was er ihm noch sagen solle. Joachim überredet Hitler, daß das als Letztes versucht werden müßte und die Sache absolut nicht hoffnungslos sei. Joachim schlägt Hitler vor, nationale Front schnellstmöglich herzustellen und sich mit Papen zu endgültiger Aussprache abends 10 Uhr in Dahlem zu treffen. Hitler sagt zu, in diesem Sinne vorzugehen, und abends mit Papen über Einigung mit Hugenberg zu verhandeln. Im Anschluß daran lange Aussprache mit Göring, wobei weitere Taktik besprochen wurde. Am späten Nachmittag Anruf von Göring, Joachim möge sofort ins Reichstagspräsidentenhaus kommen. Dort Unterredung Hugenberg. Hitler und Göring (zwei Namen unleserlich) mit Krach auseinandergegangen wegen unmöglicher Forderungen der Deutschnationalen. Hitler, der über diese Verhandlung sehr empört ist, will sofort nach München abreisen. Göring überredet ihn, noch zu bleiben oder wenigstens nur bis Weimar zu fahren. Allmählich gelingt es Göring und Joachim Hitler zu beruhigen. Aber alles Mißtrauen Hitlers ist neu geweckt. Situation sehr bedenklich. Hitler erklärt, daß er Papen abends in Dahlem nicht sehen könne, da er nicht in der Lage sei, sich auszusprechen.

Persönliches Diktat meines Mannes.

„Ich habe Hitler noch nie in einem solchen Zustand gesehen; ich schlage ihm und Göring vor, Papen abends allein zu sprechen und ihm die ganze Situation klarzulegen.

Mit dem Vater, Oberstleutnant a. D. Ribbentrop

Abends spreche ich mit Papen und überzeuge ihn schließlich, daß nur die Kanzlerschaft Hitlers, für die er sich ganz einsetzen müsse, einen Sinn hätte. Papen sagt, daß die Hugenbergsche Sache nur eine untergeordnete Rolle spiele und erklärt, daß er sich jetzt voll und ganz zur Kanzlerschaft Hitlers bekenne, was den entscheidenden Wendepunkt in der Haltung Papens bedeutete. Papen wird sich seiner Verantwortung bewußt – drei Möglichkeiten: Entweder Präsidialkabinett mit nachfolgender (unleserlich) oder Rückkehr des Marxismus unter Schleicher oder Rücktritt Hindenburgs. Dagegen die wirklich einzige klare Lösung: Kanzlerschaft Hitlers. Papen wird sich nun restlos klar, daß er jetzt unter allen Umständen Hitlers Kanzlerschaft durchsetzen muß und nicht wie bisher glauben darf, sich Hindenburg auf jeden Fall zur Verfügung halten zu müssen. Diese Erkenntnis Papens ist meines Erachtens der Wendepunkt der ganzen Frage. Papen ist am Sonnabend Vormittag für 10 Uhr bei Hindenburg angesagt.

Sonnabend 28. 1. Ich bin gegen 11 Uhr bei Papen, der mich mit der Frage empfängt: „Wo ist Hitler?" Ich sage ihm, daß er wahrscheinlich schon abgereist ist, vielleicht noch in Weimar erreichbar. Papen erklärt, man müsse ihn sofort zurückholen, da ein Wendepunkt eingetreten sei, und er die Kanzlerschaft Hitlers nach seiner langen Aussprache mit Hindenburg für möglich halte. Ich gehe sofort zu Göring und höre, daß Hitler noch im Kaiserhof ist. Göring ruft an, Hitler bleibt in Berlin. Dann kommt eine neue Schwierigkeit auf: Die Preußenfrage. Lange Aussprache und Auseinandersetzung mit Göring. Ich erkläre ihm, daß ich sofort niederlege, wenn nochmals Mißtrauen gegen Papen vorgebracht wird. Göring lenkt ein und erklärt sich restlos einig mit mir und verspricht nunmehr mit Hitler zusammen alles zu versuchen, um die Sache zum guten Ende zu führen. Göring will Hitler überreden, die Preußenfrage im Sinne Papens zu erledigen. Ich fahre sofort mit Göring zu Hitler. Habe Hitler lange allein gesprochen und nochmals klar gemacht, daß die Sache nur mit Vertrauen zu machen sei und die Kanzlerschaft nicht mehr unmöglich scheine. Ich habe Hitler gebeten, noch Nachmittags zu Papen zu kommen. Hitler will jedoch wegen der Preußenfrage noch überlegen und erst Sonntag

Vormittag zu Papen gehen. Diesen Entschluß habe ich Papen überbracht, der erneut in große Sorge geriet. Er sagte: „Ich kenne die Preußen.“ Dann wird eine Besprechung Hitler–Papen für Sonntag 11 Uhr morgens verabredet.

Sonntag 29. 1. Um 11 Uhr lange Aussprache Hitler–Papen. Hitler erklärt, daß im großen Ganzen alles im Klaren sei. Es müßten aber Neuwahlen angesetzt werden und ein Ermächtigungsgesetz müsse kommen. Papen begibt sich sofort zu Hindenburg. Ich frühstü‿ke im Kaiserhof mit Hitler. Die Frage der Neuwahlen wird besprochen. Da Hindenburg nicht wählen lassen will, bittet er mich Hindenburg zu sagen, daß dies die letzten Wahlen seien. Nachmittags gehen Göring und ich zu Papen. Papen erklärt, daß alle Hindernisse beseitigt seien und daß Hindenburg Hitler morgen um 11 Uhr erwartet.

Montag 30. 1. Hitler ist zum Kanzler ernannt.

*

Als ich am Abend des 30. Januar 1933 vom Hotel Kaiserhof aus die Kolonnen der SA bei ihrem Fackelzug für Hindenburg und seinen neuen Kanzler die Wilhelmstraße herunterkommen sah, war es mein heißes Gebet, daß diese neue Regierung unser Reich vor dem Chaos bewahren und Deutschland wieder zu einem geachteten Platz unter den anderen Nationen der Erde führen möge.

Einige Wochen nach der Regierungsbildung sagte sich Hitler bei uns in Dahlem zum Abendessen an. Nur einige Freunde und mein alter Vater waren anwesend. Adolf Hitler war sehr aufgeschlossen, als er nach Tisch das Gespräch auf die Außenpolitik brachte. Ich hörte ihn hier zum ersten Male über seine außenpolitischen Gedanken sprechen.

Adolf Hitler sagte mir bei dieser ersten Aussprache, daß er unbedingt den Frieden wolle. Deutschland habe an einem Weltkrieg genug gehabt, dazu dürfe es nicht wieder kommen. Aber die deutsche Gleichberechtigung müsse er durchsetzen.

Ein so großes Volk wie das deutsche, könne nicht in einem Zustand der dauernden Diskriminierung leben. Eine Revision gewisser Versailler Bestimmungen müsse erzielt werden. Auch der unmögliche Zustand, daß Deutschland – umgeben von höchstgerüsteten Staaten – wehrunfähig sei, könne nicht bestehen bleiben. Aber er habe Zeit und wolle diese Revisionen allmählich erreichen.

Sein Hauptziel sei, in ein dauerndes klares Verhältnis mit England zu kommen. Dieses Ziel habe er bereits in seinem Buch „Mein Kampf“ aufgestellt und die Vorsehung habe ihn nunmehr auf den Platz gewiesen, an dem er es auch praktisch erreichen könne. Ebenfalls wolle er das Verhältnis zu Italien freundschaftlich gestalten, wofür die Gleichartigkeit der nationalsozialistischen und faschistischen Weltanschauung eine gute Ausgangsbasis bilde. Über Frankreich äußerte sich Hitler ablehnend. Ich machte ihn deshalb schon damals darauf aufmerksam, daß es auch in diesem Lande viele Kreise gäbe, die eine Verständigung mit Deutschland wünschten.

In späteren Jahren sagte Hitler einmal zu meinem Mann im Verlauf eines Gespräches über die Entwicklung der deutsch-englischen Politik, es sei „sein größter Fehler gewesen, daß er die außenpolitischen Kapitel seines Buches ‚Mein Kampf‘ veröffentlicht habe“.

Seine Einstellung zu Sowjetrußland war von schärfster Gegensätzlichkeit. Hier merkte man Adolf Hitler den vierzehn Jahre dauernden innerpolitischen Kampf gegen die Parolen von Moskau an. Bei diesem Thema wurde sein Gesichtsausdruck hart und unerbittlich. In diesem Punkt – das fiel mir schon damals auf – war Adolf Hitler von einer fanatischen Entschlossenheit: den Kommunismus restlos zu beseitigen. Ich habe damals und auch später immer das Empfinden gehabt, daß sich bei solchen inneren Erregungen seine Augen verdunkelten und eine erstaunliche Schärfe in seine Rede

kam. Die Judenfrage hat Adolf Hitler bei dieser ersten Aussprache nicht erwähnt.

Sehr interessiert zeigte sich Adolf Hitler, als ich ihm im Laufe des Gespräches einiges über meine politischen Eindrücke und Gespräche während der Nachkriegsjahre in Berlin und auf meinen Reisen durch England und Frankreich erzählte. Wir saßen sehr lange in unserem kleinen Bibliothekzimmer im Dahlemer Haus zusammen. Adolf Hitler wollte immer mehr von meinen Erfahrungen hören, und ich habe ihm sehr offen von meinen Erlebnissen berichtet, auch von meinen Sympathien für die Deutsche Volkspartei und von meiner Bekanntschaft mit Gustav Stresemann, den er jahrelang so hartnäckig bekämpft hatte.

Über Stresemann sprach sich Adolf Hitler durchaus freundlich aus: er hätte in der damaligen Lage außenpolitisch auch nicht mehr erreichen können. „Deutschland muß wieder ein Machtfaktor werden, sonst bekommt es nie Freunde, und die Voraussetzung dafür muß ich schaffen."

Über England konnte Hitler nicht genug hören. Alles interessierte ihn: Die englische Lebensart, die parlamentarischen Einrichtungen, die City mit ihrem Handel und die Empire-Politik. Auch über Südafrika befragte er mich und er erkundigte sich, ob ich Indien kenne; das mußte ich verneinen. Besonderes Interesse zeigte Adolf Hitler für die Einstellung maßgebender englischer Kreise zum Nationalsozialismus. Was ich darüber berichten konnte, war nicht allzu günstig. Immerhin sei bei meinen letzten Reisen in den Jahren 1931 und 32 ein immer stärkeres Interesse bemerkbar gewesen, mehr über Wesen und Ziele des Nationalsozialismus zu erfahren.

Aus dem ganzen Gespräch wurde die Bewunderung Hitlers für das kleine Inselvolk deutlich, das es fertiggebracht hatte, durch Härte und Zähigkeit und die ausgesprochen genialen Regierungsmethoden seiner Führungsschicht einen großen

Teil der Erde zu beherrschen und diese Herrschaft trotz der immer stärker werdenden Schwierigkeiten bis zum heutigen Tag zu halten.

Es war die gemeinsame innere Einstellung zu England, die an diesem Abend den Keim eines ersten Vertrauens zwischen Adolf Hitler und mir gelegt hatte. Daß hieraus einmal eine enge Zusammenarbeit auf außenpolitischem Gebiet entstehen sollte, wie dies dann in späteren Jahren der Fall war, ahnte ich damals noch nicht.

Seit jenem Abend in Dahlem bin ich immer häufiger mit Adolf Hitler zusammengekommen. Ich muß freilich bekennen, daß ich ihm in den ganzen Jahren der Zusammenarbeit, obwohl ich soviele Dinge mit ihm erlebt habe, menschlich nicht näher gekommen bin, als am ersten Tag unserer Bekanntschaft. Er hatte in seinem ganzen Wesen etwas unbeschreiblich Distanzierendes.

Gleich bei meinem ersten Zusammentreffen mit Adolf Hitler machte seine Persönlichkeit einen starken Eindruck auf mich. Schon damals hatte ich das Gefühl, daß dieser Mann, dessen Reden ich mit solchem Interesse gelesen hatte, eine ganz ungewöhnliche Erscheinung war. Besonders fiel mir die vollkommene Abgeschlossenheit – nicht Verschlossenheit – seines Wesens auf. Seine Gedanken und Äußerungen und die Art und Form, wie er sie von sich gab, waren so ganz anders, wie bei anderen Menschen. Sie waren einfach und klar und wirkten gerade deshalb so überzeugend. Adolf Hitler hatte eine völlig eigene, abschließende Art, seine Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Das, was er sagte, waren Fakten, die die anderen hinzunehmen hatten. Er war kein Mann der Kompromisse, zweifellos stark ich-bezogen und sehr schwer zu beeinflussen – das war schon damals mein Eindruck.

Die Unnahbarkeit Adolf Hitlers war keine gewollte, sondern von Natur gegeben. Als Mensch hat er vielleicht sogar darunter gelitten. Dabei konnte er von bestechender Liebens-

würdigkeit, Herzlichkeit und Aufgeräumtheit sein. Er konnte außerordentlich spannend, humorvoll, ja geradezu übersprudelnd von seiner Jugend, seiner Militärzeit im Weltkriege und seiner innenpolitischen Kampfzeit erzählen. Wenn er über Kunst und Bauten sprach, spürte man immer wieder, wie sehr er im Grunde eine Künstlernatur war. Das habe ich später besonders auch während der Romreise beobachten können. Angeregt sprach er da im kleinen Kreise über seine Absichten auf künstlerischem Gebiet – man konnte dann nicht anders, als sich zu ihm hingezogen fühlen.

Wenn er jemand gewinnen oder von einem Gesprächspartner etwas erreichen wollte, zeigte er einen unübertroffenen Charme und eine Überredungskunst, die ihresgleichen suchte. Ich habe starke Männer, Minister und Gauleiter, selbst Göring, zu ihm hineingehen sehen, die Brust angefüllt von all jenen Wahrheiten, die sie dem Führer sagen wollten. Sie waren entschlossen, dem Führer kategorisch zu erklären, es müsse eine Katastrophe eintreten und sie könnten die Verantwortung nicht mehr länger übernehmen, wenn dieses oder jenes nicht abgestellt würde. Nach einer halben Stunde kamen sie heraus, strahlend und zufrieden und vertraten mit oft ebenso viel Überzeugungskraft den Standpunkt Adolf Hitlers, der nicht selten dem, was sie ihm vortragen wollten, gerade entgegengesetzt war.

Man hat auch mir den Vorwurf der Schwäche gegenüber Adolf Hitler gemacht. Er seinerseits nannte mich seinen „schwierigsten Untergebenen", weil ich stets in aller Ruhe meine oft gegenteilige Ansicht vertrat, auch wenn er glaubte, mich bereits überzeugt zu haben. Aber ich gestehe offen, daß auch ich im Banne dieser großen und tragischen geschichtlichen Persönlichkeit gestanden habe.

Erst unsere Auseinandersetzung 1942, von der noch zu sprechen sein wird, führte zu einem tiefen Bruch in unserem persönlichen Verhältnis zueinander; nach außen hin schien es

später wieder in Ordnung zu sein, aber zwischen uns wurde es niemals mehr so wie vorher.

Die Treue Adolf Hitlers Menschen gegenüber, die einmal etwas für ihn getan hatten, grenzte manchmal ans Unglaubhafte. Andererseits konnte er unverständlich mißtrauisch sein. Nur allzu leicht unterlag er Einflüssen, ja Ohrenbläsereien von Leuten, die es verstanden, ihn geschickt zu täuschen, und die weniger ansprechenden Seiten seines Charakters zum Vorschein zu bringen. Er konnte auch einen Menschen bewußt kränken. Hier kam eine gewisse Zwiespältigkeit seines Charakters zum Durchbruch, die ich nie ganz verstanden habe. Das Prinzip „divide et impera" wurde von ihm so weit getrieben, daß nicht nur ressortmäßige Schwierigkeiten entstanden, sondern auch fast alle seine Mitarbeiter in schwere innere Konflikte verstrickt wurden. Auf dem sehr umfassenden Gebiet der Außenpolitik, in das jeder hineinzureden versuchte, war dieses Verfahren natürlich besonders abträglich.

Für die Beurteilung der Persönlichkeit Adolf Hitler ist noch ein anderes Moment von Bedeutung: Er war jähzornig und konnte sich nicht immer beherrschen. Dies zeigte sich mitunter auch bei diplomatischen Anlässen. So wollte er in Godesberg die Konferenz mit Chamberlain abbrechen, als die Nachricht von der tschechischen Mobilmachung kam, er sprang spontan mit rotem Kopf – ein typisches Zeichen – auf. Ich griff beruhigend ein und Hitler dankte mir später dafür, daß ich damit die Konferenz gerettet hätte. Auch in Hendaye erhob er sich erregt in der Unterredung mit Franco, als Serano Suner etwas ungeschickt in die Unterhaltung hineinredete. Ähnlich war es mit Henderson in der Polenkrise, als dieser den Führer brüskierte, indem er mit der Hand auf den Tisch schlug. Adolf Hitler bekam wieder seinen roten Kopf, und ich sah eine Katastrophe kommen, jedoch gelang es mir, das Gespräch durch eine Frage an Henderson auf ein anderes Thema abzulenken. Er sagte anschließend zu Heß, daß er nahe daran

gewesen war, Henderson hinauszuwerfen. Solche Situationen gab es im Laufe der Jahre mehrere. Adolf Hitler erkannte es dann stets an, wenn ich eingriff. Nach einem solchen Vorfall – es war bereits im Kriege – sagte er mir ganz offen: „Wissen Sie, Ribbentrop, ich kann mich halt nicht beherrschen." Dem Grafen Ciano gegenüber hob er meine „Engelsgeduld" hervor.

Adolf Hitlers dominierende Persönlichkeit zeigte sich sowohl in großen Volksversammlungen, als auch im Umgang mit Ausländern, Politikern und Militärs, ebenso im kleineren Kreise und auch in Einzelgesprächen. So hat mir z. B. einmal König Boris von Bulgarien gesagt, der Führer ströme so viel Kraft und Zuversicht aus, daß er jedesmal auf Monate davon zehre. So ging es allen, die mit ihm zu tun hatten. Nicht nur Lloyd George, auch Chamberlain und Daladier waren unzweifelhaft von Adolf Hitler beeindruckt. Sein Selbstvertrauen und die Härte seines Willens, gepaart mit einer genialen, verständlichen und einfachen Ausdrucksweise, teilte sich allen mit und zwang die Menschen in seinen Bann. In großen Kundgebungen habe ich erlebt, wie seine Worte die Massen in Bewegung brachten. Begeisterung, Wut, Rührung bis zu Tränen konnte ich überall beobachten. In ihrer Wirkung auf Menschen und Massen war die Persönlichkeit dieses Mannes wohl das größte Phänomen.

Adolf Hitler wurde von Millionen umschwärmt und war doch einsam. So wie ich ihm nie näher kam, so habe ich auch niemand anders gesehen, bei dem dies der Fall gewesen wäre – vielleicht mit der einzigen Ausnahme Hermann Görings. Göring konnte sehr viel bei Hitler durchsetzen. Abgesehen von den letzten beiden Jahren, in denen es wegen Görings Versagen in der Luftwaffe anders wurde, sprach der Führer von ihm stets mit größter Achtung. Früher nannte er ihn oft „einen großen Deutschen". Wenn ich mit dem Führer und Göring zusammen war, beherrschte Göring durch seinen Einfluß so stark das Feld, daß ich – zu meinem Verdruß wegen der hieraus für mich ressortmäßig entstehenden Schwierigkeiten – überhaupt nicht zu existieren schien. Göring wußte seinen Einfluß auf Hitler auch geschickt zu gebrauchen. Ich entsinne mich einer bezeichnenden Begebenheit in Schloß Klesheim: Als Göring ihm die üble Spionageaffäre „Rote Kapelle", in die mehrere Angehörige der Luftwaffe verwickelt waren, „schonend" beibringen wollte, tat er das, indem er einfach die Schuld auf einen völlig unbeteiligten Mann des Auswärtigen Amtes schob. Der Führer stimmte in seiner üblichen Ablehnung des Auswärtigen Amtes Göring sofort zu und ich mußte lange und energisch Protest erheben, bis die Angelegenheit klargestellt war. Bei späteren Gelegenheiten allerdings äußerte er sich dann immer öfter kritisch über Görings Ichsucht und Eitelkeit. Manchmal allerdings hatte ich das Gefühl, daß Hitler fast eine gewisse Angst vor Göring und dessen Energie habe. Besonders deutlich zeigte sich mir das einmal im Jahre 1944 auf dem Berghof. Der Führer war sehr ungehalten über die Luftwaffe und hatte darüber eine Aussprache mit Göring gehabt, die ohne Ergebnis verlaufen war. Ich erbot mich deshalb, auch von mir aus auf Göring einzuwirken, daß er den Oberbefehl über die Luftwaffe abgebe; geradezu ängstlich hielt mich Hitler davon ab: „Um Gotteswillen – tun Sie es nicht; Sie hätten das soeben einmal sehen sollen!" Ich erwähne diese Begebenheit mit Göring nur, weil ich oft das Gefühl hatte, daß Görings Phantasie und seine starke Persönlichkeit den Führer sehr in der Richtung eines Denkens in übergroßen Dimensionen beeinflußt hat. Außer Göring standen vielleicht noch Heß und Todt Adolf Hitler etwas näher.

Über den Charakter einer genialen Erscheinung wie Adolf Hitler zu urteilen, ist sehr schwierig. Man kann ihn nicht mit einem normalen Maßstab messen. Er war überzeugt von seiner Sendung. Er glaubte von der Vorsehung auserwählt zu sein, Deutschland groß zu machen. Er besaß einen unbeugsamen

Willen und eine unvorstellbare Energie im Verfolgen seiner Ziele. Seine Intelligenz war überragend, seine Auffassungsgabe verblüffend. Seine Vorstellungswelt und Phantasie erging sich immer in großen historischen Perspektiven und Parallelen. Friedrich der Große war für ihn Vorbild. Trotz aller Phantasie war er doch Realist genug, um Situationen nüchtern zu beurteilen. Aber bei großen Entscheidungen fühlte er sich als Vollstrecker eines von der Allmacht vorgesehenen Schicksals. Er sagte mir einmal, daß immer vor großen Entschlüssen eine absolute Sicherheit über ihn komme, so daß er plötzlich ganz genau wisse, was zu tun er die Pflicht habe.

Darüber kann kein Zweifel sein, daß Adolf Hitler in seinem ganzen Leben nur *ein* Ziel hatte: dem deutschen Volke zu dienen. Dies zeigt sein ganzes Leben von seiner Jugend an, sein Einsatz als unbekannter Soldat im Weltkrieg und seine Arbeit als Politiker und Führer des deutschen Volkes. Er hat völlig selbstlos gelebt, seine Gesundheit geopfert und bis zum letzten Atemzug an nichts anderes gedacht, als an die Zukunft seiner Nation. Dies war die Richtschnur seines Denkens und Handelns. Hierfür hat er die großen außenpolitischen Entschlüsse gefaßt. Nur auf seine Weise glaubte er die deutsche Zukunft sicherstellen zu können. Daß er gescheitert ist, hat er mir gegenüber als Schicksal bezeichnet. Warum er gescheitert ist, darüber wird die Geschichte urteilen.

DEUTSCHE GLEICHBERECHTIGUNG

Da ich bei unserem Zusammentreffen in Dahlem im Februar 1933 gerade wieder vor einer längeren Geschäftsreise nach London und Paris stand, bat mich Adolf Hitler, ihm nach meiner Rückkehr über die Stimmung und über meine Erfahrungen in den westlichen Hauptstädten zu berichten.

Ich hatte in jenem außenpolitischen Gespräch gesagt, daß nach meiner Überzeugung eine deutsch-englische Verständigung einen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich in irgendeiner Form zur Voraussetzung habe. Adolf Hitler war hierauf zunächst nicht eingegangen.

Nach einem längeren Aufenthalt in Paris und London berichtete ich ihm dann erneut, daß nach meiner Auffassung nur eine Geste der Beruhigung gegenüber Frankreich eine Auflockerung der internationalen Lage in einem für uns günstigen Sinne herbeiführen könne. Überall in Paris habe man mich gefragt, was Adolf Hitler über Frankreich denke. Die in seinem Buch „Mein Kampf“ über die deutsch-französische Erbfeindschaft niedergelegten Gedanken würden dauernd zitiert und beendeten jedes politische Gespräch.

Sowohl bei dieser als auch bei anderen Gelegenheiten habe ich Adolf Hitler viel von Frankreich, der Schönheit von Paris, von der französischen Kunst, vom Louvre und von zahlreichen eigenen Erlebnissen erzählt; es gäbe doch eine große Anzahl von Franzosen, die ebenso für die Verständigung einträten, wie ich es seit dem Ende des Krieges getan habe.

So versuchte ich immer wieder Adolf Hitler allmählich Frankreich und den Franzosen näher zu bringen und ich glaube, daß mir das, besonders durch Schilderungen, die an seine Künstlernatur appellierten, gelungen ist. Er begann die französische Frage in einem anderen Lichte zu sehen und gab einem Pariser Freunde, dem bekannten französischen Journalisten de Brinon (den späteren Botschafter Lavals) das sensationelle Interview über die Verständigung mit Frankreich, das am 22. 11. 1933 im „Matin" erschien und mit einem Schlage die deutsch-französischen Beziehungen aufhellte. Ich muß hier erwähnen, daß der damalige Stabschef der SA, Röhm, der dann am 30. Juni 1934 erschossen wurde, wesentlich mit dazu beigetragen hat, daß Adolf Hitler seine Auffassung über Frankreich allmählich revidierte.

Den innerpolitischen Ereignissen stand mein Mann damals so ferne, daß er noch am Vorabend des 30. Juni 1934 nichts von der heraufziehenden Krise wußte. Es war ihm nur aufgefallen, daß Röhm, der uns früher oft in Dahlem besucht hatte, seit einiger Zeit jede Aussprache vermied. Am 29. Juni 1934 war abends Himmler bei uns und mein Mann fragte, warum sich Röhm wohl so sehr zurückgezogen habe. Himmler antwortete nur, Röhm sei ein „toter Mann".

Um die auf beiden Seiten günstige Atmosphäre auszunutzen, fragte ich kurz darauf Adolf Hitler, ob er bereit wäre, sich mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier zu treffen. Von Freunden in Paris hatte ich gehört, daß Herr Daladier einem solchen Zusammentreffen nicht abgeneigt sei. Der Führer gab seine Zustimmung zu einer vertraulichen informellen Zusammenkunft. Ein Jagdhaus im Odenwald sollte der Treffpunkt sein. Ich fuhr nach Paris in der festen Hoffnung, diesen Besuch zustande zu bringen und damit einen weiteren Schritt zu einem besseren Verständnis und einer Annäherung zwischen den beiden Ländern zu tun – ein Ziel, für das ich schon seit 1919 im Rahmen meiner Möglichkeiten gearbeitet hatte.

In Paris traf ich Herrn Daladier in der Wohnung eines Freundes zum Frühstück. Er erschien mit einem seiner Herren aus dem Kriegsministerium etwas verspätet in ziemlicher Erregung. Anscheinend hatte er über die Frage des Zusammentreffens mit Adolf Hitler eine Aussprache mit seinen politischen Freunden gehabt. Das Resultat dieser Besprechung war leider negativ gewesen. Der Präsident des Ministerrates sagte mir gleich bei der Begrüßung: „Ich kann nicht kommen, ich befinde mich in einem System, das mir nicht erlaubt, mich so frei zu bewegen, wie Herr Hitler."

Ich war durch diese Mitteilung sehr enttäuscht, denn ich hatte mir von einem persönlichen Kontakt zwischen Adolf Hitler und diesem klugen, ruhigen, ebenso dem Volke entstammenden Franzosen, den man oft wegen seiner Schweigsamkeit „le taciturne" nannte, sehr viel für die deutsch-französischen Beziehungen versprochen. An irgendwelche feste Programmpunkte war für diesen Besuch nicht gedacht gewesen; ich wollte damit nur eine Auflockerung der immer noch erstarrten diplomatischen Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich erreichen. Das Frühstück zu Viert verlief dann in recht gedrückter Stimmung. Eine große Gelegenheit, gegenseitiges Vertrauen herzustellen, woran mir bei der Einstellung Adolf Hitlers und seinem Mißtrauen Frankreich gegenüber besonders lag, war verpaßt.

Als ich später im Jahre 1938 Herrn Daladier in München zur Konferenz der vier Großmächte vom Flugplatz abholte, sagte ich ihm, wie sehr ich es in den vergangenen Jahren bedauert habe, daß das Zusammentreffen zwischen ihm und Adolf Hitler im Jahre 1933 nicht zustande gekommen sei. Manches wäre in den vergangenen Jahren vielleicht anders verlaufen, wenn damals eine deutsch-französische Vertrauensbasis hergestellt worden wäre. Herr Daladier erwiderte mir zustimmend: „A qui le dites vous?"

Einen Erfolg hatte ich mit meinen Bemühungen um eine

Verständigung mit Frankreich im Jahre 1934 doch zu verzeichnen: der Führer verzichtete auf meinen Vorschlag hin in öffentlicher Rede auf Elsaß-Lothringen! Dies war ein ganz entscheidender Punkt in den deutsch-französischen Beziehungen. Durch diese Erklärung wurde die glatte Abwicklung der Saarabstimmung im Januar 1935 wesentlich erleichtert.

Im Laufe des Sommers und Herbstes 1933 blieb ich in dauernder Verbindung mit meinen französischen Freunden und unternahm noch mehrere Reisen nach Frankreich. Die Hoffnung auf eine spätere Verwirklichung des geplanten Hitler-Daladier-Zusammentreffens gab ich nicht auf. Vor allem aber wollte ich einer Abmachung über die Rüstungsangleichung Deutschlands mit den anderen europäischen Ländern, zu der Hitler – sei es durch Abrüstung der anderen oder durch eigene Aufrüstung –, entschlossen war, diplomatisch den Weg ebnen. Leider wurde diesen Bemühungen, die nicht schlecht zu laufen schienen, durch die Genfer Beschlüsse im Oktober 1933 ein Ende gesetzt. Nach ihnen sollte Deutschland in der Praxis noch weitere acht Jahre auf die Rüstungsgleichberechtigung warten!

Adolf Hitler war über diese Zumutung entrüstet. Der damalige Reichswehrminister von Blomberg, der mich in meiner Franzosenpolitik von Anfang an aufs wärmste unterstützt hatte, versuchte mit mir zusammen, ihn zu beruhigen. Der Führer erklärte uns aber kurzerhand, die Verhandlungen kämen so nicht weiter, er werde die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund verlassen. Seine Entscheidung sei unabänderlich. Es sei in seinem Leben immer so gewesen, daß er sich bei solch schweren Entschlüssen ganz allein auf sich selbst verlassen müsse. Am nächsten Tage wurde der Austritt aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz öffentlich verkündet.

Nach diesen Ereignissen fuhr ich zunächst nach London, um dort die Bereitwilligkeit Adolf Hitlers zu Verhandlungen

auf dem Rüstungssektor den mir bekannten Staatsmännern und Politikern in inoffizieller Form zu übermitteln. In Paris war die Regierung Daladier infolge der Ereignisse zurückgetreten.

In London traf ich zum erstenmal mit Baldwin zusammen. In einem der von außen so unscheinbar aussehenden kleinen Häuser des Westminsterviertels war ich von Lord Davidson, einem Freunde Baldwins zum Frühstück eingeladen worden. Hier konnte ich dem englischen Lord Chancellor zum ersten Male Adolf Hitlers Gedanken über die Gleichberechtigung und ihre praktische Durchführung darlegen und ihm des Führers Wunsch, mit England zu einem dauernden Freundschaftsverhältnis zu kommen, in aller Ausführlichkeit vortragen. Ich hatte den Eindruck, daß meine Darlegungen Baldwin stark interessierten.

Rein menschlich hatte ich vom ersten Augenblick an das Gefühl eines angenehmen Kontaktes mit diesem typischen Vertreter der englischen Konservativen. Seine ganze Art war vertrauenerweckend. Wenn Baldwin und Adolf Hitler das Fundament für die deutsch-englische Freundschaft legen würden, müßte es ein solides werden. Baldwin äußerte sich positiv über meine Ausführungen; man ließ mich bitten, zu weiteren Aussprachen zur Verfügung zu stehen.

Noch am Nachmittag des gleichen Tages wurde ich zum Besuch in Downing Street 10/11 aufgefordert und dort von Baldwin in freundlichster Weise empfangen. Er sprach mit mir zunächst über ein deutsches Buch, das offenbar von seiner Mutter stammte und in dem er selbst gelegentlich las. Dann ging er zu politischen Betrachtungen über und machte einige Bemerkungen über die glückliche Kombination der derzeitigen aus Konservativen und Labour-Ministern zusammengesetzten Regierung. Kurz darauf erschien auch der damalige englische Premierminister MacDonald mit seinem imponierenden Gelehrtenkopf. Ich habe dann nochmals in längeren Ausfüh-

rungen dem Premierminister die außenpolitischen Ideen Adolf Hitlers auseinandergesetzt. Auch Mr. MacDonald schienen diese Gedankengänge nicht zu mißfallen.

Nach Lage der Dinge konnte und sollte bei dem inoffiziellen Charakter meiner Mission nichts Bindendes vereinbart werden. Es kam mir zunächst nur darauf an, eine Grundlage des Vertrauens zu schaffen, um dadurch ein deutsch-englisches Arrangement vorzubereiten. Alle anderen Fragen, wie Gleichberechtigung und Abrüstung würden dann – das war meine Überlegung – ihre Lösung finden. Es wurde mir gesagt, daß man mich nochmals zusammen mit dem Außenminister sehen wolle. Beim Abschied fragte mich Mr. MacDonald, seit wann ich mich mit diplomatischen Fragen befasse. Ich erzählte ihm, wie und wann ich mit Adolf Hitler zusammengekommen sei. Mr. MacDonald – liebenswürdig wie sich die Engländer nun einmal geben – sagte scherzhaft, er würde mich sicherlich wählen, wenn ich in seinem Wahlkreis als Kandidat aufgestellt würde.

Nach der verabredeten zweiten, wiederum in freundschaftlichem Geiste geführten Aussprache mit den maßgebenden englischen Staatsmännern – diesmal war auch Außenminister Sir John Simon zugegen – glaubte ich mit dem ersten Kontakt zufrieden sein zu können. Ich fuhr anschließend nach Paris, um auch dort in gleicher Richtung zu wirken.

Am nächsten Tag las ich in der „Times", daß Baldwin inzwischen in einer Rede vor dem Unterhaus auf die Deutschland versprochene Gleichberechtigung hingewiesen habe. Diese – so erklärte er – könne erreicht werden, indem Deutschland auf den Stand der anderen Staaten aufrüste oder indem die anderen Staaten auf den Rüstungsstand Deutschlands abrüsteten. Beides werde man nicht wollen. So bleibe nur übrig, daß man sich durch teilweise Aufrüstung Deutschlands und teilweise Abrüstung der Anderen in der Mitte treffe. Das scheine ihm der richtige Kurs zu sein.

Diese Rede Baldwins war mehr, als ich erhofft hatte und ich war über den Ausblick, den sie für Deutschland bot, befriedigt. Auch der Führer zeigte sich über die Stellungnahme Baldwins ausgesprochen erfreut, da er hier eine praktische Möglichkeit sah, die Gleichberechtigung Deutschlands zu erreichen.

In Paris war man – wie ich feststellen konnte – mit der Rede Baldwins weniger zufrieden, aber es war doch eine gewisse Auflockerung der diplomatischen Lage erreicht worden.

Das Jahr 1934 brachte als erstes sehr wichtiges außenpolitisches Ereignis den deutschen Ausgleich mit Polen, der zur Entlastung unserer außenpolitischen Lage unbedingt nötig war und zu dem General von Blomberg und ich dem Führer sehr geraten hatten.

Am 24. April 1934 wurde ich vom Führer zum Bevollmächtigten für Abrüstungsfragen ernannt, um in einer mehr offiziellen Position die Verhandlungen vor allem mit London und Paris weiterführen zu können.

Unser Ziel war es damals nach wie vor, zu einer möglichst baldigen Vereinbarung über die Rüstungsgleichberechtigung zu kommen. Es folgten dann ein Besuch des englischen Außenministers Eden in Berlin und mehrere Besuche von mir in London und Paris. In der französischen Hauptstadt verhandelte ich mit dem damaligen Außenminister Louis Barthou, der mit mir allerdings zunächst mehr über seine herrliche Büchersammlung und über Richard Wagner als über Politik sprach. Barthou, der köstliche Anekdoten aus seinem bewegten Leben erzählen konnte, war ein ausgesprochen geistreicher Mann, mit dem sich gut plaudern ließ. Aber er war ein unverbesserlicher Feind Deutschlands und wenn die Rede auf die Politik kam, konnten seine Bemerkungen – zwar immer liebenswürdig – von ätzender Schärfe sein. Die geistige Schule Poincarés und seiner Zeit war unverkennbar. Anscheinend hatte Barthou meine Unzufriedenheit über sein

unablässiges Abweichen bemerkt, denn abends schickte er mir ein schönes Buch über das Liebesleben Richard Wagners mit der Widmung „en memoire d'une conversation, dans laquelle Richard Wagner a joué le rôle de rapprochement" (Zur Erinnerung an eine Unterhaltung, in der Richard Wagner die Rolle eines Vermittlers gespielt hat), typisch Barthou, hatte er doch geschickt mit Erzählungen über das Liebesleben berühmter Leute – ein Thema, über das er außerordentlich informiert war – die Klippe irgendeiner Festlegung auf Rüstungsgleichheit mit Deutschland umgangen!

Einige Zeit später sah ich Barthou wieder in dem schönen Chateau d'Orsay des alten Herrn Buneau-Varilla, des Besitzers des „Matin" bei einem Abendessen mit Damen – auch meine Frau war diesmal mit mir gekommen. Barthou sprühte von Geist und Aufgeräumtheit und es wurde ein äußerst interessanter und charmanter Abend. Als ich schon befürchtete, daß Barthou politische Gespräche, derentwegen ich gekommen war, wiederum vermeiden wolle, bat er mich in den Garten. Hier hatten wir dann eine lange, diesmal sehr ernste Unterredung. Der französische Außenminister stand kurz vor seiner Reise nach Osteuropa, er wollte einen neuen Bündnisring um Deutschland schmieden. Ich habe ihn vergeblich beschworen, anstatt nach Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad zu gehen, doch zuerst nach Berlin zu kommen. Man könne mit dem Deutschland Adolf Hitlers nicht erfolgreich verhandeln, wenn man die eine Hand zur Freundschaft ausstrecke, in der anderen aber den Revolver halte. Der französische Außenminister war nicht umzustimmen. Seine stets gleichbleibende Antwort war: bevor er mit uns über Rüstungsfragen verhandeln könne, müsse er seine östlichen Bündnisse in Ordnung bringen*).

*) Graf Schwerin-Krosigk berichtet in seinem 1951 erschienenen Buch „Es geschah in Deutschland" auf Seite 121/22:
„. . . Barthou war im Frühjahr 1934 darüber unterrichtet worden, daß

Als ich nach diesem wenig befriedigenden Gespräch Herrn Buneau-Varilla meine Enttäuschung über die Aussprache mit Barthou zum Ausdruck brachte, erhielt ich von diesem alten erfahrenen Mann eine sehr aufschlußreiche Antwort: „Vous voulez des révisions. Je comprends cela, mais vous avez tort de vous adresser à M. Barthou. Il n'y a qu'une chose à faire, adressez - vous à Londres, c'est triste, mais c'est vrai, et c'est au Foreign Office où la politique française est dirigée." (Sie wollen Revisionen. Ich verstehe das, aber Sie haben unrecht, sich an Herrn Barthou zu wenden. Es gibt nur eine Möglichkeit, wenden Sie sich an London. Es ist traurig aber wahr – die französische Politik wird vom Foreign Office dirigiert.)

Ich erwähne diese Episode deshalb, weil meine Bemühungen um Barthou nach der Daladieraffaire mein zweiter Versuch war, die französische Regierung in einen persönlichen Kontakt zu Adolf Hitler zu bringen. Mir lag es sehr am Herzen, einen französischen Staatsmann zu einer Aussprache mit dem deutschen Reichskanzler zu bewegen, um eine unmittelbare Vertrauensatmosphäre herzustellen, die alles weitere so sehr erleichtert hätte. Daß auch dieser Versuch vergeblich war, habe ich immer bedauert. Bei der Einstellung Adolf Hitlers gegenüber Frankreich war es tragisch, daß ein solch unmittelbarer Kontakt zwischen den entscheidenden Personen nicht rechtzeitig hergestellt werden konnte. Dadurch wurde Adolf Hitlers Mißtrauen gegen Frankreich nur noch mehr vertieft.

Adolf Hitler hat seine Auffassung über Frankreich in seinem Buch „Mein Kampf" zur Zeit des Ruhrkampfes

in Deutschland ein Systemwechsel bevorstand. Es ist nicht bekannt, woher er diese Nachricht hatte, und was ihr Inhalt im Einzelnen war."
Churchill berichtet in seinen Memoiren Bd. I S. 127:
„. . . Schleicher war so unvorsichtig, dem französischen Botschafter in Berlin, François Poncet, gegenüber eine Andeutung zu machen, daß der Sturz Hitlers bevorstehe. . . Er wolle nochmals so handeln wie seinerzeit im Fall Brüning. . ."

niedergelegt. Die französische Politik hatte seitdem nicht viel dazu beigetragen, seine Einstellung zu korrigieren, war es doch eigentlich immer Frankreich gewesen, das sich vernünftigen Revisionen widersetzt hatte. In Berlin kursierte damals ein Ausspruch des französischen Botschafters François Poncet, der gelegentlich eines Protestes wegen geringfügiger deutscher Polizeiverstärkungen deutschen Journalisten gegenüber äußerte: „Wenn ein ungezogenes Kind mit Feuer spielt, muß man es ihm aus der Hand schlagen.“ Das war vor 1933 gewesen.

Unter diesen Umständen war es für meinen Mann nicht leicht, die Auffassung Hitlers über Frankreich zu ändern. Als einmal eine französische Frontkämpferabordnung Hitler über sein Buch und die darin geäußerte Meinung über Frankreich ansprach und die Frage stellte, ob er nicht ein neues Buch schreiben wolle, antwortete er: „Ich werde mein Buch nicht mit Worten, sondern mit Taten widerlegen.“ Begonnen habe er mit der Vorleistung des offiziellen deutschen Verzichtes auf Elsaß-Lothringen und wenn die vollkommene Einigung zwischen Deutschland und Frankreich zustandegekommen sei, würde die Geschichte ein neues Kapitel schreiben.

Nach Barthous Rückkehr aus dem Osten, wo er die Militärbündnisse gegen Deutschland erneuert hatte, wurde er zusammen mit König Alexander von Jugoslawien in Marseille ermordet (9. 10. 1934). Mit Barthous Nachfolger, dem Außenminister Laval, habe ich noch einige Male verhandelt. Ich versuchte, die von Adolf Hitler inzwischen begonnene selbständige Aufrüstung, die auf dem diplomatischen Feld erhebliche Unruhe verursacht hatte, in einen vertraglichen Rahmen mit England und Frankreich zu bringen. Leider aber blieben diese Bemühungen während des Winters 1934/35 ergebnislos und wir mußten feststellen, daß es unendlich schwierig war, auf dem Verhandlungswege zu einer Revision der Versailler Rüstungsbestimmungen zu kommen. Diese ganze Entwicklung war für Adolf Hitler im März 1935 der Grund gewesen, die allgemeine Wehrpflicht und die Aufstellung der deutschen Wehrmacht zu verkünden.

Unmittelbare Veranlassung war die am 6. März 1935 verkündete Wiedereinführung der zweijährigen Militärdienstzeit in Frankreich. Damit hatte die französische Regierung den Abrüstungsgedanken fallen gelassen.

Es besteht für mich kein Zweifel, daß der Schock, der durch diese einseitige Verkündung Adolf Hitlers der Welt versetzt wurde, vermeidbar gewesen wäre, wenn damals eine unmittelbare Verbindung Adolf Hitlers mit den französischen Staatsmännern hätte hergestellt werden können. Der Hauptwiderstand gegen jede deutsche Aufrüstung ging damals zweifellos von Frankreich aus.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte zur Folge, daß Sir John Simon und Mr. Eden zu einem Besuch des Führers nach Berlin kamen. Der Besuch verlief in durchaus harmonischer Atmosphäre, wie aus den Gesprächen, zu denen ich zugezogen wurde, hervorging. Adolf Hitler erläuterte den britischen Staatsmännern die Notwendigkeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Er habe diesen Schritt unternommen, um endlich klare Verhältnisse zu schaffen. Nach wie vor erklärte er seine Bereitschaft, mit fremden Staaten Abmachungen über eine Einschränkung der Flotten- und Luftrüstung zu treffen. Außerdem betonte er seinen aufrichtigen Wunsch, zu einem großzügigen Arrangement mit Großbritannien zu gelangen. Es wurde verabredet, daß man auf diplomatischem Wege über die Frage einer Verständigung auf dem Flottengebiet in Verbindung bleiben wolle. Im Laufe der nächsten Woche haben dann verschiedene Fühlungnahmen stattgefunden und Ende Mai 1935 kam die Einladung, einen Bevollmächtigten zu Verhandlungen in der Flottenfrage nach London zu entsenden.

Der Führer wünschte, daß ich diese Verhandlungen führe und ernannte mich am 31. 5. 1935 zum Botschafter z. b. V.

Anfang Juni 1935 fuhr ich nach London, um mit der britischen Regierung eine Vereinbarung über die Flottenrüstung

zustande zu bringen. Bei den Verhandlungen, zu denen ich nur einen kleinen Kreis von Mitarbeitern mitgenommen hatte, wurde ich von Admiral Schuster und unserem Marineattaché in London, Kapitän z. S. Waßner und einigen anderen Herren geschickt unterstützt.

Die Eröffnungssitzung am 4. 6. 1935 leitete Sir John Simon. Nach den bisherigen Erfahrungen bei Verhandlungen mit den Briten schien es mir richtig, gleich von Anfang an die vom Führer gewünschte Relation von 100 : 35 für die englisch-deutsche Flottenstärke als eine „conditio sine qua non“ aufzustellen. Ferner hielt ich es für notwendig, daß wir zu einem sofort gültigen festen Vertrag mit England kämen. Geschah dies nicht, so sah ich ernsteste Schwierigkeiten voraus. Selbst wenn England die deutschen Wünsche zu akzeptieren bereit war, mußte es bei einer etwaigen vorherigen Rückfrage in Paris – angesichts des damaligen Bündnisverhältnisses mit Frankreich – auf entschiedenen Widerspruch stoßen. Ich habe deshalb unsere Forderungen gleich eingangs der Verhandlungen aufgestellt.

Sir John Simon erwiderte, daß eine solche Forderung wohl erst am Ende der Verhandlungen als Ergebnis vielleicht zugestanden werden könne, daß es aber kaum möglich sei, ein derartiges Verlangen gleich zu Beginn als Verhandlungsgrundlage anzunehmen.

Die weiteren Besprechungen fanden in dem berühmten Raum der Admiralität mit der historischen Windubr statt. Diese Uhr wurde zu Nelsons Zeit angebracht, um dem kommandierenden Admiral die Windrichtung anzuzeigen, damit er jeden Augenblick wissen konnte, ob die französische Flotte aus dem Hafen von Boulogne auslaufen könne oder nicht.

Nach einigen Schwierigkeiten wurden meine Forderungen von englischer Seite angenommen. Nach einer kurzen Unterbrechung (7. 6. 1935–14. 6. 1935) endeten die Verhandlungen,

die vor allem von dem damaligen Unterstaatssekretär in Foreign Office und späteren Botschafter in Tokio Sir Robert Craigie und dem britischen Admiral Liddle geführt wurden, mit dem Abschluß des bekannten deutsch-britischen Flottenabkommens vom 18. Juni 1935.

Einen Tag vor Abschluß des Vertrages gab es noch einen ernsten Aufschub, als das Foreign Office überraschend einen Vertragsentwurf schickte, der zwar die Relation 100 : 35 grundsätzlich festlegte, die Gültigkeit des Vertrages aber von der Zustimmung aller Versailler Mächte abhängig machen wollte und noch einige weitere retardierende Bestimmungen enthielt. Das war gegen unsere Verabredung. Ich hatte mit Sir Robert Craigie im Carlton-Hotel eine ernste Auseinandersetzung, bei der ich ihm sagte, daß ich es sehr bedauern würde, in der Erkenntnis nach Hause fahren zu müssen, man habe mir gegenüber nicht Wort gehalten.

Der Entwurf wurde dann entsprechend geändert, wobei – wie überhaupt bei den Flottenverhandlungen – der Erste Lord der Admiralität, der spätere Lord Monsell, eine sachlich großzügige Einstellung im Interesse seines Landes bewies.

Unterschrieben wurde das Abkommen von Außenminister Sir Samuel Hoare und mir. In meiner Schlußansprache brachte ich mit aller Wärme zum Ausdruck, daß der Führer durch die freiwillige Begrenzung der deutschen Stärke jede Flottenrivalität zwischen den beiden Ländern ein für allemal beseitigen und damit das Fundament für eine dauerhafte deutsch-englische Freundschaft schaffen wolle. Nach mir sprach Sir Samuel Hoare, allerdings in wesentlich kühlerer Form, was mir auffiel. Für mich aber war die Hauptsache, daß mit dem Vertrag die Grundlage für die von uns erstrebte englisch-deutsche Zusammenarbeit gelegt schien und eine Ursache, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatte, ausgeschaltet war.

Ich war von diesem Ergebnis meiner Londoner Mission sehr befriedigt, Adolf Hitler, dem ich die Unterzeichnung tele-

fonisch meldete, war es nicht minder – er nannte diesen Tag den glücklichsten seines Lebens. Daß damit auch die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und zwar mit Englands Zustimmung offiziell aufgehoben wurden, war bedeutsam, aber die deutsch-englische Verständigung auf dem Flottengebiet schien mir unendlich wichtiger.

Mittags lunchte ich mit Sir Walter Layton im Gebäude des „News Chronicle“, wo meine Mitteilung über den Vertrag eine Art Sensation auslöste. Am Nachmittag kamen dann sehr viele meiner englischen Freunde zu mir, um ihre Freude zum Ausdruck zu bringen. Ich habe selten so viele Menschen so zufrieden gesehen wie die zahlreichen Besucher im Carlton Hotel an diesem und am nächsten Tage. Eine Anzahl dieser Freunde und Bekannten hatte mir schon so manches Jahr bei meinen Bestrebungen geholfen. Ich denke an den leider inzwischen verstorbenen Lord Rothermere und viele andere. Aber auch zahlreiche neue Gesichter sah ich in diesen Tagen und als ich mich darüber wunderte, sagte mir einer meiner Bekannten: „Sie ahnen vielleicht noch gar nicht, was es heißt, mit der britischen Navy, die für England alles bedeutet, einen solchen Vertrag abgeschlossen zu haben.“

In Paris war man ernstlich verstimmt. Einige Zeitungen gingen so weit, vom „perfiden Albion“ zu schreiben. Ich ließ meine französischen Freunde auf die Vorteile hinweisen, die sich durch diese freiwillige deutsche Rüstungsbegrenzung letzten Endes auch für Frankreich ergeben würden.

Als ich dann am Tage nach dem Vertragsabschluß für die Filmwochenschau sagte, ich hätte es mir zur Lebensaufgabe gemacht, eine Verständigung zwischen Deutschland, England und Frankreich herbeizuführen, so war das keine Redensart oder „double talk“, wie man es im Nürnberger Prozeß hinstellen wollte, sondern es war meine innerste Überzeugung, die ich damit zum Ausdruck brachte. Heute wird mir das nicht geglaubt, ja, wie ich in meinem Schlußwort im

Botschafter z. b. V.

(mit Frau von Ribbentrop)

Nürnberger Prozeß sagte, „fremde Staatsmänner dürfen mir das heute nicht glauben“ – aber ich hoffe, daß der Tag noch einmal kommt, an dem meine Arbeit eine ganz andere Beurteilung erfährt.

Auch den damaligen Permanent Secretary im englischen Außenministerium Sir Robert Vansittart besuchte ich nach Abschluß des Vertrages. Ich konnte aber nicht feststellen, was seine eigentliche Meinung war. Er äußerte sich zwar in allgemeinen Wendungen positiv über das Abkommen, aber er war außerordentlich nervös und ich hatte den Eindruck, daß der Gang der Dinge nicht nach seinem Geschmack war. Ich kannte Vansittart nur oberflächlich, hatte ihn in früheren Jahren ein- oder zweimal besucht, wobei ich immer eine starke Reserve bei ihm festgestellt hatte. Ich konnte mich dem Eindruck nicht entziehen, daß ihm an einem besseren deutsch-englischen Verhältnis sehr viel weniger gelegen war als mir. Ich frage mich, ob seine stark frankophile Einstellung der Grund dazu war. Vansittart schrieb französische Gedichte und Theaterstücke. Aber das wäre doch kein Grund für seine negative Haltung gewesen, denn frankophil war ich ja auch.

Entscheidend war es, daß Vansittart von Anfang an die These im Foreign Office vertrat, die seinerzeit von Sir Eyre Crowe – dem Engländer mit der deutschen Mutter – aufgestellt worden war: „England darf niemals mit Deutschland paktieren.“ Sir Robert hat diesen Kurs bis zur Vernichtung Deutschlands, seinem großen Triumph des Augenblicks, durchgehalten. Alle Versuche von mir und anderen, ihn umzustimmen, schlugen fehl. Er war in diesen Jahren zweifellos in England der große Gegenspieler gegen alle Bestrebungen der deutschen Politik. In der ganzen Welt ist der „Vansittartismus“ zum Symbol des Deutschenhasses geworden. Wird aber die Politik Vansittarts vor der Geschichte Bestand haben?

Das Mißbehagen, das Vansittart über die Unterzeichnung des Flottenvertrages empfand, zeigte er deutlich. Schon die

Tatsache, daß Mr. Craigie mich nach der Unterzeichnung beiseite nahm und mich bat, doch Sir Robert nicht aufzusuchen, hatte für sich selbst gesprochen. Von befreundeter Seite wurde ich darüber informiert, daß Vansittart gegen die sofortige Gültigkeit des Flottenvertrages Einspruch erhoben hatte und daß die Schwierigkeiten am Tage vor der Unterzeichnung von ihm persönlich stammten. Mag das nun zutreffen oder nicht, der sonst so selbstsichere Vansittart zeigte jedenfalls bei meinem Besuch eine ausgesprochene Beklommenheit und mir gegenüber besondere Höflichkeit, die auch dadurch zum Ausdruck kam, daß er mich – wohl ein höchst seltenes Vorkommnis – persönlich die Treppe des Foreign Office hinunterbegleitete und an mein Auto in der Downing-Street brachte. Ich nahm mir damals vor, alles zu tun, um mit diesem wichtigen Mann einen freundschaftlichen Kontakt herzustellen. Das ist mir leider auch später nicht gelungen.

Es waren schon zu jener Zeit in England Kräfte am Werk, die jeden deutschen Vorschlag von vorne herein ablehnten, wenn er auch noch so vernünftig war, wie der Flottenvertrag. Im Gegensatz zur Tirpitz-Zeit garantierte dieser Vertrag mit seiner Relation 100 : 35 einem England, das den Frieden ehrlich wollte, seine maritime Vorrangstellung. Aber Vansittart und die Kreise um ihn klammerten sich an das Versailler System und tragen damit eine entscheidende Verantwortung für die weitere Entwicklung, durch die Deutschland und England wieder auseinandergetrieben wurden.

Schon bald nach dem Flottenabkommen konzentrierte ich meine Tätigkeit darauf, auf diesem Fundament zu einem noch engeren Verhältnis, womöglich zu einem Bündnis mit England zu gelangen. Das war der große Wunsch Adolf Hitlers und ebenso mein eigener. Der Führer hatte mir erklärt, daß er bereit sei, im Rahmen eines Bündnisses mit England außer dem Flottenabkommen auch die Integrität der zwischen Deutschland und England liegenden Länder Holland, Belgien

und Frankreich zu garantieren und ferner England für die Zwecke der Erhaltung seines Imperiums bis zu zwölf Divisionen zur Verfügung zu stellen, wo immer dies notwendig sein sollte.

Vor allem dachte ich damals an den Abschluß eines Luftpaktes, zu dem Adolf Hitler positiv eingestellt war. England sollte als Gegenleistung Deutschland als stärkste Kontinentalmacht anerkennen und sich gewissen Revisionsforderungen in Mitteleuropa nicht verschließen, über die sich der Führer damals noch nicht näher äußerte und von denen er nur das eine sagte, daß er sich darüber jeweils mit England freundschaftlich verständigen wolle. Als Rohstoffquelle wollte er eine oder zwei ehemalige deutsche Kolonien zurückerhalten. Diese Forderung sollte aber keine „conditio sine qua non" für ein Bündnis sein. Ich habe diese Bündnisgedanken Hitlers damals und in den folgenden Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten in London zur Sprache gebracht. Sie wurden teils positiv, meist aber reserviert aufgenommen.

Um die Dinge zu fördern, schien mir eines entscheidend: Ein Zusammentreffen des britischen Regierungschefs mit dem Führer, um auf der Basis der Ausschaltung der Flottenrivalität zunächst das Vertrauen zu vertiefen. Adolf Hitler war sofort einverstanden. Baldwin aber war schwer für den Gedanken zu gewinnen. Ich wurde damals durch alle meine englischen Freunde unterstützt, um diese Begegnung zustandezubringen. Mr. Baldwin zögerte. Hitler schlug daraufhin ein Zusammentreffen auf einem Schiff in der Nordsee vor und erklärte sich sogar bereit, zu dem englischen Premierminister nach Chequers zu fliegen. Ich hörte, Mr. Baldwin sei nicht abgeneigt, aber er sei nun einmal langsam von Entschluß. Dann erfuhr ich, daß Baldwin geäußert habe, er müsse erst mit „Van" sprechen, gemeint war Vansittart. Ich war besorgt, da ich von Vansittart keinen positiven Zuspruch erwartete. Schließlich ließ mir Baldwin durch seinen Freund Mr. T. J. Jans

sagen, ein solches Treffen müsse „noch mehr vorbereitet werden" – praktisch eine Absage. Etwas später hörte ich, daß Baldwin geäußert habe, er wisse nicht, „wie man mit Diktatoren spreche".

Nach dem vielversprechenden Beginn mit dem Flottenabkommen war die Absage Baldwins enttäuschend. Als ich sie Adolf Hitler mitteilen mußte – er erwartete mich im Garten der Reichskanzlei – war seine Enttäuschung vielleicht noch größer als die meine. Lange Zeit äußerte er gar nichts und sah mich dann ernst an. Schließlich sagte er, er sei nun seit so vielen Jahren immer wieder und wieder für die deutsch-englische Verständigung eingetreten, er habe die Flotten-Frage in einem für England so günstigen Sinne gelöst, er sei bereit, alles gemeinsam mit England zu machen, aber anscheinend wolle man ihn in seiner Einstellung, die für Generationen Bestand haben solle, nicht verstehen.

Mir war klar, daß eine wichtige Gelegenheit verpaßt war. Zum Nachteil Deutschlands und Englands, mehr noch zu Ungunsten Europas und der ganzen Welt war ein günstiger Augenblick ungenutzt vorübergegangen. Würde er je wiederkehren? Er ist nicht wiedergekommen!

Ich war beunruhigt, denn ich kannte Adolf Hitler. Frankreich hatte ihm durch Daladier abgesagt, jetzt sagte ihm trotz aller Avancen England ab. Würde ihn das nicht allmählich in die Gegnerschaft treiben und wohin würde dieser Weg – war er einmal eingeschlagen – schließlich führen?

Waren die außenpolitischen Ideen des Führers nicht durchaus vernünftig? Adolf Hitler wollte ein starkes Reich, im Innern einig durch den Nationalsozialismus gegen den Bolschewismus, nach Außen gewappnet gegen alle Eventualitäten einer militärischen Machtentfaltung des Ostens. Wiederholt hat er mir gegenüber von der gefährlichen Ideologie des Kommunismus mit seiner entschlossenen Führung gesprochen, die über Menschen und Material von schwer schätzbarem Ausmaße verfüge. Hiergegen wollte er in Zentraleuropa durch ein starkes Deutschland ein Bollwerk schaffen. Unmögliche Versailler Grenzen wie Danzig und den Korridor wollte er revidieren, dabei durch eventuelle Rückgewinnung landwirtschaftlicher Gebiete die deutsche Ernährungslage verbessern, eine Lösung für Österreich und Sudetenland finden, den Balkan als Absatzmarkt und Getreideimportgebiet gewinnen, Freundschaft mit Italien schaffen, die Integrität der westlichen Länder garantieren, insbesondere mit Frankreich ein Übereinkommen unter Verzicht auf Elsaß-Lothringen treffen und ein Bündnis mit England unter Verzicht auf Flotten- und Luftrivalität abschließen. Das waren in großen Zügen die damaligen außenpolitischen Grundgedanken Adolf Hitlers. Die oben bereits erwähnte Rückgabe von ein oder zwei Kolonien für Rohstoffe wünschte er zwar, bei entsprechenden Handelsabmachungen wäre das aber kein entscheidender Faktor gewesen. Über das gegenseitige Kräfteverhältnis zu Lande und in der Luft hätte sich der Führer mit England zweifellos ebenso geeinigt, wie es zur See durch das Flottenabkommen bereits geschehen war und für die territorialen Revisionen und eine evolutionäre Lösung der österreichischen und der Sudetenfrage hätte er ein ganz langfristiges Programm aufgestellt.

Ich bin davon überzeugt, wenn ein Zusammentreffen mit dem englischen Ministerpräsidenten zustande gekommen wäre und man sich englischerseits mit den Grundgedanken dieser Außenpolitik einverstanden erklärt hätte, so lebten wir heute noch im tiefsten Frieden.

Rußland würde es sich sehr überlegt haben, seinem Expansionsdrang nach Westen nachzugeben. Wahrscheinlich hätten die Sowjets angesichts der Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens von ihren Plänen und Vorbereitungen auf militärischem und ideologischem Gebiet überhaupt Abstand genommen.

Warum ließen sich diese Ideen Adolf Hitlers nicht verwirklichen und woran ist die mit dem deutsch-englischen Flottenvertrag begonnene Entwicklung gescheitert? Wenn ich heute im Jahre 1946 aus meinen persönlichen Erfahrungen und mit einem gewissen Abstand von den Dingen diese Frage beantworten will, so muß ich folgende Gründe anführen, die meines Erachtens entscheidend waren:

Primär ist die Tatsache zu nennen, daß auf dem Versailler Vertrag ein System aufgebaut war, das im Völkerbund und dessen Satzung seinen Ausdruck fand. Dieser Völkerbund sollte eigentlich einmal zum Instrument einer vernünftigen Revision untragbar gewordener Versailler Bestimmungen werden – das hatte wohl auch Wilson vorgeschwebt, als aber aus der Theorie Wirklichkeit werden sollte, zogen sich die USA schnell zurück. Statt dessen entwickelte sich der Völkerbund gerade in umgekehrter Richtung. Er wurde zum Instrument des Festhaltens, zur „Verewigung von Versailles". Mit anderen Worten: er wurde zum Instrument der Niederhaltung der 1918 besiegten Nationen und damit zur Ursache für ihren weiteren Verfall. Die Revision stand nur auf dem Papier, denn es fehlte die Einrichtung und der gute Wille der Sieger, um Änderungen des Vertrages gegen den Egoismus der Einzelstaaten in der Praxis zu erzwingen. Die Völker aber lassen sich auf die Dauer nicht in Statuten pressen, sie wollen leben. Und wenn die Statuten dieses Leben nicht sicherstellen können, dann nehmen sich diese Völker ihr Recht über alle Statuten und Paragraphen hinweg.

Wie andere deutsche Regierungen vorher, so stand auch das Dritte Reich vor der unbestreitbaren Tatsache, daß Revisionen auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen mit den Völkerbundstaaten schlechthin unmöglich durchzusetzen waren. Darum hatte Deutschland Genf verlassen und den Weg der unmittelbaren Verhandlungen mit den Großmächten, vor allem England und Frankreich, beschritten. Das Flottenabkommen war das einzige Abkommen, durch das eine Revision von Versailles auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen, zumindestens mit **einer** Großmacht erreicht wurde. Leider blieb das eine Ausnahme. Die englische Diplomatie hatte durch ihren damaligen Ausbruch aus dem herrschenden System zweifellos viele Schwierigkeiten mit den anderen Signatarmächten von Versailles. Ich hörte in dieser Zeit immer wieder, daß von seiten der englischen Berufsdiplomatie unter Führung von Sir Robert Vansittart ein starker Druck auf das britische Kabinett ausgeübt wurde, um jeder weiteren Entwicklung in Richtung freier Verhandlungen außerhalb des Versailler Systems den Weg zu verbauen.

Nur so ist auch die Absage Baldwins begreiflich. Ich bin noch heute der Überzeugung, daß Lord Baldwin guten Willens war. Wäre er doch nur seinem Instinkt und weniger der Beratung des Foreign Office gefolgt!

Warum aber waren die englische Diplomatie und überhaupt einflußreiche Kreise, die sich um Männer wie Churchill, Vansittart, Duff Cooper und viele andere scharten, Deutschland gegenüber so negativ eingestellt? Hier liegt die zweite Ursache für das Scheitern eines großen deutsch-englischen Arrangements in diesen Jahren. Die Antwort auf diese Frage gibt gleichzeitig auch die Antwort auf die Frage nach dem Grunde für den Zweiten Weltkrieg überhaupt. Sie heißt: **Gefährdung der „balance of power" in Europa!**

Die englische politische Welt war damals in zwei Teile gespalten: Der eine Teil, geführt von einigen wichtigen Kabinettsmitgliedern, zu denen wohl anfangs auch Mr. Baldwin selbst gehörte, eine Anzahl wichtiger Persönlichkeiten des House of Lords und des Unterhauses, maßgebende Männer der Presse, der City und auch des Geisteslebens waren für eine Verständigung und für ein großzügiges Übereinkommen mit Deutschland.

Der andere Teil, unter Führung Vansittarts und des Foreign Office, waren gegen jede Abmachung mit Deutschland und für ein starres Festhalten an dem Versailler System. Die Politiker der letzten Gruppe sahen schon allein in der Existenz eines starken Deutschen Reiches eine Gefahr für die englische These der „balance of power" in Europa. Sie glaubten daher von Anfang an, Adolf Hitler und Deutschland entgegentreten und jede weitere Erstarkung des Reiches verhindern zu müssen. Schon in den Jahren 1935/36 gewannen diese Kreise immer mehr die Oberhand, jedenfalls insofern, als eine neue großzügige Politik von der Gruppe britischer Politiker, die die englischen Interessen durch ein Zusammengehen mit Deutschland wahrnehmen wollten, nicht mehr durchgesetzt werden konnte.

Den dritten Grund für das Scheitern einer endgültigen deutsch-englischen Verständigung in den dreißiger Jahren sehe ich in den starken Einflüssen jener Kreise in England, die der nationalsozialistischen Ideologie von vorneherein feindlich gegenüberstanden, vor allem der Freimaurer und Juden, dann aber auch gewisser kirchlicher und gewerkschaftlicher Einflüsse. Es ist sehr umstritten, inwieweit diese Kreise, zu denen noch die indirekten Einflüsse aus den USA hinzukommen, eine maßgebende Rolle bei der Entwicklung gespielt haben. Ich selbst meine, daß sie nur von sekundärer Bedeutung waren gegenüber der ausschlaggebenden Rolle der rein imperial-britisch eingestellten Kreise.

Aber wie dem auch sei: Auf alle Fälle sind es diese verschiedenen Faktoren gewesen, die sich in England in der für die europäische Entwicklung entscheidenden Frage gegenüberstanden. Wenn es damals eine britische Führung gegeben hätte, die gegen alle Widerstände sich mit der Festlegung eines gemeinsam durchzuführenden Revisionsprogrammes und eines großen politischen Arrangements einverstanden erklärt hätte, so wäre mit Hitler alles zu erreichen gewesen.

Daß man diese Entschlußkraft in England nicht aufbrachte, war bei der Charakterveranlagung des Führers besonders bedauerlich. Er bewunderte England und er suchte seine Freundschaft. Er sah die Existenz des Britischen Empires als auch für Deutschland wichtig an. Aber, so sagte er mir öfters in den folgenden Jahren: „Zur Liebe gehören zwei, eine einseitige Liebe tut auf die Dauer nicht gut."

Ich habe schon in diesen Jahren wiederholt mit Adolf Hitler um eine Modifizierung der weltanschaulichen Seite des Nationalsozialismus, besonders in der Judenfrage geradezu gerungen, sie sollte die große deutsch-englische Verständigung erleichtern. Leider kamen statt dessen die Nürnberger Gesetze.

So wie die Dinge lagen, wurde jedenfalls Hitler schon damals allmählich in eine Oppositionsstellung gegenüber England gebracht. Er betrachtete seit den Jahren 1935-36 alles, was von England kam, mit langsam, aber stetig zunehmendem Mißtrauen.

Hinzu kam, daß Adolf Hitler besonders leicht und stark von der Presse beeindruckt wurde. Ein Teil der englischen Zeitungen hielt schon in jenen Jahren mit Angriffen gegen Deutschland nicht zurück. Leider konnte ich weder damals noch später als Außenminister trotz meiner hartnäckigen Anstrengungen einen Einfluß auf die sog. „Pressevorlage" beim Führer gewinnen. Es wäre zweifellos richtig gewesen, wenn das Auswärtige Amt ihm die Presseauszüge mit entsprechenden Kommentaren vorgelegt hätte. Das war aber nicht der Fall. Die ausländischen Pressestimmen ließ er sich durch seinen Pressechef Dr. Dietrich unmittelbar zustellen. Auf solche Weise erhielt er oft gehässige Presseartikel über Deutschland, die im Rahmen der Gesamtveröffentlichungen unwesentlich waren und die öffentliche Meinung gar nicht widerspiegelten. Derartige Artikel machten auf den für Kritik sehr empfindlichen Führer einen mir ganz unerwünschten Eindruck, so daß ich oft lange Zeit brauchte, um falsche oder wesentlich

übertriebene Meldungen richtigzustellen. In den vielen Jahren meiner Tätigkeit spürte ich bei meinen Vorträgen immer wieder die Nachwirkung solcher Artikel. Die englischen Presseartikel waren zweifellos nicht dazu angetan, die Wogen zu glätten.

Allerdings war das nicht entscheidend. Entscheidend war vielmehr die Tatsache, daß es immer wieder England war, das Adolf Hitler entgegentrat, sei es bei den unerläßlichen Revisionen von Versailles, sei es bei der Durchsetzung sonstiger deutscher Forderungen. Bis zum Kriegsausbruch 1939, als es um Danzig und den Korridor ging – jenes Problem, das von England selbst als das Pulverfaß Europas bezeichnet worden war – wurden der deutschen Revisionspolitik von englischer Seite immer von neuem die größten Widerstände entgegengesetzt. Psychologisch wirkte sich diese englische Haltung auf die Einstellung des Führers sehr ungünstig aus. Dennoch hat Adolf Hitler, der in grundsätzlichen Fragen unendlich schwer von seiner Linie abging, an seinem Verständigungswillen bis zum letzten Tage des Kriegsausbruches festgehalten und hat alles versucht, um den Krieg mit England zu vermeiden und doch noch zu einer großzügigen deutsch-englischen Einigung zu kommen.

Ich war der Auffassung und ich habe Adolf Hitler – entgegen allen Behauptungen der englischen Propaganda – immer wieder berichtet, daß England, wenn es keinen anderen Weg sähe, für seine Gleichgewichtsthese ganz zweifellos zu den Waffen greifen und heroisch kämpfen werde, falls wir uns mit ihm über die Stärke unseres Reiches nicht verständigen könnten. Ich hatte schon in den Jahren 1935/36 das Gefühl, daß die Kreise in England, die die alte Gleichgewichtsthese vertraten, eines Tages gegenüber den Verständigungskreisen die Oberhand gewinnen würden *).

*) In diesem Zusammenhang sind die Tagebuchnotizen des späteren britischen Premierminister Neville Chamberlain interessant, der schon 1934 schreibt: „Wir können uns nicht auf Feindseligkeiten mit Japan und Deutschland gleichzeitig vorbereiten, das letztere ist das Problem, auf das wir uns konzentrieren müssen." (Tagebucheintragung vom 6. Juni 1934, zitiert in Keith Feiling: The Life of Neville Chamberlain, London 1946, S. 253.)

Ich kannte den entscheidenden Einfluß, den die Berufsdiplomatie, besonders angesichts der Uninteressiertheit der meisten Engländer an außenpolitischen Fragen, dort ausübt. Im Foreign Office war man fest und unwiderruflich eingeschworen auf die These von Sir Eyre Crowe, niemals mit Deutschland zu paktieren und auf die Gleichgewichtsthese, nach der England niemals *mit*, sondern immer *gegen* die stärkste europäische Macht Politik treiben müsse.

Adolf Hitlers Standpunkt war es, daß diese englische These überaltert sei und auch als Theorie nicht mehr im englischen Interesse liege. Den Grund, den er mir hierfür angab, sah er in der Möglichkeit einer großen Machtentfaltung des Ostens und in der Gefahr einer Bolschewisierung Europas, Englands und damit der ganzen Welt, wie sie sich in unserem Zeitalter der sozialen Umwälzungen abzeichne. Die Auffassung Hitlers ging dahin, daß England ein sehr viel stärkeres Deutschland als bisher begrüßen und sogar ein besonderes Interesse an einem solchen haben müsse. Nur ein im Nationalsozialismus geeintes, gegen den Kommunismus immunes, starkes Deutschland könne für Europa und damit auch für das britische Imperium ein wirkliches Bollwerk gegen den Osten bilden. Die alte englische These vom Gleichgewicht der Kräfte werde sich, wie das der Führer einmal in klassischer Form zum Ausdruck brachte, unter den heutigen Verhältnissen *niemals mehr für England, sondern nur noch zugunsten Rußlands auswirken.*

Ein englisches Imperium als erster Machtfaktor zur See und ein ihm durch ein deutsch-englisches Bündnis zur Seite stehendes Deutschland als erste europäische Macht zur Abwehr des erstarkten aggressiven Ostens – das war das Zu-

kunftsbild Adolf Hitlers, hier sah er die Basis einer neuen Stabilisierung der Kräfte in der Welt und damit der friedlichen Entwicklung der Völker.

Demgegenüber verfochten unsere Gegenspieler in London, Vansittart und Churchill mit wachsendem Erfolg ihre These: ein mittelstarkes Deutschland auf der einen und Frankreich mit seinen Verbündeten in Osteuropa auf der anderen Seite sollten England jederzeit die Möglichkeit bieten, nach freiem Belieben sein Gewicht jeweils in die Schale zu werfen.

Ich habe seit den Jahren 1935/36 und noch bis in die Kriegsjahre 1943/44 in dieser Frage mit Adolf Hitler immer wieder ernste Meinungsverschiedenheiten gehabt. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß er in der großen historischen Perspektive Recht haben möge, aber das scheine mir nicht entscheidend zu sein. Entscheidend sei doch die Tatsache, daß die englische Führerschicht, zu Recht oder zu Unrecht heute ihre Auffassung vertrete. Es stünde nicht in unserer Macht, die englische Führung zu zwingen, anders zu denken, selbst wenn dies im Interesse des Britischen Reiches läge. Mehr als wir täten, um unsere Auffassung in England durchzusetzen, könnten wir nicht tun.

Ich habe Adolf Hitler vor dem Kriege immer wieder gesagt, daß wir mit dem Eintreten Englands für seine alte Gleichgewichtsthese als politische Realität rechnen müßten und daß England für diese seine Auffassung auch in den Krieg gehen würde. Über diesen sehr entscheidenden Punkt habe ich mich niemals mit dem Führer einigen können. In den späteren Kriegsjahren sagte er mir wiederholt: „Ribbentrop, habe ich nicht doch Recht behalten mit meiner Auffassung bezüglich der englischen Gleichgewichtsthese? War sie bei dieser gewaltigen Machtentfaltung Rußlands im Interesse Englands noch richtig? Was wird mit England geschehen, wenn Deutschland heute schwach würde? Wir sind sowohl ideologisch als auch militärisch das letzte Bollwerk vor dem britischen Imperium. Würde

Deutschland von Stalin überrannt, so wäre die Bolschwisierung Europas niemals durch die Macht englischer oder amerikanischer Bajonette aufzuhalten. Wäre es nicht besser gewesen, England hätte sich über Danzig und den Korridor zur rechten Zeit mit uns geeinigt, wie ich es dreiviertel Jahr lang durch Sie versuchen ließ, anstatt uns den Krieg wegen Polen zu erklären? Hätte ein Deutschland in seiner Frontstellung gegen ein solch starkes Asien jemals England gefährlich werden können?“

In den Jahren 1935/36 wurden Versuche unternommen, gestützt auf das Flottenabkommen zu weiteren Vereinbarungen mit England zu gelangen. In die Verhandlungen über den in Aussicht genommenen Luftpakt, den ich dringlichst herbeiwünschte, war ich nur zum Teil eingeschaltet. Die Verhandlungen gingen durch verschiedene Kanäle. Daß sie schließlich zu keinem Erfolg führten, habe ich immer bedauert, denn ich glaube, daß ein Pakt gerade auf diesem Gebiete vielleicht doch noch ein anderes Verhältnis mit England hätte herbei führen können.

In dieser Zeit war keine weitere Verbesserung der deutsch-französischen und deutsch-englischen Beziehungen mehr festzustellen. Von Frankreich wurde systematisch an einer weiteren Bündnispolitik gegen Deutschland gearbeitet. Nachdem Barthou Polen und die Kleine Entente wieder fest in das französische Bündnissystem eingefügt hatte, folgte die Ratifizierung des französisch-russischen Beistandspaktes, der sich natürlich nur gegen Deutschland richtete, eine unmittelbare Bedrohung des Reiches darstellte und den Bruch des Locarno-Vertrages bedeutete. Die Antwort Adolf Hitlers war der bedeutsame Schritt der Wiedererrichtung der deutschen Wehrhoheit für das gesamte Reichsgebiet. Er hat mir später oft erklärt, daß dies für ihn einer der ernstesten Entschlüsse gewesen sei, daß er aber nach Abschluß des französisch-russischen Militärbündnisses nicht anders habe handeln können.

Ich hatte im Laufe des Winters 1935/36 in Paris und London Fühlung mit einer großen Anzahl maßgebender Personen. Bei diesen Gesprächen brachte ich offen und unmißverständlich zum Ausdruck, daß entweder eine Verständigung zwischen den Westmächten und Deutschland durch ein gemeinsam vereinbartes Revisionsprogramm erreicht werden müsse oder Deutschland werde den Schutz seines eigenen Landes wieder selbst in die Hand nehmen, d. h. also der Locarno-Vertrag müsse in irgendeiner Form revidiert werden.

Aus verschiedenen Gesprächen mit einsichtsvollen Engländern hatte ich den Eindruck gewonnen, daß sie die Berechtigung meiner Argumente anerkannten und bei einigen sehr maßgebenden Persönlichkeiten habe ich sogar Zustimmung gefunden. Nicht selten wurde mir gesagt: „Engländer würden in der Lage Adolf Hitlers auch dieselbe Haltung einnehmen wie er."

Von der Absicht einer Wiederbesetzung des Rheinlandes sprach Adolf Hitler damals allerdings noch nicht. Zu dieser Maßnahme hat er sich ganz kurzfristig entschlossen, als er die Nachricht von der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Beistandspaktes erhielt. Ich habe ihm auf seine Frage gesagt, daß ich glaube, er werde die Besetzung des Rheinlandes ohne Krieg durchführen können.

Es waren aufregende Stunden, die der Besetzung vorausgingen. Es verlautete, daß auf französischer Seite eine motorisierte Armee in Stärke von etwa 250 000 Mann aufmarschiert sei und es war klar, daß bei unserer kleinen Wehrmacht die Besetzung eigentlich nur eine symbolische sein konnte. Auch für mich waren es schwere Stunden, hatte ich doch den Führer dahin beraten, daß man sich in England mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Rheinland letzten Endes wohl abfinden werde. Allerdings hielten weite englische Kreise am Versailler System und an Locarno fest und man könne natürlich nicht genau wissen, wie groß der

Einfluß dieser Kreise sei. Wenn auch – wie ich wußte – in England starke Kräfte konstant an der Linie einer deutsch-englischen Verständigung arbeiteten und Verständnis für unseren Standpunkt hatten, war der Entschluß Hitlers immerhin ein großes Risiko.

Eines stand sowohl für Adolf Hitler als auch für mich fest: wenn die Wehrhoheit wiederhergestellt werden mußte – nach dem französisch-sowjetischen Bündnis war Hitler dieser Auffassung – dann war sie auf dem Wege der Verhandlungen nicht zu erreichen. Im Gegenteil, es bestand die Gefahr, daß im Falle von langen Diskussionen über dieses Problem sich eine ultimative Situation ergeben könnte, die dann vielleicht leichter zu einer wirklichen Krise und zum Konflikt führen würde, als wenn das Ausland vor ein fait accompli gestellt wurde. Dies waren die Gedanken, die uns damals bewegten und die Adolf Hitler endgültig veranlaßten, den Schritt zu unternehmen.

Nach der Besetzung des Rheinlandes kam von London die Aufforderung an Deutschland, vor dem Völkerbund den deutschen Standpunkt zu vertreten. Der Führer überlegte zunächst, ob er nicht selbst nach London fliegen und vor dem Völkerbund sprechen sollte. Auf Einspruch des Außenministers von Neurath und auch von mir, sah er aber davon ab, und ich wurde nach London geschickt. Zuvor war uns mitgeteilt worden, daß Deutschland dort seinen Standpunkt frei und ungehindert vertreten könne. Am Tage vor meiner Abreise legte Hitler mit mir zusammen alle Einzelheiten unserer Beweisführung fest. Sein großer Friedensplan sollte die Grundlage für eine neue Zusammenarbeit mit den anderen Nationen bilden. Das Entscheidende war, daß die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Rückkehr in den Völkerbund bekannt gegeben wurde.

Mit diesem Entschluß verbindet sich eine kleine persönliche Erinnerung. Als die Nachricht vom französisch-sowjetischen

Pakt eintraf und Adolf Hitler seinen Entschluß zur Rheinlandbesetzung faßte, befanden wir uns in München. Ich hatte ihm in einem längeren Gespräch den Gedanken des großen Friedensplanes nahegelegt, um nach der Besetzung auf völlig gleichberechtigter Basis die Zusammenarbeit mit den anderen Nationen aufzubauen. Als ich in das Hotel „Vier Jahreszeiten" zurückkehrte, kam mir der Gedanke, es könnte vielleicht zu einer ruhigen Abwicklung entscheidend beitragen, wenn wir uns bereit erklären, wieder in den Völkerbund einzutreten. Ich machte mir eine Notiz und legte den Zettel auf den Tisch. Früh morgens rief mich der Führer ganz unerwartet an: er wolle mich sogleich besuchen, um etwas sehr Wichtiges mit mir zu besprechen. Als Hitler kam, sagte er mir: „Ribbentrop, mir ist heute Nacht etwas eingefallen, wie wir die Rheinlandbesetzung reibungslos durchführen können. Wir gehen zurück in den Völkerbund! Dort haben wir jetzt eine ganz andere Position als früher." Ich nahm meinen Zettel vom Tisch und zeigte ihm die Notiz, die genau dasselbe besagte. Gibt es nicht doch so etwas wie Gedankenübertragung?

Mein Auftrag, Deutschland bei der Völkerbundssitzung zu vertreten, war eine heikle Mission und ich bestieg das Flugzeug nach London, nur von einigen wenigen Mitarbeitern begleitet, mit recht gemischten Gefühlen – hatten wir doch inzwischen fast jeden Kontakt mit dem Völkerbund verloren. Wir wußten nichts Endgültiges über die Haltung der einzelnen Ratsmitglieder und über die Stimmung in Paris und London. Auch hörte man damals, daß schon militärische Gespräche zwischen England und Frankreich im Gange seien.

Als wir in London ankamen, fanden wir eine ausgesprochen unfreundliche Atmosphäre vor. Zunächst war gar nichts über die Prozedur der bevorstehenden Völkerbundssitzung in Erfahrung zu bringen. Alles war in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Der Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Völkerbund, der damalige Legationsrat, spätere Gesandte von

Schmieden, konnte mir nur unbestimmte Mitteilungen über die Ratstagung machen. Vor allem hieß es, daß gleich am Vormittag unmittelbar nach meiner Rede der Beschluß des Rates bekanntgegeben werden solle.

Das wäre einer Verurteilung ohne Berücksichtigung des deutschen Standpunktes gleich gekommen. Ich versuchte daher, den Vorsitzenden des Rates, den Australier Bruce, zu erreichen, aber das mißlang. So ging ich abends ins Foreign Office, um dort Näheres zu hören und um gleichzeitig mitzuteilen: wenn Deutschland vor dem Rat erscheine, so müsse es erwarten, daß der Rat die deutsche Stellungnahme wenigstens zur Kenntnis nehme, bevor er irgendeinen Entschluß fasse. Auch im Foreign Office bekam ich zunächst nur eine ausweichende Antwort. Erst am nächsten Morgen (19.3.1936) sagte mir der Vorsitzende des Rates, als ich ihm einen Besuch abstattete, daß man, wie von uns gewünscht, prozedieren werde. Ich solle am Vormittag sprechen und am Nachmittag werde dann der Beschluß des Rates bekanntgegeben werden.

Der größte Teil der Ratsmitglieder war bereits versammelt, als ich den schönen, historischen St. James-Palast betrat, der schon soviel englische Geschichte gesehen hatte. Ich kannte nur den englischen Vertreter Eden, den Franzosen Flandin und den Belgier van Zeeland. Alle anderen Ratsmitglieder waren mir unbekannt. Der Ratstisch war im großen Saal in Hufeisenform aufgestellt, mein Platz befand sich an der äußersten Ecke neben dem rumänischen Vertreter Titulescu. Die Franzosen, Engländer und Russen hatten in der Mitte Platz genommen. Eine Vorstellung war nicht vorgesehen. Daß ich trotzdem Eden, Flandin und van Zeeland begrüßte, wurde in der Presse als „Symptom einer Entspannung" bezeichnet.

Nach einer kurzen einleitenden Rede des Vorsitzenden vertrat ich in längeren Ausführungen den deutschen Standpunkt hinsichtlich der Wiederbesetzung des Rheinlandes. Ich legte

dar, daß durch das französisch-russische Bündnis, das nur gegen Deutschland gerichtet sein könne, die Voraussetzungen, unter denen der Locarnovertrag geschlossen worden war, entfielen und der Vertrag damit erloschen sei. Keiner Nation der Welt könne zugemutet werden, tatenlos zuzusehen, wenn gegen sie ein Bündnissystem solchen Ausmaßes aufgerichtet würde. Deshalb könne es auch Deutschland nicht länger verwehrt werden, einen Teil seines Landes, und zwar einen der wichtigsten, in verteidigungslosem Zustand zu belassen. Dann erläuterte ich die 25 Punkte des deutschen Friedensplanes, von dem wir eine völlig neue Ära der Beziehungen zwischen den Mächten erhofften und erklärte schließlich ausdrücklich die Bereitwilligkeit Deutschlands, in den Völkerbund zurückzukehren.

Nachdem ich gesprochen hatte, sollte eine Debatte stattfinden. Ich sah, wie der sowjetische Vertreter Litwinow, der während meiner Rede ostentativ sein Gesicht hinter einer großen Zeitung verborgen hatte, aufstand und mir erwidern wollte. Eden aber, der von Anfang an bestrebt war, eine ausgleichende Atmosphäre zu schaffen, ging sofort zu Herrn Litwinow und sprach eifrig auf ihn ein. Das Resultat war, daß Litwinow statt zu erwidern sich erneut hinter seiner großen Zeitung – ich glaube, es war die „Times" – verschanzte. Einige andere Ratsmitglieder, zunächst der brasilianische Vertreter nahmen nun das Wort und es kam zu einer kurzen Debatte, die aber mehr formelle Fragen als den Inhalt meiner Rede behandelte. Dann erhob sich unerwartet Herr Titulescu und griff eine These des Vorredners heftig an, wodurch die Debatte auf ein Nebengleis abgelenkt wurde. Ich hatte mich zunächst ganz zurückgehalten und war von dem bisherigen Gang der Dinge nicht unbefriedigt, denn auf meine Rede erfolgte keine Erwiderung, die etwa eine scharfe deutsche Antwort erheischt hätte. England, Frankreich und Belgien, also die am stärksten interessierten Länder,

hielten sich vollkommen zurück. So kamen wir, ohne daß eine nochmalige Wortergreifung meinerseits notwendig geworden war, zur Mittagspause.

Nach kurzer Unterbrechung trat der Rat wieder zusammen und es wurde ohne weitere Formalitäten der Ratsbeschluß, an dem wir nicht teilgenommen hatten, verkündet. Deutschland wurde der Verletzung des Locarno-Paktes für schuldig erklärt. Diese Erklärung wurde einstimmig gefaßt, wobei es dem italienischen Vertreter – wie ich ihm ansah – nicht ganz wohl zumute war. Nur der Chilene enthielt sich der Stimme. Der Delegierte Ekuadors blieb der Abstimmung fern.

Natürlich hatte der Beschluß bereits festgestanden, ehe ich nach London kam und die kleine Debatte des Vormittags war nur Spiegelfechterei gewesen. Dennoch war es sicher richtig gewesen, den deutschen Standpunkt vor dem Völkerbundsrat zu vertreten. Man kann aber bekanntlich bei solchen Versammlungen nie genau voraussehen, was passiert, wenn Argumente und Temperamente die Delegierten zum Reden zwingen. Ich selbst hatte keine Veranlassung, für Deutschland eine Debatte zu provozieren, sondern ich glaube, daß meine Worte, die der Führer zum Teil selbst festgelegt hatte, wohl abgewogen und die deutschen Argumente so überzeugend waren, daß man vielleicht juristisch, nicht aber politisch etwas dagegen vorbringen konnte.

Angesichts der neuen französischen Bündnispolitik – faktisch nur gegen das Reich gerichtet – waren die Bestimmungen des Locarnopaktes doch eine zu ungerechtfertigte Fessel für Deutschland. Das hatten auch, wenn nicht die politischen Vertreter im Völkerbund, so doch die breiten Massen ihrer Völker zweifellos empfunden. Ich beschränkte mich daher nach der Verurteilung, mit der wir gerechnet hatten, auf eine verhältnismäßig kurze Erklärung, wonach diese Verurteilung Deutschlands, von einer höheren Warte gesehen, nicht verstanden werden könne und vor dem gerechten Urteil der Ge-

schichte nicht bestehen werde. Damit war der Völkerbundsakt zur Rheinlandbesetzung beendet.

Bedenklicher war, daß inzwischen Generalstabsbesprechungen zwischen Frankreich und England in London begonnen hatten. Ich nahm deshalb gleich nach der Völkerbundstagung – noch am selben Tage – mit allen erreichbaren Freunden Verbindung auf. Das Carlton Hotel glich an diesem Nachmittag einem Taubenschlag. Ich brauchte unsere Freunde zum großen Teil nicht einmal zu benachrichtigen, viele kamen von selbst und mit ihnen manche Männer von Ruf und Namen, die ich noch gar nicht kannte. Bis tief in die Nacht hinein versuchte ich den deutschen Standpunkt zu erklären und Verständnis für uns zu wecken. Wenn die Dinge sich im weiteren Verlauf glatt abwickelten, so hat – glaube ich – der Einfluß dieser in der Politik, der öffentlichen Meinungsbildung und der Wirtschaft bedeutenden Männer gewiß nicht unerheblich dazu beigetragen. In diesen kritischen Stunden fanden sowohl Deutschland als auch ich persönlich manchen guten Freund in England.

Am nächsten Tag 20.3.1936 hatte ich eine lange Unterredung mit Eden im Foreign Office. Sicher war es für ihn keine leichte Situation. Es handelte sich um die Frage, ob Deutschland bereit wäre, einen Teil seiner Truppen – mehr symbolisch – zurückzuziehen, und um die Fragen einer etwaigen Bildung einer neutralen Zone an der französisch-belgischen Grenze, der Befestigungen und der Stärke der militärischen Besetzung. Dies alles waren schwierige Fragen und zweifellos drängte Frankreich stark darauf, daß, wenn schon nichts Ernstliches mehr erfolgte – zum bewaffneten Eingreifen war man in Paris wohl nicht mehr entschlossen – so zumindest doch etwas geschehen müsse, um das Gesicht nach außen zu wahren. Andererseits war Adolf Hitler, wie ich bei einem Telefongespräch von der Botschaft aus feststellte, entschlossen, die uneingeschränkte Wehrhoheit in jeder Beziehung, also auch mit Befestigungen gegenüber der Maginotlinie durchzusetzen. Die Situation war – weiß Gott – nicht einfach!

Eden machte mir erfreulicherweise meine Aufgabe nicht noch schwieriger, als sie schon war. Er zeigte sowohl bei dieser, als auch bei zwei weiteren Unterredungen ein gewisses Verständnis für den deutschen Standpunkt und ein freundlicheres Gesicht, als ich nach Lage der Dinge von ihm erwartet hatte. Ich empfand in dieser delikaten Situation seine Haltung durchaus als „helpful", wie der Engländer sagt, und wenn es auch ein- oder zweimal etwas hart auf hart ging, weil ich den kompromißlosen Standpunkt Adolf Hitlers vertreten und durchsetzen mußte, so wurde wenigstens diplomatisch alles getan, daß keine weitere Versteifung der deutsch-englischen Beziehungen eintrat.

Entscheidend hat hierzu zweifellos die öffentliche Meinung in England beigetragen. Trotz des Schockes, den das deutsche Vorgehen besonders im offiziellen England hervorgerufen hatte, zeigte der „man in the street" offensichtlich ein gewisses Verständnis für die deutsche Lage und den deutschen Standpunkt. Viele Engländer sagten mir spontan, daß das Recht zur Verteidigung des eigenen Landes auf die Dauer weder einer großen noch einer kleinen Nation abgesprochen werden könne. Die öffentliche Meinung war also selbst in diesen Tagen Deutschland gegenüber nicht unfreundlich. Lord Rothermere z. B. – ich hatte mit ihm an dem bewußten Nachmittag eine lange Aussprache – war durchaus positiv eingestellt. Auch die „Times" und die Berry-Presse, deren Inhaber Lord Camrose und Lord Kemsley ich in diesen Tagen kennen gelernt hatte, und einige Provinzblätter äußerten sich ganz vernünftig. Ich habe der Presse schließlich einige zusätzliche Erklärungen über den deutschen Friedensplan abgegeben.

Vor meiner Abreise erhielt ich noch eine Einladung Vansittarts, den ich gemeinsam mit dem deutschen Botschafter von Hoesch besuchte. Vansittart bewohnte ein gediegenes alt-

englisches Landhaus, dessen Gepflegtheit sich in seltener Harmonie mit der erlesenen modernen Inneneinrichtung verband, die geschmacklich wohl von seiner amerikanischen Frau bestimmt war. Bei Tisch wurde über Politik wenig gesprochen. Ich habe diese Einladung besonders begrüßt und gern angenommen, weil ich es immer noch für meine wichtigste Aufgabe hielt, einen Weg zur endgültigen Freundschaft mit England zu finden und weil Sir Robert Vansittart in der Frage des deutsch-englischen Ausgleichs – darüber bestand kein Zweifel – nach wie vor eine, wenn nicht die Schlüsselstellung innehatte. Über dieses Thema habe ich auf der Heimfahrt lange mit Herrn von Hoesch gesprochen. Auch er betonte die große Bedeutung Vansittarts und charakterisierte ihn als einen Mann, der gegen Deutschland sehr skeptisch eingestellt sei, ziemlich undurchsichtig scheine und wohl nur schwer gewonnen werden könne. Sein großer Einfluß auf die übrigen Kabinettsmitglieder wurde von Hoesch ebenfalls bestätigt. Herr von Hoesch, der London zweifellos gut kannte, war mir nicht immer gut gesonnen gewesen. Auf dieser Rückfahrt vom Besuch bei Vansittart haben wir so etwas wie eine erste Freundschaft geschlossen und wir nahmen uns vor, gemeinsam alles zu tun, um die deutsch-englischen Beziehungen zu fördern. Wir verabredeten, in Zukunft eine enge Fühlung miteinander zu halten.

Kurz darauf flog ich zur Berichterstattung zu Adolf Hitler, der sich im Hotel Dreesen bei Godesberg aufhielt. Dort erhielt ich am nächsten Tag die Nachricht, daß Herr v. Hoesch am 10. 4. 1936 plötzlich am Herzschlag gestorben sei. Ich habe den Tod dieses fähigen Botschafters aufrichtig bedauert.

In Godesberg konnte ich berichten, daß nach meiner Auffassung keine weiteren ernsten Folgen der Rheinlandbesetzung zu erwarten seien und daß es nun wichtig sei, den Friedensplan in die Tat umzusetzen und zu einer neuen Zusammenarbeit mit den anderen Staaten zu kommen. Auf die Frage, wie weit die Generalstabsbesprechungen zwischen Frankreich

und England damals gediehen waren, konnte ich nichts Genaues berichten.

Von Godesberg, wohin auch meine Frau gekommen war, machten wir mit dem Führer eine herrliche Fahrt den Rhein hinauf nach Biebrich. Es war schönstes Frühjahrswetter und an den Ufern standen überall winkende Menschen. Die Kunde von der Rheinfahrt des Führers lief unserem Dampfer mit Windeseile voraus, so daß stromaufwärts immer mehr begeisterte Menschen an den Ufern standen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich wieder einmal, welch unvorstellbarer Popularität sich Adolf Hitler erfreute. Überall ließen die Menschen ihre Arbeit stehen, nur um ihn zu sehen und von ferne zu grüßen. Die Winzer winkten aus den Weinbergen und an den Stationen warteten, je weiter wir stromaufwärts kamen, erst Hunderte, dann Tausende von Menschen, die dem Führer begeistert zujubelten. Als wir an einem großen Werk vorbeifuhren, ertönten die Sirenen und die Arbeiter und Arbeiterinnen liefen in Massen zum Rheinufer. Ich sehe noch, wie Adolf Hitler auf der Brücke stand, sich zu mir wandte und sagte: „Das ist mein größter Stolz, daß ich mir das Herz des deutschen Arbeiters erobert habe." Bei der Ankunft in Biebrich war das Gedränge so stark, daß Hitler sein Auto kaum erreichen konnte – eine Szene, die ich noch oft mit ihm erlebt habe.

Von Biebrich aus fuhr ich mit meinen Eltern nach Blankenburg, wo wir dem Herzog von Braunschweig und seiner Frau, der Kaisertochter, einen Besuch abstatteten. Mein Großvater hatte als pensionierter Major in einem Hause im herzoglichen Park gewohnt und war eine bekannte Persönlichkeit in dieser Stadt gewesen. Das herzogliche Paar, das dem englischen Hofe verwandtschaftlich verbunden ist, hatte mir in diesen Jahren in sehr dankenswerter Weise bei meinen Bestrebungen geholfen und vieles für das große Ziel der deutsch-englischen Verständigung getan.

Im Frühsommer 1936 hielt ich mich mit meiner Familie zur Kur in Bad Wildungen auf. Dort erreichte uns eine Einladung des Führers zu den Wagner-Festspielen nach Bayreuth. Ich war noch nie in Bayreuth gewesen und freute mich sehr, einige schöne Tage dort zu verbringen.

Leider blieb der Bayreuther Aufenthalt nicht auf den Genuß der von mir so sehr geliebten Musik Richard Wagners beschränkt. Nur allzu gerne hätte ich mit meiner Frau einmal in Ruhe das Haus Wahnfried mit all seinen Erinnerungen an den unvergleichlichen Meister kennengelernt, aber es kam nicht dazu. Kaum in Bayreuth angekommen, erhielt ich Kenntnis von der in Spanien eingetretenen ernsten Lage und hörte von der Absicht Adolf Hitlers, für General Franco, der sich gegen die damalige Madrider Linksregierung erhoben hatte, Partei zu ergreifen. Am nächsten Tage meldete ich mich beim Führer, der in einer Dependence der Villa Wahnfried wohnte. Er empfing mich ziemlich präokkupiert, kam gleich auf Spanien zu sprechen und sagte mir, daß Franco eine Anzahl Flugzeuge erbeten habe, um auf dem Luftwege Truppen von Afrika nach Spanien herüberzubringen und sie gegen die Kommunisten einzusetzen. Spontan äußerte ich, wir täten besser, uns aus den spanischen Dingen herauszuhalten. Dort seien für uns keine Lorbeeren zu ernten und nach meiner Überzeugung sei Spanien für uns ein sehr heißes Eisen. Ich befürchte neue Komplikationen mit England, da dort ein deutsches Eingreifen zweifellos sehr ungern gesehen werde. Hitler hielt mit Nachdruck an seiner gegenteiligen Meinung fest. Er erläuterte mir – und hier sah ich wieder, daß die weltanschauliche Komponente in seinem ganzen Denken doch die entscheidende war –, daß Deutschland ein kommunistisches Spanien unter keinen Umständen dulden dürfe. Er habe als Nationalsozialist die Pflicht, alles dagegen zu tun. Er habe bereits angeordnet, daß Franco Flugzeuge zur Verfügung gestellt würden.

Adolf Hitler wies meine wiederholten Einwürfe zurück und erklärte, daß es sich beim spanischen Bürgerkrieg letzten Endes darum handle, ob es den Sowjets gelingen werde, eines der westlichen Länder fest in ihre Hand zu bekommen; der Madrider Regierungschef sei ein Mann Moskaus, und es lägen Nachrichten von Franco vor, wonach der größte Teil der Waffen Negrins aus Moskau stammten. Auch Mussolini stände positiv zu Franco. Engste Bindungen bestünden zwischen der Madrider Regierung Negrin und der französischen Volksfront-Regierung Léon Blums. Wörtlich sagte der Führer: „Gelingt es wirklich, ein kommunistisches Spanien zu schaffen, so ist bei der derzeitigen Lage in Frankreich die Bolschewisierung auch dieses Landes nur eine Frage kurzer Zeit und dann kann Deutschland ‚einpacken'. Eingekeilt zwischen dem gewaltigen Sowjetblock im Osten und einem starken kommunistischen französisch-spanischen Block im Westen könnten wir kaum noch etwas ausrichten, falls es Moskau gefällt, gegen Deutschland vorzugehen."

Ich sah die Dinge anders. Besonders was Frankreich anbetraf, schien mir die französische Bourgeoisie doch eine starke Garantie gegen eine endgültige Bolschewisierung dieses Landes zu sein. Ich sagte das dem Führer, aber es war unendlich schwer für mich gegenüber seinen ideologischen Grundsätzen, die ich nach seiner Auffassung nicht verstände, Entscheidendes vorzubringen. Auf meine Einwände reagierte er ziemlich nervös und schnitt das Gespräch ab, indem er sagte, er habe bereits entschieden. Es handle sich hier um eine ganz grundsätzliche Frage, in der mein rein real-außenpolitisches Denken nicht genüge. Seit Auftauchen der großen sozialen Frage unseres Jahrhunderts müsse man die Tagespolitik diesem grundsätzlichen Problem unterordnen, sonst werde man eines Tages mit der Außenpolitik doch noch in eine Sackgasse geraten. Es zeigte sich hier die immer wiederkehrende Divergenz, die ich auf außenpolitischem Gebiet mit Adolf Hitler

hatte. Sie fand später, als ich ihm im Jahre 1943 erneut in einer Denkschrift zum sofortigen Frieden mit Stalin riet, am typischsten ihren Ausdruck darin, daß er mir durch Botschafter Hewel (Verbindungmann zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Führerhauptquartier) sagen ließ: „Im Kampf gegen den Bolschewismus gibt es keinen Kompromiß. Ich kann die Kaufmannspolitik Ribbentrops nicht gut heißen. Dieser Krieg kann nicht durch diplomatische Mittel entschieden werden!"

Franco hatte sich, um Flugzeuge zu erhalten, zunächst an Göring gewandt. Hitler hatte seine Zustimmung gegeben, und mit diesem Entscheid kam es zu den neuen Schwierigkeiten zwischen England und uns, die später während meiner Londoner Botschafterzeit in den Auseinandersetzungen im sog. Nichteinmischungsausschuß ihren Ausdruck finden und mich in meiner Mission in London empfindlich stören sollten.

Ob Spanien damals wirklich kommunistisch geworden wäre, wenn wir nicht geholfen hätten? Wer kann das heute sagen? Ausgeschlossen ist es natürlich nicht – denn die Waffenlieferungen Moskaus an die Roten in Spanien waren zweifellos sehr bedeutend.

Als ich an einem der folgenden Tage erneut zum Führer gerufen wurde, eröffnete er mir zu meiner Überraschung, daß er mich zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt habe und mir dazu gratuliere*). Er habe soeben mit Außenminister von Neurath gesprochen, der sich hiermit einverstanden erklärt hätte. Er hoffe, daß wir gut zusammen arbeiten würden. Ich dankte Adolf Hitler für das mir erwiesene Vertrauen. Dann brachte er das Gespräch auf die Neubesetzung des englischen Botschafterpostens, der durch den Tod des Herrn von Hoesch verwaist war und fragte mich, wen man nach London schicken solle. Hieraus entwickelte

*) Der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard Wilhelm von Bülow war am 20. Juni 1936 in Berlin gestorben.

sich ein längeres Gespräch über die deutsch-englischen Beziehungen. Der Führer wollte wissen, wie ich die Chancen, noch zu einer Verständigung mit England zu kommen, beurteile; ich erwiderte, daß zweifellos von englischer Seite manche Gelegenheiten nicht ergriffen worden seien. Ich sähe daher die Aussichten nach ganz nüchternen Erwägungen zur Zeit für nicht gut an. Immerhin sei König Eduard VIII., nach allem was ich gehört hätte, Deutschland gegenüber nicht unfreundlich gesinnt. Bei seiner großen Beliebtheit im englischen Volke wäre es denkbar, daß man doch noch zu einer Verständigung kommen könnte, wenn der König den Gedanken der deutsch-englischen Freundschaft unterstütze, obwohl ein englischer Souverän normalerweise wenig Einfluß auf die Politik seiner Regierung besitzt. Adolf Hitler äußerte sich sehr skeptisch, ob die von ihm ursprünglich vertretene Idee eines Bündnisses mit England noch irgendwie zu verwirklichen sei. Es wurde mir klar, von welch großer Bedeutung es war, daß der Führer, der trotz aller Zweifel immer noch eine Verständigung wollte, einen genauen Überblick über die Lage und über die Möglichkeiten in England erhielt. Ich habe deshalb vorgeschlagen, ob es nicht das Richtigste wäre, mich nach London zu schicken, statt mich zum Staatssekretär zu machen. Der Gedanke gefiel Hitler so gut, daß er ihn sofort aufgriff und sagte, daß er damit ganz einverstanden sei. Es wurde verabredet, daß wir uns die Frage noch einen Tag lang in aller Ruhe überlegen wollten, dann sollte die endgültige Entscheidung getroffen werden. Nachdem wir am nächsten Tag dahin entschieden hatten, daß dieser Versuch gemacht werden müßte, ließ der Führer Herrn von Neurath zu sich bitten und teilte ihm mit, daß er mich nach London schicken wolle. Diese Lösung sah Herr von Neurath, wie er sich mir gegenüber ausdrückte, als besonders glücklich an. Auch er schien eine endgültige Klärung der deutsch-englischen Beziehungen für sehr wichtig zu halten.

Sehr genau erinnere ich mich dieses für uns so entscheidungsreichen Tages. Wir wohnten am Stadtrand, privat untergebracht, wie es in Bayreuth üblich war. Mein Mann war in die Villa Wahnfried zu Hitler gegangen; ich hatte meinem Sohn die Eremitage, das schöne Schlößchen der Markgräfin Wilhelmine, gezeigt. Auf dem Rückweg trafen wir meinen Mann, der uns mit den Worten begrüßte: „Ich bin zum Staatssekretär ernannt worden, habe aber den Führer gebeten, mich nach London zu schicken!“

Um diesen eigenen Vorschlag meines Mannes haben sich seitdem manche merkwürdigen Legenden gebildet. Wenn Churchill in seinen Memoiren schreibt, „Ribbentrop hat mir gesagt, er habe den Botschafterposten in England gerne angenommen, obwohl er Außenminister hätte sein können“, so räume ich ihm den „benefit of a doubt“ ein, daß er den deutschen Titel Staatssekretär mit „Secretary of state“, wie in England der Außenminister benannt wird, gutgläubig übersetzt hat. Weniger entschuldbar erscheint es mir aber, wenn genauere Kenner der damaligen Ereignisse nach 1945 berichteten, daß mein Mann über seine Berufung nach London „enttäuscht“ gewesen sei. Der seinerzeitige Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes Dr. P. O. Schmidt weiß in seinem Buch: „Statist auf diplomatischer Bühne“ (Seite 332) sogar zu berichten, mein Mann habe Wochen später bei einem Gartenfest in Dahlem die erschienenen Gäste „mit einem reichlich süßsauren Lächeln“ begrüßt, „denn er war an diesem Tage zum Botschafter in London ernannt worden und hatte eigentlich Außenminister werden wollen“! Sogar „Statisten“ sollten wissen, daß zwischen der Ernennung von Diplomaten und der Veröffentlichung der Nachricht (diese war an jenem Tag erfolgt) ein erheblicher Zeitraum zur Einholung des sogenannten Agreements zu liegen pflegt.

Ich habe Adolf Hitler damals noch einmal ausdrücklich gesagt, daß die Chancen für ein Bündnis mit England nicht groß seien, eher müsse mit dem Gegenteil gerechnet werden, aber ich wolle trotzdem noch einmal alles versuchen. Ich kenne die Engländer gut genug, um ihm ganz nüchtern und objektiv über die britische Einstellung berichten zu können. Im übrigen hinge natürlich vieles von der weiteren deutschen

Politik ab. Auch damals habe ich unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß England – jedenfalls nach den bisherigen Erfahrungen – auf seiner Gleichgewichtsthese bestehen und uns entgegentreten werde, wenn es fürchte, Deutschland werde zu stark.

So waren die Bayreuther Tage mehr mit Politik ausgefüllt, als mir persönlich lieb war. Nun würde ich als Botschafter nach London gehen. Ich war zwar skeptisch, aber ich freute mich wirklich auf die Aufgabe – vielleicht gab es doch noch eine Möglichkeit, das große Ziel zu erreichen.

„Ribbentrop, bringen Sie mir das englische Bündnis!“ Das waren die Abschiedsworte, die Adolf Hitler meinem Mann mit auf den Weg gab, als er ihn 1936 als Botschafter nach London schickte, um noch einmal alle Möglichkeiten zu sondieren, die zu einer Verständigung mit England führen konnten.

LONDON

In Bayreuth gab es noch einen Tag lebhafter Tätigkeit, da viele Einladungen zu einem Gartenfest herausgeschickt werden mußten, das ich im Zusammenhang mit den am 1. August in Berlin beginnenden Olympischen Spielen bei mir veranstalten wollte. Allein aus London erwartete ich eine kleine Invasion von Freunden. Lord Monsell, mit dem wir das Flottenabkommen abgeschlossen hatten, hatte zugesagt, Lord Rothermere, Lord Beaverbrock und andere Männer der Presse wollten kommen, alle persönlichen Freunde waren geladen, auch aus Paris, aus Italien, Spanien, aus allen europäischen Ländern und aus Amerika erwartete ich persönliche Gäste. Die sportlichen Veranstaltungen waren eine sehr günstige Gelegenheit, um mit den Politikern und maßgebenden Persönlichkeiten aus den verschiedensten Lagern Fühlung zu nehmen. Zu meiner Freude nahmen auch Sir Robert Vansittart und seine Gattin die Einladung an.

Da unser nicht allzu großes Haus in Dahlem für die Gäste nicht ausreichte, wurde der Garten durch das Talent von Annelies in eine kleine Festwiese verwandelt. Ein Zelt wurde über dem Rasen und dem Tennisplatz errichtet und das Ganze bot an dem Abend einen wirklich feenhaften Anblick: der schöne Rasen, auf den wir schon immer stolz waren, das mit Wasserrosen übersäte Schwimmbassin, die herrlichen Rhododendron und die festlich gedeckten Tafeln. Meine Frau hatte sich selbst übertroffen. Nur noch einmal – im Mai 1939 – als

das Bündnis mit Italien abgeschlossen wurde und wir einen Empfang für Graf Ciano gaben, haben wir unser Haus in einem solch festlichen Schmuck gesehen.

Bei dem Empfang anläßlich der Olympischen Spiele waren etwa 600 Gäste zum Abendessen in unserem Haus. Von deutscher Seite waren u. a. Göring und Heß mit ihren Frauen anwesend. Ehrengäste des Abends waren neben den ausländischen Freunden das Olympische Komitee und das diplomatische Korps. Eine kleine Panne passierte allerdings insofern, als das Placement für einige hundert Menschen in wenigen Minuten umgeworfen werden mußte, weil der Präsident des Olympischen Komitees, Graf Baillet-Latour, überraschenderweise mit seiner Gattin erschien. Das Protokoll hatte irrtümlicherweise angenommen, die Gräfin sei an diesem Tage nicht in Berlin. Wer etwas von Placement-Fragen versteht, weiß was eine solche Änderung im letzten Moment bedeutet. Nach dem Abendessen wurde auf dem mit Kokosmatten belegten Tennisplatz nach den Klängen des beliebten ungarischen Geigers Barnabas von Geczy getanzt.

Zu ernsthaften Gesprächen kam es natürlich an einem solchen Abend nicht, denn dafür war alles zu heiter. Das Fest dauerte bis in den frühen Morgen. Einer der spätesten Gäste war Sir Robert Vansittart und seine Frau, die viel tanzten und sich sehr vergnügt zeigten. War dies ein gutes Vorzeichen? Sollte Sir Robert Berlin doch nicht ganz so abstoßend finden? Ich hatte an jenem Abend eine rosige Brille auf und wollte es jedenfalls so sehen. Leider sollte es anders kommen.

Am Vormittag (11.8.1936), an dem unser Gartenfest stattfand, war meine Ernennung zum Botschafter in London veröffentlicht worden. Damit hatte der Abend von vorneherein eine deutsch-englische Note und auch Sir Robert gratulierte mir besonders freundlich. Beim Abschied bat ich ihn zu einem Frühstück a deux und sagte ihm auch, daß der Führer ihn

gerne kennen lernen würde. Sir Robert nahm dankend an. Es war bereits heller Morgen, als wir uns verabschiedeten.

Nur einer trug am nächsten Tage eine traurige Miene zur Schau: Unser alter Gärtner Bohnhaus. Ich sehe noch, wie er mit betrübtem Gesicht über den von ihm seit über zehn Jahren so sorgsam gepflegten und jetzt nach seiner Auffassung völlig ruinierten Rasen schritt. Kopfschüttelnd sagte er, daß er wohl nie wieder so wie früher werden würde. Aber der Gute hat seine Ehre eingesetzt, auch die letzten Spuren des Abends so schnell wie möglich zu verwischen. Wo mag der treue Mann jetzt sein? Einige Jahrzehnte war er in meiner Familie. Die Gedanken an so manchen treuen Menschen machen mir das Herz heute schwerer als alles andere.

Als ich mich im Hotel Kaiserhof beim verabredeten Lunch mit Vansittart traf, zog ich alle Register meiner Überzeugungskraft. Ich suchte Sir Robert eindringlichst klar zu machen, daß sich in der Person des Führers, der allein und souverän entscheiden könne, die einzigartige Möglichkeit biete, um Deutschland und England auf längste Sicht zusammenzubringen und zum Nutzen beider eine solide Vertrauens- und Interessensbasis aufzubauen. Der Führer sei zu einer aufrichtigen, paritätischen Verständigung bereit!

Leider sprach meist nur ich, und ich hatte das Gefühl, von Anfang an gegen eine Mauer zu reden. Vansittart hörte sich zwar alles in Ruhe an, blieb aber vollkommen zugeknöpft und wich jedem meiner Versuche aus, zu einem offenen Meinungsaustausch zu kommen. Ich habe in meinem Leben mit hunderten von Engländern Gespräche über dieses Thema geführt, aber niemals war eine Unterhaltung so fruchtlos, so ohne jede Resonanz und Aussprache, ohne das geringste Eingehen des Gesprächspartners auf das, worauf es ankam. Als ich Sir Robert bat, mir zu bestimmten Punkten seine Meinung zu sagen, meine Ausführungen ruhig und offen einer Kritik zu unterziehen, oder mir zu erklären, wo wir grundsätzlich oder in

Details verschiedener Meinung seien, erhielt ich als Antwort – nichts, gar nichts, außer allgemeinen Redensarten. Ich habe an dieses Gespräch in den folgenden Jahren oft denken müssen.

Eines war klar und darüber konnte nicht der geringste Zweifel bestehen: Mit Vansittart war eine deutsch-englische Verständigung nicht herbeizuführen. Nur einmal später noch habe ich nach einer Unterredung ein ähnliches Gefühl gehabt. Das war nach einer Aussprache mit Churchill während meiner Londoner Botschafterzeit im Jahre 1937. Ein Unterschied bestand nur darin, daß Vansittart seine Auffassung überhaupt nicht zu erkennen gab, während Churchill wesentlich offener war.

Über diese mehrstündige Unterredung, die anläßlich eines Besuches Churchills in der deutschen Botschaft in London stattfand, sind mir nur einige Notizen meines Mannes erhalten geblieben. Churchill zeigte sich in diesem Gespräch völlig unnachgiebig und sagte unumwunden: „Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder zerschlagen werden." Auf die Antwort meines Mannes, daß es dieses Mal nicht so leicht sein würde, da Deutschland Freunde habe, erwiderte Churchill: „Oh, we are pretty good at getting them round at the end." (Oh, wir bringen es ganz gut fertig, eure Freunde schließlich doch noch zu uns herüberzuziehen.) Der Bericht, den mein Mann damals über dieses Gespräch sofort an Hitler sandte, wurde in Nürnberg von der Verteidigung erfolglos angefordert. Der stellvertretende britische Hauptankläger Sir Maxwell Fyfe erklärte dazu: „Es ist unwichtig, was mein Freund Churchill in diesem Gespräch gesagt hat."

In Vansittart – das spürte ich – hatte ich einen Mann mit absolut vorgefaßter Meinung vor mir, den Mann des Foreign Office, der nicht nur die These der „balance of power" vertrat, sondern den Grundsatz von Sir Eyre Crowe schlechthin verkörperte: „Niemals, was auch immer kommen mag, mit Deutschland paktieren." Nicht einmal den Versuch zu einer Annäherung werde dieser Mann machen – das war mein bestimmter Eindruck. Bei ihm war jedes Wort vergebens. Der

Führer behauptete später, daß bei Vansittart noch andere Gründe, Einflüsse ideologischer Art, mitgespielt haben müßten. Ich weiß es nicht und glaube es nicht; aber das wird sich nie klären lassen. Welcher Einfluß es auch immer war, das Entscheidende war seine Grundeinstellung: „Niemals mit Deutschland!"

Wenn man heute behauptet, der Vansittartismus und der ganze in diesem Wort enthaltene Deutschenhaß sei eine Folge von Hitlers Politik, so halte ich dem entgegen – und ich glaube mit mehr Recht: Die Hitlersche Politik war eine Folge der Politik Vansittarts von 1936!

Adolf Hitler hat das Zusammengehen mit England seit Anfang der 20er Jahre als sein politisches Ziel proklamiert und während des ganzen Krieges und noch kurz vor seinem Tode 1945 hat er mir gegenüber immer wieder davon gesprochen. Hätte ein Politiker, der 1936 schon über fünfzehn Jahre lang diese These vertreten hatte, nicht zu Recht erwarten dürfen, daß man wenigstens den Versuch zu einer großzügigen Verständigung machte, um seinen Willen und seine wahren Absichten auf die Probe zu stellen?

Heute, im Herbst 1946, während ich diese Zeilen in meiner Zelle acht Tage vor dem Urteil im Nürnberger Prozeß niederschreibe, glaube ich nach wie vor felsenfest, daß Adolf Hitler ein mit England geschlossenes Bündnis unter allen Umständen gehalten hätte.

Erst durch die wachsende antideutsche Haltung Londons und das „ewige englische Gouvernantentum", wie er es bezeichnete, ist Hitler auf den Weg gedrängt worden, den er meiner Ansicht nach gar nicht gehen wollte, den er aber im Interesse seines Volkes dann gehen zu müssen glaubte. Wenn Vansittart heute im Jahre 1946 die Karte von Europa und Asien betrachtet und den Sowjetstern von der Weser über Thüringen und Wien bis zur Adria mit einer kompakten Masse von dreihundertfünfzig Millionen Menschen stehen sieht und

dagegen den lächerlich kleinen Streifen Land betrachtet, auf dem heute noch schwache Regime sich krampfhaft am Leben halten – ob er dann nicht auch manchmal an das Jahr 1936 und an unsere Unterredung in Berlin denken mag?

Aus dem Affidavit, das mein Anwalt im Nürnberger Prozeß zur Klarstellung einiger Punkte von Lord Vansittart erbeten hatte, ist immerhin soviel bemerkenswert, daß er über diese damalige Unterhaltung bestätigen muß: „Naturally. I was reserved." Aber ich frage: Warum – um Gottes Willen – war er es denn? Warum hat er mir, der ich immer für die deutsch-englische Freundschaft geworben und ihm offen und rückhaltlos meine Einstellung gesagt hatte, seine eigene Meinung nicht zu erkennen gegeben? Große politische Dinge können oft nur mit absoluter, manchmal brutaler Offenheit behandelt werden. Warum tat er dies nicht? Der letzte Satz seines Affidavits gibt die Antwort. Sie ist bezeichnend für Vansittarts generelle antideutsche Einstellung, die sich nicht auf eine Gegnerschaft zu Adolf Hitler beschränkte: „Ich habe nie Verträge mit Deutschland befürwortet, da Deutsche sie selten hielten."

Ich bin überzeugt, Adolf Hitler würde sich für den Rest seines Lebens dem friedlichen Aufbau eines Sozialstaates gewidmet haben, wenn damals die deutsch-englische Verständigung gelungen wäre. Wie oft hat er im Kriege davon gesprochen, daß er das Kriegsende nicht erwarten könne, um sich seinen innerdeutschen Plänen zu widmen. Wenn Lord Vansittart aber heute zynisch in seinem Affidavit schreibt, er sei reserviert gewesen, weil er kein Vertrauen in deutsche Zusicherungen haben konnte, so frage ich: mit welchem Recht? Weil Deutschland den Versailler Vertrag, an dem es zugrunde gehen mußte, nicht verewigen wollte? Hat nicht England selbst gemeinsam mit uns durch den Flottenvertrag das Versailler System zerbrochen und war nicht der Locarno-Vertrag durch das russisch-französische Militärbündnis erloschen? Diese Revisionen hatte Adolf Hitler für Deutschland

sichergestellt, aber im übrigen in den ganzen Jahren nichts anderes getan, als England die Freundschaft anzubieten.

Ich mußte damals feststellen, daß die Jahre 1935–36 zweifellos bereits die entscheidenden waren, in denen sich die politischen Wege Deutschlands und Englands endgültig zu trennen begannen. Ich sah, welche schwere Aufgabe mich in London erwartete.

*

Im Herbst 1936 packten wir unsere Koffer für London. Da die deutsche Botschaft umgebaut werden sollte, hatten wir das kleine Privathaus des späteren Premierministers Chamberlain am Eton-Square gemietet. Beim Eintreffen in London wurden wir von der deutschen Kolonie und auch von einer großen Anzahl Londoner Freunde begrüßt.

Kurz nach meiner Ankunft empfing mich König Eduard VIII. zur Überreichung meines Beglaubigungsschreibens, im Buckinghampalast.

Zu den vielen unzutreffenden Behauptungen, die über meinen Mann verbreitet werden, gehört auch die Geschichte, er habe bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens König Eduard VIII. den Hitlergruß erwiesen. Die Verbreitung und verschiedenartige Wiederholung dieser Darstellung wurde auch dadurch nicht beendet, daß der Herzog von Windsor sie in seinen Erinnerungen „Eines Königs Geschichte" (Deutsche Ausgabe 1951 S. 411) ausdrücklich dementiert hat. In Wirklichkeit entbot mein Mann den deutschen Gruß erst König Georg VI. im Herbst 1937, nachdem Hitler eine entsprechende Anordnung erlassen hatte.

Wie leicht sich aus Belanglosigkeiten Histörchen bilden lassen, erlebte ich oft, so z. B. bei einer Garden-Party im Buckingham-Palace: König Georg VI. zog meinen Mann längere Zeit ins Gespräch und ging mit ihm auf dem Rasen auf und ab. Ein Mitglied unserer Botschaft stürzte aufgeregt auf mich zu und erklärte mir vorwurfsvoll, mein Mann könne doch nicht seinen Hut aufsetzen, während er mit dem König spreche: Eine neue Anekdote war im Entstehen! Auf der Heimfahrt befragte ich meinen Mann, er sagte nur: „Wenn der König mich bittet, wegen der Sonne den Hut wieder aufzusetzen, dann tue ich das natürlich".

Bei der Überreichung meines Beglaubigungsschreibens zeigte sich der König, der Admiralsuniform trug und nur von Außenminister Eden begleitet war, von der liebenswürdigsten Seite. Er fragte mich nach dem Führer und wiederholte mir in klarer Form seinen Wunsch nach guten deutsch-englischen Beziehungen, den er mir schon bei einem Empfang gelegentlich eines früheren Besuches in London zum Ausdruck gebracht hatte. Niemand von uns ahnte damals, daß dieser populäre Fürst schon bald darauf dem Thron entsagen werde. Man hörte zwar gelegentlich, daß er durch eine Rede, die er in Wales vor der Arbeiterschaft gehalten hatte, in maßgebenden englischen Kreisen Anstoß erregt habe und daß man ihm seine Sympathie für Deutschland übel nehme, aber er galt doch als im englischen Volk ungemein beliebt.

Ich muß hier einschalten, daß Eduard VIII. sich schon einige Male Deutschland gegenüber recht freundlich gezeigt hatte. So hatte er auch ein von mir organisiertes Zusammentreffen zwischen den Führern der deutschen und englischen Frontkämpferorganisationen des Ersten Weltkrieges wärmstens unterstützt. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er zum Ausdruck brachte, daß niemand besser dazu geeignet wäre, die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu fördern als die Männer, die sich in den Schützengräben gegenüber gelegen hätten. Die Rede erregte damals erhebliches Aufsehen, besonders da ein englischer Monarch bekanntlich selten spricht.

Auf dieses Hervortreten des Königs folgten dann noch weitere Frontkämpferbesuche zwischen Deutschland und England und mehrere bedeutsame Kundgebungen, Reden von Frontkämpferführern und Politikern in England und Deutsch-

land und die Rede von Rudolf Heß in Königsberg. Eduard VIII. empfing deutsche Frontkämpfer und Adolf Hitler englische Abordnungen. Die Frage wurde so zu einem aktuellen Thema dieser Jahre. Die beiderseitigen Frontkämpferbesuche haben auch der von mir gegründeten deutsch-englischen Gesellschaft in Berlin mit ihren vielen Zweigstellen und der Anglo-German-Fellowship in London, die sich die Pflege der deutsch-englischen Freundschaft zur Aufgabe gemacht hatten, eine wesentlich breitere Wirkung gegeben.

Das sogenannte Büro Ribbentrop hat in den Jahren 1934 bis 1938 im gleichen Sinne gearbeitet. Auch mit den französischen Frontkämpferverbänden wurden in den Jahren 1934/36 Zusammenkünfte eingeleitet und durchgeführt. Französische Frontkämpfer unter Jean Goy und Henry Pichot kamen nach Deutschland und deutsche Frontkämpfer nach Paris, Verdun usw. Mit meinem Mitarbeiter Abetz zusammen wurde das Comité France-Allemagne gegründet, um die offiziösen und privaten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu pflegen. Viele französische Schriftsteller, Politiker, Wirtschaftler, Finanzleute und Militärs kamen auf meine Veranlassung nach Deutschland. Auch auf dem Jugendgebiet wurde die Zusammenarbeit durch Abetz gefördert. Das Büro Ribbentrop blieb während meiner Londoner Zeit bestehen und hat vieles unternommen, um die öffentliche Meinung in den drei Ländern einander näher zu bringen. So gab z. B. der mir gut bekannte Sir Thomas Beecham von Conventgarden auf Anregung der liebenswürdigen Lady Cunard ein Konzert in der Berliner Philharmonie, dem auch der Führer beiwohnte. Später gab die Dresdner Oper ein Gastspiel im Conventgarden. Auch fanden eine ganze Anzahl Besuche von Künstlern in den beiderseitigen Hauptstädten statt. Tatsächlich hat das Büro Ribbentrop mit einigen Mitarbeitern nie etwas anderes unternommen, als den „good will" auf allen denkbaren Wegen in den verschiedensten Ländern zu fördern.

In den wenigen Wochen bis zur Thronentsagung des Königs konnte ich keinen besonderen Kontakt mit ihm herstellen. Das lag weder am König noch an mir, die Ereignisse überstürzten sich. Einige Male traf ich mit Eduard VIII. gesellschaftlich zusammen, jedoch meist in größerem Kreis, so daß immer nur kurze Unterhaltungen möglich waren. Eine Aussprache mit dem König, die Freunde vertraulich herbeiführen wollten, kam nicht zustande. Welche Umstände es auch gewesen sein mögen, jedesmal kam etwas Unvorhergesehenes dazwischen.

Eines Tages hörte ich von maßgebender Seite, der König habe erklärt, die bevorstehende Krönung käme für ihn nur zusammen mit Mrs. Simpson in Frage. Von gleicher Seite erfuhr ich: Wenn der König auf seiner Meinung beharre, komme es zu einer Königskrise. Ich war sehr betroffen von dieser Entwicklung, denn ich wußte, wie eigensinnig Eduard VIII. sein konnte, und ich fürchtete, daß es ihm mit seiner Absicht ernst sei. Maßgebende Kreise in England aber würden sich dem mit allen Mitteln widersetzen – das war nach allem, was ich aus den verschiedensten Lagern hörte, zweifellos zu erwarten. Wie würde das enden? In Kanada beginnend setzte eine Pressekampagne gegen die Heiratsabsichten des Königs ein. Die Dominions könnten – so wurde gesagt – eine solche Heirat nicht gutheißen. Die englische Presse nahm die Meldungen auf und damit trieb die Krise schnell ihrem Höhepunkt zu. Es konnte keinen Zweifel mehr geben, daß das Schicksal Eduard VIII. als König entschieden war.

Bedrückt saß ich in dem kleinen Studierzimmer in Mr. Chamberlains Haus am Eton-Square, wo wir noch wohnten, und zerbrach mir den Kopf, ob noch etwas getan werden könnte, den Gang der Dinge zu beinflussen. König Eduard VIII. hatte sich als ein möglicher Freund der deutsch-englischen Verständigung gezeigt. Es lag deshalb natürlich in unserem Interesse, daß er König bliebe. Aber was konnte da ein frem-

der Botschafter tun? Ich hielt es immerhin für wichtig, daß die deutsche Presse die Sensationsmeldungen und teilweise gehässigen Kommentare der englischen Presse gegen den König nicht übernehme. Telefonisch bat ich den Führer eine entsprechende Weisung zu erteilen; das ist auch geschehen.

Ich hatte durch einen befreundeten Mittelsmann in Buckingham Palace um eine Audienz bitten lassen, aber die Antwort erhalten, der König sei nicht anwesend. Es bestand keine Möglichkeit mehr, eine Verbindung mit ihm aufzunehmen und etwas Authentisches zu hören. Später wurde gesagt, daß der König in Fort Belvedere sei. Zweifellos hatte er wohl seine eigenen Pläne zu hoch gestellt und seine Macht überschätzt. Ich glaube nicht, daß Eduard VIII. von Anfang an damit gerechnet hatte, zurücktreten zu müssen. Dazu war er ein zu selbstbewußter Souverän. Als aber dann durch seine Eigenwilligkeit starke Kräfte der Politik und Kirche gegen ihn eingeschaltet wurden, zeigten sich die Grenzen der britischen Königsmacht. Wir hörten dann bald die müde, resignierte Stimme des Königs im Rundfunk, als Eduard VIII. selbst seine Thronentsagung dem britischen Volk und der Welt verkündete.

Erstaunlicherweise war Churchill einer der wenigen einflußreichen Engländer, die für Eduard VIII. eintraten. Ich erinnere mich noch einer Bemerkung, die er – als der König abgedankt hatte – in unserem Beisein während eines Abendessens in kleinem Kreise bei Lord Kemsley machte: „Nie wäre es den anderen gelungen Eduard VIII. abzusetzen, wäre Lloyd George damals nicht in Übersee gewesen. Ich allein war zu schwach.“

Die deutsch-englische Sache war mit der Thronentsagung Eduard VIII. um eine Möglichkeit ärmer geworden. Sie hatte auf der englischen Seite einen Faktor verloren, der meine Entsendung nach London mit veranlaßt hatte. Später hörte ich Näheres über die ganze traurige Königsaffäre. Eduard VIII., nun Herzog von Windsor, sagte mir in Berlin, als er den Führer besuchte, daß Mrs. Simpson von sich aus alles getan habe, um ihn zu einem Verzicht auf die Heirat zu veranlassen.

Neben den vielen Besuchen bei Mitgliedern des Hofes, des Diplomatischen Korps und bei persönlichen Freunden, die in London zu machen waren und die sich über viele Wochen hin erstreckten, begann die Arbeit im Nichteinmischungsausschuß des spanischen Bürgerkrieges.

Diesen Ausschuß hätte man besser „Einmischungsausschuß“ nennen sollen, denn die ganze Tätigkeit seiner Mitglieder bestand darin, die Einmischung ihres Landes in Spanien mehr oder weniger geschickt zu vertreten oder zu vertuschen. Es war eine höchst unerfreuliche Arbeit, für mich doppelt unerfreulich, da England oft zu den Roten in Spanien hielt und ich immer dagegen Stellung nehmen mußte. Durch die entstehenden Reibungen wurde meine eigentliche Arbeit für die deutsch-englischen Beziehungen mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt und gestört. Oft habe ich diesen unseligen Bürgerkrieg, durch den ich fortgesetzt in Auseinandersetzungen mit der englischen Regierung geriet, zum Teufel gewünscht. Da wir uns einmal in Spanien festgelegt hatten, konnten eben Zwischenfälle nicht ausbleiben. Sie kamen auch. Die Beschießung von Almeria nach dem Bombardement des Panzerkreuzers „Deutschland“, der Zwischenfall mit der torpedierten „Leipzig“ und andere Ereignisse lasteten schwerer auf den deutsch-englischen Beziehungen, als sie Franco nützten.

Auch die Beziehungen mit Frankreich, in dessen Namen mein Kollege, der französische Botschafter in London, Corbin, auf Befehl der französischen Volksfrontregierung – wohl oft gegen seinen persönlichen Wunsch – für Rot-Spanien eintreten mußte, wurden nicht besser. Gegen die starke Einmischung der Sowjets und deren Vertreter Maiski ging der

eigentliche Kampf, den ich meist im Bunde mit dem italienischen Kollegen Dino Grandi durchzuführen hatte. Es war nicht immer leicht, mit dem faschistischen Kollegen zusammenzuarbeiten. Grandi, der 1943 eine Hauptrolle bei Italiens Abfall von Deutschland spielte und Mussolini verriet, war eine ausgesprochene Intrigantennatur. Seine im Kriege veröffentlichten Artikel über unsere gemeinsame Tätigkeit in London und meine angeblichen, von ihm frei erfundenen Äußerungen über England, durch die er sich bei den Briten Liebkind machen wollte, wurden selbst von der englischen Presse als unglaubwürdig zurückgewiesen. Sollten Grandi diese Zeilen einmal zu Gesicht kommen, so mag er wissen, daß ich ihn bereits in London erkannt hatte. Mussolinis Urteil über seine Falschheit war vernichtend.

Ich war angesichts der vielen Schwierigkeiten außerordentlich froh, als Franco – wenn auch langsam – die Oberhand gewann und damit das spanische Problem aus dem diplomatischen Felde verschwand. Es hat meine Londoner Botschaftertätigkeit fast die ganze Zeit über belastet.

*

Während des Winters 1936/37 bis in das Frühjahr hinein dauerte der Umbau der deutschen Botschaft in London. Bei der Krönung Georgs VI. sollte sie mit einem ersten großen Empfang eingeweiht werden, was auch ermöglicht wurde.

Bereits der Vorgänger meines Mannes, Herr von Hoesch, hatte kurz vor seinem Tode ein Nachbarhaus in Carlton House Terrace als Ergänzung des Botschaftsgeländes hinzu erworben. Die Lage der Botschaft an der repräsentativen Straße The Mall zwischen Buckingham-Palace und Admiralität gelegen, konnte kaum günstiger sein. Hitler selbst hatte eine neue Innenausstattung angeordnet. Die Pläne wurden von Speer entworfen, der eine schöne und großzügige Lösung fand. Die Möbel wurden nach Entwürfen des verstorbenen Professor Troost ausgeführt. Es war dabei selbstverständlich, daß aus Gründen der Devisenersparnis im Zeichen des damals anlaufenden Vierjahresplanes alle wesentlichen Einrichtungsgegenstände aus Deutschland bezogen wurden. Sogar die Facharbeiter kamen aus Deutschland. Mein Mann war deshalb nicht wenig erstaunt, als ihn eines Tages während der Umbauzeit Göring anrief und ihn bat, einen Brief, den er ihm durch Kurier habe zugehen lassen, nicht zu lesen, sondern ungeöffnet zu verbrennen. Göring entschuldigte sich, er sei falsch unterrichtet worden und habe meinem Mann in diesem Brief schwere Vorwürfe wegen der angeblich hohen Devisenausgaben für den Umbau des Botschaftsgebäudes gemacht. Inzwischen habe er aber erfahren, daß im Gegenteil alle wünschenswerten Ersparnismaßnahmen getroffen und alle Aufträge in Deutschland vergeben worden seien. Die phantasievollen Märchen über den Umbau der Londoner Botschaft haben dann nach 1945 Wiederauferstehung gefeiert, ohne dadurch an Wahrheitsgehalt zu gewinnen.

Zu unserem ersten Fest erschienen 1400 Gäste. Mir wäre die Hälfte lieber gewesen, aber wir hatten im Laufe der Zeit so viele Verpflichtungen, daß es nicht weniger sein konnten. Man mag über solche Mammutveranstaltungen denken, wie man will. Ich liebte sie nicht. Doch in London ist eine solche „party" nur ein Erfolg, wenn man sich unter der Masse der Gäste kaum rühren kann. Läßt man diese Auffassung gelten, so war der Empfang in der deutschen Botschaft am zweiten Tag der Krönungsfeierlichkeiten zweifellos ein voller Erfolg, denn es konnte in den beiden Häusern der Carlton House Terrace buchstäblich kein Apfel zu Boden fallen. Als Ehrengast von englischer Seite war der später im Krieg verunglückte Bruder des Königs, der Herzog von Kent mit seiner Gattin, der schönen Griechin, erschienen, ferner die Delegationen der verschiedenen Länder mit dem Diplomatischen Korps und die uns bekannte oder befreundete englische Gesellschaft. Frieda Leider und Bockelmann sangen, wieder spielte Barnabas von Geczy und es wurde bis in den Morgen getanzt. Wenn

man dem französischen Generalstabschef Gamelin glauben will, muß das Fest gelungen gewesen sein, denn ich hörte zufällig, wie er beim Abschied sagte: „Dieser Abend war viel zu schön, als daß er mir gefallen könnte."

Der Krönungszug, den wir mit vielen geladenen Gästen von der Botschaft aus ansahen, als er vom Buckingham Palace aus auf der Mall vorüberzog, war ein grandioses Schauspiel. Noch großartiger war die Krönung in der Westminsterabtei, wo neben den Hauptdelegierten auch wir Diplomaten bevorzugte Plätze erhalten hatten. Als unter gewaltigen Orgelklängen das Königspaar, gefolgt von der schönen Herzogin von Northumberland und den beiden kleinen Prinzessinnen, zum Altar schritt, wo es der Erzbischof von Canterbury zur Krönung erwartete, ging eine tiefe Bewegung durch alle Anwesenden. Ich sah, daß Außenminister Eden, der mir gegenüber saß, die Tränen in die Augen traten. Vor dem Altar standen die Paladine des Imperiums mit ihren purpur- und hermelinbesetzten Umhängen und ihren Kronen, an deren Größe und Form man ihren Rang erkennen konnte. Das Ganze war ein imposantes Bild der Macht und der Tradition und stand in merkwürdigem Gegensatz zu dem sonst so nüchternen Bild des Londoner Alltags! Dieser Kontrast zeigte sich am Ende der Feier noch mehr, als ein Platzregen niederging und die Edlen des Britenreiches sich urplötzlich wieder in schlichte „Business"-Leute verwandelten, die ihre zusammengefalteten Purpurmäntel unter dem Arm, im Straßenanzug zu ihren Wagen eilten oder sich auch zu Fuß mit dem Regenschirm auf den Heimweg machten.

Als Vertreter des Führers war Feldmarschall von Blomberg zur Krönung entsandt worden und wohnte bei uns in der Botschaft.

Auch hier spielte die leidige Spanienaffäre eine Rolle. Wir erwarteten ursprünglich den Reichsaußenminister von Neurath oder Feldmarschall Göring. Hitler nahm aber wegen der „Leipzig" und Almeria-Zwischenfälle davon Abstand. Auch der schlechte Verlauf der Luftpaktverhandlungen soll seine Entscheidung beeinflußt haben. Er entsandte den Feldmarschall von Blomberg, der im gleichen Rang stand, wie der französische Vertreter bei der Krönung, General Gamelin.

An den beiden Tagen nach der Krönung gab ich für Blomberg zwei Frühstücke; das erste mit dem scheidenden Premierminister Baldwin – sein Kabinett war zurückgetreten –, dem Erzbischof von Canterbury, dem Außenminister und einigen weiteren Kabinettsmitgliedern, das zweite mit Mr. Neville Chamberlain und einigen Mitgliedern des neuen Kabinetts. Mir lag daran, daß Blomberg mit diesen für die britische Politik maßgebenden Männern Fühlung bekam und Hitler darüber berichten konnte.

In dem Erzbischof von Canterbury Dr. Lang lernte Blomberg einen in England besonders einflußreichen Mann kennen. Ich hatte Dr. Lang öfter im alten Lambeth Palace, dem traditionellen Sitz der Erzbischöfe von Canterbury, dieser höchsten englischen Kirchenfürsten, sei es zu einer Rücksprache, sei es zum Lunch oder Tee aufgesucht. Der Erzbischof war ein sehr kluger Mann, Kirchenfürst und Staatsmann zugleich. Bei diesen Gesprächen vertiefte sich mein Eindruck über die Bedeutung der Kirche in England, die weit über die Seelsorge hinaus zugleich eines der politischen Fundamente des britischen Imperiums ist. Auch über die Beziehungen zu den Kirchen in Deutschland hatten wir viele Unterredungen und ich versuchte – trotz der bekannten Divergenzen in der evangelischen Kirche – weitere Verbindungen zu vermitteln. Mit dem Bischof von Chichester, der sich vor allem mit den deutschen Problemen befaßte, hatte ich schon seit langem Verbindung aufgenommen, und noch während des Krieges haben wir versucht, mit diesen Kreisen über die Schweiz in Fühlung zu bleiben.

In meine Londoner Botschafterzeit fällt auch der Abschluß

des sogenannten Antikominternpaktes mit Japan, zu dessen Unterzeichnung ich im November 1936 nach Berlin flog. Ein Jahr später im November 1937 trat auch Italien diesem Pakt bei. Eine lose Verbindung zwischen Deutschland, Japan und Italien bestand schon seit längerer Zeit. Adolf Hitler betrachtete den Gegensatz zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus als einen der entscheidenden Faktoren seiner Politik. Es war daher zu prüfen, wie man einen Weg finden könnte, um weitere Länder dafür zu gewinnen, kommunistischen Bestrebungen entgegenzutreten. Es handelte sich hier also um eine weltanschauliche Frage.

Schon vor Jahren hatte Adolf Hitler mit mir darüber gesprochen, ob man nicht in irgendeiner Form mit Japan eine engere Beziehung anknüpfen könnte. Ich habe ihm erwidert, daß ich selbst gewisse Beziehungen zu Japanern hätte und die Fühlung aufnehmen werde. Dabei stellte sich heraus, daß die japanische Regierung ebenso antikommunistisch eingestellt war wie die deutsche. Aus diesen Gesprächen der Jahre 1934/35 hat sich allmählich der Gedanke herauskristallisiert, diese gleichlaufenden Bestrebungen zum Gegenstand eines Abkommens zu machen.

Einer meiner Mitarbeiter, Herr von Raumer, formulierte dann diese Idee dahin, einen „Antikominternpakt“ abzuschließen. Ich trug den Plan damals – noch vor meiner Ernennung nach London – Adolf Hitler vor, der ihm zustimmte. Der Führer wünschte die Vorbereitungen nicht auf dem Wege der deutschen offiziellen Politik zu treffen, weil es sich um eine mehr weltanschauliche Frage handelte. Er beauftragte mich daher, den Pakt vorzubereiten, der im Jahre 1936 durch die Dienststelle Ribbentrop abgeschlossen wurde. Aus diesen Gründen trägt der Vertrag auch meine Unterschrift. Zweck und Ziel des Antikominternpaktes waren die gemeinsamen Maßnahmen zur Abwehr des Kommunismus. Er sollte den Zersetzungsbestrebungen der damaligen „Komintern“ in den

verschiedenen Ländern entgegentreten. Das geht unzweideutig aus dem Wortlaut der Präambel des Paktes mit Italien hervor, in der es heißt:

„In der Erwägung, daß die Kommunistische Internationale ständig die zivilisierte Welt im Osten und Westen gefährdet, ihren Frieden und ihre Ordnung stört und vernichtet, überzeugt, daß nur eine enge Zusammenarbeit aller an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung interessierten Staaten diese Gefahr vermindern und beseitigen kann, in der Erwägung, daß Italien diese Gefahr mit unbeugsamer Entschlossenheit bekämpfte und damit entschieden hat, sich Seite an Seite mit Deutschland und Japan, die ihrerseits von dem gleichen Abwehrwillen gegen die Kommunistische Internationale beseelt sind, gegen den gemeinsamen Feind zu stellen, tritt Italien dem Abkommen gegen die Kommunistische Internationale, das am 25. November 1936 zwischen Deutschland und Japan abgeschlossen ist, bei.“

Der Pakt ist aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß auf die Dauer nur eine gemeinsame Abwehrfront aller gesunden Staaten der drohenden Weltgefahr Einhalt gebieten könnte. Ich habe daher damals die Hoffnung ausgedrückt, daß die übrigen Kulturstaaten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Arbeit der Kommunistischen Internationale erkennen und sich diesem Abkommen anschließen möchten. Diese Hoffnung wurde insofern nicht enttäuscht, als bald darauf zunächst Spanien auf Grund seiner Erfahrung im Bürgerkrieg und im Laufe der Zeit dann noch sieben andere Staaten dem Abkommen beitraten.

Im Nürnberger Prozeß wurden diese losen Verbindungen des Antikominternpaktes so hingestellt, als habe ich durch Zusammenschweißung der sogenannten Achsenmächte den Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit Japan und Italien planmäßig vorbereitet, um diesen Mächten die Weltherrschaft zu sichern. Diese Behauptung ist ebenso phantastisch, wie ge-

schichtlich unwahr. Der amerikanische Generalstabschef Marshall hat durchaus recht, wenn er sagt: „The Axis, as a matter of fact, existed on paper only" (Die Achse existierte in Wirklichkeit nur auf dem Papier). Eine zum Krieg entschlossene und ihn planmäßig vorbereitende Dreimächtegruppe hat es tatsächlich nie gegeben, von deutscher Seite wurde weder derartiges geplant noch danach gehandelt.

Hitler lag daran, auch das Britische Imperium zur Teilnahme an der antikommunistischen Front zu bewegen; nicht zuletzt dieser Gedanke hat ihn veranlaßt, mich, den damaligen deutschen Botschafter in London, mit der diplomatischen Formierung dieses Ordnungsblockes zu beauftragen. Als ich nach der italienischen Unterzeichnung des Antikominternpaktes im November 1937 aus Rom wieder nach London zurückkam, führte ich eine Aussprache über diese Frage mit dem englischen Außenminister Eden herbei. Ich wollte ihn von der Bedeutung dieses ideologischen Zusammenschlusses für die gesamte Kulturwelt überzeugen. Als Eden mir erklärte, daß man in England die Unterzeichnung des Antikominternpaktes durch den deutschen Botschafter in London mit Mißvergnügen betrachte, habe ich ihm Zweck und Ziel der Antikominternpolitik und deren Bedeutung für die ganze nichtkommunistische Welt und damit auch für das britische Imperium in aller Offenheit auseinandergesetzt. Ich wies daraufhin, daß sich der Pakt außer gegen den Weltkommunismus gegen niemand richte, und daß der Beitritt auch England offenstehe. Ich stieß bei Eden auf völlige Verständnislosigkeit und ich habe auch später seitens der englischen Regierung nie mehr etwas über unsere Anregung gehört. Man wollte in England die kommunistische Gefahr nicht sehen. Das war im Jahre 1937 und heute im Jahre 1946, während ich diese Zeilen in meiner Nürnberger Zelle niederschreibe, will man mir meine Bemühungen um die Bildung eines Ordnungsblockes gegen den Bolschewismus als eine Verschwörung zur Herbeiführung

Empfang in der Londoner Botschaft

(mit dem Herzog und der Herzogin von Kent)

von Angriffskriegen mit dem Ziele der „Welteroberung" auslegen!

Natürlich barg der Antikominternpakt auch ein politisches Moment, und dieses war schon deshalb ein antirussisches, weil Moskau der Träger des Kominterngedankens war. Adolf Hitler und ebenso ich hofften, mit dem Antikominternpakt ein gewisses Gegengewicht gegen Rußland zu schaffen, denn die Sowjetunion stand damals auch politisch im Gegensatz zu Deutschland.

Auch im Hinblick auf England gab es für uns keinen anderen Weg, als die Antikominternpolitik weiter zu verfolgen. Nur als möglichst starker Partner konnten wir denjenigen Kreisen in England, die die Zukunft ihres Landes in einem Zusammengehen mit Deutschland am besten gesichert ansahen, zu entscheidendem Einfluß verhelfen. Eine möglichst lose Form des Antikominternpaktes wurde gewählt, und die weltanschauliche Seite in den Vordergrund gestellt, um für eine eventuelle Allianz mit England diplomatisch auch weiterhin freie Hand zu behalten.

Das Ziel der deutschen Außenpolitik war es, England zu überzeugen, daß bei der Wahl zwischen einer möglichen Bündniskonstellation gegen England und einem deutsch-englischen Bündnis letzteres der vorzuziehende Kurs wäre.

*

Ein Wort noch zu meiner Berichterstattung an den Führer über England:

Als ich einige Monate in London war, habe ich ihm einen eingehenden Bericht über meine Eindrücke erstattet. In dem Bericht drückte ich meine Überzeugung aus, daß England stark, die Führerschicht heroisch und daß die Grundrichtung der englischen Außenpolitik nach wie vor die „balance of power" in Europa sei. Allen meinen weiteren Berichten, die ich für Adolf Hitler während meiner Botschafterzeit machte,

lagen diese Tatsachen zugrunde. Meine von der Anklage in Nürnberg vorgelegte Denkschrift vom 2. Januar 1938, faßt diese Berichterstattung zusammen und bestätigt sie. Es ist selbstverständlich die Pflicht eines Botschafters, auf einem so wichtigen Posten wie London, in einem vom Staatsoberhaupt angeforderten Bericht über die zukünftige Haltung Englands alle Möglichkeiten in Rechnung zu stellen; die Folgerungen daraus zu ziehen, war Sache des Führers.

Ich erwähne dies wegen der Propaganda, die während und nach dem Krieg im In- und Ausland gegen mich betrieben wurde, ich hätte den Führer über Englands Stärke und Einstellung falsch unterrichtet. Unter anderem wird mir gesagt, daß der ehemalige Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk eine Niederschrift verfaßt habe, in der zu lesen stehe, daß ich den Führer nicht wahrheitsgemäß, richtig und umfassend über England in Kenntnis setzte. Das Gegenteil ist der Fall, und ich wundere mich über die Äußerungen des Grafen Schwerin um so mehr, als ich gerade auch ihm erklärte, daß nach meiner Überzeugung England kämpfen werde, und daß ich in diesem Sinne auch schon aus London an den Führer berichtet habe.

Solche Darstellungen, die jetzt aus einem billigen Opportunismus heraus geschrieben werden, sind durch den Nürnberger Prozeß selbst widerlegt worden.

Hier enden – mit Ausnahme der noch folgenden Darstellung der Rußlandpolitik – die unmittelbar in Erinnerungsform niedergelegten Aufzeichnungen meines Mannes, an denen er zwischen dem 25. August und dem 23. September geschrieben hat. Durch das Nürnberger Urteil wurde die Vollendung seiner Erinnerungen verhindert. In den nachgelassenen Papieren finden sich aber so zahlreiche weitere Aufzeichnungen – teils Vorarbeiten für seine Erinnerungen, teils Darstellungen für die Familie und die Anwälte –, daß es möglich ist, den Bericht meines Mannes – wenn auch mit unvermeidlichen Lücken – in seinen eigenen Worten fortzusetzen.

Das Kapitel „London“ findet seinen sinngemäßen Abschluß durch den oben erwähnten von Hitler angeforderten Bericht über England, den mein Mann wenige Wochen vor seiner Ernennung zum Außenminister erstattete. Von allen politischen Berichten und Denkschriften, die mein Mann von London aus, sowie später als Außenminister an Hitler richtete, ist nur dieses eine Dokument in Nürnberg vorgelegt worden. Die wiederholten Anträge der Verteidigung, weitere der von den Alliierten beschlagnahmten Berichte freizugeben, waren erfolglos. Nicht einmal der Botschafts-Bericht A 5522, auf den sich die im Dokument TC 75 gezogenen „Schlußfolgerungen“ beziehen, noch die beigefügte Notiz wurden beigebracht. Bis heute werden diese Dokumente noch der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten. In der Nachkriegsliteratur werden sogar diese Schlußfolgerungen meist nur bruchstückweise und völlig sinnentstellt wiedergegeben. Ein unbestreitbar bewußtes Falschzitat findet sich bei Papen: „Der Wahrheit eine Gasse“ (München 1952) Seite 423: dort werden fünf von den rund zweihundertneunzig Zeilen des sogen. TC 75 mit Datum, Anschrift und Unterschrift in einer Form wiedergegeben, die den Leser glauben macht, er habe das gesamte Dokument vor sich. Als Herr von Papen auf diese Unkorrektheit aufmerksam gemacht wurde, erwiderte er zunächst, der Orginalbericht sei ihm nicht bekannt gewesen. Darauf hingewiesen, daß in der englischen Ausgabe seiner Memoiren, die einige Monate vor seinem deutschen Buch erschienen ist, die genaue Fundstelle angegeben sei, erklärte er: „. . . es war meiner Erinnerung entfallen, daß ich die Sätze bereits in der englischen Ausgabe zitiert habe und ich bedaure diese Vergeßlichkeit . . . Es ist also unbestreitbar, daß ich den Bericht, wie er in den „Documents on German Foreign Policy 1918—1945“ abgedruckt ist, gelesen habe . . .“

Diese Schlußfolgerungen zum Botschafts-Bericht A 5522, die vor allem die Fabel widerlegen, Ribbentrop habe Hitler über die britische Kriegsentschlossenheit im Unklaren gelassen, müssen hier in der von der Nürnberger Anklagebehörde vorgelegten Fassung wiedergegeben werden.

Dokument IV (Nürnberg TC 75)

Ganz vertraulich! Nur persönlich.

Notiz für den Führer. Berlin, den 2. Januar 1938

Schlußfolgerungen zu dem Bericht „Deutsche Botschaft London A 5522" über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen.

Mit der Erkenntnis, daß Deutschland sich an den status quo in Mitteleuropa nicht binden will und eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa früher oder später möglich ist, wird die Hoffnung auf eine Verständigung der deutsch-freundlichen englischen Politiker – soweit sie nicht sowieso derzeit nur eine ihnen zugeteilte Rolle spielen – allmählich schwinden. Hiermit ist die Schicksalsfrage gestellt: Werden letzten Endes Deutschland und England zwangsläufig in getrennte Lager treiben und eines Tages wieder gegeneinander marschieren? Zur Beantwortung dieser Frage muß man sich folgendes vergegenwärtigen:

Eine Änderung des status quo im Osten im deutschen Sinne ist nur gewaltsam durchzuführen. Solange Frankreich weiß, daß England, das sozusagen die Gefahrenhaftung für Frankreich gegenüber Deutschland übernommen hat, zu ihm steht, ist Frankreichs Marschieren für seine östlichen Bundesgenossen wahrscheinlich, jedenfalls immer möglich, und damit der deutsch-englische Krieg. Dies trifft selbst dann zu, wenn England den Krieg nicht will; England, das glaubt, seine Grenzen am Rhein verteidigen zu müssen, würde einfach von Frankreich automatisch hineingezogen, d. h. also Frankreich hat es praktisch in der Hand, einen deutsch-englischen Krieg auf dem Wege über einen deutsch-französischen Konflikt zu forcieren. Hieraus folgert wiederum, daß ein Krieg zwischen Deutschland und England wegen Frankreich nur verhindert werden kann, wenn Frankreich von vorneherein weiß, daß Englands Kräfte nicht ausreichen würden, den gemeinsamen Sieg sicherzustellen. Eine solche Situation könnte England und damit Frankreich zwingen, manches hinzunehmen, was eine starke englisch-französische Konstellation niemals dulden würde. Dieser Fall wäre z. B. gegeben, wenn England

mangels ausreichender Aufrüstung oder infolge Bedrohung seines Imperiums durch eine überlegene Mächtekonstellation (z. B. Deutschland, Italien, Japan) und damit Fesselung seiner militärischen Kräfte an anderen Stellen, Frankreich nicht genügend Unterstützung in Europa zu gewähren vermöchte. Was die Frage der Mächtekonstellation angeht, so hängt diese von der weiteren Entwicklung ab, von unserer Bündnispolitik und auch von der weiteren Gestaltung der englischen Beziehungen zu Amerika. Ungünstig für England wäre, wenn es allein, noch nicht ausreichend gerüstet, der erwähnten Konstellation gegenüberstände. Allerdings müßte diese Konstellation fest gefügt sein, und es dürfte bei England und Frankreich kein Zweifel darüber herrschen, daß Italien und Japan fest zu uns stehen und gegebenenfalls die gemeinsamen Kräfte der Konstellation schlagartig eingesetzt würden. Italien und Japan haben ein ebenso großes Interesse an einem starken Deutschland wie wir an einem starken Italien und Japan. Die Existenz des neuen Deutschlands ist für beide in den letzten Jahren von großem Vorteil für ihre Expansionsbestrebungen gewesen. Mit Hinweis hierauf und auf später zu lösende gemeinsame Ziele sollte es gelingen, diese beiden Mächte dazu zu bringen, sich mit uns zu gegebener Zeit solidarisch zu erklären. In einer solchen Situation wäre es möglich, daß England Frankreich von einem Eingreifen im Falle eines östlichen Konfliktes Deutschlands mit einem seiner Verbündeten abhalten würde, damit der Konflikt lokalisiert bleibt und England nicht durch Frankreichs Eingreifen gezwungen wäre, unter ungünstigen Bedingungen für sein Weltreich eventuell an drei Stellen, in Ostasien, im Mittelmeer und in Europa, kämpfen zu müssen. Für ein lokales mitteleuropäisches Problem, selbst wenn es Deutschland bedeutend stärken würde, würde m. E. England einen Existenzkampf um sein Weltreich nicht riskieren. Frankreich würde in einem solchen Falle wohl kaum die Nerven haben, allein ohne England gegen die deutschen Westbefestigungen anzurennen. Entscheidend scheint mir in diesem Zusammenhang die Schnelligkeit, mit der ein solcher mitteleuropäischer Konflikt siegreich beendigt wäre. Bei einem blitzartigen Erfolg glaube ich sicher, daß der Westen nicht eingreifen würde. Eine längere Dauer dagegen könnte in den Gegnerstaaten die Auffassung erwecken, als ob die Kräfte Deutschlands von ihnen doch überschätzt

worden wären, und damit wäre der Moment des Eingreifens der Westmächte nähergerückt.

Wir haben aus diesen Gründen daher m. E. auch weiter ein Interesse an der Stärkung der Achse Berlin–Rom und des Dreiecks Berlin–Rom–Tokio und dem Beitritt weiterer Staaten zu dieser Konstellation. Je stärker unsere Freundeskonstellation ist, um so leichter würde in einem etwaigen Konflikt Deutschlands in Mitteleuropa England und damit auch Frankreich abseits stehen, und der Konflikt könnte zu unseren Gunsten lokalisiert bleiben. Ich bin sogar der Auffassung, daß wir diese Freundschaften immer fester fügen und neue gewinnen sollten. Der frühere französische Ministerpräsident Flandin hat kürzlich in einem Artikel von Konstellationen der Staaten Deutschland, Italien und Japan und der beiden Demokratien England und Frankreich plus Rußland gesprochen, die jede für sich bestrebt seien, möglichst viele Staaten für ihre Anschauungen zu gewinnen. Wenn man die erfolgreichen Bemühungen Englands in diesem Sinne in einigen Ländern betrachtet – ich erwähne z. B. Portugal, das sich England wieder schnell nähert und wo vor kurzem der frühere Privatsekretär von Austen Chamberlain (Selby) eingetroffen ist, und die Türkei, wo Sir Percy Lorraine, einer der besten englischen Diplomaten, die Türken stark proenglisch beeinflußt hat – scheint diese Information Flandins von seinen englischen Freunden zu stammen. – Vor allem wird England aber auch zukünftig bemüht bleiben, die Achse Berlin–Rom zu schwächen, bzw. das Dreieck Berlin–Rom–Tokio zu trennen. Einflußreiche Kreise in England arbeiten konstant auf eine Verständigung Englands mit Italien und auch Japan hin. Nach Japan hat das Foreign Office im Sommer seinen besten Beamten, Sir Robert Craigie, geschickt. Um das Herz des britischen Imperiums schützen zu können, wird England meiner Auffassung nach zur gegebenen Zeit alles tun, um zu Italien und Japan, selbst eventuell unter großen Opfern, wieder ein gutes Verhältnis herzustellen, d. h. Deutschland auszukaufen. Meines Erachtens müssen demgegenüber Deutschland, Italien und Japan fest zusammenhalten, denn darin liegt die ganze Stärke ihrer Position in der Welt, und es scheint empfehlenswert, wenn sich alle drei Staaten um die Freundschaft auch des kleinsten ihnen erreichbaren Staates bemühten. Auch im Hinblick auf Nachrichtenwesen und Propaganda

kann man m. E. im Ernstfall kaum genug solche Freunde haben. Gefährlich wäre es, wegen einer ungewissen englischen Freundschaft für andere nicht zu optieren und sichere Freundschaften auszuschlagen. Hierdurch könnte man sich zwischen alle Stühle setzen. Ob diese oder jene Freundschaft zunächst besser noch in lockerer Form geschlossen oder aufrechterhalten wird, oder ob diese oder jene besser schon in irgendeine Form, z. B. in die Antikominternbewegung eingeschlossen wird, müßte m. E. von Fall zu Fall besonders entschieden werden.

Was England anbetrifft, so sollte unsere Politik m. E. weiter auf Ausgleich unter voller Wahrung der Interessen unserer Freunde gerichtet sein. England muß auch weiterhin durch uns in der Auffassung bestärkt werden, daß ein Ausgleich und eine Verständigung zwischen Deutschland und England letzten Endes doch möglich ist. Diese Aussicht könnte z. B. auch im Falle eines lokalen Konfliktes Deutschlands in Mitteleuropa, der England nicht vital berührt, auf etwaige Einmischungsabsichten der englischen Regierung bremsend wirken.

Besser ist es wohl, wenn unsere sich abzeichnende Konstellation zur Zeit nach außen in noch etwas lockerer Form gehalten wird. Dies wird auf die Dauer jedoch an der Tatsache nichts ändern können, daß die Bildung zweier gegenüberliegender Fronten mit der Zeit zwangsläufig immer klarer zutage treten wird. Die Frage, ob ein deutsch-englischer Ausgleich d a n n überhaupt noch gefunden werden kann, ist meiner Auffassung nach wie folgt zu beantworten: Steht England mit seinen Bündnissen Deutschland und seinen Freunden gegenüber stärker da, wird es m. E. früher oder später immer schlagen. Gelingt es dagegen Deutschland, seine Bündnispolitik so zu gestalten, daß eine deutsche Konstellation einer englischen stärker oder vielleicht ebenbürtig gegenübersteht, wäre es möglich, daß England lieber doch noch einen Ausgleich versucht. Bei erstarrten Fronten scheint mir ein plötzlicher Ausgleich der vielgestaltigen Interessen zwischen diesen allerdings normalerweise undenkbar. Er könnte nur zwei von sich gegenüberstehenden Staaten, dann auf Kosten ihrer Partner in der Konstellation, versucht werden. Man könnte diesem Gedankengang folgend, sich z. B. theoretisch vorstellen, daß England, sich einer überlegenen Konstellation gegenübersehend, Deutschland plötzlich einen weitgehenden Ausgleich

anbietet. Eine solche Schwenkung einer Politik um 180 Grad ist in der Geschichte früher, als Kriege noch persönliche Angelegenheiten der Monarchen waren und die Völker oft gar nicht wußten, worum sie kämpften, öfters vorgekommen. Sie ist in unserer heutigen modernen, politisierten Welt kaum noch denkbar, bei den Demokratien sicher nicht durchführbar. Die deutsche Gegenleistung für ein solches Angebot könnte aber nur auf Kosten seiner Freunde gehen. Eine derartige Politik ist meiner Auffassung nach für Deutschland nicht möglich. Abgesehen von allen anderen Gründen würde eine solche Schaukelpolitik ein ungeheures Risiko in sich bergen, nämlich das der Isolierung, denn welche Garantie könnte Deutschland von England für Einhaltung eines solchen, durch die Not erzwungenen Angebotes erhalten? Es scheint mir, daß es eine solche Garantie überhaupt nicht gibt.

Zu der Frage, ob eine deutsch-englische Verständigung noch möglich ist, ist daher zu sagen, daß während die Fronten locker sind, eine solche Einigung an sich noch denkbar wäre. Allerdings ist sie, wie aus dem beiligenden Bericht und dieser Notiz ersichtlich, sehr schwierig, weil Deutschland sich seine Zukunft anders gestalten will, als England anscheinend bereit ist, sie bei einem Zusammengehen mit Deutschland uns zuzubilligen (s. a. anl. Brief Lord Londonderrys). Nur energisches Handeln des englischen Premierministers in unserem Sinne und gegen die erwähnten bedeutsamen Widerstände können vielleicht den Dingen noch eine neue Wendung geben. Man könnte sich vorstellen, daß ein englischer Premierminister, wenn er nicht von der Psychose der deutschen Stärke und des deutschen Machtwillens erfaßt ist, sondern grundsätzlich an die Möglichkeit einer deutsch-englischen Freundschaft glaubt, immer noch gern einen großzügigen, nüchternen Ausgleich suchen würde, der die deutschen Aspirationen befriedigt, ohne vitale, rein englische Interessen zu gefährden. Dies ist die von Garvin im „Observer" in den letzten Monaten mit so großem Nachdruck vertretene These. Als ich Chamberlain neulich um seine Ansicht über diese letzten Artikel von Garvin fragte, erwiderte er mir nur, „sie seien ihm zu lang, darum lese er sie nicht"! Ein klares englisches Zugeständnis in der österreichisch-tschechischen Frage in unserem Sinne könnte luftreinigend für Europa wirken. Nach meinen bisherigen Erfahrungen halte ich aber eine solche Wendung für

unwahrscheinlich und glaube, daß England höchstens eines Tages durch die Macht der Verhältnisse gezwungen eine solche Lösung dulden würde. Bestärkt werde ich in der Auffassung, daß auf dem Wege offizieller Verhandlungen mit England dieses Problem nicht gelöst werden kann, durch die Tatsache, daß Chamberlain sowohl innen- wie außenpolitisch (mit Frankreich) in einem System steckt, das große Entschlüsse unendlich schwierig macht.

Sind die Fronten einmal erstarrt, könnten nur ganz besondere anormale Machtverschiebungen oder Ereignisse in Europa oder der Welt (Bolschewisierung Frankreichs, Zusammenbruch Rußlands, ernste Veränderungen bei unseren Freunden) die politische Entwicklung in eine andere Richtung drängen. Auf solchen Möglichkeiten kann man aber eine Politik nicht aufbauen. Daher ist es meiner Ansicht nach richtig, in der eingeschlagenen Linie unserer Außenpolitik fortzufahren.

Abschließend möchte ich meine Auffassung in folgenden Stichworten zusammenfassen:

1. England ist mit seinen Rüstungen im Rückstand – daher spielt es auf Zeitgewinn.
2. England glaubt, daß bei Wettlauf mit Deutschland die Zeit für England arbeitet. – Ausnutzung seiner größeren wirtschaftlichen Möglichkeiten für seine Aufrüstung – Zeit zur Erweiterung seiner Bündnisse (z. B. Amerika).
3. Halifax-Besuch ist daher als Erkundungs- und Verschleierungsmanöver anzusehen – auch Deutschen-Freunde in England spielen vielfach nur die ihnen zugeteilte Rolle.
4. England und sein Premierminister sehen m. E. nach dem Halifax-Besuch keine ihnen möglich erscheinende Basis einer Einigung mit Deutschland – sie trauen dem nationalsozialistischen Deutschland alles zu, wie ja auch wir den Engländern alles zutrauen – sie fürchten daher von einem starken Deutschland eines Tages zu ihnen nicht genehmen Lösungen gezwungen zu werden – um dem zu begegnen, stellt England sich auf alle Fälle mit seinen militärischen und politischen Maßnahmen auf eine Auseinandersetzung mit Deutschland ein.

5. Daher von uns zu ziehende Konsequenzen:
   1) nach außen weiter Verständigung mit England unter Wahrung Interessen unserer Freunde;
   2) Herstellung in aller Stille, aber mit ganzer Zähigkeit einer Bündniskonstellation gegen England – d. h. praktisch Festigung unserer Freundschaft mit Italien und Japan – ferner Hinzugewinnung aller Staaten, deren Interesse direkt oder indirekt mit unseren konform gehen – enge und vertrauliche Zusammenarbeit der Diplomaten der drei Großmächte zu diesem Zweck.

   Nur auf diese Weise können wir England begegnen, sei es eines Tages noch zum Ausgleich oder zum Konflikt. England wird ein harter und scharfer Gegner in diesem diplomatischen Spiel sein.

6. Die besondere Frage, ob im Falle eines Konfliktes Deutschlands in Mitteleuropa Frankreich und damit England eingreifen würden, hängt von den Umständen und dem Zeitpunkt ab, an dem ein solcher Konflikt ausbricht und beendet ist, und von militärischen Erwägungen, die hier nicht zu übersehen sind. Ich möchte dem Führer hierüber einige Gesichtspunkte mündlich vortragen.

Dies ist nach eingehender Prüfung aller Umstände meine Auffassung von der Lage. Ich habe seit Jahren für eine Freundschaft mit England gearbeitet und wäre über nichts froher, als wenn sie herzustellen wäre. Als ich den Führer bat, mich nach London zu schicken, war ich skeptisch, ob es gehen würde, aber im Hinblick auf Eduard VIII. schien ein letzter Versuch geboten. Heute glaube ich nicht mehr an die Verständigung. England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe. das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen. Dem Nationalsozialismus aber traut man Gewaltiges zu. Schon Baldwin hat dieses erkannt, und Eduard VIII. mußte abdanken, weil man nicht sicher war, ob er bei seiner Einstellung eine Deutschland feindliche Politik mitmachen würde. Chamberlain hat nun Vansittart, unseren bedeutsamsten und zähesten Gegner an eine Stelle berufen, an der er in das diplomatische Spiel gegen Deutschland führend eingreifen kann. Jeder Tag, an dem in Zukunft – ganz gleich, welche taktischen Zwischenspiele der Verständigung mit uns versucht werden sollten – unsere politischen Erwägungen nicht

grundsätzlich von dem Gedanken an England als unseren gefährlichsten Gegner bestimmt würden, wäre e i n G e w i n n f ü r u n s e r e F e i n d e. –

gez. Ribbentrop

Der unvoreingenommene Leser wird aus diesem Botschafterbericht, der notwendigerweise einen Überblick über die Gesamtlage und alle daraus möglichen Konsequenzen enthält, erkennen, daß nach Ribbentrops damaliger Auffassung die Durchsetzung mancher Forderungen Hitlers auf kampfentschlossene englische Gegnerschaft stoßen werde, während er gleichzeitig die Wege erörtert, auf denen Hitler doch noch zum Ausgleich mit England gelangen könnte. Jedenfalls läßt sich nicht daraus entnehmen, daß Ribbentrop Hitler falsch informiert und behauptet hat, „das Britische Imperium habe seinen Höhepunkt überschritten und werde gegen eine Neuregelung Europas nicht mehr wie früher mit der Waffe in der Hand auftreten“ – wie z. B. Herr von Papen in seinen Erinnerungen (a. a. O. S. 424) schreibt.

REICHSAUSSENMINISTER

Die Ernennung zum Reichsaußenminister kam für mich völlig überraschend. Ich befand mich am 30. Januar 1938 anläßlich der Feier zum Jahrestag der Machtübernahme in Berlin, als mich Hitler bat, noch einige Tage zu bleiben. Es war die Woche der sogenannten Blomberg-Krise. Am 4. Februar ließ der Führer mich zu sich rufen und eröffnete mir, daß er im Rahmen eines Revirements in verschiedenen höheren Stellungen des Staates auch einen Wechsel des Außenministers vornehmen wolle. Der bisherige Reichsaußenminister von Neurath werde zum Präsidenten des Geheimen Kabinettsrats ernannt werden. An seine Stelle solle ich treten.

Bei meiner Amtsübernahme hat mich Adolf Hitler kurz über die allgemeine politische Lage ins Bild gesetzt. Er sagte mir, daß Deutschland sich durch den Aufbau der Wehrmacht und die Rheinlandbesetzung eine neue Position geschaffen habe. Es sei wieder in den Kreis der gleichberechtigten Nationen eingerückt, und nun sei es an der Zeit, gewisse Probleme ihrer Lösung zuzuführen – Probleme, die nur mit einer starken Wehrmacht, zwar keineswegs durch ihren Einsatz, wohl aber durch ihr bloßes Vorhandensein gelöst werden könnten. „Ein Land – so sagte er – das nicht auch militärisch stark ist, kann überhaupt keine Außenpolitik betreiben.“ Wir hätten das in den vergangenen Jahren zur Genüge gesehen. Jetzt müsse es unser Bestreben sein, zu unseren Nachbarn in ein klares Verhältnis zu kommen. Die vier Probleme, die er

mir nannte, waren Österreich und das Sudetenland, Memel und Danzig mit dem Korridor. Meine Aufgabe lag darin, ihm bei der diplomatischen Lösung dieser Probleme zu helfen.

In meinem neuen Amt sah ich mich von Anfang an vor große Schwierigkeiten gestellt. Adolf Hitler entschied als Reichskanzler und Regierungschef souverän in den außenpolitischen Angelegenheiten, die ihm besonders am Herzen lagen. In manchen Fällen reichten seine persönlichen Bestimmungen bis in kleinste Einzelheiten. Ich konnte zwar offen meine Auffassungen darlegen und brachte sie außerdem in Berichten und Denkschriften zum Ausdruck, auch forderte der Führer von Fall zu Fall meine gutachtliche Stellungnahme an, bevor er die Entscheidung traf; aber bei wichtigen Anlässen, besonders in Krisenzeiten, legte er sogar manchmal die Texte für den Notenwechsel mit fremden Staaten selbst fest und führte auch wichtige Gespräche unmittelbar mit ausländischen Diplomaten.

In seinem Kopf trafen sich politische und militärische Gedankengänge. Nur bei ihm liefen alle Fäden zusammen. Mir gab er Weisung zur diplomatischen Lösung, den Militärs für militärische Vorbereitungen – meist ohne, daß die eine Seite von den Aufträgen in anderer Richtung wußte. Für den Augenblick der Krise wollte er sich auf diese Weise die Wahl zwischen zwei Entscheidungsmöglichkeiten sichern.

In den ersten Jahren gelang es mir oft, meine Auffassung durchzusetzen, später wurde das schwieriger. Die eigene Meinung gegenüber einer so starken Persönlichkeit zur Geltung zu bringen, war nicht leicht. Wohl alle Mitarbeiter Adolf Hitlers haben diese Erfahrung gemacht. Hatte der Führer nach einem vorangegangenen Meinungsaustausch in wichtiger Angelegenheit einen Entschluß gefaßt, so konnte keiner seiner Mitarbeiter, auch Göring nicht – mit seinem damals noch überragenden Einfluß – irgend etwas daran ändern. Eher hätte man den Mont-Blanc aus seinen Fundamenten heben können,

als den Führer von seinem einmal gefaßten Entschluß abzubringen.

Ich habe Hitler jedesmal, wenn meine Auffassungen grundsätzlich mit den seinigen divergierten, Gelegenheit gegeben, sich von mir zu trennen. Dreimal habe ich meinen Abschied schriftlich eingereicht. Als ich ihm schließlich ehrenwörtlich versichern mußte, kein weiteres Abschiedsgesuch mehr an ihn zu richten, habe ich ihn noch viermal gebeten, zur Armee beurlaubt zu werden. Auch das hat er abgelehnt.

Dem Auswärtigen Amt und seiner Beamtenschaft stand Adolf Hitler mit Mißtrauen gegenüber. Mir selbst waren viele der Herren zunächst völlig unbekannt, aber ich war ohne Vorurteil und habe mich jahrelang bemüht, das Auswärtige Amt dem Führer näherzubringen.

Von Anfang meiner Ministertätigkeit an mußte ich sehr erhebliche, zum Teil ernste Auseinandersetzungen mit vielen Regierungs- und Parteistellen führen, die alle selbständige Außenpolitik treiben wollten. Ich war überzeugt, daß – wenn schon der Staatsführer die Außenpolitik bestimmte – das Auswärtige Amt allein ihn dabei sachlich zu beraten und umfassend und lückenlos zu unterrichten habe.

Die meisten Schwierigkeiten ergaben sich mit dem Propagandaministerium, das die Propaganda im In- und Ausland durchführen wollte. Dadurch, daß Hitler bei Kriegsbeginn in einem Erlaß mir zwar die Verantwortung für die Auslandspropaganda übertrug, aber gleichzeitig anordnete, daß ich mich der Einrichtung des Propagandaministeriums zu bedienen habe, mußte ich einen jahrelangen Kampf mit Dr. Goebbels führen. Der Führer stand sehr häufig auf seiten des Propagandaministeriums. Dazu kam, daß die Presseabteilung der Reichsregierung, die bis 1933 dem Auswärtigen Amt angegliedert war, an das Propagandaministerium abgegeben wurde, was nach meiner Auffassung ein politisch-organisatorischer Fehler war. Zweifellos ist die Presse eines der

wichtigsten außenpolitischen Instrumente und ihre Beeinflussung Sache des Außenministeriums.

Starke Reibungen ergaben sich die ganzen Jahre hindurch auch mit der Parteikanzlei unter Bormann. Hier handelte es sich vor allem um die Entwicklung in der Kirchenfrage, die Arbeit der Auslandsorganisation u. a. m. In der Kirchenfrage nahm Reichsleiter Bormann eine völlig kompromißlose Haltung ein. Sie führte zu stärksten Spannungen mit dem Vatikan und machte auch in den protestantischen Ländern alle kirchlichen Kräfte gegen uns mobil, eine außenpolitisch sehr bedeutsame und nachteilige Entwicklung, die sich im Laufe des Krieges immer mehr verschärfte. Alle Vorstellungen bei der Parteikanzlei und auch bei Adolf Hitler selbst führten zu keiner Änderung.

Die Arbeit der Auslandsorganisation der NSDAP hat mir besonders in den ersten Jahren meiner Tätigkeit als Außenminister sehr erhebliche Schwierigkeiten im Ausland bereitet. Zum Beispiel war das in Südamerika der Fall. Dort und auch in anderen Staaten gewann man den Eindruck, daß Deutschland mit Aufmärschen, Uniformen, Versammlungen usw. den Nationalsozialismus in fremde Länder tragen wolle. Die Folge davon war, daß der Begriff der „5. Kolonne" – obwohl sachlich völlig unbegründet – auf die Auslandsorganisation übertragen wurde. Das alles gab dem USA-Präsidenten Roosevelt das groteske Propaganda-Argument in die Hand, daß Deutschland sich in Südamerika festsetzen und von dort aus gegen die USA vorgehen wolle. Ich habe angesichts dieser und ähnlicher in zahlreichen Ländern auftauchender Schwierigkeiten immer wieder betont, daß das zweifellos richtige Zusammenhalten der Auslandsdeutschen durch die A.O. in keinem Verhältnis zu den außenpolitischen Nachteilen stand, die sich durch die Art des Auftretens der Auslandsorganisation ergaben. Aber die A.O. war ein Lieblingskind von Rudolf Heß und mein früher freundschaftliches Verhältnis zu ihm wurde

durch diese Meinungsverschiedenheit und die schwierige Zusammenarbeit mit dem Leiter der A.O. Bohle sehr getrübt. In der Praxis mußte ich einige Male auf Veranlassung der Partei ernste Demarchen bei fremden Staaten durchführen, um irgendeine Handlung eines Mitgliedes der A.O. zu decken – das aber war eine sehr überflüssige Belastung unserer Außenpolitik.

In weltanschaulichen Fragen – neben der Kirchen- besonders in der Judenfrage – kam ich als Reichsaußenminister in unvermeidliche Konflikte mit dem Reichsführer SS. Auch über die Fragen des Nachrichtendienstes, des Auftretens des sogenannten SD (Sicherheitsdienst) im Ausland und später der Politik in den besetzten Ländern ergaben sich bald ernste Auseinandersetzungen. Ich hatte anfangs ein gutes Verhältnis zu Himmler gehabt, weil ich seinen Gedanken einer Führerauslese bejahte. Aber durch die immer stärkeren Übergriffe seiner Dienststelle auf außenpolitische Gebiete entstand zwischen Himmler und mir allmählich eine sehr ernste latente Gegnerschaft. Ich habe wiederholt versucht, die Gegensätze zu überbrücken, da die Zusammenarbeit mit Himmler im Interesse des Reiches notwendig war. Seine mächtiger werdende Stellung führte dazu, daß er immer stärkeren Einfluß auf die Außenpolitik zu erlangen versuchte. Eine Aussöhnung mit Himmler gelang bis zuletzt nicht; seine Haltung mir gegenüber wurde im Gegenteil nur feindlicher.

Ein endgültiger persönlicher Bruch zwischen meinem Mann und Himmler entstand, als der Reichsführer SS im Winter 1941/42 meinen Mann in einem längeren Gespräch zu einer Cliquenbildung in eigenem Interesse zu gewinnen suchte. Es ergab sich dabei eine Situation, in der mein Mann zu der Bemerkung Anlaß fand: „Himmler, ich mache da nicht mit; ich bleibe dem Führer gegenüber loyal.“ Himmler als Nachfolger Hitlers hielt mein Mann aus außenpolitischen Gründen für untragbar.

Ich möchte die Schwierigkeiten mit Himmler an dieser Stelle in einer kurzen Zusammenfassung streifen, die den Ereignissen vorgreift: Vor allem durch seine Kompromißlosigkeit in der Freimaurer- und der Kirchenfrage und durch die Behandlung der Juden, die Himmler für ganz Europa selbständig in die Hand genommen hatte, entstand eine zusätzliche außenpolitische Belastung, die der Feindschaft einer Großmacht gleichkam. Alle Vorschläge zur Änderung wurden von Hitler und noch viel mehr von Himmler abgelehnt. Im Laufe des Krieges traten weitere Reibungspunkte in den besetzten Gebieten, wie in Frankreich, Dänemark, später in Ungarn hinzu. In jedem dieser Länder hatte Himmler einen höheren Polizeioffizier, meist auch die Wehrmacht noch einen Militärbefehlshaber eingesetzt. Wenn der Vertreter des Auswärtigen Amtes auftauchende Fragen politisch lösen wollte, stieß er oft genug auf große Schwierigkeiten bei den Instanzen, die die Fragen nur polizeilich oder militärisch beurteilten. Es entstanden endlose Reibereien, da alle diese Stellen über ihre Chefs an Hitler berichteten und von ihm auch Weisungen bekamen. Die Entscheidung fiel fast immer gegen die politischen Vorschläge des Vertreters des Auswärtigen Amtes.

Noch unheilvoller wirkten sich die Gegensätze auf dem Gebiete des Nachrichtendienstes aus. Kräfte des SD, die sich im Ausland häufig ohne genügende Erfahrung im Nachrichtendienst betätigten und sich mit heimlicher Überwachung unserer Botschafter beschäftigten, erschwerten die Arbeit unserer Missionschefs. Als Beispiel hierfür sei nur angeführt, daß ich auf Grund von Geheimberichten des SD, die unmittelbar an den Führer gelangten, plötzlich einen Befehl erhielt, der die sofortige Abberufung von drei Missionschefs in Spanien, Portugal und Schweden verlangte. Ebenso wurden – auf Druck von Bormann – die Missionschefs in Rumänien, Griechenland und Bulgarien ausgewechselt. Hinzu kam noch, daß Adolf Hitler oft Männer seiner Umgebung, die nicht mehr sein Vertrauen genossen, und die er deshalb aus seiner Nähe entfernen wollte, auf Auslandsposten abschob, z. B. seinen

früheren Adjutanten Wiedemann, der als Generalkonsul nach den USA versetzt wurde. Auch außenpolitische Berichte, die er über seinen eigenen Nachrichtendienst erhielt, legte Himmler dem Führer unmittelbar vor, der dann auf Grund falscher Informationen spontane Entscheidungen traf, ohne mich zu unterrichten. Später versuchte Kaltenbrunner diese Schwierigkeiten beizulegen, aber die zwischen ihm und mir getroffene Vereinbarung wirkte sich nicht mehr aus.

Im Laufe des Krieges führte die Einflußnahme Himmlers auf die Außenpolitik zu oft grotesken Zuständen: So unterstützte Himmler beispielsweise in Rumänien Horia Sima noch immer gegen Antonescu, als Adolf Hitler sich bereits für den Marschall entschieden hatte. Ähnlich machte Himmler während des Krieges in fast allen besetzten Gebieten eigene Politik. Besonders seine Germanische Leitstelle suchte durch ihre Leute überall nach angeblich „germanischen" Gesichtspunkten Fuß zu fassen, ohne das Auswärtige Amt auch nur zu befragen. Himmlers Mitarbeiter und Chefadjutant Gruppenführer Wolf, hat oft versucht, derartige stets von neuem auftretende Divergenzen zu beseitigen, zunächst auch mit Erfolg. Als Wolf aber nach Italien berufen wurde, verwirrte sich die Lage immer mehr.

Abgesehen von solchen Mißständen wurde es im Laufe der Zeit geradezu eine Manie, daß Prominente sich außenpolitisch betätigten. Hieraus entstand für das Auswärtige Amt und für mich eine sinnlose und unerträgliche Arbeitsüberlastung.

Auch mit dem Außenpolitischen Amt des Reichsleiters Rosenberg gab es in den skandinavischen Ländern und im Ostraum immer wieder Differenzen. Nach 1941 wurde das Auswärtige Amt schließlich aus dem gesamten Ostraum ausgeschaltet; man tat so, als ob es Rußland als außenpolitisches Problem nicht mehr gäbe. Auch in Finnland, auf dem Balkan und in der Türkei griffen die Abgesandten Rosenbergs ein, was zu schweren Kontroversen führte.

Ich habe es für richtig gehalten über diese Dinge im Nürnberger Prozeß zu schweigen, hier aber mögen sie erwähnt werden.

Im Februar 1938 habe ich bei Übernahme des Ministeriums zweifellos den Fehler gemacht, daß ich nicht klare Vollmachten forderte, um das Primat der Führung der Außenpolitik für das Auswärtige Amt sicherzustellen, und die dafür notwendigen und unerläßlichen Kompetenzen festzulegen. Aber bei der Arbeitsweise Adolf Hitlers hätte ich wahrscheinlich auch damit nichts erreicht. Selbst eine solche formelle Klärung hätte ihn nicht abgehalten von seinem gern angewandten altösterreichischen Prinzip des „divide et impera" weiterhin Gebrauch zu machen und sich – bestärkt durch sein Mißtrauen gegenüber der Beamtenschaft meines Ministeriums – durch verschiedene offizielle und zahllose inoffizielle Kanäle, über die manche unkontrollierbare und falsche Meldung an ihn gelangte, aus dem Ausland und über das Ausland informieren zu lassen.

*

Wenige Tage nach meiner Amtsübernahme trat bereits das erste der mir vom Führer genannten vier Probleme, die der Lösung zugeführt werden sollten, in ein akutes Stadium.

Als Botschafter in London hatte ich mich mit der österreichischen Frage naturgemäß wenig beschäftigt. Mit der zunehmenden Macht des Reiches kamen die in Österreich schon immer bestehenden Bestrebungen, zu einer engeren Verbindung mit Deutschland zu gelangen — die bisher nur durch Einspruch der Versailler Siegermächte verhindert wurde — offen zum Durchbruch. Für den Führer war Österreich von jeher eine Herzensangelegenheit. Die Österreich-Politik behandelte er in der Hauptsache persönlich, oft ohne das Auswärtige Amt zu beteiligen. Der Gesandte in Wien, Herr von Papen, berichtete unmittelbar an Adolf Hitler.

Kurz vor dem 12. Februar 1938 teilte mir der Führer mit, daß er mit Bundeskanzler Schuschnigg auf dem Obersalzberg zusammenkommen werde. Er sagte mir bei dieser Gelegenheit, daß zunächst den Nationalsozialisten in Österreich geholfen werden müsse. Viele von ihnen saßen in Gefängnissen und sogenannten „Anhaltelagern"; diese Frage war schon seit Jahren zu einem wirklich ernsthaften Problem zwischen Österreich und Deutschland geworden. Ich sollte mich für die Besprechung mit Schuschnigg auf dem Berghof zur Verfügung halten. Daß sich Adolf Hitler bei dieser Gelegenheit mir gegenüber dahingehend geäußert haben solle, er wolle das Selbstbestimmungsrecht der sechs Millionen Deutschen in Österreich unter allen Umständen noch im Laufe des Jahres 1938 sicherstellen, habe ich erst bei den Verhandlungen vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg gehört. In Wirklichkeit hat sich Adolf Hitler mir gegenüber niemals im Sinne eines solchen Zeitprogrammes geäußert.

Während der Besprechung auf dem Obersalzberg konnte ich begreiflicherweise, als neuernannter Minister und bei einem Thema, das Adolf Hitler als sein ureigenes betrachtete, nur wenig mitwirken. Eine erste Aussprache mit dem österreichischen Bundeskanzler führte Adolf Hitler allein. Anschließend hatte ich dann eine längere Unterredung mit Schuschnigg, den ich erst damals kennenlernte. Unsere Besprechung bewegte sich beiderseits nur in allgemeinen Ausführungen, fand aber in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre statt. Ich betonte die Notwendigkeit eines engeren Zusammengehens Österreichs mit dem Reich und bemerkte – dem Sinne nach – wir seien doch alle Deutsche, man könne Deutsche nicht von Deutschen trennen. Schuschnigg zeigte sich diesem Gedanken gegenüber durchaus aufgeschlossen und erklärte mir: „Beide Staaten gehören schicksalsmäßig zusammen."

Von einem Anschluß war in unserer Unterredung nicht die

Rede. Ich dachte mir die Lösung der österreichischen Frage in der Form eines Staatsvertrages mit Währungs- und Zollunion. Durch einen solchen Vertrag wollte ich vor allem die wirtschaftliche Verschiedenheit der beiden Länder zu gegenseitigem Nutzen in Einklang bringen. Ich dachte auch daran, daß der damalige englische Außenminister Halifax sich im November 1937 über ein näheres Zusammenrücken Deutschlands und Österreichs, wie es schon in der Vereinbarung vom 11. Juli 1936 geplant war, dahingehend geäußert hatte, daß das englische Volk niemals verstehen werde, „warum es in einen Krieg gehen solle, weil sich zwei deutsche Staaten zusammentun wollen."

Die ganze Atmosphäre bei den Unterredungen auf dem Berghof war durchaus vertrauensvoll, und alle Abmachungen mit Schuschnigg wurden im beiderseitigen Einvernehmen und ohne Druck abgeschlossen. Die später viel zitierten deutschen Militärs waren nur beim Frühstück anwesend.

Knapp vier Wochen später – am 8. März 1938 – fuhr ich nach London, um mich dort als Botschafter zu verabschieden. Kurz vorher hatte ich noch eine Aussprache mit Adolf Hitler, vor allem über englische Fragen. Bei diesem Gespräch äußerte der Führer, die österreichische Angelegenheit lasse sich im Sinne des Berchtesgadener Abkommens gut an. Um so überraschter war ich, als ich am Tag nach meiner Ankunft in London – am 9. März abends – von der Rundfunkrede Schuschniggs auf einem Amtswalter-Appell in Innsbruck hörte. Ton und Inhalt dieser Rede widersprachen ohne Zweifel den auf dem Obersalzberg getroffenen Vereinbarungen. Schuschnigg war offensichtlich von anderer Seite umgestimmt und beeinflußt worden; von uns aus mußte nun zweifellos etwas geschehen, damit die Dinge sich nicht zu einer politischen Katastrophe entwickelten. Ich hatte darüber am nächsten Tage eine lange Unterhaltung mit Lord Halifax, dem ebenfalls Nachrichten aus Österreich vorlagen. Ich brachte dabei zum

Ausdruck, die österreichische Frage müsse jetzt in irgendeiner Form zur Lösung gebracht werden. Eine freundschaftliche Einigung sei auch für die deutsch-englischen Bestrebungen das Beste. Ich erinnerte ihn an seine 1937 gemachte Äußerung. Lord Halifax nahm die Dinge ruhig und gelassen auf und sagte mir, ich würde ja noch Gelegenheit haben, mit dem englischen Premierminister Chamberlain darüber zu sprechen.

Bei dem anschließenden Frühstück, das uns Chamberlain aus Anlaß meiner Verabschiedung gab, erklärte mir der Premierminister, es sei sein fester Wunsch, mit Deutschland ein gutes Verhältnis herzustellen. Ich erwiderte, daß ich sehr glücklich wäre, dem Führer von diesem Willen zu einer Verständigung berichten zu können.

Kurz nach unserem Gespräch – noch während des Frühstücks – erhielt Chamberlain ein Telegramm des englischen Konsuls in Wien, wonach die deutsche Regierung dort angeblich ein Ultimatum gestellt habe. Bald kam ein zweites Telegramm, das über deutsche Truppenbewegungen berichtete. Chamberlain und Halifax baten mich anschließend in ihr Büro – das Frühstück fand in der Downingstreet statt – um die Telegramme mit mir zu besprechen.

Churchill berichtet im Kapitel XV des Bandes I seiner Memoiren (Deutsche Ausgabe 1949) auf Seite 332 über dieses Frühstück. Er behauptet, mein Mann und ich hätten den Verlauf dieser gesellschaftlichen Veranstaltung absichtlich ausgedehnt, um den Premierminister von seiner Arbeit und dem Telefon abzuhalten. Er läßt Chamberlain folgende Worte zu meinem Mann sagen: „Ich muß nun leider gehen und mich mit dringenden Geschäften befassen . . .“ Churchill schildert, daß „Chamberlain ohne weitere Umstände den Raum verließ. Die Ribbentrops zögerten weiter, so daß die meisten sich entschuldigten und nach Hause gingen. Zu guter Letzt müssen auch sie sich wohl verabschiedet haben . . .“

Mir ist dieses Frühstück noch gut im Gedächtnis. Im Laufe des Essens entstand eine allgemeine Unruhe, der damalige

Unterstaatssekretär Cadogan wurde hinausgerufen und es entwickelte sich ein lebhaftes Hin und Her. Ich empfand das in einem politischen Haushalt zunächst nicht als außergewöhnlich. Als die Tafel aufgehoben wurde, erfüllte Mrs. Chamberlain mit viel Charme ihre Hausfrauenpflicht und richtete es so ein, daß jeder der Gäste sich einige Minuten lang mit uns unterhalten konnte, was der Zweck dieses Abschiedsessens war. Plötzlich trat Mr. Chamberlain mit sorgenvoller Miene auf mich zu und sagte: „Ich bedaure unendlich, Herrn von Ribbentrop noch zurückhalten zu müssen, aber es sind sehr ernste Dinge vorgefallen, die eine Aussprache mit ihm unerläßlich machen.“ Der Premierminister brachte mich sehr höflich an unser Auto und ich fuhr in etwas ungemütlicher Stimmung ohne meinen Mann weg – grübelnd, was geschehen sein könnte.

(Über diese Aussprache im Anschluß an das Frühstück ist in den „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ Serie D, Bd. I, Seite 225 ein Bericht veröffentlicht, den Churchill bei der Niederschrift seiner unzutreffenden Darstellung wohl nicht bei den Akten vermutet hat.)

Churchill berichtet weiter von diesem Frühstück, daß ich ihm auf seine Abschiedsworte: „er hoffe, daß England und Deutschland ihre Freundschaft bewahren werden“, „huldvoll“ erwidert habe: „Geben Sie acht, daß Sie sie nicht verderben.“ In Wirklichkeit habe ich ihm geantwortet: „Unserer deutschen Freundschaft können Sie sicher sein.“

Während Lord Halifax bei der Besprechung in Chamberlains Büro nun erklärte, die Vorgänge seien unerträglich, griff Chamberlain beruhigend ein und fragte mich, ob ich irgendwelche Nachrichten zu den Vorgängen in Österreich hätte. Ich mußte das verneinen und versuchte ihm klar zu machen, daß ich leider nichts sagen könne, bevor ich mich mit meiner Regierung in Verbindung gesetzt hätte, was ich sofort tun wolle. Ich bat Lord Halifax, mich nachmittags in der Botschaft zu besuchen. Doch auch bei der Besprechung am Nachmittag war ich noch nicht in der Lage, ihm Einzelheiten über die Vorgänge in Österreich mitzuteilen, denn es war mir nicht gelungen, mit Adolf Hitler Verbindung aufzunehmen und von

ihm Informationen zu erhalten. Ich konnte deshalb Lord Halifax gegenüber nur feststellen, daß die Ereignisse in Österreich eine völlig andere Wendung genommen hätten, als es bei der Unterredung mit Schuschnigg auf dem Obersalzberg gedacht war. Unser Gespräch verlief durchaus freundschaftlich; ich fand Gelegenheit, Lord Halifax zu einem Besuch in Deutschland einzuladen und er nahm die Einladung an.

Erst am 13. März erfuhr ich durch ein langes Telefongespräch mit Göring (das selbstverständlich in London abgehört wurde) die Einzelheiten der Ereignisse in Österreich. Ich hatte nun keine Gelegenheit mehr, den Inhalt dieses Gespräches mit den englischen Staatsmännern zu besprechen; meine Abschiedsbesuche waren schon beendet. Ich verließ London bereits einige Stunden später, um zunächst zu Göring nach Karinhall zu fliegen und dann nach Wien zu Adolf Hitler. Hier erfuhr ich, daß auch er den Gedanken des sofortigen Anschlusses erst bei seiner Fahrt durch Österreich – besonders anläßlich der Kundgebung in Linz – gefaßt hat.

•

Eine andere Frage, die zur Lösung drängte, aber weder von Adolf Hitler noch vom Auswärtigen Amt aufgeworfen worden war, sondern sich von selbst stellte, war die sudetendeutsche Frage. Der amerikanische Anklagevertreter in Nürnberg hat seine Anklagerede zu diesem Punkt mit der Behauptung geschlossen, daß mit dem Zusammenbruch der Tschechoslowakei eines der traurigsten Kapitel der Völkergeschichte zu Ende gegangen sei, nämlich die Vergewaltigung und Zerstörung des tschechoslowakischen Volkes.

Diese Behauptung läßt einen Irrtum erkennen, der schon bei den Verhandlungen in Versailles eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Ein tschechoslowakisches Volk hat es weder vor noch nach 1918 jemals gegeben. Es handelte sich vielmehr

um einen Nationalitätenstaat mit verschiedensten Volksgruppen, zu denen außer den Tschechen auch die Deutschen, Ungarn, Polen, Ruthenen, Karpatho-Ukrainer und Slowaken gehörten. Das künstliche Gebilde der Tschechoslowakei, das 1919 aus so heterogenen Elementen zusammengesetzt worden war, strebte seit seiner Gründung auseinander und konnte nur durch starken Druck der Tschechen zusammengehalten werden.

Natürlich erzeugte dieser Druck wieder Gegendruck, der um so größer wurde, je mehr Deutschland erstarkte und dadurch auf die angrenzenden deutschen Volksgruppen eine immer größere Anziehungskraft ausübte. Aus meiner Londoner Botschafterzeit weiß ich, daß man in England einen sehr klaren Begriff von der Sudetenfrage hatte und daß man dort auch bereit war, den Führer der Sudetendeutschen Konrad Henlein in gewissen Belangen und Forderungen zu unterstützen.

Die Unterdrückung der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei war keine Erfindung Adolf Hitlers. Sie begann schon 1918. Nach der Machtübernahme 1933 wurde sie zweifellos noch verstärkt und das kulturelle Eigenleben der Deutschen in der Tschechoslowakei immer mehr beschnitten.

Die Minderheitenfragen aller Staaten, die vertraglich zum Minderheitenschutz verpflichtet waren, wurden von einer besonderen Sektion des Völkerbundsekretariats in Genf bearbeitet. Jährlich wurden Lageberichte veröffentlicht und in der Bibliothek des Völkerbundes verwahrt. Diese Unterlagen, die ich zur Verteidigung der deutschen Außenpolitik in Nürnberg anforderte, wurden mir nicht zugänglich gemacht.

Die Anklage in Nürnberg behauptete, ich hätte auf illegale Weise Unruhe und Unfrieden in der Tschechoslowakei hervorgerufen und damit bewußt zur Auslösung der Sudetenkrise beigetragen. In Wirklichkeit sind von deutscher Seite keinerlei Schritte in dieser Richtung unternommen worden. Erst

als in der Tschechoslowakei willkürliche Verhaftungen von Deutschen durch die dortigen Behörden vorgenommen wurden, schritt man bei uns zu Gegenmaßnahmen. Jedenfalls wurden die Bestrebungen der Sudetendeutschen von uns nicht so dirigiert, daß ein ernstes Problem entstehen mußte.

Die sudetendeutsche Partei strebte natürlich nach immer größerer Selbständigkeit und einige ihrer maßgebenden Führer wollten die vollständige Autonomie durchsetzen, wenn nicht gar einen Anschluß ans Reich. Ich habe meinerseits Konrad Henlein mehrmals gebeten, bei seinen politischen Bestrebungen Prag gegenüber nichts zu unternehmen, was die deutsche Außenpolitik in Zwangslagen versetzen könne. Adolf Hitler hatte mir gegenüber die sudetendeutsche Frage als eines von den Problemen bezeichnet, bei deren diplomatischer Lösung ich ihm behilflich sein solle. Im Auswärtigen Amt wurde die Frage der an das Deutsche Reich angrenzenden Volksgruppen oft als das sog. „unheimliche Problem" bezeichnet – ein Problem also, das das Auswärtige Amt nicht so in der Hand hatte, wie es im Interesse der deutschen Außenpolitik wünschenswert gewesen wäre.

In einer Rede vom 20. Februar 1938 hatte der Führer Protest gegen die volkspolitische Rechtlosmachung der staatsrechtlich vom Reich getrennten Deutschen erhoben. Es sei für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus Gründen ihrer Sympathie für das Gesamtvolk Leid zugefügt werde. Unter dem Eindruck dieser Erklärung und des bald darauf erfolgten Anschlusses Österreichs erließ der sudetendeutsche Politiker Konrad Henlein einen Aufruf zur Selbstauflösung der deutschen Splitterparteien in der Tschechoslowakei, der den Erfolg hatte, daß die sogenannte „Sudetendeutsche Partei" unter Führung Henleins die maßgebende politische Organisation des Sudetendeutschtums wurde.

Die krisenhafte Entwicklung der Sudetenfrage entstand dadurch, daß auf der einen Seite die Sudetendeutschen ihre Forderungen in Prag immer offener und hartnäckiger vertraten und die Tschechen sich andererseits unnachgiebig zeigten. Die Folgen davon waren hier Ausschreitungen und dort Verhaftungen. Ich habe damals oft mit dem tschechischen Gesandten über die Autonomiebestrebungen der Sudetendeutschen gesprochen und ein weitgehendes Entgegenkommen empfohlen. Aber nicht nur die Haltung der Prager Regierung, sondern auch die der Sudetendeutschen wurde immer starrer.

Im Mai und Juni wurden Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei durchgeführt. Die Prager Regierung versuchte durch eine Demonstration ihrer staatlichen Machtmittel einen Druck auf die Wahlhandlung in den deutschen Gebieten auszuüben. Um die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes vor der Welt zu begründen, wurde in Prag die sogenannte „Wochenendkrise" ausgelöst, indem man die Behauptung in die Welt setzte, Deutschland habe mobil gemacht und ein deutscher Einmarsch stehe bevor. Als wir in Berlin der Wahrheit entsprechend erklärten, daß keinerlei militärische Maßnahme von unserer Seite erfolgt sei, ließ der tschechische Staatspräsident dies als ein „Zurückweichen" Hitlers interpretieren. Dieser zog daraus die Konsequenz, daß er – wie hier in Nürnberg bekannt wurde – am 28. Mai 1938 den Militärs den Auftrag erteilte, militärische Vorbereitungen gegen die Tschechoslowakei zu treffen. Im Sudetenland selbst hatten die Prager Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg: Die Sudetendeutsche Partei ging aus den Gemeindewahlen in allen deutschen Gebieten mit überragenden Erfolgen hervor. Anfang Juni überreichten die Sudetendeutschen ihre Forderungen in Prag; sie verlangten Selbstverwaltung der Volksgruppen im Rahmen des tschechoslowakischen Staates und Herstellung der Gleichberechtigung zwischen Tschechen und

Deutschen. Die Verhandlungen blieben ohne Erfolg, da die Prager Regierung zu einem Zugeständnis auf dem Gebiet der Autonomie und Gleichberechtigung nicht bereit war.

Im Sommer 1938 spitzten sich die Dinge zu. Ich sprach mit dem englischen Botschafter Sir Neville Henderson über die eingetretene Entwicklung; wahrscheinlich ist es seiner Initiative zuzuschreiben, daß Lord Runciman von der britischen Regierung nach Prag entsandt wurde, um sich ein klares Bild über die Lage zu verschaffen.

Runciman kam zu der Überzeugung, daß den Grenzbezirken zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland sofort das volle Recht der Selbstbestimmung gegeben werden sollte. Sein Versuch einen Ausgleich zwischen der tschechischen Regierung und der Sudetendeutschen Partei herbeizuführen, scheiterte an der ablehnenden Haltung des Prager Kabinetts.

Die Entsendung Lord Runcimans war allerdings wohl nur der Ausfluß der britischen Erkenntnis, daß noch etwas für den Frieden getan werden müsse, weil England mit seiner Rüstung noch nicht fertig war. Das ergibt sich deutlich aus dem Geheimbericht des tschechischen Gesandten in Paris, Stephan Osusky, an den tschechischen Außenminister Dr. Krofta vom 5. August 1938 über ein Gespräch mit dem Direktor der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums René Massigli. Danach hat der damalige britische Luftfahrtminister damit gerechnet, die britische Luftwaffe „in sechs Monaten in Ordnung“ zu haben. Aus diesem Grunde lege man „in England eine solche Wichtigkeit dem Gewinnen von Zeit bei“ *).

Die Krise erreichte ihren Höhepunkt, als die Prager Regierung in den sudetendeutschen Gebieten das Standrecht erklärte. Daraufhin setzte sich der englische Premierminister

*) Wortlaut dieses Berichtes siehe Anhang.

Chamberlain über Botschafter Henderson mit der Reichsregierung in Verbindung. Auf diese Weise kam es am 15. September 1938 zum ersten Besuch Chamberlains beim Führer auf dem Obersalzberg *).

*) Auf die Entschlüsse der britischen Regierung wurde damals in unterschiedlicher Weise eingewirkt: Der britische Abwehroffizier und Publizist, Jan Colvin, berichtet in seinem Buch „Master Spy, the incredible story of Admiral Wilhelm Canaris, who while Hitlers chief of Intelligence, was a secret ally of the British“ (New York 1952) u. a., daß Mitte August 1938 Ewald von Kleist-Schmenzin im Auftrag von Generaloberst Beck nach London kam, wo er in den Tagen zwischen dem 17. und 24. August Lord Lloyd, Sir Robert Vansittart und – auf dessen Landsitz – auch Winston Churchill sprach. Ziel der Kleistschen Fühlungsnahme war es, die britische Regierung zur Unnachgiebigkeit in der sudetendeutschen Frage zu veranlassen. Er berichtete über den „unzureichenden Rüstungszustand der Wehrmacht, die erst 1943 ihr Aufrüstungsprogramm durchgeführt haben werde“. Kleist überbrachte bei seiner Rückkehr ein Privatschreiben Churchills an Admiral Canaris. (Colvin a. a. O. Seite 69ff.).

In den ersten Septembertagen 1938 fuhr auch der damalige Oberstleutnant Hans Boehm-Tettelbach im Auftrag des Generalstabschefs Halder nach London. Über sein dortiges politisches Wirken berichtete er später in der „Rheinischen Post“, Düsseldorf (Ausgabe vom 10. Juli 1948) u. a.: „Mein Auftrag lautete, engste Angehörige des englischen Außenministeriums von nun an um die Festigkeit der englischen Regierung gegenüber den Forderungen Hitlers zu bitten. Meine Auftraggeber wünschten nichts anderes, als ein kategorisches Nein der englischen Regierung.“

In der britischen Aktenpublikation „Documents on British Foreign Office Policy 1919–1939“ wird unter Nr. 775 ein Drahtbericht des britischen Gesandten in Bern Sir G. Warner an das Foreign Office vom 5. September 1938 wiedergegeben, der auf Grund einer Unterredung mit dem Völkerbundskommissar für Danzig, Carl Burckhardt, entstanden ist. Dazu wurde im sog. Wilhelmstraßenprozeß in Nürnberg eine Tagebuch-Notiz Burckhardts vorgelegt, wonach ihm der damalige Staatssekretär von Weizsäcker folgendes erklärte: „Die Engländer müssen so rasch als möglich jemand schicken, damit man reden kann. Aber keine allzu hoch gestellte Persönlichkeit, keinen Premierminister, keinen allzu höflichen Engländer der alten Schule. Kommt Chamberlain, so triumphieren die Kerle und sagen: Der Engländer frißt uns aus der Hand, er ist zu Kreuze gekrochen. Chamberlain ist zu gut für diese Leute. Sie sollen einen energischen Militär schicken, der, wenn es sein muß, auch schreien und mit dem Reitstock auf den Tisch schlagen kann. . .“ (zitiert nach Holldack: „Was wirklich geschah“, München 1949, Seite 95).

Weizsäcker erwähnt dieses Gespräch mit Völkerbundskommissar Burckhardt in seinen „Erinnerungen“ (München 1950, Seite 179) und berichtet von weiteren ähnlichen Schritten, die er in jenen Tagen unternahm, um auf die britische Regierung einzuwirken. Weizsäcker hebt hervor, daß seine eigene „ständige Arbeit“ im Auswärtigen Amt „außen-

Die Unterredung zwischen Adolf Hitler und Chamberlain, die in einer durchaus freundschaftlichen Atmosphäre verlief, fand ohne mein Beisein statt. Der Führer sagte mir nachher, daß er Chamberlain ganz offen auseinandergesetzt habe, die Forderung der Sudetendeutschen nach Selbstbestimmung und Freiheit müsse jetzt in irgendeiner Form erfüllt werden. Das Ergebnis der Zusammenkunft war die Zusicherung Chamberlains, daß er dem britischen Kabinett die Wünsche der deutschen Regierung unterbreiten und dann den Meinungsaustausch fortsetzen werde.

Dennoch kamen die Dinge nicht recht voran. Die Lage im Sudetenland wurde von Tag zu Tag schwierger und es drohte aus der deutsch-tschechischen auch eine ernste europäische Krise zu entstehen.

Auf Initiative Chamberlains kam es zu seinem zweiten Besuch, der am 22. und 23. September 1938 in Godesberg stattfand. Bei dieser Zusammenkunft teilte Adolf Hitler Chamberlain mit, daß es unter allen Umständen zu einer Lösung der Frage kommen müsse und zwar baldmöglichst. Chamberlain hatte Bedenken, Prag in so kurzer Frist von der Notwendigkeit einer Lösung des sudetendeutschen Problems überzeugen zu können und es kam dadurch zu einer Stockung während der Konferenz. Adolf Hitler selbst diktierte ein Memorandum, das ich Chamberlain übergab. Ich erhielt danach den Besuch von Sir Horace Wilson, einem Freunde Chamberlains, der sich sehr um die Überbrückung der Gegensätze verdient

politische Obstruktion" gewesen sei und daß der von ihm Anfang September „natürlich hinter dem Rücken der Staatsleitung" unternommene Schritt nicht nur „riskant und ungewöhnlich" war, sondern auch eine „Konspiration mit dem potentiellen Gegner" darstellte. (Weizsäcker a. a. O. Seite 177/78)

Im britischen Oberhaus sprach Lord Lloyd Anfang Oktober 1938 andeutungsweise von den der britischen Regierung damals aus Deutschland zugegangenen Anregungen und erklärte, der britische Außenminister habe gewußt, „woher die Unterrichtung kam und daß aus der gleichen Quelle der Rat erteilt wurde, eine sofortige Solidaritätserklärung mit Frankreich und Rußland herbeizuführen" (zitiert nach Colvin a. a. O. Seite 81).

machte. Ich konnte erreichen, daß abends eine neue Zusammenkunft zwischen Hitler und dem englischen Premierminister zustandekam.

Die kühle Atmosphäre dieser zweiten Besprechung wurde frostig, als während der Konferenz die Meldung von der tschechischen Mobilmachung eintraf. Die Dinge standen nunmehr auf des Messers Schneide, und sowohl der Führer als auch Chamberlain wollten die Verhandlung abbrechen. Das war gerade der Augenblick, als der Dolmetscher die Vorschläge Adolf Hitlers, wie das sudetendeutsche Problem gelöst werden könnte, verlesen wollte. Es gelang mir durch eine ablenkende Unterhaltung mit dem Führer und durch ein Gespräch mit Chamberlain den eingetretenen toten Punkt in der Verhandlung zu überwinden; schließlich wurde das Gespräch zwischen den beiden Staatsmännern wieder aufgenommen. Es entwickelte sich dann eine Unterredung von mehreren Stunden und Chamberlain erklärte schließlich seine Bereitschaft, dem britischen Kabinett das deutsche Memorandum zu unterbreiten und seinen Ministerkollegen zu raten, dieses Memorandum in Prag zur Annahme zu empfehlen. – Die Vorschläge Adolf Hitlers sahen die Angliederung der sudetendeutschen Gebiete an das Reich vor – diese sollte mit Rücksicht auf die äußerst gespannte Lage in einer Frist von zehn bis vierzehn Tagen, jedenfalls bis zum 1. Oktober durchgeführt werden.

Chamberlain reiste ab. Ein Tag nach dem anderen verging und die Lage wurde immer unhaltbarer. Endlich ließen sich zuerst der französische, dann der englische Botschafter bei mir mit dem Bemerken melden, sie hätten eine günstige Nachricht in der sudetendeutschen Frage zu überbringen. Gleichzeitig schaltete sich auch Italien ein. Mussolini ließ über Göring seine Bereitschaft zu einer Vermittlung anbieten. Er erklärte dazu, daß Italien seinen Platz gewählt habe und die Westmächte sich „nicht zwei Ländern, sondern einem Block gegenüber sähen".

Die Vorverhandlungen ergaben zunächst Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des Gebietes, das an Deutschland angegliedert werden sollte. Sowohl der englische als auch der französische Botschafter unterstrichen die ernstliche Absicht ihrer Regierungen, zu einer Lösung des Problems beizutragen und es kam zur Konferenz von München.

Bei den dortigen Verhandlungen stimmte Mussolini den Gedankengängen des Führers zu. Der englische Premierminister machte gewisse Vorbehalte und wandte ein, man solle zunächst noch einmal mit den Tschechen darüber sprechen. Daladier hielt es aber für richtig, daß die vier Großmächte – nachdem sie an diese Probleme überhaupt herangegangen seien – nunmehr auch eine Entscheidung träfen. Diese Auffassung setzte sich durch, und so kam es zu dem Vertrag von München, in dem festgelegt wurde, daß das Sudetenland dem Deutschen Reich angegliedert werden solle.

Am Tage nach dem Abschluß der Münchener Verhandlungen suchte Chamberlain Adolf Hitler in seiner Privatwohnung nochmal auf und bat ihn unter vier Augen, ein von ihm entworfenes Zusatzabkommen zum Münchner Vertrag, das er bei sich führte und vorlegte, zu unterzeichnen. Hitler stimmte sofort zu und setzte seine Unterschrift unter das Dokument.

In diesem Zusatzabkommen zwischen England und Deutschland wurde vereinbart, daß der Flottenvertrag dauernden Bestand haben sollte als ein Symbol für unsere beiden Völker, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen. In allen wichtigen Angelegenheiten werde fortan eine Konsultation zwischen den beiden Ländern stattfinden.

Durch dieses Abkommen wurde die Atmosphäre zwischen England und Deutschland ohne Zweifel entspannt und man konnte die Hoffnung hegen, daß es nun doch noch zu einer umfassenden Verständigung kommen werde*).

*) Text des Abkommens siehe Anhang.

Chamberlain berichtet über das Zustandekommen der deutsch-englischen Vereinbarung in seinem Tagebuch: „Ungefähr um 1 Uhr morgens, während die Dokumente zur Unterschrift vorbereitet wurden, fragte ich Hitler, ob er mich nochmals zu einem Gespräch sehen wolle. Er ging bereitwillig auf diesen Vorschlag ein und bat mich, in seine Privatwohnung zu kommen, die sich in einem Mietshaus befand, dessen andere Stockwerke von fremden Mietsparteien bewohnt wurden. Ich hatte eine sehr freundschaftliche und angenehme Unterhaltung: über Spanien (wo er niemals territoriale Ambitionen gehabt habe, wie er u. a. sagte), über wirtschaftliche Beziehungen zu Südosteuropa und über Abrüstung. Kolonien erwähnten weder er noch ich. Zum Schluß zog ich die Erklärung heraus, die ich vorher vorbereitet hatte und fragte ihn, ob er sie unterzeichnen würde. Während der Dolmetscher den Text ins Deutsche übersetzte, rief Hitler wiederholt aus: ‚Ja, ja' und schließlich sagte er: ‚Ja, das will ich sicherlich unterschreiben; wann sollen wir es tun?' Ich sagte: ‚jetzt' und wir gingen sofort zum Schreibtisch und setzten unsere Unterschriften unter die zwei Kopien, die ich mitgebracht hatte" (zitiert nach Feiling a. a. O. S. 376).

Das war – in knappen Worten – der Ablauf der Dinge. Der Führer und ich waren außerordentlich glücklich über die Lösung, die gefunden worden war. Die Münchener Lösung stellte tatsächlich ein außerordentliches politisches Ereignis dar. Mein Mitangeklagter Schacht, der entschiedene Gegner des Nationalsozialismus, hat in Nürnberg wiederholt geäußert, in München habe England die Tschechoslowakei Deutschland „zum Geschenk gemacht".

In einer Vernehmung durch Mr. Kirkpatrick bin ich nach meiner Verhaftung gefragt worden, ob denn „der Führer sehr traurig gewesen sei", daß es in München zu einer Verständigung gekommen sei und Hitler damit „seinen Krieg nicht bekommen" habe. Er habe doch in München geäußert, daß er nächstes Mal „Herrn Chamberlain mit seinem Regenschirm die Treppe hinunterwerfen werde". Hierzu ist nur zu sagen, daß daran kein wahres Wort ist! Der Führer war sehr befriedigt über München, und ich habe niemals auch nur eine Andeutung des Gegenteils von ihm gehört*). Nach der Abreise Chamberlains rief er mich sofort telefonisch an und teilte mir

*) Ablehnend zu den Münchner Ereignissen verhielten sich in Wirklichkeit die Kreise, die in den Wochen vorher von Berlin aus auf die britische Regierung im Sinne eines Widerstandes gegen die deutschen Forderungen eingewirkt hatten. So berichtet Erich Kordt: „Die Hoffnungen auf ... eine Beseitigung Hitlers waren durch die Einberufung der Münchner Konferenz

freudig mit, daß der Premierminister noch bei ihm gewesen sei und daß er das Zusatzabkommen unterzeichnet habe. Ich habe ihm dazu gratuliert, da damit mit England eine klare Situation geschaffen sei. Nachmittags auf dem Bahnhof hat mir der Führer nochmals seine Freude und Zufriedenheit mit dem Münchner Abkommen ausgedrückt.

Alle anderen Versionen über meine und Adolf Hitlers damalige Auffassung sind frei erfunden.

*

Groß war unsere Enttäuschung, als Chamberlain schon drei Tage nach der Münchener Erklärung im Unterhaus die Aufrüstung um jeden Preis verkündete.*) Am 7. Dezember 1938 hielt es der englische Staatssekretär für Kolonien sogar für richtig, das Dokument von München durch ein unmotiviertes „Nein“ in der Kolonial- und Mandatsfrage zu entwerten und der Reichsregierung auf diesem Gebiete den Weg des Verhandelns zu sperren.

Gleichzeitig wurde von der britischen Regierung eine Politik noch engerer Verbindung mit Frankreich eingeleitet, und auch die USA wurden in nicht mißzuverstehender Weise aufgefordert, sich einer Koalition gegen Deutschland anzuschließen. Der neu eingeschlagene Weg der britischen Politik zielte ganz offensichtlich auf eine Einkreisung Deutschlands. Schon vor der Eingliederung der Rest-Tschechei wurde in England die Kriegspsychose herangezüchtet. In London wurde der europäische Horizont systematisch nach antideutschen Bündnis-

zunichte gemacht worden ... Einer der Verschworenen in Berlin übermittelte die letzten Nachrichten einem Vertrauten in London und schloß mit der tonlos vorgebrachten Bemerkung: ‚Dies ist die zweitbeste Lösung‘“ („Wahn und Wirklichkeit“, Stuttgart 1948, Seite 128 ff).

*) Über Chamberlains damalige Politik schreibt Feiling a. a. O. S. 359: „Viele haben es ausgesprochen und geschrieben, daß Chamberlains erster Grund nach München zu gehen gewesen ist für einen unvermeidbaren Krieg Zeit zu gewinnen! Er wäre in der Tat ein ungeeigneter Premier gewesen, wenn er das nicht im Sinn gehabt hätte“

möglichkeiten abgesucht. Es war eingetreten, was mir Churchill 1937 prophezeit hatte. Deutschland war nach britischer Meinung zu stark geworden und sollte wieder zerschlagen werden.

Mit Frankreich jedoch schien es am Ende des Jahres, als sei man in der Frage der deutsch-französischen Verständigung einen Schritt weiter gekommen. Im Dezember 1938 fuhr ich nach Paris und unterzeichnete zusammen mit Außenminister Bonnet die deutsch-französische Nichtangriffserklärung, die Frankreichs Desinteressement an seinem östlichen Paktsystem voraussetzte. Ich empfand den Abschluß dieser deutsch-französischen Vereinbarung als den Höhepunkt meiner jahrelangen Bemühungen um die deutsch-französische Verständigung.

*

Die Lage in der Tschechoslowakei war nach Abtretung des Sudetenlandes durchaus nicht geklärt und gestaltete sich weiterhin schwierig. Auch die anderen in diesem Staate lebenden Nationalitäten strebten nun nach Autonomie und weiter nach Selbständigkeit.

Dr. Tiso hatte bereits am 6. Oktober 1938 in Preßburg eine autonome slowakische Regierung gebildet, die von der Prager Zentralregierung unter dem unmittelbaren Eindruck des Münchner Viermächteabkommens anerkannt wurde. Kurze Zeit darauf wurde auch in der Karpatho-Ukraine eine gleichfalls von Prag anerkannte autonome Regierung gebildet.

Das Münchner Abkommen enthielt eine Klausel, nach der der Bestand der Rest-Tschechoslowakei garantiert werden solle, sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten geregelt sei. Polen hatte allerdings durch ein Ultimatum an die Prager Regierung unmittelbar nach dem Münchner Abkommen die Abtretung der von ihm geforderten Gebiete sofort erzwungen; aber zwischen der Tschechoslowa-

kei und Ungarn kam es hinsichtlich der in Budapest beanspruchten Gebiete nicht zu einer Einigung. Dadurch wurde die vorgesehene Garantie-Erklärung an die Tschechoslowakei verzögert. Tatsächlich ist sie auch später nicht abgegeben worden, als der Wiener Schiedsspruch die Abtretung von Gebietsteilen der Tschechoslowakei, die früher zu Ungarn gehört hatten und auf Grund des Vertrags von Trianon Ungarn entrissen worden waren, festgelegt hatte*).

Die Lage in der Rest-Tschechoslowakei gestaltete sich dann nicht zuletzt deshalb schwierig, weil nunmehr dem übriggebliebenen Staatsgebilde wirtschaftlich wesentliche Teile fehlten und auch die Slowaken lebhafte Bestrebungen zeigten, ihre politische Zugehörigkeit zu Prag vollständig zu lösen. Schon im Februar 1939 wandte sich der Slowakenführer Professor Tuka – ohne Zutun von deutscher Seite – an Adolf Hitler und erklärte in einer von ihm erbetenen Unterredung, daß ein weiteres Zusammenleben der Slowaken mit den Tschechen wirtschaftlich und moralisch unmöglich sei. Tuka sagte wörtlich: „Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände, mein Führer: mein Volk erwartet seine volle Befreiung von Ihnen."

Die in den darauffolgenden Wochen zwischen Prag und Preßburg geführten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Am 11. März wurde dann unter Prager Einfluß ein neues slowakisches Kabinett unter Sidor ernannt, das bei den vor allem in der „Hlinka Garde" organisierten nationalen Slowaken auf Ablehnung und Widerstand stieß. Die Tschechen gingen unter Einsatz von Prager Militär und mährischer Polizei gegen die Demonstrationen der Slowaken vor, die für die Autonomie

*) Hinsichtlich der in München beabsichtigten, aber dann nicht erfolgten Garantie berichtet Feiling a. a. O. Seite 378: „Chamberlain war sehr unglücklich über die Garantie des künftigen tschechischen Staates. Er lehnte es ab, sie in einer Form zu akzeptieren, die England zu selbständigem Handeln gezwungen hätte" (would have bound Great Britain individually).

eintraten. Es kam zu Gewaltakten und Verhaftungen. In der Zwischenzeit war Tiso, der bisherige Ministerpräsident und bedeutendste Führer der Slowaken, mit der deutschen Reichsregierung in Verbindung getreten; am 13. März kam er nach Berlin und wurde von Adolf Hitler in meiner Gegenwart zu einer Aussprache empfangen. Mein damaliger an Tiso gerichteter Hinweis, es handele sich nicht um eine Frage von Tagen, sondern von Stunden, innerhalb derer die Slowaken sich entscheiden müßten, wurde durch eine während der Besprechung hereingereichte Meldung veranlaßt, die von ungarischen Truppenbewegungen an der slowakischen Grenze berichtete und bezog sich auf den bevorstehenden Einmarsch der Ungarn in die Karpatho-Ukraine, der dann bekanntlich bereits am 14. März erfolgte. Es ging darum, einen kriegerischen Konflikt zwischen den Tschechen bzw. Slowaken mit Ungarn zu verhindern. Als Tiso nach Preßburg zurückgekehrt war, verkündete der slowakische Landtag am 14. März vormittags die Unabhängigkeit der Slowakei und am Tage darauf – am 15. März – richtete Tiso an Adolf Hitler das Ersuchen, den Schutz des slowakischen Staates zu übernehmen. Dieser Schutzvertrag wurde am 23. März ratifiziert.

Was unsere Beziehungen zur Prager Regierung betrifft, so hatte ich mich seit München wiederholt bemüht, die Verbindung dorthin freundschaftlich zu gestalten. Ich hatte im Laufe der Monate verschiedentlich mit dem Außenminister Chwalkowski gesprochen, und dieser fragte nun, nachdem sich durch den Einmarsch der Ungarn in die Karpatho-Ukraine und die Selbständigkeitserklärung der Slowakei eine ganz neue Lage ergeben hatte, über unseren Geschäftsträger in Prag bei mir an, ob der Führer dem Staatspräsidenten Hacha Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung geben wolle. Adolf Hitler war einverstanden und erklärte mir, daß er diese Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen wünsche. Ich hatte in diesem Sinne einen Telegrammwechsel mit Prag

und wies unsere Gesandtschaft an, sich zurückzuhalten. Präsident Hacha erhielt die Antwort, daß der Führer ihn empfangen wolle.

Dem Auswärtigen Amt und mir waren bis zu diesem Zeitpunkt militärische Vorbereitungen von unserer Seite nicht bekannt. Kurz vor der Ankunft des Präsidenten Hacha fragte ich Hitler, ob ein Staatsvertrag vorzubereiten sei. Er erklärte mir, daß er „sehr viel weiter gehen" wolle.

Ich besuchte Hacha sofort nach seiner Ankunft in Berlin und hörte von ihm, er sei der Überzeugung, daß das Schicksal der Tschechoslowakei in den Händen des Führers läge und daß er glaube, es sei in seinen Händen gut aufgehoben. Hacha wurde dann zu nächtlicher Stunde in der Reichskanzlei empfangen und Adolf Hitler erklärte ihm, daß er beabsichtige, Böhmen und Mähren zu besetzen. Ich hatte eine lange Aussprache mit dem Außenminister Chwalkowsky, der sich in Anbetracht der eingetretenen Entwicklung unserem Standpunkt anschloß. Hacha hatte sich überdies noch vor der Unterzeichnung des Abkommens fernmündlich des Einverständnisses seiner Regierung versichert. Irgendein Protest wurde von tschechischer Seite nicht erhoben und Hacha gab die Weisung, die deutsche Armee freundlich zu empfangen. Der Einmarsch und die Besetzung vollzog sich dann ohne irgendwelche Zwischenfälle.

Am nächsten Tage fuhr ich mit Hitler nach Prag und hatte hier in seinem Auftrag eine mir übergebene Proklamation zu verlesen, in der die Länder Böhmen und Mähren zum Reichsprotektorat erklärt wurden.

Im Anschluß an diesen Staatsakt hatte ich auf der Prager Burg eine lange ernste Aussprache mit Adolf Hitler. Ich wies ihn darauf hin, daß die Besetzung Böhmens und Mährens unvermeidlich erhebliche Rückwirkungen im englisch-französischen Lager haben werde. Ich habe seit diesem Prager Gespräch ihm gegenüber immer meine Überzeugung betont,

daß weitere Gebietsveränderungen von England, dessen Rüstung und Bündnispolitik in jeder Weise forciert wurden, nicht mehr ohne Krieg hingenommen würden. Bis zum Tage des Kriegsausbruches stand ich mit meiner Auffassung im Gegensatz zur Meinung des Führers.

Die Notwendigkeit der Besetzung von Böhmen und Mähren erklärte mir Adolf Hitler vor allem mit strategischen Gründen. Er zitierte den früheren französischen Luftfahrtminister Pierre Cot, der die Tschechoslowakei als das „Flugzeugmutterschiff" gegen Deutschland bezeichnet hatte, und er erwähnte Nachrichten, die besagten, daß russische Flieger auf tschechischen Flugplätzen eingetroffen seien. Der Führer erklärte mir, er dürfe diesen feindlichen tschechischen Pfahl im deutschen Fleisch nicht dulden. Man könne mit den Tschechen gut auskommen, aber es sei notwendig, daß Deutschland den Schutz dieser Länder in der Hand behalte. Meine Einwände wegen der möglichen Reaktion in England beantwortete Adolf Hitler mit der Feststellung, daß die tschechische Frage für England gänzlich unwichtig, für Deutschland aber eine Lebensfrage sei. Er sehe nicht ein, weshalb diese Tatsache die erstrebte deutsch-englische Zusammenarbeit stören müsse. England besitze hunderte von Dominien, Protektoraten und Kolonien und müsse verstehen, daß solche für Deutschland vitalen Probleme nicht ungelöst bleiben könnten. Ich sagte dem Führer damals, daß England die Besetzung Böhmens und Mährens nur vom Gesichtspunkt des Machtzuwachses für Deutschland betrachten und daß Chamberlain deshalb Schwierigkeiten haben werde, – aber Adolf Hitler beharrte auf seiner Auffassung.

Die erste englische Reaktion auf die Prager Ereignisse schien ihm zunächst recht zu geben; sie konnte vom deutschen Standpunkt aus als positiv bezeichnet werden: Chamberlain erklärte am 15. März im Unterhaus sachlich richtig, daß kein Bruch des Münchner Abkommens vorliege. Die bri-

tische Regierung sei nicht mehr an ihre der Tschechoslowakei gegenüber abgegebene Verpflichtung gebunden, weil „der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so ein Ende fand". Diese Haltung Chamberlains war befriedigend. Im Gegensatz dazu nahm allerdings der englische Außenminister Lord Halifax bei der Notifizierung des Prager Abkommens durch den deutschen Botschafter von Dirksen von vorneherein eine ablehnende Haltung ein.

Zwei Tage nach seiner Unterhausrede hat dann auch Chamberlain unter dem Einfluß der Opposition die zuerst gezeigte ruhige und abwartende Haltung aufgegeben und seine Einstellung völlig geändert. Das kam in seiner bekannten Rede in Birmingham deutlich zum Ausdruck.

Am 18. März wurde nunmehr von der britischen und französischen Regierung gegen „die Unrechtmäßigkeit des deutschen Vorgehens" Protest erhoben, obwohl der britische Premierminister drei Tage vorher im Unterhause festgestellt hatte, daß kein Bruch des Münchner Abkommens vorliege! Die Proteste wurden von der Reichsregierung zurückgewiesen. England und Frankreich riefen ihre Botschafter „zur Berichterstattung" zurück. Die deutsche Regierung antwortete mit gleichen Schritten.

Die von mir befürchtete Wirkung des Führer-Entschlusses vom 14. März auf unsere Beziehungen zu den Westmächten und insbesondere zu England, auf die ich Adolf Hitler noch in Prag hingewiesen hatte, war eingetreten. Mit den englischen und französischen Protesten hatte eine neue Phase der Entwicklung der europäischen Verhältnisse begonnen.

*

Zur gleichen Zeit waren deutsch-polnische Verhandlungen im Gange. Seit 1919 hatte es zwischen Deutschland und Polen Meinungsverschiedenheiten und Reibungen in der Minder-

heitenfrage gegeben. Sogar die Siegermächte hatten in Versailles wegen der dort beschlossenen Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland Bedenken gehabt. Der damalige britische Premierminister Lloyd George hat in einem eigenen Memorandum vom 25. März 1919 die Friedenskonferenz gewarnt, mehr Deutsche als unerläßlich notwendig, der deutschen Herrschaft zu entziehen. Selbst Clemenceau wies den seinerzeitigen polnischen Ministerpräsidenten Paderewski auf die Bedeutung der Volkstumshypothek hin, die ihm durch die willkürliche Versailler Grenzziehung übertragen worden sei. Die Überlassung der deutschen Gebiete an Polen war durch die Versailler Hauptmächte vom Abschluß und der Einhaltung eines Minderheitenschutzvertrages abhängig gemacht worden. Polen hatte diesen Vertrag am 28. Juni 1919 angenommen, ihn aber in der Folgezeit durch systematische Entdeutschungsmaßnahmen verletzt. Auch Danzig stand unter dem ständigen Druck der Polen.

Dies war trotz des deutsch-polnischen Abkommens von 1934 nicht anders geworden. Immer wieder bewahrheitete sich das damalige Wort Pilsudskis, es würden sich „aus der tausend Jahre alten Deutschfeindlichkeit des polnischen Volkes große Schwierigkeiten bei der Durchführung der angestrebten Verständigungspolitik ergeben". Es muß auch daran erinnert werden, daß bei den Vorverhandlungen zur deutsch-polnischen Erklärung vom Januar 1934 deutscherseits der ausdrückliche Vorbehalt gemacht wurde, daß die geplante Abmachung für Deutschland in keiner Weise die Anerkennung der deutschen Grenzen in sich schließe; vielmehr solle damit nur eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch der territorialen, geschaffen werden.

Die deutscherseits an die Unterzeichnung des Abkommens vom 26. Januar 1934 geknüpften Erwartungen wurden enttäuscht. Wichtige polnische Kreise betrachteten das Abkommen nur als Mittel, ihre Entdeutschungspolitik um so

nachdrücklicher durchsetzen zu können. Im September 1934 kündigte Polen die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund bei Durchführung des Minderheitenschutzvertrages auf. Die Garantiemächte England und Frankreich erhoben hiergegen nur formelle Einwendungen. Erst im November 1937 gelang es nach langwierigen, von den Polen vielfach sabotierten Verhandlungen eine gemeinsame deutsch-polnische Erklärung über den Minderheitenschutz zu erzielen. Aber auch die daran geknüpften Erwartungen erfüllten sich nicht.

Adolf Hitler wollte mit Polen zu einer endgültigen Klärung kommen und beauftragte mich schon im Oktober 1938, mit dem polnischen Botschafter über eine Bereinigung der zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu verhandeln.

Ich bat daraufhin den polnischen Botschafter nach Berchtesgaden, wo es zwischen uns am 24. Oktober 1938 zur ersten Aussprache über Danzig und den Komplex des Korridors kam.

Die hier wiedergegebene Darstellung der Gespräche mit Botschafter Lipski folgt den Aufzeichnungen, die mein Mann dem damaligen Vortragenden Legationsrat Hewel diktierte. (Vgl. Weißbuch des Auswärtigen Amtes 1939 „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges" Nr. 197 u. 198).

Nachdem Lipski einige Wünsche seiner Regierung bezüglich der Karpatho-Ukraine vorgebracht hatte, deren Prüfung ich zusagte, ging ich zu dem großen und allgemeinen Problem über, weshalb ich Herrn Lipski nach Berchtesgaden gebeten hatte. Ich sagte dabei dem polnischen Botschafter, daß ich die folgenden Fragen einmal ganz vertraulich nur für Außenminister Beck, für ihn selbst und mich bestimmt, anschneiden wolle und ihn bäte, Herrn Beck darüber mündlich zu berichten, da sonst die Gefahr des Heraussickerns in die Presse gegeben sei. Lipski sagte dies zu.

Ich führte nun dem polnischen Botschafter gegenüber aus, es sei an der Zeit, zwischen Deutschland und Polen eine Bereinigung aller bestehenden Reibungspunkte vorzunehmen,

als Krönung des von Marschall Pilsudski und dem Führer begonnenen Verständigungswerkes. Ich zog das Beispiel unseres Verhältnisses zu Italien heran. In diesem Falle habe der Führer auch aus tiefer Erkenntnis der Notwendigkeit einer völligen Bereinigung heraus auf Südtirol ein für allemal Verzicht geleistet. Eine ähnliche Übereinkunft sei auch mit Polen und für Polen erstrebenswert und liege in der Richtung unserer Politik, mit allen Nachbarn ein gutes Verhältnis herzustellen. Ich erwähnte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, daß über den deutschen Verzicht auf Elsaß-Lothringen hinaus auch mit Frankreich noch klarere Abmachungen getroffen würden. (Wir strebten damals den deutsch-französischen Nichtangriffspakt mit Frankreich an, der dann im Dezember in Paris abgeschlossen wurde, vgl. Seite 147.)

Ich skizzierte Lipski dann meine Gedanken, wie ich mir eine Lösung im Großen vorstelle:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig sei deutsch – sei immer deutsch gewesen und werde deutsch bleiben.
2. Durch den Korridor werde eine Deutschland gehörige, exterritoriale Reichsautobahn und ebenso eine exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen erkennen ihre gemeinsamen Grenzen an, gegebenenfalls könne man zu einer Garantie der Territorien kommen.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird auf 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen eine Konsultativklausel in den Vertrag ein.

Lipski verhielt sich sehr zurückhaltend und erwiderte, er

müsse natürlich erst Herrn Beck berichten, brachte aber zum Ausdruck, daß Danzig keineswegs – wie z. B. das Saargebiet – ein Produkt von Versailles sei. Man müsse die historische und geschichtliche Entstehungsgeschichte Danzigs verfolgen, um die richtige Einstellung zu bekommen.

Ich bat den polnischen Botschafter, mir jetzt keine Antwort auf meine Anregungen zu geben, sondern möglichst bald Herrn Beck zu berichten. Ich wies Lipski darauf hin, daß man nicht übersehen dürfe, daß auch für den Führer der endgültige Verzicht auf den Korridor innenpolitisch nicht leicht sei, man müsse säkular denken, Danzig allerdings sei nun einmal deutsch und werde es bleiben. Im Verlauf der Unterredung hatte ich den polnischen Außenminister Beck für einen noch zu bestimmenden Termin eingeladen.

Am 19. November kam es zu einer zweiten Aussprache mit dem polnischen Botschafter, der inzwischen in Warschau gewesen war. Herr Lipski erklärte mir, er habe Außenminister Beck über den Inhalt unseres Gespräches in Berchtesgaden informiert und sei nunmehr in der Lage mir die Stellungnahme Becks mitzuteilen. Lipski las alsdann von einem Zettel Teile seiner Instruktionen vor: Außenminister Beck sei der Auffassung, daß das deutsch-polnische Verhältnis im allgemeinen seine Probe bestanden habe. Während der tschechischen Krise habe sich gezeigt, daß das deutsch-polnische Abkommen auf einer dauerhaften Grundlage gebaut sei. Außenminister Beck glaube, daß die polnische Politik bei der Gewinnung des Sudetengebietes für Deutschland von Nutzen gewesen sei und wesentlich dazu beigetragen habe, diese Frage einer glatten Lösung im deutschen Sinne zuzuführen. Die polnische Regierung habe während dieser kritischen Tage alle Sirenenklänge, die von gewisser Seite ertönt seien, unbeachtet gelassen. (Das war richtig, denn Polen hatte territoriale Aspirationen gegenüber der Tschechoslowakei. Im übrigen veranlaßte der englische Versuch, Rußland in die Verhandlungen von München einzuschalten, die polnische Zurückhaltung.)

Ich erwiderte Herrn Lipski, daß sich auch meiner Auffassung nach das deutsch-polnische Abkommen als hieb- und stichfest erwiesen habe. Durch die Aktion des Führers gegen die Tschechoslowakei habe Polen die Möglichkeit gehabt, das Olsagebiet zu gewinnen und eine Anzahl sonstiger Grenzwünsche zu befriedigen. Im übrigen stimme ich mit ihm überein, daß auch die polnische Haltung die Dinge für Deutschland erleichtert habe.

Lipski machte dann weitschweifige Ausführungen, um die Wichtigkeit und Bedeutung Danzigs als freie Stadt für Polen zu beweisen. Auch aus innenpolitischen Gründen sei es für Außenminister Beck schwierig, einer Eingliederung Danzigs ins Reich zuzustimmen. Beck habe sich nun überlegt, wie man ein für allemal alle Reibungen, die zwischen Deutschland und Polen über Danzig möglicherweise entstehen würden, beseitigen könne. Er habe sich gedacht, daß man das Danziger Völkerbundstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag, in dem alle Danziger Fragen behandelt würden, ersetzen könne. Als Basis für diesen Vertrag denke sich Beck, daß man einmal Danzig als rein deutsche Stadt anerkenne, mit allen Rechten, die hieraus resultierten, andererseits aber Polen und der polnischen Minderheit alle wirtschaftlichen Rechte gleichfalls sicherstellte, wobei der Charakter Danzigs als Freistaat und die Zollunion mit Polen erhalten blieben.

Ich erwiderte Herrn Lipski, daß ich den Standpunkt Außenminister Becks bedauere. Die Anregung, einer säkularen Lösung des deutsch-polnischen Problems, bei der Danzig zu Deutschland kommen solle, möge wohl eine innenpolitische Belastung für Herrn Beck mit sich bringen, andererseits sei aber nicht zu verkennen, daß auch der Führer es nicht leicht haben werde, eine Garantie des polnischen Korridors vor dem deutschen Volk zu vertreten. Meiner Anregung habe die Ab-

sicht zugrundegelegen, das deutsch-polnische Verhältnis auf eine Dauerbasis zu stellen und alle nur denkbaren Reibungspunkte zu beseitigen. Ich hätte nicht die Absicht gehabt, ein kleines diplomatisches Gespräch zu führen. Wie Lipski aus den Reden des Führers ersehen könne, behandle dieser die deutsch-polnische Frage stets von einer hohen Warte. Vor der internationalen Presse hätte ich noch kürzlich in seinem Beisein ausgeführt, daß ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis mit zum Fundament der deutschen Außenpolitik gehöre.

Lipski dankte für die Ausführungen und kam auf den Vorschlag eines zweiseitigen Vertrages über Danzig zurück. Ich erklärte ihm, daß ich abschließend hierzu nicht Stellung nehmen könne, daß mir der Vorschlag aber nicht so leicht realisierbar schiene und fragte meinerseits, wie sich Beck zu der Frage einer exterritorialen Autobahn und einer doppelgleisigen Eisenbahn durch den Korridor stelle. Lipski konnte zu dieser Frage nicht offiziell Stellung nehmen. Persönlich könne er dazu sagen, daß ein solcher Wunsch vielleicht nicht auf unfruchtbaren Boden zu fallen brauche und sich in dieser Richtung vielleicht Lösungsmöglichkeiten ergeben könnten.

Nachdem ich Lipski noch kurz auf gerade herausgegebene polnische Briefmarken angesprochen hatte, die für den Danziger Verkehr bestimmt seien, und Danzig gewissermaßen als polnische Stadt darstellten, erklärte ich abschließend:

Es lohne meiner Auffassung nach die Mühe, die deutschen Vorschläge zu dem Gesamtkomplex der deutsch-polnischen Beziehungen ernsthaft zu überlegen. Man wolle ja wohl auf beiden Seiten Dauerhaftes schaffen und eine wirkliche Stabilität herbeiführen. Selbstverständlich könne das nicht von heute auf morgen geschehen. Wenn Herr Beck sich unsere Anregungen in Ruhe überlegen würde, käme er vielleicht doch noch zu einer positiveren Einstellung.

Die Fortführung der Verhandlungen erfolgte bei dem Besuch, den der polnische Außenminister Beck auf meine Einladung hin Anfang Januar 1939 in Deutschland machte. Am 5. Januar fand zunächst eine lange Aussprache zwischen Adolf Hitler und Beck in Berchtesgaden statt. Anschließend hatte ich dann noch eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister in München. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war nicht besonders ermutigend. Immerhin verhielt sich Beck auch nicht völlig ablehnend. Er erklärte mir, daß das Problem sehr schwierig sei, daß er aber auf die Mitglieder seiner Regierung einwirken wolle, um eine Lösung zu finden. Der Faden war also nicht abgerissen, und ich wurde von Beck zu einem Besuch nach Warschau eingeladen, der schon wenige Wochen später, am 25. Januar 1939 stattfand. Auch bei dieser Unterredung in Warschau kamen die Verhandlungen nicht recht voran: Beck beschränkte sich darauf, mir immer wieder die für ihn gegebenen Schwierigkeiten zu erklären. Ich wies nochmals auf die unmögliche Lage der deutschen Volksgruppe in Polen und auf den für Deutschland unwürdigen Zustand des Korridors hin. Beck versprach sein Entgegenkommen in der Volkstumfrage und wollte die anderen Themen einer „weiteren Prüfung" unterziehen.

Auf dieser Reise nach Warschau begleitete ich meinen Mann. Außenminister Beck empfing meinen Mann sehr freundschaftlich. Die beiden Außenminister tauschten gleich nach unserer Ankunft ihre Reden aus, in denen das endgültige gutnachbarliche Verhältnis unserer beiden Länder festgelegt war. Es schienen aber gerade in jenen Tagen schwerwiegende andersgerichtete Einflüsse die Oberhand gewonnen zu haben. Es war die Ansicht meines Mannes, daß der französisch orientierte Generalstab und der polnische Staatspräsident dabei den Ausschlag gaben. Interessant erschien in diesem Zusammenhang, daß mein Mann bald nach unserer Ankunft durch seinen Pressereferenten eine Information erhielt, wonach der amerikanische Botschafter Bullitt, der persönliche Freund Roosevelts, in Paris durch seine Interventionen erreicht habe, daß die französische Regierung ihr Desinteressement im Osten wieder aufgebe.

Am zweiten Tag unseres Staatsbesuches in Warschau entschuldigte sich Außenminister Beck überraschend, daß er „wegen einer Erkältung" nur kurz reden könne. In höflicher aber verkühlter Stimmung verlief das Staatsessen, und die Reise meines Mannes wurde ein Mißerfolg. Auf der Rückfahrt äußerte er sich zum erstenmal seinen Mitarbeitern gegenüber: „Jetzt bleibt uns nur der Ausweg, uns mit Rußland zu einigen, wenn wir nicht völlig eingekreist werden wollen.")*

Bei Abschluß unserer Warschauer Besprechung lud ich den polnischen Außenminister zu einem offiziellen Besuch nach Berlin ein. Am 21. März wiederholte ich dem Botschafter Lipski diese Einladung und gab ihm dabei erneut zu verstehen, daß der Führer bereit sei, nach Regelung der Danzig- und Autobahnfrage Polen eine Garantie seiner Grenzen zu geben. Ich betonte, daß keine vorhergehende deutsche Regierung in der Lage gewesen wäre, eine solche Garantie anzubieten.**) Beck fuhr aber nicht nach Berlin, sondern nach London . . . .

Die britische Regierung hat dann am 21. März in Warschau ebenso wie in Paris und in Moskau die Abgabe einer „formellen Deklaration" durch die englische, französische, russische und

*) Daß deutscherseits diese Annäherung erst unter dem Zwang der Verhältnisse eingeleitet wurde, geht aus den Memoiren des damaligen polnischen Außenministers Beck hervor, die 1952 in der Schweiz unter dem Titel „Dernier Rapport" erschienen sind. Diese aufschlußreichen Erinnerungen sind bis heute fast überall mit Schweigen übergangen worden.

Zu dem Besuch Ribbentrops in Warschau im Januar 1939 schreibt Beck u. a.: „ . . . er (Ribbentrop) versuchte schließlich uns in eine antirussiche Kombination hineinzuziehen. Er bekam zur Antwort, daß wir (Polen) unseren Nichtangriffspakt mit Rußland sehr ernst nähmen und als dauernde Lösung betrachteten" (a. a. O. Seite 186).

**) Beck berichtet in seinen Erinnerungen über die Aussprache Ribbentrop-Lipski vom 21. März u. a.: „Ribbentrop sprach von allen Fragen, die von deutscher Seite seit dem 24. Oktober 1938 aufgeworfen waren: die Frage eines großen polnisch-deutschen „Ausgleiches", diejenige einer antirussischen Zusammenarbeit, die Drohung einer Rückkehr Deutschlands zur Rapallopolitik, die Kompensation im Süden als Tausch für einen Verzicht auf die Ostsee" (a. a. O. Seite 188).

Im Gespräch mit Adolf Hitler

polnische Regierung vorgeschlagen, durch die der Beginn sofortiger Besprechungen über gemeinsame Maßnahmen des Widerstandes gegen irgendwelche Bedrohungen der Unabhängigkeit irgendeines europäischen Staates angekündigt werden sollte. Sofort nach Abgabe dieser Erklärung würden die Unterzeichnermächte „mit der Prüfung jeder besonderen Lage, die eine solche Prüfung erfordern sollte, und mit der Festsetzung der Art etwa zu ergreifender Maßnahmen beginnen".

Der britische Vorschlag stieß in Polen auf Widerstände. Die Warschauer Regierung war mit diesem britischen Konsultationsvorschlag keineswegs zufrieden, sondern verlangte konkrete Bindungen Englands gegenüber Polen. Deshalb erklärte Chamberlain am 23. März auf eine Anfrage im Unterhaus: „Ich bin noch nicht in der Lage, einen Bericht über die Konsultationen zu geben, die mit anderen Regierungen als Ergebnis der kürzlichen Ereignisse stattgefunden haben."

Inzwischen hatte Außenminister Beck den polnischen Botschafter in London beauftragt, der britischen Regierung den Vorschlag eines englisch-polnischen Bündnisses zu unterbreiten. Dieser Vorschlag wurde dem britischen Außenminister am 24. März vorgelegt. Zweifellos hat Halifax dem polnischen Botschafter bei dieser Gelegenheit das britische Unterstützungsversprechen gegeben.

Die Haltung des Außenministers Beck ist nur im Hinblick auf die englischen Versprechungen verständlich, denn noch im Jahre 1935 hatte er in Genf zu Laval gesagt: „Die Geschichte hat uns gelehrt: Erstens, daß die größte Katastrophe, der unsere Nation zum Opfer fiel, das Ergebnis einer gemeinsamen Aktion beider Länder (Deutschlands und Rußlands) war, und zweitens, daß in dieser verzweifelten Situation sich keine Macht der Welt zu unserer Unterstützung fand."

Auch wenn das Versprechen an diesem Tage noch nicht in die Form einer ausdrücklichen Garantieerklärung Englands

für Polen gekleidet war, so gab es doch Beck Veranlassung, seinem Berliner Botschafter Lipski nun den Auftrag zu erteilen, die seit Monaten verhandelten deutschen Vorschläge in aller Form abzulehnen.

Wenn Chamberlain in einer Erklärung vor dem Unterhaus später behauptet hat, Englands Garantie für Polen sei erst am 31. März gegeben worden, nachdem die Warschauer Regierung bereits am 26. März die deutschen Forderungen verworfen habe, so wurde diese Behauptung durch die bei der Besetzung Warschaus im Herbst 1939 aufgefundenen Dokumente eindeutig widerlegt. Unter ihnen befand sich ein Bericht des polnischen Botschafters in London, Raczynski, an den polnischen Außenminister in Warschau vom 29. März 1939, aus dem unzweifelhaft hervorgeht, daß ihm das britische Unterstützungsversprechen für Polen zumindest mündlich bereits am 24. März gegeben wurde.

Für mich bedeutete es eine völlige Überraschung, als mir Botschafter Lipski am 26. März ein – in Nürnberg bezeichnenderweise nicht zugelassenes – Memorandum der polnischen Regierung überreichte, in dem in brüsker Weise die deutschen Vorschläge bezüglich der Rückkehr Danzigs und der exterritorialen Verkehrswege durch den Korridor abgelehnt wurden. Lipski verschärfte die Situation noch dadurch, daß er auf meinen erneuten Versuch, ihm die Notwendigkeit der Rückkehr Danzigs zum Reich klarzumachen, erklärte, „jede weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, bedeuten den Krieg mit Polen“.*)

Diese Erklärung, um nicht zu sagen: Drohung Lipskis, die auch in vollem Widerspruch zum Vertrag von 1934 stand, nahm der Führer, als ich ihm davon berichtete, sehr ruhig auf; er beauftragte mich aber, dem polnischen Botschafter

*) Aufzeichnung über diese Unterredung siehe Anhang.

mitzuteilen, daß eine Lösung natürlich nicht gefunden werden könne, wenn hier von Krieg gesprochen werde.

Am 6. April schloß Außenminister Beck in London eine vorläufige Vereinbarung über gegenseitige Beistandsverpflichtungen zwischen Polen, England und Frankreich ab. Diese vorläufige Vereinbarung sollte – so hieß es im Communiqué – durch ein späteres Dauerabkommen ersetzt werden.

Als Antwort auf das polnisch-englische Vorgehen kündigte Deutschland am 28. April 1939 durch ein Memorandum, das ich Botschafter Lipski überreichte, die deutsch-polnische Abmachung von 1934. In diesem Memorandum wurde darauf hingewiesen, daß sich Polen mit dem Abschluß des englisch-polnischen Vertrages auf politische Verpflichtungen einer dritten Macht gegenüber eingelassen und die ihm von Deutschland angebotene Regelung der Danzig-Frage und der Festigung freundnachbarlicher Beziehungen zurückgewiesen habe. Der englisch-polnische Vertrag sei ein flagranter Verstoß gegen die deutsch-polnische Erklärung vom 26. 1. 1934, die Polen damit selbst außer Kraft gesetzt habe. Der Beistandspakt zwischen England und Polen sei nicht nur ein Bruch des Nichtangriffspaktes und Freundschaftsvertrages von 1934, der jede gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Polen und Deutschland ausschloß, sondern jetzt wäre Polen bei einem Streitfall zwischen England und Deutschland sogar zu einem Angriff auf uns verpflichtet!

Noch bedeutsamer war, daß der englisch-polnische Pakt in krassem Gegensatz zu der von Chamberlain selbst entworfenen Zusatzerklärung zum Münchner Abkommen stand, die ausdrücklich vorsah, daß England und Deutschland keinerlei politische Verpflichtungen eingehen würden, ohne sich vorher zu konsultieren, was immer auch eintreten möge.

Die Politik Englands wurde unterstützt durch die Botschaft, die der amerikanische Präsident Roosevelt am 14. April 1939 an Adolf Hitler und Mussolini richtete und in der er von

Deutschland und Italien, nicht aber von den Westmächten die Zusicherung verlangte, daß ihre Streitkräfte weder das Gebiet noch die Besitzungen von mehr als dreißig einzeln aufgeführten europäischen und außereuropäischen Staaten angreifen würden.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA waren nach der grausamen Enttäuschung der Hoffnungen, die das deutsche Volk auf Wilsons 14 Punkte gesetzt hatte, bald wieder zufriedenstellend geworden. Das war insbesondere unter der Präsidentschaft Herbert Hoovers der Fall gewesen, dessen persönliche Anteilnahme für die hungernden Massen Deutschlands unmittelbar nach dem Weltkrieg bei uns nicht vergessen worden war.

Bald nach dem Amtsantritt Roosevelts 4. Januar 1933 trat in diesen Beziehungen ein Wandel ein. Die enge Anlehnung Amerikas an den für Deutschland unannehmbaren französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage und die Entsendung des betont deutsch-feindlichen Mr. William Dodd als Botschafter nach Berlin waren die ersten Anzeichen. Nach einigen Jahren, in denen sich Roosevelt mehr mit innenpolitischen Fragen beschäftigt hatte, wandte er sich 1937 intensiv der Außenpolitik zu, um auf solche Weise die amerikanische Öffentlichkeit von den inneren Schwierigkeiten abzulenken.

In seiner bekannten „Quarantäne"-Rede in Chicago am 5. Oktober 1937 richtete Roosevelt seine Ausführungen in erster Linie gegen Japan; ebenso bezeichnete er Italien wegen des Abessinienkrieges als Angreiferstaat und ohne jeden Grund beschuldigte er auch Deutschland. Bemerkenswerterweise unterließ er es, das ebenfalls autoritäre Rußland zu erwähnen.

Anfang 1938 legte Roosevelt dem Kongreß ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm vor. Inzwischen hatten sich in Amerika heftige Pressefehden gegen Deutschland mit ideologischen Vorzeichen entwickelt. Ich fand daher bei meinem Amtsantritt eine gespannte Lage in den Beziehungen der beiden

Länder vor und bemühte mich trotz aller Schwierigkeiten ein gutes Verhältnis zu den USA herzustellen.

Nach dem Anschluß Österreichs und dem Münchner Abkommen verschärfte sich die Haltung des Präsidenten gegenüber Deutschland. Mitte November 1938 erklärte Roosevelt unter gleichzeitiger Zurückberufung des amerikanischen Botschafters aus Berlin, daß die Vereinigten Staaten die normalen diplomatischen Beziehungen zu Deutschland vorerst nicht wieder aufnehmen würden.

Die Kriegstreibereien der damaligen amerikanischen Botschafter in Paris und London, die in besonderem Maße Roosevelts Vertrauen besaßen, wurden durch die in Warschau und später in Frankreich aufgefundenen Dokumente enthüllt.

Aus dieser amerikanischen Einflußnahme läßt sich vielleicht die zwiespältige Haltung der britischen Regierung in dieser entscheidungsvollen Zeit erklären. In den USA waren starke und mächtige Kräfte am Werk, die seit langem zum Krieg gegen Deutschland drängten.

Über die Einstellung Roosevelts berichtete der als Zeuge gewiß unverdächtige polnische Botschafter in Washington Graf Jerzy Potocki an seine Regierung in Warschau sehr drastische und aufschlußreiche Einzelheiten. Aus diesen Berichten zeigt sich deutlich, daß die Vorbereitungen des Präsidenten Roosevelt für die künftige Teilnahme der USA an einem Kriege bereits im Frühjahr 1939 weit gediehen waren. Sie beleuchten auch den Entschluß Roosevelts „am kommenden Kriege nicht von Anfang an teilzunehmen, ihn aber zu beenden". Der USA-Botschafter in Paris, W. Bullitt, den Potocki in Washington vor seiner Abreise nach Frankreich sprach, antwortete auf die Frage des polnischen Botschafters, ob die Vereinigten Staaten an einem Kriege gegen Deutschland teilnehmen würden, „zweifellos ja, aber erst dann, wenn Frankreich und England zuerst losschlagen". Bemerkenswert ist dabei, daß Graf Potocki selbst damals

keinen Ansatzpunkt für eine solche Entwicklung erkannte, weil „Deutschland vermutlich nicht England und Frankreich als erster angreifen werde". In einem zweiten von uns aufgefundenen Telegramm berichtet Potocki von dem „Koffer voll Instruktionen", den Bullitt mit nach Paris nahm, um auf den Quai d'Orsay einzuwirken. Über diese „Direktiven" weiß Potocki u. a. zu berichten, daß nach Roosevelts Auffassung „Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen". Der polnische Botschafter in Paris berichtet im Februar 1939 dann ergänzend: „Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel", die angewendet werden sollen, um etwaige „Kompromißtendenzen Englands zu schwächen". Dem polnischen Botschafter Lukasiewicz hat Bullitt dabei „kategorisch" erklärt, „die Haltung Washingtons werde allein von den realen Interessen der Vereinigten Staaten bestimmt, nicht aber von ideologischen Problemen".

Die Berichte von Potocki und Lukasiewicz wurden in Nürnberg als Beweismittel zu dem gegen mich erhobenen Vorwurf des „Verbrechens gegen den Frieden" vom Gericht nicht zugelassen*).

Aus den in Warschau aufgefundenen Dokumenten bestätigt sich ferner, daß der polnischen Regierung von England Ende März 1939 zunächst der Vorschlag gemacht worden war, an einer Konferenz teilzunehmen, die gewisse Sicherungsmaßnahmen gegenüber einem Angreifer beraten und dann auch durchführen solle; Polen aber versprach sich von diesem Vorschlag nicht genügend Sicherheit. Man sah ganz richtig, daß die Hilfe eines solchen Vereins von Alliierten zu spät kommen würde, wenn Polen selbst Objekt eines Angriffs werden sollte. Die Warschauer Regierung schlug deshalb, wie erwähnt, den

*) Wortlaut dieser Berichte siehe Anhang.

Abschluß eines zweiseitigen Vertrages vor. Bis dahin hatte sich England an osteuropäischen Fragen stets desinteressiert gezeigt. In der Unterhausrede vom 3. April 1939 betonte Chamberlain sehr deutlich die Wandlung der englischen Außenpolitik, die sich mit der Deckungszusage gegenüber Polen vollzog. Chamberlain erklärte dazu:

> „Dies stellt wirklich ein neues Moment – ich möchte sagen, eine neue Epoche – in dem Verlaufe unserer auswärtigen Politik dar . . . So weit von unserer traditionellen Idee in dieser Hinsicht abgewichen zu sein . . . bildet in der Tat einen so wichtigen Markstein in der britischen Politik, daß ich mit Sicherheit sagen zu können glaube: Dieser Entschluß wird ein Kapitel für sich erhalten, wenn es einmal zum Schreiben der Geschichtsbücher kommt."

Wenn die britische Regierung in so betonter Weise von ihrer bisherigen Politik abwich und sich entschloß, das Risiko einer Blankogarantie an Polen einzugehen, so müssen hierfür ganz besondere Sicherungen für England gegeben gewesen sein. Ich behaupte – und nicht nur die Potocki-Akten beweisen es –, daß diese besonderen Sicherungen für England in einer Zusage Roosevelts gelegen haben, daß die Vereinigten Staaten an dem kommenden Kriege teilnehmen würden, wenn England und Frankreich zuerst losschlügen.

England konnte von sich aus einen Krieg gegen Deutschland nicht beginnen, ohne einen Anlaß, der vom englischen Volke verstanden würde. Ein solcher Grund, der als Berechtigung erscheinen konnte, Deutschland den Krieg zu erklären, war zweifellos die Erfüllung eines verpflichtenden Versprechens Polen gegenüber, ihm im Falle eines Angriffs Hilfe zu leisten. Damit trat die Ehre Großbritanniens und ihre Wahrung in den Vordergrund.

Die Wendung in der britischen Politik war so bedeutend, daß England sie nicht von einer unklaren Haltung Polens abhängig machen konnte. Die britische Regierung hat sich des-

halb zu dem von Polen gewünschten Bündnis zweifellos erst dann bereitgefunden, nachdem der polnische Außenminister die bindende Erklärung abgegeben hatte, *gegenüber den deutschen Forderungen bewaffneten Widerstand zu leisten.*

Diese polnische Erklärung war die Voraussetzung für die Garantie Englands, das sich seinerseits wieder auf die USA stützte; die Folge des britischen Blankoschecks aber war das polnische „Nein" gegenüber Deutschland.

Aus diesen Zusammenhängen aber geht deutlich hervor, daß letzten Endes der amerikanische Präsident Roosevelt das polnische „Nein" veranlaßt und damit den europäischen Konflikt hervorgerufen hat.*)

*

---

*) Eine aufschlußreiche, Ribbentrops Auffassungen bestätigende Darstellung der Rooseveltschen Vorkriegspolitik hat der Professor für diplomatische Geschichte an der Georgetown-University, Charles Callan *Tansill* unter dem Titel "Back door to war" veröffentlicht (Chicago 1952).

Der amerikanische Kriegsminister *Forrestal* notierte in sein Tagebuch über ein rückblickendes Gespräch mit Botschafter Kennedy am 27. Dezember 1945 (The Forrestal Diaries New York 1951, Seite 121):

„Spielte heute Golf mit Joe Kennedy (Roosevelts Botschafter in London während der Jahre vor dem Krieg). Ich befragte ihn über seine Gespräche mit Roosevelt und Chamberlain von 1938 an. Er sagte darüber: Chamberlains Lage im Jahre 1938 war die, daß England nichts besaß, um einen Krieg mit Hitler zu wagen. Kennedys Ansicht: Hitler hätte Rußland bekämpft ohne später mit England in Konflikt zu kommen (Hitler would have fought Russia without any later conflict with England), wenn nicht Bullitt (damals Botschafter in Paris) immer wieder auf den Präsidenten eingewirkt hätte, daß die Deutschen in der polnischen Angelegenheit gedemütigt werden müßten. Weder die Franzosen noch die Briten hätten Polen zu einem Kriegsgrund gemacht, wenn nicht das dauernde Drängen von Washington gewesen wäre (if it had not been for the constant needling from Washington). ... Chamberlain, so sagte er, habe erklärt, daß Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg gezwungen hätten (Chamberlain stated that Amerika and the world Jews had forced England into the war)... Rückblickend gesehen gibt es unzweifelhaft Gründe für Kennedys Überzeugung, daß es möglich gewesen wäre, Hitlers Vorgehen auf Rußland abzulenken..."

Es ist von besonderem Interesse, festzustellen, daß der Artikel I des britisch-polnischen Beistandspaktes bei dem am 18. September 1939 erfolgten *russischen* Einmarsch in Polen nicht in Kraft trat. Der britische Unterstaatssekretär Austen Butler hat das am 19. Oktober 1939 mit folgender Erklärung begründet: „Zwischen der polnischen Regierung und der Regierung Seiner Majestät wurde während der Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des Abkommens führten, vereinbart, daß das Abkommen nur den Fall eines Angriffs durch *Deutschland* decken soll." Diese bedeutsame Tatsache zeigt, daß der Schutz Polens *nicht* der eigentliche Grund der britischen Garantieerklärung gewesen ist.

England hatte, obwohl Danzig und der Korridor entgegen dem in den vierzehn Punkten Wilsons festgelegten Selbstbestimmungsrecht der Völker rechtswidrig von Deutschland abgetrennt worden waren und obwohl bedeutende Völkerrechtler und maßgebende englische Staatsmänner die Revision dieses Unrechtes als unerläßlich proklamiert hatten, mit Polen ein ausdrücklich gegen Deutschland gerichtetes Militärbündnis geschlossen. Die britische Regierung tat dies, obwohl Chamberlain und Hitler sich in der Münchener Erklärung verpflichtet hatten, daß es nie wieder zu einem deutsch-englischen Krieg kommen solle und obwohl sie wußte, daß die deutsche Regierung mit der polnischen seit Monaten über eine vernünftige und für Polen außerordentlich günstige Lösung des Danzig- und Korridorproblems verhandelt hatte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich in der Frage Danzig und Korridor um vitale Interessen Deutschlands, keineswegs aber um solche Englands handelte. Man stelle sich folgende Parallele vor. England habe einen Streit mit Irland um einen Verbindungsweg und die britische Regierung habe der irischen einen großzügigen Lösungsvorschlag gemacht. Irland wende sich daraufhin an die deutsche Regierung und schließe mit ihr ein Bündnis gegen England ab, würde in solchem Falle Deutsch-

land nicht mit Recht der Einmischung und der Kriegstreiberei beschuldigt werden? Nicht anders stand es mit der Polenfrage. Woher nahm England dieses Recht in Osteuropa? Auch ein Gewohnheitsrecht kam nicht in Frage, denn England hatte noch niemals in seiner Geschichte einem Staat in Osteuropa eine automatische Garantie gegeben. Die Folge davon war, daß Polen nunmehr nicht nur zu keinem Übereinkommen mit Deutschland mehr bereit war, sondern auch wieder schärfer gegen die deutschen Minderheiten vorging.*)

So stand der Frühsommer 1939 im Zeichen zunehmender Verschärfung der europäischen Lage. Maßgebende polnische Politiker sprachen bereits im Mai 1939 von einem bevorstehenden Marsch auf Berlin. Die Bestrebungen Englands, möglichst viele Staaten zur Teilnahme an der Garantie und damit zum Ring um Deutschland zu bestimmen, wurden immer weitgespannter. Frankreich stellte sich an Englands Seite. Die Koalitionspolitik der beiden Regierungen gegen Deutschland wurde am 13. April durch eine britisch-französische Garantieerklärung für Rumänien und Griechenland, sowie am 12. Mai 1939 durch einen englisch-französisch-türkischen Vertrag ergänzt. Mit Moskau wurden Verhandlungen eingeleitet, um auch die Sowjetunion zu einem Militärbündnis gegen Deutschland zu bewegen. Diese englische Einkreisungspolitik erfüllte mich mit wachsender Sorge. Diese Sorge – „cauchemar des coalitions" nannte es Bismarck – verursachte auch mir schlaflose Nächte.

Im Hinblick auf diese Entwicklung schlossen wir am 22. Mai 1939 den deutsch-italienischen Freundschafts- und Bündnispakt. Außerdem hatte ich schon nach dem Mißerfolg der Warschauer Reise dem Führer geraten, Verhandlungen mit Rußland anzubahnen, um die endgültige Einkreisung Deutschlands zu verhindern.

*) Beck gibt das in seinen Erinnerungen zu (a.a.O. Seite 206).

MOSKAU

Einen Ausgleich mit Rußland zu suchen, war meine ureigenste Idee; ich habe sie beim Führer vertreten, weil ich einerseits die deutsche Außenpolitik im Hinblick auf die Haltung des Westens entlasten wollte, andererseits aber auch, um für den Fall eines deutsch-polnischen Konfliktes die russische Neutralität für Deutschland zu sichern.

Im März 1939 glaubte ich aus einer Rede Stalins*) dessen Wunsch herauszuhören, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu verbessern. Er hatte davon gesprochen, daß Rußland nicht beabsichtige, für gewisse kapitalistische Mächte „die Kastanien aus dem Feuer zu holen".

Daß die amerikanische Politik damals gerne einen Krieg Rußlands gegen Deutschland gesehen hätte, geht aus dem Potocki-Bericht vom 21. 11. 1938 (vgl. Anhang) hervor. Der Vertraute des Präsidenten Roosevelt, Botschafter Bullitt, gab dabei der Meinung Ausdruck: „Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme . . . Dann erst würden die demokratischen Staaten Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen. . ."

Die Rede Stalins legte ich dem Führer vor und bat dringend um die Ermächtigung zu den erforderlichen Schritten, um festzustellen, ob hinter dieser Rede wirklich ein ernsthafter Wunsch Stalins stehe. Adolf Hitler zeigte sich zunächst ab-

*) Auf dem XVIII. Parteitag der KPDSU(B) äußerte Stalin am 10. III. 1939, daß er entschlossen sei, den Kriegshetzern, die gewöhnt sind, von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht zu erlauben, unser Land in einen Konflikt hineinzuziehen.

wartend und zögernd. Als aber die bis dahin eingefrorenen Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Handelsvertrag in Gang kamen, sondierte ich doch in Moskau, ob die Möglichkeit einer Überbrückung der politischen Gegensätze und eine Bereinigung der zwischen Berlin und Moskau bestehenden Fragen zu erreichen sei. Die Handelsvertragsverhandlungen, die der Gesandte Schnurre sehr geschickt führte, kamen nach verhältnismäßig kurzer Zeit in Gang.

Die beiderseitigen diplomatischen Gespräche wurden immer inhaltsreicher. Schließlich bereitete ich auf diplomatischem Wege den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und Rußland vor. Auf ein Telegramm Adolf Hitlers hin lud Stalin einen bevollmächtigten Vertreter nach Moskau ein.

Als Ergänzung zu diesen sehr knappen Aufzeichnungen meines Mannes über die Vorgeschichte des deutsch-russischen Paktes füge ich hier einige Auszüge aus den amtlichen Dokumenten des Auswärtigen Amtes ein (zitiert nach: „Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939 bis 1941" herausgegeben von Dr. Alfred Seidl, Tübingen 1949). Daraus geht hervor, wie groß die Schwierigkeiten waren, die mein Mann nicht zuletzt bei Hitler zu überwinden hatte, um eine neue Einstellung gegenüber Rußland durchzusetzen. So ließ Hitler noch am 20. Juni 1939 erklären, die deutsche Regierung sei „an einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsbesprechungen mit Rußland z. Zt. nicht interessiert" (Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrates Hewel, a. a. O. S. 29). Ein wichtiger Punkt der Verhandlung war ein Gespräch, das mein Mann am 2. August 1939 mit dem sowjetischen Botschaftsrat Astachoff führte und über das er in einem Drahterlaß den deutschen Botschafter in Moskau ausführlich unterrichtete (a. a. O. S. 43):

„Ich empfing gestern abend russischen Geschäftsträger, der vorher in anderen Angelegenheiten im Amt war. Ich bezweckte mit ihm die Ihnen bekannten Gespräche fortzusetzen, die schon vorher von Mitgliedern Auswärtigen Amts in meinem Einverständnis mit Astachoff geführt worden waren. Ich anknüpfte an die Handelsvertragsbe-

sprechungen, die sich zur Zeit erfreulich entwickeln, und bezeichnete ein solches Handelsabkommen als eine gute Etappe auf dem Wege einer Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen, wenn man eine solche wolle. Bekanntlich sei seit mehr als einem halben Jahr die Tonart unserer Presse gegenüber Rußland eine wesentlich andere. Ich hielte, sofern auf russischer Seite der Wille dazu vorhanden sei, eine Neugestaltung unserer Beziehungen für möglich unter zwei Voraussetzungen:

a) Nichteinmischung in die inneren Dinge des anderen Staates (diese glaubt Herr Astachoff ohne weiteres zusagen zu können).
b) Verzicht auf eine gegen unsere Lebensinteressen gerichtete Politik. Hierauf wußte Astachoff keine ganz eindeutige Antwort zu geben, meinte aber, daß seine Regierung den Wunsch habe, eine Verständigungspolitik mit Deutschland zu führen.

Ich fuhr fort, unsere Politik sei eine gradlinige und auf lange Sicht angelegte, wir hätten keine Eile. Unsere Bereitschaft gegenüber Moskau sei vorhanden, es komme also darauf an, welchen Weg die dortigen Machthaber beschreiten wollten. Stelle sich Moskau gegen uns, so wüßten wir, woran wir wären und wie wir zu handeln hätten, im umgekehrten Fall gebe es kein Problem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, was zwischen uns nicht zu lösen sei. Ich sagte, daß an der Ostsee für uns beide Platz sei und daß russische Interessen hier mit unseren in keiner Weise zu kollidieren brauchten. Was Polen angehe, so sähen wir weiterer Entwicklung aufmerksam und eiskalt zu. Bei polnischer Provokation würde Abrechnung mit Polen in Wochenfrist erledigt sein. Für diesen Fall machte ich eine leichte Andeutung darüber, uns über das Schicksal Polens mit Rußland zu verständigen. Die deutsch-japanischen Beziehungen schilderte ich als gut und freundschaftlich; dieses Verhältnis sei ein dauerndes. Hinsichtlich des russisch-japanischen Verhältnisses hätte ich jedoch meine besonderen Anschauungen (womit ein modus vivendi zwischen beiden Ländern auf lange Frist gemeint war).

Ich habe ganzes Gespräch im Ton der Gelassenheit geführt und gab dem Geschäftsträger zum Schluß noch einmal zu verstehen, daß wir in der großen Politik keine Taktik

treiben wie die demokratischen Mächte. Wir hätten Gewohnheit auf solidem Boden zu bauen, brauchten auf schwankende öffentliche Meinung keine Rücksicht zu nehmen und wünschten keine Sensationen. Würden Gespräche wie die unsrigen nicht so diskret behandelt, wie sie es verdienten, müsse ihre Fortsetzung unterbleiben. Wir machten davon kein Aufheben; die Wahl liege, wie gesagt, bei Moskau. Interessiere man sich dort für unsere Gedankengänge, so könne ja wohl Herr Molotow demnächst wieder einmal mit dem Grafen Schulenburg den Faden aufnehmen.

Zusatz für Grafen Schulenburg:

Ich habe Gespräche geführt ohne irgendwelche Eile zu zeigen. Geschäftsträger, der interessiert schien, hat seinerseits mehrfach versucht, Gespräch zu konkretisieren, worauf ich ihm zu erkennen gab, daß ich zu einer Konkretisierung bereit sei, sobald grundlegender Wunsch Sowjetregierung nach Neugestaltung offiziell mitgeteilt wird. Falls Astachoff in diesem Sinne instruiert wird, besteht unsererseits Interesse an baldiger Konkretisierung. Dies ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information.

Ribbentrop."

Ein weiterer Schritt der Vorbereitung war der Drahterlaß meines Mannes an den deutschen Botschafter in Moskau vom 14. 8. 1939. In ihm wird das Problem der deutsch-sowjetischen Verständigung grundsätzlich behandelt (Seidl, a. a. O. S. 56):

„Ich bitte Sie Herrn Molotow aufzusuchen und ihm folgendes mitzuteilen:

1. Der weltanschauliche Gegensatz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der UdSSR war in den vergangenen Jahren die alleinige Ursache, daß sich Deutschland und die UdSSR in zwei getrennten und sich bekämpfenden Lagern gegenüberstanden. Die Entwicklung der neueren Zeit scheint zu zeigen, daß die verschiedenen Weltauffassungen ein vernünftiges Verhältnis zwischen den beiden Staaten und die Wiederherstellung neuer guter Zusammenarbeit nicht ausschließen. Die Periode der außenpolitischen Gegnerschaft könnte damit ein für allemal abgeschlossen und der Weg für eine neue Zukunft der beiden Länder frei werden.

2. Reale Interessengegensätze zwischen Deutschland und der UdSSR bestehen nicht, Deutschlands und der UdSSR Lebensräume berühren sich, aber in ihren natürlichen Bedürfnissen überschneiden sie sich nicht. Hiermit fehlt von vornherein jede Ursache einer aggressiven Tendenz eines Landes gegen das andere. Deutschland hat keinerlei aggressive Absichten gegen die UdSSR. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß es zwischen Ostsee und dem Schwarzen Meer keine Frage gibt, die nicht zur vollen Zufriedenheit beider Länder geregelt werden könnte. Hierzu gehören Fragen wie: Ostsee, Baltikum, Polen, Südost-Fragen usw. Darüber hinaus könnte politische Zusammenarbeit beider Länder nur nützlich sein. Dies trifft auch auf die deutsche und sowjetische Wirtschaft zu, die sich nach jeder Richtung ergänzen.

3. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsch-sowjetische Politik heute an einem geschichtlichen Wendepunkt angelangt ist. Die in der nächsten Zeit in Berlin und Moskau zu fassenden politischen Entschlüsse werden für die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der UdSSR auf Generationen von entscheidender Bedeutung sein. Von ihnen wird es abhängen, ob die beiden Völker eines Tages erneut und ohne zwingenden Grund die Waffen kreuzen, oder ob sie wieder zu einem freundschaftlichen Verhältnis kommen werden. Beiden Ländern ist es früher immer gut gegangen, wenn sie Freunde waren, und schlecht, wenn sie Feinde waren.

4. Wahr ist, daß sich Deutschland und die UdSSR durch die Jahre der weltanschaulichen Gegnerschaft heute mißtrauisch gegenüberstehen. Viel Schutt, der sich angesammelt hat, ist noch zu beseitigen. Festzustellen ist aber, daß auch während dieser Zeit die natürliche Sympathie der Deutschen für das Russische nie verschwunden ist. Hierauf kann die Politik der beiden Staaten neu aufbauen.

5. Die Reichsregierung und die Sowjetregierung müssen nach allen Erfahrungen damit rechnen, daß die kapitalistischen westlichen Demokratien unversöhnliche Feinde sowohl des nationalsozialistischen Deutschlands, wie auch der UdSSR sind. Sie versuchen heute erneut, durch Abschluß eines Militärbündnisses die UdSSR gegen Deutschland in den Krieg zu hetzen. 1914 hat diese Politik für

Rußland schlimme Folgen gehabt. Es ist das zwingende Interesse beider Länder, daß ein Zerfleischen Deutschlands und der UdSSR im Interesse der westlichen Demokratien für alle Zukunft vermieden wird.

6. Die durch die englische Politik hervorgerufene Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen sowie die englische Kriegstreiberei und die damit verbundenen Bündnisbestrebungen machen eine baldige Klärung des deutsch-russischen Verhältnisses erforderlich. Die Dinge könnten sonst ohne deutsches Zutun einen Verlauf nehmen, der beiden Regierungen die Möglichkeit abschneidet, die deutsch-sowjetische Freundschaft wieder herzustellen und gegebenenfalls auch territoriale Fragen Osteuropas gemeinsam zu klären. Die Führung in den beiden Ländern sollte daher die Dinge nicht treiben lassen: Verhängnisvoll würde es sein, wenn aus gegenseitiger Unkenntnis der Auffassungen und Absichten die beiden Völker endgültig auseinandertreiben würden. Bei der Sowjetregierung bestehe, wie uns mitgeteilt wurde, ebenfalls der Wunsch nach einer Klärung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Da aber nach den bisherigen Erfahrungen diese Klärung durch den üblichen diplomatischen Kanal nur langsam herbeigeführt werden kann, ist Herr Reichsaußenminister v. Ribbentrop bereit, zu einem kurzen Besuch nach Moskau zu kommen, um namens des Führers Herrn Stalin die Auffassung des Führers auseinanderzusetzen. Nur durch eine solche unmittelbare Aussprache ist nach Auffassung des Herrn v. R. eine Änderung herbeizuführen, und es sollte nicht unmöglich sein, hierbei das Fundament für eine endgültige Bereinigung der deutsch-russischen Beziehungen zu legen.

Zusatz: Ich bitte Herrn Molotow diese Instruktionen nicht schriftlich zu geben, sondern wörtlich vorzulesen. Ich lege Wert darauf, daß dieselbe möglichst genau an Herrn Stalin gelangt und ermächtige Sie, hiermit gegebenenfalls bei Herrn Molotow in meinem Auftrage eine Audienz bei Herrn Stalin nachzusuchen, damit Sie ihm diese wichtige Mitteilung auch unmittelbar machen können. Neben der Aussprache mit Molotow wäre eine eingehende Unterredung mit Stalin Voraussetzung meines Besuchs.

Ribbentrop“

Im Kreml

Die Vorverhandlungen endeten am 21. August mit einem Brief Stalins an Hitler, der folgenden Wortlaut hatte (a. a. O. Seite 78):

21. August 1939.
An den Reichskanzler Deutschlands Herrn A. Hitler.
Ich danke für den Brief.
Ich hoffe, daß deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt eine Wendung zur ernsthaften Besserung der politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern schaffen wird.
Die Völker unserer Länder bedürfen friedlicher Beziehungen zueinander. Das Einverständnis der deutschen Regierung mit dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes schafft die Grundlage für die Liquidierung der politischen Spannung und für die Aufrichtung des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern.
Die Sowjetregierung hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß sie einverstanden ist mit dem Eintreffen des Herrn von Ribbentrop in Moskau am 23. August.
J. Stalin.

Zunächst hatte ich vorgeschlagen, nicht mich, sondern einen anderen Bevollmächtigten – ich dachte dabei an Göring – nach Moskau zu entsenden. Durch meine Tätigkeit als Botschafter in England, meine japanischen Verbindungen und meine ganze bisherige Außenpolitik glaubte ich für eine Mission in Moskau allzusehr antikommunistisch festgelegt zu sein. Aber der Führer bestand auf meiner Entsendung, weil er meinte, daß ich „dies besser verstünde".

Bei meiner Abreise wußte ich nichts von einem angeblichen Entschluß des Führers, Polen anzugreifen und ich glaube auch nicht, daß er schon damals seine Entscheidung endgültig getroffen hatte. Natürlich standen in jenen Tagen die inzwischen akut gewordenen Spannungen mit Polen im Vordergrund, und Adolf Hitler hatte schon Anfang August dem Grafen Ciano seinen Willen zum Ausdruck gebracht, das Danzig-Korridor-Problem unter allen Umständen zu lösen*).

---

*) Über diese Aussprache mit Graf Ciano siehe Seite 291.

Noch bei meiner Abreise nach Moskau war von militärischen Schritten auf unserer Seite nicht die Rede, und ich war der Auffassung, daß Hitler zwar einen starken Druck auf Polen ausüben, aber schließlich das Problem doch auf diplomatischem Wege lösen wollte. Ich hatte die Hoffnung, daß sich England nach Veröffentlichung eines deutsch-russischen Nichtangriffspaktes mehr distanzieren und Polen daraufhin geneigter sein werde, in Verhandlungen mit uns einzutreten.

*

Im Flugzeug skizzierte ich zunächst zusammen mit Gaus einen Entwurf für den vorgesehenen Nichtangriffspakt. Das erwies sich bei der Besprechung im Kreml als nützlich, da die Russen keinen Text vorbereitet hatten.

Mit gemischten Gefühlen betrat ich zum erstenmal Moskauer Boden. Jahrelang hatten wir der Sowjetunion feindlich gegenübergestanden und uns weltanschaulich auf das äußerste bekämpft. Niemand bei uns war zuverlässig über die Sowjetunion und ihre führenden Männer unterrichtet. Die diplomatischen Berichte aus Moskau waren farblos. Vor allem war Stalin für uns eine Art mystische Persönlichkeit.

Ich war mir der besonderen Verantwortung dieser Mission bewußt, hatte ich doch dem Führer selbst vorgeschlagen, den Versuch einer Verständigung mit Stalin zu machen. War ein wirklicher Ausgleich der beiderseitigen Interessen überhaupt möglich? Zu gleicher Zeit verhandelten immer noch die englischen und französischen Militärmissionen in Moskau mit dem Kreml über den beabsichtigten Militärpakt. Was an mir lag, das sollte geschehen, um eine Einigung herbeizuführen. Solche Gedanken bewegten mich, als unser Flugzeug sich Moskau näherte*).

*) In diesem Zusammenhang verdienen die Mitteilungen Beachtung, die der damalige Staatssekretär Ernst von Weizsäcker in seinen „Erinnerungen" macht (a. a. O. S. 235): „. . . . ich willigte ein, daß – wieder

Am 23. August, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr kamen wir im Flugzeug des Führers auf dem Moskauer Flughafen an, wo die Fahnen der Sowjetunion und die des Reiches nebeneinander wehten. Wir wurden von unserem Botschafter Graf von der Schulenburg und dem russischen Botschafter Potemkin empfangen. Nach Abschreiten einer Ehrenkompanie der sowjetischen Luftwaffe, die in Aussehen und Haltung unzweifelhaft einen guten Eindruck machte, begaben wir uns, geleitet von einem russischen Oberst, in die ehemalige österreichische Botschaft, in der ich während meines Aufenthaltes Quartier nahm.

Ich hatte zunächst mit unserem Botschafter Graf Schulenburg eine Aussprache in der deutschen Botschaft und erhielt dort die Nachricht, daß man mich um 18 Uhr im Kreml erwarte. Es war nicht in Erfahrung zu bringen, wer mit mir verhandeln werde, ob Molotow oder Stalin selbst. „Merkwürdige Moskauer Gebräuche" dachte ich bei mir. Kurz vor der angesetzten Zeit wurden wir wieder von dem breitschultrigen russischen Oberst – es war, wie ich hörte, der Kommandeur der Leibwache Stalins – abgeholt und kurz darauf fuhren wir in den Kreml ein. Schulenburg machte mich im Vorbeifahren auf einige historische Gebäude aufmerksam, dann hielten wir schon an einem kleinen Portal und wurden eine kurze, turmartige Treppe hinaufgeführt. Oben angelangt, wurden wir von einem Beamten in ein längliches Arbeitszimmer geführt, an dessen Ende uns Stalin stehend erwartete, neben ihm Molotow. Graf Schulenburg konnte einen Ruf der

wie im September 1938 – die Brüder Kordt in London insgeheim in Aktion traten. Sie gaben englischen Freunden einen Hinweis, daß Hitler im Begriff sei, sie in Moskau zu überrunden. Als Antwort bekamen sie, ebenso vertraulich, die Versicherung, das werde nicht passieren. Die britische Regierung werde Hitler die Chance nicht geben, ihr zuvorzukommen. Das war beruhigend."

Kordt berichtet dazu ergänzend in „Nicht aus den Akten" (S. 323): „Zu unserem Entsetzen vollzog sich nun im Gegensatz zu den Eröffnungen, die Vansittart gemacht hatte, die Einigung zwischen Hitler und Stalin."

Überraschung nicht unterdrücken. Obwohl er schon mehrere Jahre Botschafter in Moskau war, hatte er Stalin selbst noch nie gesprochen!

Nach einer kurzen förmlichen Begrüßung setzten wir uns zu Viert an einen Tisch: Stalin, Molotow, Graf Schulenburg und ich. Außerdem waren unser Dolmetscher, Botschaftsrat Hilger, ein vortrefflicher Kenner russischer Verhältnisse, und der junge blonde russische Dolmetscher Pawlow anwesend, der anscheinend das besondere Vertrauen Stalins besaß.

Zu Beginn des Gespräches brachte ich den Wunsch Deutschlands zum Ausdruck, das deutsch-sowjetische Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen und einen Ausgleich der Interessen auf allen Gebieten herbeizuführen; wir wollten uns mit Rußland auf längste Sicht verständigen. Ich verwies dabei auf die Rede Stalins im Frühjahr, in der er nach unserer Meinung ähnliche Gedanken zum Ausdruck gebracht habe. Stalin wandte sich an Molotow und fragte ihn, ob er mir zunächst antworten wolle. Molotow aber bat Stalin, dies zu übernehmen, da nur er hierzu berufen sei.

Dann sprach Stalin – kurz, prägnant, ohne viele Worte zu machen, aber was er sagte, war klar und unmißverständlich und zeigte, wie mir schien, auch den Wunsch nach Ausgleich und Verständigung mit Deutschland. Stalin benutzte den bezeichnenden Ausdruck: wir hätten uns zwar seit Jahren „mit Kübeln von Jauche übergossen", aber das sei kein Grund, daß wir uns nicht auch wieder vertragen könnten. Er habe seine Rede am 10. 3. 1939 bewußt gehalten, um seinen Verständigungswillen gegenüber Deutschland anzudeuten. Anscheinend habe man das bei uns richtig verstanden. Die Antwort Stalins war so positiv, daß wir nach der ersten grundsätzlichen Aussprache, in der die beiderseitige Bereitschaft zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes festgestellt wurde, sofort auf die materielle Seite der Abgrenzung der gegenseitigen Interessen und auf die deutsch-polnische-Krise im

besonderen eingehen konnten. Bei den Verhandlungen herrschte eine günstige Atmosphäre, obwohl die Russen als zähe Diplomaten bekannt sind. Die Interessensphären in den zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Ländern wurden abgegrenzt. Finnland, der größere Teil der baltischen Staaten sowie Bessarabien wurden als zur sowjetischen Sphäre gehörend erklärt. Für den Fall des Ausbruches eines deutsch-polnischen Konfliktes, der bei der bestehenden Lage nicht ausgeschlossen erschien, wurde eine „Demarkationslinie" vereinbart.

Stalin hatte im Verlauf des ersten Teiles der Verhandlungen bereits erklärt, daß er gewisse Interessensphären wünsche. Unter „Interessensphäre" ist bekanntlich zu verstehen, daß der interessierte Staat mit den Regierungen der zur Interessensphäre gehörenden Länder ihn allein angehende Verhandlungen führt und der andere Staat sich daran ausdrücklich desinteressiert. Stalin hat mir dabei zugesagt, daß er nicht an die innere Struktur dieser Staaten rühren wolle. Auf die Stalinsche Forderung nach Interessensphären hatte ich mit einem Hinweis auf Polen erwidert: Die Polen würden immer aggressiver und es wäre gut für den Fall, daß sie es zu einem Krieg kommen ließen, eine Linie festzulegen, damit die deutschen und russischen Interessen nicht kollidierten. Diese Demarkationslinie wurde durch die Flußläufe der Weichsel, des San und des Bug bezeichnet. Ich habe hierbei Stalin gegenüber darauf hingewiesen, daß deutscherseits alles versucht würde, die Dinge in diplomatisch-friedlicher Form zu lösen.

Abkommen, die andere Länder berühren, werden selbstverständlich nicht in Verträgen festgelegt, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, sondern man verwendet dafür Geheimverträge. Noch aus einem anderen Grunde wurde das Abkommen als Geheimvertrag abgeschlossen: die deutsch-russische Vereinbarung verstieß gegen ein Abkommen zwischen Rußland und Polen und gegen den Vertrag, der 1936 zwischen

Frankreich und Rußland geschlossen worden war und ein konsultatives Vorgehen bei Vertragsabschlüssen mit anderen Staaten vorsah.

Die Härte der sowjetischen Diplomatie zeigte sich in der baltischen Frage und insbesondere in bezug auf den Libauer Hafen, den die Russen für ihre Interessensphäre beanspruchten. Ich hatte zwar für den Abschluß eines Vertrages uneingeschränkte Vollmacht, hielt jedoch bei der Bedeutung der russischen Forderungen eine Rückfrage bei Adolf Hitler für richtig. Die Verhandlungen wurden deshalb unterbrochen und um 10 Uhr abends, nachdem ich die Zustimmung des Führers erhalten hatte, wieder aufgenommen. Nun gab es keine Schwierigkeit mehr – der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll wurden paraphiert und bereits vor Mitternacht unterzeichnet.

Anschließend wurde im selben Raum, es war das Arbeitszimmer Molotows, ein kleines einfaches Abendessen zu Viert serviert. Gleich zu Anfang gab es eine große Überraschung: Stalin stand auf und hielt eine kurze Ansprache, in der er von Adolf Hitler als dem Manne sprach, den er schon immer außerordentlich verehrt habe. In betont freundschaftlichen Worten drückte Stalin die Hoffnung aus, daß mit den jetzt abgeschlossenen Verträgen eine neue Phase in den deutsch-sowjetischen Beziehungen eingeleitet sei. Auch Molotow erhob sich und sprach in ähnlicher Weise. Mit einer ebenso freundschaftlich gehaltenen Ansprache antwortete ich unseren russischen Gastgebern. So war wenige Stunden nach meiner Ankunft in Moskau ein Einvernehmen hergestellt, wie ich es bei meinem Abflug von Berlin nicht für denkbar gehalten hatte und das mich mit den größten Hoffnungen für die zukünftige Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses erfüllte.

Stalin hatte auf mich vom ersten Augenblick unserer Begegnung an einen starken Eindruck gemacht – ein Mann von ungewöhnlichem Format. Seine nüchterne, fast trockene und

doch so treffende Ausdrucksweise und die Härte, aber auch Großzügigkeit seiner Verhandlungsart zeigten, daß er seinen Namen nicht zu Unrecht trug. Der Verlauf meiner Besprechungen und Unterhaltungen mit Stalin gab mir einen deutlichen Begriff von der Kraft und Macht dieses Mannes, dessen Wink bis in das entlegenste Dorf der ungeheuren Weiten Rußlands zum Befehl geworden war und der es fertiggebracht hatte, die zweihundert Millionen Menschen seines Reiches stärker zusammenzuschweißen, als je zuvor ein Zar es vermocht hatte.

Eine kleine, bezeichnende Begebenheit, die sich am Schluß dieses Abends zutrug, erscheint mir noch erwähnenswert: ich fragte Stalin, ob der mich begleitende Fotograf des Führers einige Aufnahmen machen dürfe. Stalin sagte zu und es war wohl das erstemal, daß er dies einem Ausländer im Kreml erlaubte. Als aber u. a. Stalin und wir Gäste mit Gläsern des uns angebotenen Krimsektes aufgenommen wurden, wehrte Stalin ab – eine solche Veröffentlichung wünsche er nicht. Der Bildberichter nahm auf meine Aufforderung hin den Film aus der Kamera und überreichte ihn Stalin; dieser aber gab die kleine Rolle zurück mit dem Bemerken, er vertraue darauf, daß das Bild nicht veröffentlicht werde. Das war sicher eine belanglose Episode, aber sie war immerhin aufschlußreich für die großzügige Einstellung unserer Gastgeber und für die Atmosphäre, in der mein erster Besuch in Moskau seinen Abschluß fand.

Als ich am nächsten Morgen aus meinem Quartier über die Straße sah, wurde ich von meinen Begleitern auf einige Personen aufmerksam gemacht, die aus dem Fenster eines gegenüber liegenden großen Wohnhauses, des Gebäudes der englischen oder französischen Botschaft, zu uns herüberblickten. Es waren Mitglieder der englischen und französischen Militärmissionen, die seit längerer Zeit über eine englisch-französisch-russische Militärallianz in Moskau verhandelten.

Im Laufe unserer Unterredungen hatte ich Stalin natürlich auch nach diesen Militärmissionen gefragt, er erwiderte: man werde sie mit höflichen Worten verabschieden. Das geschah dann auch; trotzdem glaube ich, daß die Fühlungnahme zwischen den westlichen Militärs und Moskau auch nach ihrer Abreise nie ganz aufgehört hat. Eine andere Frage, die ich an Stalin richtete, bezog sich darauf, wie unser Pakt mit dem russisch-französischen Vertrag von 1936 in Übereinstimmung gebracht werden könne. Stalin antwortete darauf nur kurz: „Das russische Interesse geht allem anderen vor."

Am 24. August flog ich mit unserer Delegation nach Deutschland zurück in der Überzeugung, daß der Wunsch Stalins und Molotows, zu einer dauernden Verständigung mit Deutschland zu kommen, zu diesem Zeitpunkt aufrichtig war. Auch bei Adolf Hitler hatte ich, als ich ihm über die Moskauer Verhandlungen berichtete, den Eindruck, daß es ihm bei dem Ausgleich mit Rußland unbedingt ernst war.

Die Abmachungen waren von uns auf längste Sicht und als dauernder Ausgleich gedacht. Der Pakt mit Rußland war zweifellos nicht nur vom realpolitischen Gesichtspunkt aus ein außerordentlicher Erfolg, er konnte auch der Zustimmung des deutschen Volkes sicher sein. Trotz des jahrelangen ideologischen Kampfes zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus war die Bedeutung eines befreundeten Rußland für die deutsche Politik nicht vergessen worden. Das Aufgeben der Bismarckschen Rußland-Politik hatte die Einkreisung Deutschlands eingeleitet, die zum Ersten Weltkrieg führte. In der Lage von 1939 bedeutete die Wiederaufnahme der historischen Beziehungen aus realen Gründen einen politischen Sicherungsfaktor ersten Ranges.

Ich persönlich, der ich diesen Ausgleich mit der Sowjetunion dem Führer vorgeschlagen hatte, erhoffte mir im einzelnen folgendes:

1. Allmähliche Beseitigung eines der gefährlichsten Konfliktsstoffe, die den europäischen Frieden bedrohen konnten, durch außenpolitische Überbrückung der weltanschaulichen Gegensätze zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus;
2. Herbeiführung eines wirklich freundschaftlichen deutsch-russischen Verhältnisses als eines der Fundamente deutscher Außenpolitik im Sinne Bismarcks;
3. für die damalige besondere Lage im August 1939: die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung des Danzig-Korridor-Problems im Sinne der Vorschläge Adolf Hitlers.

*

Am 24. August flog ich mit unserer Delegation nach Deutschland zurück. Es war vorgesehen, daß ich von Moskau nach Berchtesgaden fliegen solle, um Adolf Hitler auf dem Berghof Bericht zu erstatten. Ich dachte daran, ihm eine europäische Konferenz zur Bereinigung der Polenfrage vorzuschlagen.

Überraschend wurde unser Flugzeug durch Funkspruch nach Berlin umdirigiert, wohin Hitler am gleichen Tage geflogen war. Unsere Maschine mußte aus Sicherheitsgründen einen weiten Umweg über die Ostsee machen.

KRIEGSAUSBRUCH

Die Situation, die ich bei meiner Rückkehr vorfand, war wesentlich gespannter, als bei meinem Abflug: Der polnische Druck auf Danzig und die deutsch besiedelten Korridorgebiete waren nicht nur weiter verstärkt worden, auch Grenzzwischenfälle waren hinzugetreten. Die Krise erreichte am Tage nach meiner Ankunft in Berlin ihren ersten Höhepunkt. Ich erfuhr erst jetzt, daß Adolf Hitler während meiner Abwesenheit auf dem Obersalzberg ein sehr ernstes Gespräch mit dem britischen Botschafter Henderson gehabt hatte, der einen Brief des britischen Premierministers überbrachte. Darin war zum Ausdruck gebracht worden, daß ein kriegerischer Konflikt zwischen Deutschland und Polen England auf den Plan rufen würde. In seiner Aussprache mit Henderson und in einem anschließenden Schreiben an Chamberlain vom 23. August erklärte Adolf Hitler, er sei entschlossen, die Danzig-Korridorfrage zu lösen und werde weitere polnische Provokationen nicht dulden. In englischen militärischen Maßnahmen müsse er einen Akt der Bedrohung des Reiches sehen und werde in diesem Falle die sofortige Mobilmachung der deutschen Wehrmacht anordnen. Die Situation war völlig festgefahren, der Führer war nach Berlin gekommen.

Am Morgen nach meiner Rückkehr aus Moskau, also am Vormittag des dramatischen 25. August, besprach ich mit dem Führer den Brief Chamberlains und schlug ihm vor, noch einmal einen Versuch mit England zu machen. Kurz nach diesem

Gespräch erfuhr ich, daß von unserer Seite bereits militärische Maßnahmen eingeleitet wurden. Hitler hat in diesem Zeitpunkt wohl nicht damit gerechnet, daß England eingreifen und wegen Polen einen Krieg beginnen würde. Am frühen Nachmittag erhielt ich durch einen Beamten des Auswärtigen Amtes die Nachricht von der Ratifizierung des britisch-polnischen Vertrages, der am 6. April nur formlos abgeschlossen worden war. Ich eilte mit der Meldung sofort in die Reichskanzlei, um den Führer zur Einstellung der getroffenen militärischen Maßnahmen zu veranlassen – mit den Worten, daß die Ratifizierung des englisch-polnischen Garantievertrages „den Krieg mit England" bedeute, wenn er gegen Polen vorgehe und daß deshalb der „Marschbefehl sofort abgestopt werden" müsse.

Der Führer nahm meine erregt vorgebrachte Mitteilung widerspruchslos hin, er zeigte sich selbst von der Nachricht sehr betroffen. Nach kurzer Überlegung unterrichtete er mich, daß der italienische Botschafter ihm am Vormittag mitgeteilt habe, Italien werde bei einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Polen den Bündnisfall nicht für gegeben erachten.*)

Hitler war überzeugt, daß die italienische Stellungnahme aus Rom nach London mitgeteilt worden sei und die Ratifizierung des englisch-polnischen Paktes herbeigeführt habe. Adolf Hitler befahl, sofort seinen militärischen Adjutanten Oberst Schmundt herbeizurufen. Schmundt war nicht zu erreichen. An seiner Stelle erschien nach kurzer Zeit der damalige Generaloberst Keitel. Der Führer fragte Keitel, ob es noch möglich sei, die militärischen Maßnahmen anzuhalten. Keitel

*) Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben, das der italienische Minister Graf Grandi am 1. September 1939 an den britischen Premierminister Chamberlain gesandt hat:

„Ich möchte Ihnen sagen, wie glücklich ich an diesem heutigen Tage über die von meinem Land getroffenen Entscheidungen bin. Alles wurde erhalten, wofür ich in den sieben Jahren meiner Londoner Mission und während der letzten bedeutungsvollen Wochen in Rom gerungen habe." (Zitiert nach Feiling a. a. O. S. 422)

bejahte das. Darauf gab der Führer Keitel den entsprechenden Befehl mit dem Hinweis, daß ich soeben bei ihm gewesen sei, ihm von der Ratifizierung des englisch-polnischen Vertrages Mitteilung gemacht habe und daß er „Zeit zum Verhandeln" brauche.

Zweifellos empfand Adolf Hitler diese Entscheidung als einen gewissen Prestigeverlust gegenüber der Armee und er schien mich dafür verantwortlich zu halten, was sich in einer deutlich gezeigten Verstimmung mir gegenüber ausdrückte. Aus dieser psychologischen Situation heraus erkläre ich mir die Tatsache, daß ich in den nächsten Tagen zu keiner Rücksprache über die Lage herangezogen wurde, und daß Adolf Hitler die Behandlung der polnischen Frage ausschließlich in seine Hand nahm. Erst am 28. August wurde ich dann zu den Verhandlungen mit Botschafter Henderson wieder eingeschaltet.

Noch am 25. August hatte der Führer dem britischen Botschafter eine Erklärung abgegeben, daß er nach Bereinigung des deutsch-polnischen Problems zum Abschluß eines Beistandspaktes mit England bereit sei – ein Vorschlag, der sogar nach Auffassung Hendersons, wie er in seinem Buch „Failure of a Mission" S.259 schreibt, „der Erwägung wert" war (could not be ignored). Der Botschafter wurde im Flugzeug Adolf Hitlers nach London zur unmittelbaren Aussprache mit seiner Regierung geflogen; in den Tagen vom 26. bis 28. August beriet das britische Kabinett die mündliche Erklärung des Führers.

Am 28. August, nachmittags 17 Uhr flog Henderson nach Berlin zurück und brachte das von der britischen Regierung ausgearbeitete Memorandum mit. Damit begann die entscheidende Phase der Krise. Drei Stunden vor dem Abflug Hendersons nach Berlin am 28. August um 14 Uhr hatte die britische Regierung telegrafisch in Warschau angefragt, ob die polnische Regierung sie ermächtige, der deutschen Regierung

mitzuteilen, daß Polen bereit sei, sofort in die direkte Diskussion mit Deutschland einzutreten.

Das an Adolf Hitler überreichte Memorandum der britischen Regierung enthält die dementsprechende Feststellung: „Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung der polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten." Als Grundlage war unmittelbar vorausgehend erwähnt, daß die lebenswichtigen Interessen Polens sichergestellt und ein zu treffendes deutsch-polnisches Abkommen international garantiert werden solle.

In dem von der britischen Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichten „Blaubuch" fehlt auffallenderweise diese erwähnte Zusicherung der polnischen Regierung. Sie muß, da die Anfrage um 14 Uhr und der Abflug Hendersons von London um 17 Uhr erfolgte, zwischen diesen beiden Zeitpunkten in London eingetroffen sein. Der bis heute geheim gehaltene Wortlaut der Antwort der polnischen Regierung ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung der weiteren Entwicklung der Ereignisse.

Der britische Premierminister Chamberlain erklärte am 1. September feierlich, daß „alle einschlägigen Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich" gemacht worden seien – trotzdem fehlt gerade dieses wichtige Dokument. Diese auffallende Tatsache kann nur damit erklärt werden, daß die polnische Regierung ein klares „Ja" eben nicht ausgesprochen hat, das heißt ein „Ja", das auch praktisch sofortige Verhandlungen bedeutete, und nicht jenes berüchtigte „Diplomaten-Ja", das nur tarnende Umschreibung von „Nein" ist. Die polnische Haltung am 30. und 31. August 1939 berechtigt zu der Annahme, Polen habe sich im Gegensatz zur Behauptung des britischen Memorandums am 28. August nicht für die tatsächliche Aufnahme sofortiger direkter Verhandlungen ausgesprochen.

Meine Verteidigung im Nürnberger Prozeß hat die Vorlage der Antwortnote Polens vom 28. August durch die britische Regierung beantragt. Diesem Antrag wurde vom Gericht nicht entsprochen!

Noch am späten Abend des 28. August, um 22 Uhr 30, übergab Botschafter Henderson das Memorandum der britischen Regierung an Adolf Hitler. Es war auffallend, daß in dem Dokument das Angebot auf Abschluß eines gegenseitigen deutsch-englischen Beistandspaktes nur ganz flüchtig berührt wurde. Andererseits war bemerkenswert, daß die britische Regierung mit Adolf Hitler insofern übereinstimmte, als auch sie eine der hauptsächlichsten Gefahren in der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Lage in den Berichten über die Behandlung der Minderheiten erblickte. Im dritten Absatz des Memorandums weist die britische Regierung darauf hin, daß alles von der Art der Lösung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Streitfragen abhänge und von der Methode, die angewandt würde.

Die britische Regierung betont, nach ihrer Ansicht sei es für den Erfolg der Besprechungen, die der Vereinbarung vorangehen würden, unerläßlich, daß im voraus feststünde, ein zu erzielendes Abkommen werde von anderen Mächten garantiert werden. Die britische Regierung erklärte, daß nach ihrer Ansicht als nächster Schritt direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung eingeleitet werden sollten auf einer Grundlage, die den oben erwähnten Grundsätzen entspreche. Die britische Regierung hoffe, daß die deutsche Regierung ihrerseits ebenfalls bereit sein werde, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

In der Unterredung zwischen Hitler und Henderson, bei der das Memorandum übergeben wurde, erinnerte ich daran, daß Chamberlain mir seinerzeit gesagt hatte, es sei sein „heißester Wunsch", eine Verständigung mit Deutschland herbeizuführen. Diese Bemerkung trug zur Auflockerung der

gespannten Atmosphäre bei und der Führer erklärte schließlich, daß er die Note prüfen werde.

Am Nachmittag des darauffolgenden Tages (29. 8.) wurde Henderson um 18.45 Uhr in die Reichskanzlei gebeten. Der britische Botschafter wurde im Verlauf dieser Besprechung sehr heftig und erlaubte es sich sogar, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, ein Verhalten, das den Führer, wie er später Heß gegenüber erklärte, veranlaßt hätte, die Besprechungen abzubrechen, wenn es mir nicht gelungen wäre, durch ein ablenkendes Eingreifen die Gemüter zu beruhigen und ein Scheitern der Verhandlung zu verhindern. Adolf Hitler übergab Henderson schließlich seine Antwort schriftlich. Aus ihr ergab sich, daß die deutsche Reichsregierung

1. trotz ihrer skeptischen Beurteilung der Aussichten solcher direkter Besprechungen mit der polnischen Regierung den englischen Vorschlag akzeptieren wolle;
2. die vorgeschlagene Vermittlung der britischen Regierung zur Entsendung einer mit Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin annehme und mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, den 30. August rechne;
3. bei ihren Vorschlägen nie die Absicht gehabt habe, lebenswichtige Interessen Polens anzugreifen oder die Existenz eines unabhängigen polnischen Staates in Frage zu stellen;
4. die Vorschläge einer akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese wenn möglich bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der britischen Regierung zur Verfügung stellen werde.

Mit dieser Erklärung hatte Adolf Hitler den britischen Vorschlag sofortiger, direkter und gleichberechtigter Verhandlungen mit Polen unzweideutig angenommen. Es erhebt sich für die Beurteilung der weiteren Entwicklung die schicksalsschwere Frage: Wann und in welcher Form hat die britische Regierung ihre selbst übernommene Pflicht erfüllt, diesen Vorschlag der polnischen Regierung zu unterbreiten?

Botschafter Henderson gab die deutsche Antwort noch am 29. August abends an seine Regierung telegrafisch weiter. Der Bericht Hendersons ist in London, wie sich aus dem britischen Blaubuch ergibt, nachts um 0.15 Uhr eingegangen. Die erste unmittelbare Reaktion der englischen Regierung war ein Telegramm nach Berlin des Inhalts, daß es „unvernünftig" (unreasonable) sei, einen polnischen Vertreter zur Verhandlungsaufnahme innerhalb von 24 Stunden zu erwarten. Henderson hat daraufhin am 30. August an Lord Halifax telegrafisch über die Weitergabe dieser ihm zugegangenen Mitteilung berichtet. Er zitierte dabei eine Bemerkung Adolf Hitlers, daß man von Warschau bis Berlin in anderthalb Stunden fliegen könne. Als eigenen Kommentar fügte Henderson in seinem Telegramm hinzu, er sei dafür, „daß die polnische Regierung in den sauren Apfel dieses Versuchs in elfter Stunde beißen sollte, um unmittelbare Beziehungen mit Hitler herzustellen, wenn auch nur, um die Welt zu überzeugen, daß sie bereit sei, ihrerseits ein Opfer für die Erhaltung des Friedens zu bringen..."

Die britische Regierung hat dieser Anregung ihres Berliner Botschafters, den Vorschlag Adolf Hitlers jedenfalls nicht rundweg abzulehnen, keine Folge geleistet. Sie hat die Antwortnote Deutschlands nicht sofort an die polnische Regierung weitergeleitet und damit die Übermittlung der deutschen Verhandlungseinladung bewußt hinausgezögert. Sie hat zwar den britischen Botschafter in Warschau Sir Kennard alsbald unterrichtet, ihn aber angewiesen, Hitlers Antwort der polnischen Regierung nicht mitzuteilen, bevor er weitere Instruktionen aus London empfangen habe*).

Die Anweisung der britischen Regierung an ihren Botschafter in Warschau ist im englischen Blaubuch nicht enthalten und bis heute unbekannt geblieben. Meine Verteidigung in Nürnberg hat auch in diesem Falle bei dem Versuch, das fehlende Dokument von der britischen Regierung zu erhalten, keinen Erfolg gehabt.

*) Botschafter Sir H. Kennard an Außenminister Viscount Halifax, Warschau, 30. 8. 1939 (Britisches Blaubuch Seite 182): „.... Ich werde natürlich der polnischen Regierung gegenüber keine Meinungsäußerung geben, noch werde ich ihr Herrn Hitlers Antwort mitteilen, bis ich meine Instruktionen erhalten habe, was hoffentlich unverzüglich geschehen wird."

Es ist von höchstem geschichtlichen Interesse zu erfahren, welcher Zusammenhang zwischen den Instruktionen der britischen Regierung an ihren Botschafter in Warschau und der Tatsache besteht, daß im Laufe des gleichen 30. August die polnische Generalmobilmachung angeordnet, wenn auch noch nicht bekannt gemacht wurde. Der Zeitpunkt dieser Mobilmachung, die uns noch am gleichen Tage vertraulich gemeldet wurde, ist für die Gesamtbeurteilung der Krise von größter Bedeutung. Mit der angeblichen Zusicherung Polens, zu einer direkten Verhandlung mit Deutschland bereit zu sein, steht sie im krassen Widerspruch.

Die Geschichte, an die Ministerpräsident Chamberlain in seiner Unterhausrede vom 1. September 1939 in so feierlicher Form appellierte, wird die Frage zu entscheiden haben, ob nicht die britische Regierung durch ihre in Berlin gezeigte negative Haltung zum deutschen Verhandlungswillen und durch die Verzögerung der Mitteilung des deutschen Vorschlages in Warschau ihre mit dem Angebot der „guten Dienste" übernommenen internationalen Pflichten in kritischer Stunde gröblich verletzte. Die britische Regierung erwog vielmehr offensichtlich wie im Gestrüpp hinhaltender taktischer Prozeduren Deckung gesucht werden könne. Besonders deutlich zeigt sich dies in einem Telegramm, das Halifax am 30. August abends 18.50 Uhr an Botschafter Henderson richtete und das im britischen Blaubuch enthalten ist.

Darin wird Henderson angewiesen, er solle der deutschen Regierung vorschlagen, Warschau auf dem Wege über die polnische Botschaft zunächst einmal zu „Anregungen die Führung von Verhandlungen" betreffend einzuladen (inviting suggestions as to conduct of negotiations), – während

doch die Reichsregierung seit dem 28. August bereits im Besitze **eines britisch-polnischen Versprechens sofortiger Verhandlungsbereitschaft war und dieses mit einem konkreten Terminvorschlag beantwortet hatte!**

Im Laufe des späten Nachmittags des 30. August scheint die britische Regierung ihre Note an die deutsche Regierung fertiggestellt zu haben. Die britische Regierung setzte ihren Botschafter in Warschau von dieser ihrer Antwort im Wortlaut in Kenntnis und ermächtigte ihn erst jetzt, den Text auch der deutschen Note der polnischen Regierung bekannt zu geben. Gleichzeitig ergibt sich aus diesem Telegramm, daß die britische Regierung ihre hinhaltende Taktik weiter verfolgte, indem sie der polnischen Regierung riet, unter gewissen Bedingungen „ohne Verzug" zu direkten Verhandlungen „bereit zu sein". Dieser Rat wurde aber nicht etwa zum Zwecke einer baldigen Bereinigung der Krise erteilt, sondern – wie es aufschlußreich heißt – „im Hinblick auf die innere Lage in Deutschland und auf die öffentliche Meinung der Welt" (from the point of view of the internal situation in Germany and of world opinion)! Mit dem Hinweis auf die „innere Lage in Deutschland" kann aber nach der Aussage des Zeugen Gisevius im Nürnberger Prozeß nur die große Verschwörung gemeint sein, die mit England zusammengearbeitet hat, um die deutsche Regierung zu stürzen*).

Die Note der britischen Regierung, die die Antwort auf die Erklärung Adolf Hitlers am vorhergehenden Tage (29.8.) enthielt, lief bei der britischen Botschaft in Berlin am 30. August abends zwischen 20 und 23 Uhr ein. Botschafter Henderson hatte sich mit mir auf 23 Uhr verabredet. Mit Rücksicht auf das späte Einlaufen der Note konnte die Unterredung erst um

*) Die Aussagen Gisevius' siehe Nürnberger Prozeßprotokolle Band XII Nachmittagssitzung vom 24. 4. 1946 und Sitzungen vom 25. und 26. 4. 1946 (Seiten 185–330). Vgl. außerdem Anmerkung zu S. 203.

Mitternacht beginnen. In dem Memorandum, das Henderson mitbrachte und mir übergab, zog sich die britische Regierung von ihrer zwei Tage vorher (28. 8.) eingenommenen Stellungnahme zurück: Damals hatte sie die sofortige direkte Verhandlung als den „logischen nächsten Schritt" verlangt, nunmehr unterstützte das Londoner Kabinett den Vorschlag deutsch-polnischer Verhandlungen zwar „in aller Dringlichkeit", aber „nicht schon heute" (it would be unpractibable to establish contact so early as to-day) und sie wünschte die deutsch-polnische Diskussion offenbar nicht mehr über den Streit selbst, sondern über die „Art der Fühlungnahme und die Vorbereitungen für die Besprechung" (method of contact and arrangements for discussions).

Botschafter Henderson machte mir bei der Überreichung der britischen Note, entsprechend seinen Instruktionen, davon Mitteilung, daß die britische Regierung nicht in der Lage sei, der polnischen Regierung zu empfehlen, auf das von der deutschen Regierung vorgeschlagene Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie empfehle, auf normalem diplomatischen Wege, d. h. durch Überreichung ihrer Vorschläge an den polnischen Botschafter die Dinge ins Rollen zu bringen und ihn in die Lage zu versetzen, im Einvernehmen mit seiner Regierung die Vorbereitungen für direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu treffen. Falls die deutsche Regierung diese Vorschläge auch der britischen Regierung zuleiten würde und diese zur Ansicht käme, daß die Vorschläge eine vernünftige Grundlage für eine Regelung der zu erörternden Probleme bildeten, so würde sie ihren Einfluß im Sinne einer Lösung in Warschau zur Geltung bringen.

Ich meinerseits verwies Henderson darauf, daß nach uns zugegangenen vertraulichen Mitteilungen im Laufe des Tages bereits die polnische Generalmobilmachung angeordnet worden sei. Ich hatte ihn ferner auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß auf deutscher Seite vergeblich auf einen pol-

nischen Unterhändler gewartet worden sei, die Frage eines eventuellen Vorschlages könne deshalb nicht länger aktuell sein. Um aber doch noch einen Lösungsversuch zu machen, las ich dem Botschafter die vorbereiteten deutschen Vorschläge vor, die Adolf Hitler ganz allein diktiert und mir mit präziser Weisung übergeben hatte, und erläuterte sie im einzelnen.

Ministerpräsident Chamberlain hat in seiner Unterhausrede vom 1. September 1939 behauptet, diese Verlesung sei „at top speed" (in Höchstgeschwindigkeit) erfolgt. Das Gegenteil ist richtig *). Die Behauptung Chamberlains ist um so merkwürdiger, als sich aus dem später im britischen Blaubuch veröffentlichten Bericht Hendersons über diese Besprechung aktenkundig ergibt, daß Henderson alle wesentlichen Punkte der deutschen Vorschläge völlig richtig erfaßt und seiner Regierung mitgeteilt hat. In seinem Erinnerungsbuch „Failure of a Mission" (S. 273) berichtet Henderson überdies, daß er selbst im Anschluß an seine Unterredung mit mir dem polnischen Botschafter Lipski um 2 Uhr morgens den Anschluß Danzigs an das Reich und die Volksabstimmung im Korridor als Hauptpunkte der deutschen Vorschläge genannt habe. Henderson bemerkt dazu, er hätte sie als nicht zu unbillig bezeichnet und Lipski empfohlen, daß seine Regierung eine sofortige Zusammenkunft zwischen den Marschällen Rydz-Smigly und Göring vorschlagen solle.

Mit der ausführlichen Mitteilung der deutschen Vorschläge an Henderson hatte ich meinen Auftrag nicht unbeträchtlich überschritten, denn da Henderson sich zum Besuch bei mir erst für einen Zeitpunkt angesagt hatte, an dem die von der deutschen Regierung gestellte Frist für das Eintreffen eines polnischen Unterhändlers bereits abgelaufen war, sollte ich

*) Vgl. Dr. Paul Schmidt: „Statist auf diplomatischer Bühne" (S. 459): „Ribbentrop las die Vorschläge Henderson auf deutsch vor, ohne sich jedoch, wie dies vielfach später behauptet worden ist, besonders dabei zu beeilen, im Gegenteil, er gab zu einigen Punkten noch Erläuterungen."

etwaige Mitteilungen des englischen Botschafters entgegennehmen und ihm die für den polnischen Unterhändler bestimmten Vorschläge „kurz inhaltlich mitteilen", aber nicht übergeben.

Für diesen Auftrag gab mir Adolf Hitler keine weitere Erklärung. Mein Eindruck war, daß er eine Möglichkeit des Einlenkens Englands nur dann noch erhoffte, wenn London von seiner Entschlossenheit, nötigenfalls militärisch vorzugehen, überzeugt werde und begreife, daß die Lage todernst sei. Dies wollte Adolf Hitler den Engländern zweifelsfrei zu verstehen geben. Die Unterredung wurde von Henderson unhöflich geführt, von mir kühl *).

Als ich nach Abschluß der Unterredung in die Reichskanzlei zurückkehrte, habe ich dem Führer berichtet, daß Henderson sehr ernst gewesen sei und daß sich meine Überzeugung, die englische Garantie für Polen werde in Kraft treten, erneut verstärkt habe. Ich empfahl, dem Botschafter Henderson die ihm von mir mitgeteilten deutschen Vorschläge auch noch schriftlich zu übergeben. Hitler lehnte diesen Vorschlag ab, aber er hat im Laufe des 31. August vormittags den Text dann doch noch durch Göring-Dahlerus an den englischen Botschafter gelangen lassen. Adolf Hitler hat an diesem Tage nochmals auf ein Eingreifen Englands bzw. auf das Erscheinen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet und schließlich am Abend des 31. August die deutschen Vorschläge noch über den Rundfunk veröffentlichen lassen. Die sofortige Erwiderung des Warschauer Rundfunks war eine offene Provokation.

Das englische Blaubuch weist aus, daß die britische Regierung am 31. August vormittags 9.30 Uhr im Besitz des Henderson-Berichtes war. Da Henderson den Botschafter Lipski bereits um 2 Uhr nachts unterrichtet hatte, ist nicht anzunehmen, daß er seine eigene Regierung über den Inhalt und

*) Wortlaut der deutschen Vorschläge siehe Anhang.

Ausgang der mit mir geführten Unterredung erst zu einem so späten Zeitpunkt verständigte. Es ist auch erwiesen, daß der „Daily Telegraph" am Morgen des 31. August eine Meldung über eine nächtliche Sitzung des englischen Kabinetts, in der die deutschen Vorschläge beraten wurden, enthielt. Diese Ausgabe der großen Londoner Zeitung wurde bemerkenswerterweise zurückgezogen und durch eine andere Ausgabe ersetzt, in der diese Notiz nicht enthalten war*).

Tatsache ist jedenfalls, daß die deutschen Vorschläge am 31. August vormittags sowohl in London, wie auch in Warschau bekannt waren und Tatsache ist ebenso, daß die englische Regierung im Laufe dieses entscheidenden Tages keine ernstlichen Versuche mehr unternahm, die Krise zu überwinden. Durch eine Intervention Englands hätte sie auch noch am 31. August ohne weiteres behoben werden können. Man brauchte nur den Botschafter Lipski zur Entgegennahme der deutschen Vorschläge von Warschau aus autorisieren zu lassen, aber nicht einmal das geschah.

Auch aus der Aussage des Schweden Dahlerus im Nürnberger Prozeß bestätigt sich, daß die Londoner Regierung am 31. August zu keinem ernsthaften Schritt mehr bereit war, obwohl sie wußte, daß die Alternative Krieg bedeutete. Zu den Dahlerus-Verhandlungen sagte mir Adolf Hitler damals, daß er durch diesen Kanal mit den Engländern Fühlung halten lasse, um zu sehen, ob sich hier irgendeine neue Möglichkeit abzeichnen würde. Er liebte es bekanntlich, auf mehreren Wegen zu operieren und so ist sein Versuch verständlich, bei der schicksalsschweren Bedeutung der Sache auch inoffiziell zu erforschen, ob nicht doch noch eine Möglichkeit der Verständigung bestehe. Hitler setzte allerdings nicht viel Vertrauen auf Dahlerus, den Göring zu ihm gebracht hatte. Leider

*) Vgl. Aussage des damaligen Ministerialdirektors Hans Fritzsche im Nürnberger Prozeß 28. 6. 1946 Vormittagssitzung. Sitzungsprotokolle Band XVII, Seite 214.

haben auch die Dahlerus-Verhandlungen zu keinem Resultat geführt. Ich wäre über einen Erfolg nur zu froh gewesen. Allerdings ist dazu zu sagen: Wenn die Engländer einem Kompromiß zustimmen w o l l t e n, hätten sie das entweder Henderson oder Dahlerus gesagt, wahrscheinlicher aber ihrem Berliner Botschafter – und dann hätte man sich geeinigt.

Wenn man aus diesem Zwischenspiel die Version ableitet, daß Göring dabei etwa im Gegensatz zu mir gestanden hätte, so ist eine solche Verkennung der Position des Führers wie auch der damaligen politischen Lage für jeden Eingeweihten grotesk. Zweifellos wollte auch Göring eine friedliche Lösung, aber gerade die Dahlerus-Aktion hat gezeigt, daß die Engländer auch ihm gegenüber nicht zum Einlenken bereit waren.

Am Abend des 31. August um 18.30 Uhr sprach der polnische Botschafter Lipski bei mir vor. Er erklärte, daß die polnische Regierung „für den Vorschlag der britischen Regierung sei"; eine formelle Antwort darüber werde der deutschen Regierung „bald" zukommen. Für die Entgegennahme deutscher Vorschläge oder gar für irgendeine tatsächliche Verhandlung oder auch nur Besprechung hatte Lipski k e i n e Ermächtigung, was er mir gegenüber ausdrücklich betonte. Am gleichen Tage hatte der polnische Außenminister dem britischen Botschafter Kennard mündlich versichert, daß der polnische Botschafter in Berlin n i c h t ermächtigt würde, deutsche Vorschläge entgegenzunehmen (Britisches Blaubuch, Dokument 96).

D a s war der polnische Verhandlungswille, mehr als drei Tage nach der von der britischen Regierung behaupteten festen Zusage Polens, in sofortige Verhandlungen mit Deutschland eintreten zu wollen.

In seiner Parlamentsrede vom 1. September hat der britische Premierminister Chamberlain wahrheitswidrig behauptet, der polnische Botschafter habe mir am 31. August abends „erneut die polnische Verhandlungsbereitschaft mitgeteilt". Als Ant-

wort darauf hätten dann die deutschen Truppen „ohne noch ein Wort zu verlieren" in den Morgenstunden des 1. September die polnischen Grenzen überschritten. In Wirklichkeit lag zwischen diesen beiden Ereignissen noch die amtliche Verkündung der deutschen 16 Punkte über alle Reichssender am 31. August abends um 21.15 Uhr*).

Mit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge hatte die deutsche Regierung Polen noch einmal die Möglichkeit eröffnet, den versprochenen Verhandlungen zuzustimmen. Noch hätten sich die Ereignisse korrigieren lassen, wenn die polnische Regierung den ihr jetzt öffentlich zugeworfenen Ball aufgenommen und über ihren Rundfunk eine positive Einstellung mitgeteilt hätte. Der Warschauer Sender hat in der Tat noch am 31. August um 23 Uhr geantwortet. Aber diese Antwort – sie fehlt im britischen Blaubuch – sprach nur von einem „unverschämten Vorschlag" und wies Verhandlungen entrüstet zurück. Deutschland, so wurde zynisch betont, habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort der Warschauer Regierung bestehe in militärischen Anordnungen.

Diese polnische Haltung wird nur dann verständlich, wenn man zwei Tatsachen berücksichtigt, die zum Teil erst während des Nürnberger Prozesses offenkundig geworden sind:

1. Die britische Regierung hatte in Warschau nicht nur nichts Entscheidendes zur Lösung des deutsch-polnischen Problems getan, sondern sogar einen etwaigen Besuch des polnischen Außenministers Beck in Berlin als „unerwünscht" bezeichnet. Offenbar befürchtete man, daß sich Beck bei einer Aussprache mit Adolf Hitler doch noch zu einer friedlichen Regelung entschließen werde.

---

*) In sein Tagebuch notierte Chamberlain wenige Tage später rückblickend die bemerkenswerten Sätze: „Ich glaube, daß Hitler ernstlich ein Übereinkommen mit uns angestrebt (seriously contemplated) und daß er ebenso ernstlich Vorschläge – die später über den Rundfunk veröffentlicht wurden – ausgearbeitet hat." (Tagebuchnotiz vom 10. 9. 1939, zitiert nach Feiling a. a. O. S. 417).

2. Botschafter Lipski, offenbar informiert über die Pläne deutscher Oppositionskreise, war der Meinung, daß „bei Kriegsbeginn in Deutschland ein Militärputsch ausbrechen", „Adolf Hitler beseitigt" und „die polnische Armee in spätestens 6 Wochen in Berlin sein werde" *).

Lipskis Äußerung ist heute verständlich, da nach der Aussage von Gisevius in Nürnberg die deutsche Verschwörergruppe, der Minister, der Generalstabschef, Generäle, höhere Beamte u. a. m. angehörten, England in diesen Tagen beschworen hat, den deutschen Wünschen nicht nachzugeben, „sondern fest zu bleiben", dann gäbe es Krieg, die Armee werde Hitler den Gehorsam kündigen und England könne dann gemeinsam mit ihr den Nationalsozialismus und Hitler beseitigen.

Am 2. September machte Mussolini noch einen Versuch zur Lösung der Krise. Er schlug eine internationale Konferenz vor, die am 5. September zusammentreten und das Ziel haben sollte: „die Bestimmungen des Versailler Vertrages als die Ursache der dauernden Störung des europäischen Lebens einer Revision zu unterziehen." Der Duce ließ wissen, daß er diese Konferenz zustandebringen könne, „wenn die Armeen stehenbleiben".

Wir nahmen diesen Vorschlag an und als auch Frankreich positiv antwortete, sah es am 2. September einige Stunden lang so aus, als ob der Friede doch noch gerettet werden könnte. Nur die britische Regierung lehnte durch Lord Halifax am Nachmittag des 2. September im Oberhaus diesen letzten Friedensvorschlag ab.**)

---

*) Vgl. dazu Aussage Dahlerus im Nürnberger Prozeß Vormittagssitzung des 19. März 1946. Sitzungsprotokolle Band IX, Seite 521.

**) Daß die britische Regierung den Mussolini-Vorschlag ebenso wie die Dahlerus-Verhandlung nur als „Komplikation" betrachtete, wird in Chamberlains Tagebucheintragung vom 10. September 1939 mitgeteilt: „Die letzten lang hingezogenen Agonien (the final long-drawn-out agonies), die der wirklichen Kriegserklärung vorausgingen, waren so unerträglich, wie es nur sein konnte. Es lag uns daran, die Dinge sich

Die englische und die französische Kriegserklärung wurden im Auswärtigen Amt am 3. September vormittags abgegeben. Als der Führer sie erhielt, sagte er kein Wort. Er hatte meines Erachtens damit gerechnet.

*

Meine Rolle in der Polenkrise, die ich hier geschildert habe, ist so eindeutig, daß kein Mensch in der Welt mich der Kriegstreiberei beschuldigen kann, wenn er sich die Mühe macht, die Tatsachen zu prüfen. Ich habe der Geschichte gegenüber nichts zu verheimlichen und weiß, daß ich alles getan habe, um in den Krisentagen ausgleichend zu wirken und eine friedliche Lösung zu finden. Ich habe auch dem Führer keinen Zweifel über das Ausmaß des Risikos gelassen, das er einging. Bei der Erteilung des zweiten Vormarschbefehles, für den vermutlich die militärischen Nachrichten von der polnischen Generalmobilmachung den Ausschlag gaben, hat Hitler wohl selbst nicht mehr an ein Beiseitestehen Englands geglaubt.

Selbstverständlich habe ich in den Tagen der Krise, um die Politik des Führers zu unterstützen, meinem Amte und dem Diplomatischen Korps gegenüber eine eindeutige Haltung eingenommen, denn darin lag die einzige Chance den Gegner zum Kompromiß zu bringen. Mit einer unsicheren oder zweideutigen Haltung des Außenministers konnte in dieser Situation keinesfalls eine Friedensbereitschaft der Gegenseite erzielt werden.

Daß es im Gegensatz zur Sudetenfrage bei dem ähnlich gelagerten Danzig- und Korridorproblem nicht gelang zu einer

zuspitzen zu lassen (we were anxious to bring things to a head), aber es gab da drei Komplikationen: die geheimen Verhandlungen, die durch einen neutralen Mittelsmann mit Göring und Hitler liefen, der Konferenzvorschlag von Mussolini und das französische Bestreben, die eigentliche Kriegserklärung so lange wie möglich hinauszuschieben, bis sie ihre Frauen und Kinder evakuiert und ihre Armeen mobilisiert hatten, wir konnten darüber sehr wenig vor der Öffentlichkeit sagen . . ." (there was very little of this what we could say in public). (Feiling a. a. O.)

friedlichen Regelung zu kommen, lag einerseits daran, daß England zum Kriege entschlossen war, weil es eine weitere Erstarkung Deutschlands nicht wünschte und daß andererseits Hitler den Kampf nicht scheute, falls man seine vernünftigen Vorschläge nicht annähme.

Der letzte Schritt der Entwicklung, die mit dem britisch-polnischen Bündnis begonnen hatte, war getan: England wußte, daß Polen dieses englische Bündnis dazu ausnützen werde, um nunmehr immer rücksichtsloser gegen das Deutschtum in seinen Grenzen vorzugehen. Durch Verbindung der englischen Einkreisungspolitik mit dem polnischen Chauvinismus wurde das Problem Danzig-Korridor erst mit dem Dynamit geladen, das den europäischen Frieden eines Tages zwangsläufig in die Luft sprengen mußte.

Es besteht heute keinerlei Zweifel mehr, daß England in den letzten beiden Augusttagen die Möglichkeit gehabt hätte, durch einen Wink in Warschau die Krise und damit die Kriegsgefahr zu beseitigen. Daß die britische Regierung das bewußt nicht tat, zeigt, daß England zum Kriege entschlossen war.

Wir wußten damals allerdings noch nicht, daß man in London auf die bereits erwähnte Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern rechnete und dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen hoffte. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, in den letzten Augusttagen vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung wahrscheinlich den Ausschlag gegeben. *)

*) In der Textausgabe „Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß" (Schwäbisch-Gmünd 1950) wird auf Seite 18 ein Brief des früheren Botschaftsrats Theodor Kordt an den ehemaligen britischen Außenminister Lord Halifax vom 29. Juli 1947 wiedergegeben, der durch eine Eidesstattliche Erklärung von Lord Halifax als zutreffend bestätigt wurde. Darin wird über die Tätigkeit der Brüder Kordt folgendes festgestellt: „Während der Jahre 1938 und 1939 war ich in engem (manchmal täglichem) Kontakt mit dem ersten diplomatischen Ratgeber der Regierung Seiner Majestät,

Daß wegen des Danzig-Korridor-Problems der deutsch-englische Krieg ausbrach, ist die Tragik Europas. Ich bin sicher, daß Adolf Hitler eine Lösung dieser Frage in unserem Sinne letzten Endes auch als im englischen Interesse liegend beurteilt hat. Er fürchtete immer, daß der erwachte Osten eines Tages eine gewaltige Macht entfalten werde. Er hat die Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht zuletzt deshalb erstrebt, um bessere strategische Abwehrpositionen zu gewinnen.

Sir Robert Vansittart. Mein Bruder fuhr mehrmals persönlich nach London, trotz der offenbaren Gefahr für seine Sicherheit, um Sir Robert Vansittart persönlich von der am Himmel der internationalen Politik drohenden Gefahr zu unterrichten. Sir Robert versicherte mir, daß er diese Mitteilungen sofort an Sie (Lord Halifax) weitergeben werde; sie betrafen z. B. Hitlers Pläne über ein Abkommen mit der Sowjetunion, die Bündnisverhandlungen zwischen Hitler und Mussolini und den Rat der deutschen Widerstandsbewegung, auf Mussolini .... einen Druck auszuüben ...".

Der damalige Leiter des mitteleuropäischen Sektors des britischen Geheimdienstes Cpt. S.P. Best berichtet über die Informationen, die dem britischen Kabinett in jenen Tagen vorlagen: „Bei Ausbruch des Krieges hatte unser Intelligence Service zuverlässige Informationen, daß Hitler einer Opposition vieler Männer gegenüberstand, die die höchsten Funktionen in seiner Wehrmacht und seinen Ämtern inne hatte ..... Nach unseren Informationen hatte diese Oppositionsbewegung solche Ausmaße angenommen, daß sie sogar zu einer Revolte und dem Sturz der Nazis hätte führen können." (Zitiert nach „Der Monat", Juli 1951, Seite 103.)

Auch der frühere südafrikanische Verteidigungsminister Pirow berichtet über „durch deutsche Verräter ermutigte Kriegshetze der Chauvinisten in London" und daß, „wenn Krieg ausbräche zwischen England und Deutschland mit einem Aufstand gegen Hitler zu rechnen sei." (Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 4. 1952.)

Premierminister Chamberlain notierte am 10. September 1939 – also wenige Tage nach Kriegsausbruch – folgende Überlegungen in sein Tagebuch: „Was ich erhoffe, ist nicht der militärische Sieg – ich zweifle sehr, ob er möglich ist (I very much doubt the feasibility of that) – aber ein Zusammenbruch der deutschen inneren Front" (Feiling a. a. O. S. 418).

AUSSENPOLITIK IM KRIEGE

Am 27. 9. 1939 – noch in den letzten Tagen des Polenfeldzuges – flog ich zur Regelung der durch das sowjetische Eingreifen in Polen aufgetretenen Fragen zum zweiten Male nach Moskau und fand bei Stalin und Molotow eine ausgesprochen freundliche, fast herzliche Aufnahme. Bei diesem Besuch wurden die bekannten Grenzen zwischen dem späteren Generalgouvernement und der Sowjetunion in der großen Linie festgelegt. Gleichzeitig wurden weitreichende Handelsvereinbarungen besprochen und ein Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939 unterzeichnet.

Erneut zeigte sich die Zähigkeit der Russen bei der diplomatischen Verfolgung ihrer Ziele, als Stalin und Molotow unter Verzicht auf gewisse Gebiete in Polen (Lublin) im Gegensatz zu den im August getroffenen Abmachungen nun auch Anspruch auf Einbeziehung Litauens in die sowjetische Interessensphäre erhoben. Weil die Russen in dieser Frage ganz hartnäckig blieben, verständigte ich vom Kreml aus den Führer telephonisch. Einige Zeit später wurde ich von ihm wieder angerufen, er erklärte mir – anscheinend nicht ganz leichten Herzens – daß er einverstanden sei, Litauen mit in die russische Interessensphäre einzuschließen. Er fügte hinzu, „ich möchte ein ganz enges Verhältnis herstellen". Als ich diese Bemerkung Stalin übermittelte, meinte er lakonisch: „Hitler versteht sein Geschäft".

Nach meiner Rückkehr sagte mir Adolf Hitler, er habe in der litauischen Frage den Russen beweisen wollen, „daß er alles für einen Dauerausgleich mit dem östlichen Nachbarn tun und von Anfang an ein rechtes Vertrauensverhältnis herstellen wolle“. Ich zweifle auch heute noch nicht daran, daß diese Bemerkung damals aufrichtig gemeint war und daß Adolf Hitler zu diesem Zeitpunkt ernstlich mit einer Verständigung auf längste Sicht rechnete. Trotz des auffallenden russischen Interesses für Litauen beurteilte Hitler damals die sowjetischen Absichten gegenüber Deutschland als durchaus im Sinne der geschlossenen Verträge. In meiner Berichterstattung nach Rückkehr aus Moskau bestärkte ich ihn in dieser Auffassung.

Mir waren allerdings in den Verhandlungen, die auf russischer Seite wie bei meinem ersten Besuch vornehmlich von Stalin selbst und nur zum Teil durch Molotow geführt wurden, zwei Äußerungen Stalins aufgefallen:

Als ich nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zu Stalin sagte, daß nach meiner Überzeugung nunmehr Deutsche und Russen niemals wieder die Waffen kreuzen dürften, überlegte Stalin eine Weile, bis er dann wörtlich erwiderte: „Das sollte wohl so sein.“ Ich ließ mir diese Bemerkung durch den dolmetschenden Botschaftsrat Hilger wiederholen, weil mir die Formulierung ungewöhnlich erschien.

Noch eine andere Antwort Stalins ist mir aus unseren Gesprächen während meines zweiten Moskauer Besuches fest im Gedächtnis haften geblieben. Als ich bei ihm wegen einer möglichen engeren Bindung über den Freundschaftsvertrag hinaus in Richtung auf ein reguläres Bündnis für die kommenden Kämpfe mit den Westmächten sondierte, antwortete mir Stalin: „Ich werde niemals dulden, daß Deutschland schwach wird.“

An diese beiden Äußerungen Stalins habe ich später oft denken müssen. Was hat er damals mit diesen Worten ausdrücken wollen? Scharfe Kritiker der Sowjetunion – unter ihnen auch der frühere englische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson – behaupten, Stalin habe den Pakt mit Deutschland überhaupt nur abgeschlossen, um den Führer zum Vorgehen gegen Polen zu veranlassen, wohl wissend, daß England und Frankreich dann eingreifen würden. Nach dem voraussichtlichen Siege Deutschlands über Polen werde Rußland erstens wichtige, ihm nach dem letzten Krieg verloren gegangene Gebiete wiedererhalten, zweitens könne es in Ruhe zusehen, wie sich Deutschland im Krieg mit den Westmächten erschöpfe, um dann im gegebenen Augenblick das Gewicht der Roten Armee zum Weitertreiben der Bolschewisierung Europas einzusetzen.

Ich weiß nicht, ob dieses Urteil über die damaligen Absichten Stalins berechtigt ist. Seine beiden Äußerungen lassen sich jedenfalls unterschiedlich interpretieren: Die erste zeigte, daß Stalin gegenüber meinem aus echter Überzeugung kommenden Ausspruch: „Nie wieder Krieg zwischen Deutschen und Russen“ eine wesentlich kühlere Haltung einnahm; dachte er in diesem Augenblick an den nie aufgegebenen Gedanken eines Weitertragens der bolschewistischen Revolution nach Deutschland und Europa und damit also doch an die Möglichkeit eines zukünftigen deutsch-russischen Kampfes? Oder fühlte er sich als ein Mann geschichtlichen Formates zu groß, um mir im Augenblick des Abschlusses eines Freundschaftsvertrages mit einer gewöhnlichen diplomatischen Floskel zu antworten? Dachte er an die Unmöglichkeit, den Gegensatz der beiden Weltanschauungen zu überbrücken – so wie der Führer es später auffaßte – und glaubte er, daß eben aus diesen Gründen früher oder später doch eine Auseinandersetzung unumgänglich sei?

In Verbindung mit der ersten Äußerung erhält die zweite noch mehr Bedeutung. Aus ihr sprach unzweideutig das Bewußtsein der militärischen Stärke der Sowjetunion und die

Absicht, im Falle eines für Deutschland unglücklichen Kriegsverlaufes einzugreifen. Diese Äußerung, dessen entsinne ich mich genau, wurde von Stalin in einer so spontanen Form vorgebracht, daß sie gewiß seiner damaligen Überzeugung entsprach. Mich überraschte besonders die große Selbstsicherheit hinsichtlich der Roten Armee, die aus den Worten Stalins zu sprechen schien.

Meine persönliche Meinung geht dahin, daß Stalin die Verständigung mit Deutschland zunächst als ein besonders gutes Geschäft ansah, das es ja tatsächlich auch war. Ferner mag er wohl auch der Überzeugung gewesen sein, daß Rußland bei einem Kriege zwischen Deutschland und den Westmächten nichts verlieren könne. Vielleicht glaubte er im Westen an die Möglichkeit eines jahrelangen Schützengrabenkrieges wie 1914–18. Würde der Krieg von langer Dauer sein, und Deutschlands Position dadurch schwächer werden, so war das Reich dann wirtschaftlich und ernährungsmäßig um so mehr auf russische Hilfe angewiesen. War Deutschland der Verlierer, so war der Roten Armee eine große Gelegenheit geboten, nach Mitteleuropa zu gelangen. Würde ein solcher Krieg „remis" beendet, dann waren alle kriegführenden Parteien jedenfalls geschwächt und Rußland sicher nicht im Nachteil. Welche Meinung Stalin wirklich gehabt hat, wird man wohl nie erfahren – aber so ähnlich mögen seine Gedankengänge gewesen sein. Der schnelle deutsche Sieg im Westen war dann sicherlich eine Überraschung für Stalin. Noch während unseres Vormarsches in Frankreich wurde eine neue Tendenz in der sowjetischen Politik uns gegenüber fühlbar, und damit begann die tragische Entwicklung, die zum Ausbruch des deutsch-russischen Krieges im Juni 1941 führte.

Im Gegensatz zum ersten Besuch fanden diesmal mehrere festliche Veranstaltungen statt. Glanzvolle Einladungen wurden uns gegeben. In der Oper wurde zu Ehren der deutschen Delegation Tschaikowskys „Schwanensee" aufgeführt. Wir

saßen in der großen Mittelloge und bewunderten die ausgezeichnete musikalische Darbietung und die einzigartige Schönheit des russischen Balletts. Ich hatte schon oft gehört, daß die Leistungen der heutigen russischen Oper jenen der zaristischen Zeit in nichts nachstehe. Die Primaballerina, die uns zu Ehren aus Leningrad gekommen war, tanzte hinreißend. Ich wurde an eine Zeit erinnert, die inzwischen ein Vierteljahrhundert zurücklag, als ich – noch vor dem Ersten Weltkrieg – im Hause Newyorker Freunde die unvergeßliche Anna Pawlowna kennenlernte und diese seltene Frau bewunderte. In der Moskauer Oper wollte ich der Tänzerin unseren Dank aussprechen, aber Graf Schulenburg riet davon ab – dies werde nicht gern gesehen. Ich habe der Primaballerina dann aber doch Blumen geschickt und ich hoffe, daß ihr das im Kreml nicht übelgenommen wurde.

Stalin gab uns ein großes Bankett, zu dem alle Mitglieder des Politbüros eingeladen waren. Als ich mit unseren Herren die große Treppe des ehemaligen zaristischen Palastes, in dem das Bankett stattfand, hinaufstieg, sahen wir zu meiner Überraschung vor uns ein großes Gemälde, das den Zaren Alexander II. unter seinen Bauern nach der Abschaffung der Leibeigenschaft darstellte. Es schien auch dies neben manch anderen Eindrücken ein Zeichen dafür, daß sich im Stalinschen Moskau eine Evolution von den weltrevolutionären Thesen in eine mehr konservative Richtung anbahne. Der Film „Peter der Große", der gerade in Moskau uraufgeführt wurde, konnte in gleicher Richtung gedeutet werden.

Von den Mitgliedern des Politbüros, die uns erwarteten, und von denen man so viel Sagenhaftes gehört hatte, war ich eigentlich angenehm überrascht, jedenfalls haben meine Mitarbeiter und ich in diesem Kreise einen harmonischen Abend verbracht. Der Danziger Gauleiter, der mich auf dieser Reise begleitete, sagte mir auf dem Rückflug, er habe manchmal fast geglaubt, „sich unter alten Parteigenossen" zu befinden.

Während des Banketts wurden nach russischem Brauch eine Unzahl von Reden gehalten und jedem der Anwesenden – bis zu den Sekretären – zugetrunken. Meist sprach Molotow, der von Stalin, neben dem ich saß, zu immer neuen Reden angespornt wurde. Es wurden ausgezeichnete Speisen aufgetragen und dazu ein besonders kräftiger brauner Wodka eingeschenkt. Dieses Getränk war so stark, daß es fast den Atem benahm. Stalin dagegen schien der braune Wodka gar nichts anhaben zu können. Als ich ihm gegenüber eine bewundernde Bemerkung über die russischen Kehlen im Vergleich zu unseren deutschen machte, lachte Stalin und verriet mir mit einem Augenzwinkern: Sein Getränk war nur Krimwein, aber es hatte die gleiche Farbe wie der teuflische Wodka!

Im Verlaufe des Abends hatte ich verschiedene freundschaftliche Gespräche mit einzelnen Mitgliedern des Politbüros, die zum Anstoßen zu mir kamen. Ich erinnere mich besonders an Marschall Woroschilow und an den Minister für das Transportwesen, Kaganowitsch. Von ihm und seiner jüdischen Sippe war bei uns in Deutschland oft die Rede gewesen. Man zählte sie zu den ganz großen Drahtziehern des internationalen Judentums. Mein Gespräch mit Herrn Kaganowitsch war nur kurz, aber durch alle meine Beobachtungen, sowohl an diesem Abend wie auch sonst während meiner beiden Moskauer Aufenthalte bestätigte sich meine Überzeugung, daß es ernstlich eine vom internationalen Judentum zwischen Moskau, Paris, London und New York gesteuerte Aktion nicht gegeben hat. Im Moskauer Politbüro, dem für Rußland absolut maßgebenden Gremium, saßen außer Kaganowitsch keine Juden. Auch unter den sonstigen höchsten Funktionären fand ich nur sehr wenige. Nach meinen eigenen Beobachtungen in Paris, London und Moskau und auf Grund aller Nachforschungen, die ich in dieser Frage anstellen ließ, hat es jüdische Querverbindungen zwischen Moskau und gleichen Kreisen in den westlichen Hauptstädten nicht gegeben. Über die Komintemzentrale mögen Fäden zwischen diesen Städten und Ländern gelaufen sein und sicher saßen in ihr auch Juden. Daß aber planmäßig von einer internationalen jüdischen Zentrale aus an der Bolschewisierung der Welt gearbeitet wurde – diese These ist nach meiner Meinung unhaltbar.

Nach meiner Rückkehr aus Moskau habe ich gerade über diese Frage oft mit Adolf Hitler gesprochen und ich gewann den Eindruck, daß er – zumindest in den Jahren 1939 und 1940 – sich meinen Auffassungen nähere. Allerdings schwankte er sehr stark in seinen Meinungsäußerungen und ich weiß nicht, ob und inwieweit bei ihm taktische Erwägungen mir gegenüber eine Rolle spielten. Ich hatte jedenfalls damals die starke Hoffnung, ihn auf dem Wege über die politische Verständigung mit Rußland auch zu einem evolutionären Denken in den Weltanschauungsfragen zu bestimmen und damit auch einen Wandel in seiner Einstellung zum Judentum herbeizuführen. Ich war überzeugt, daß Außenpolitik nicht unter weltanschaulichen Gesichtspunkten betrieben werden kann. Im weiteren Verlauf des Krieges ist der Führer dann wieder immer schärfer zu seiner Auffassung über die angebliche Wirksamkeit einer internationalen jüdischen Verschwörung zurückgekehrt. Davon wird an anderer Stelle noch zu sprechen sein.

*

Da es meinem Mann nicht möglich war, seine Erinnerungen vollständig niederzuschreiben, fehlt eine zusammenfassende Darstellung der deutschen Außenpolitik in den ersten Kriegsjahren. Nachstehend werden dazu seine nur teilweise erhaltenen Einzel-Niederschriften wiedergegeben.

Vor und im Kriege waren für die deutsche Politik gegenüber den neutralen Ländern Westeuropas folgende Gesichtspunkte maßgebend:

Zwischen Deutschland und Dänemark bestand seit 1926 ein Ausgleichs- und Schiedsvertrag. Bei der Besetzung von Dänemark am 9. April 1940 ging es freilich nicht um die Schlichtung einer Streitfrage, sondern um eine aus strategischen Gründen sofort gebotene militärische Maßnahme, die ihren Grund in den erkannten Absichten der britischen Kriegführung hatte. Im Falle Dänemarks ist Deutschland nur einem von England geplanten Angriff auf Norwegen zuvorgekommen, der die Gefahr eines weiteren Vorgehens gegen Dänemark in sich schloß. Die deutsche Maßnahme fand ihre Parallele im Vorgehen Englands gegenüber Island und der USA gegenüber Grönland in den Jahren 1940–41. Nach ihren Erklärungen wollten die beiden Staaten der angeblichen Gefahr einer Besetzung Islands bzw. Grönlands durch andere Mächte zuvorkommen. Es ist freilich zu beachten, daß für Island und Grönland 1940 und 1941 eine deutsche Bedrohung nicht vorlag, unbestreitbar aber im Frühjahr 1940 eine solche für Dänemark und Norwegen von englischer Seite. Tatsache ist, daß sowohl England wie die USA sich über die Besetzung Islands und Grönlands mit Dänemark nicht verständigt oder etwa gar einen internationalen Gerichtshof angerufen haben. Uns war es dagegen möglich, unmittelbar nach Übergabe des deutschen Memorandums vom 9. April 1940 mit der dänischen Regierung Stauning ein Einvernehmen herzustellen. Die Reichsregierung sagte zu, Dänemarks territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit nicht anzutasten. Die dänischen Truppen enthielten sich darauf jedes Widerstandes. Die deutsche Zusicherung ist bis zum letzten Kriegstag gehalten worden.

Norwegen gegenüber bestand folgende Situation: Bei Kriegsbeginn, am 2. September 1939, hatte Deutschland die Unverletzlichkeit und Souveränität Norwegens zugesichert, aber ausdrücklich erklärt, daß diese Zusicherung nur unter dem Vorbehalt abgegeben werde, daß Norwegen seinerseits gegenüber dem Reich unverbrüchliche Neutralität beobachten

und keine Verletzung der norwegischen Neutralität durch irgendeine dritte Macht dulden werde. Der Vorbehalt war um so bedeutsamer, als die norwegische Regierung damals den Abschluß eines ihr von uns angebotenen Nichtangriffspaktes abgelehnt hatte. Durch geheime Abmachungen mit England hat sie dann die übernommene Neutralitätsverpflichtung schon vor dem 9. April 1940 verletzt.

Durch einen vom 3. April 1940 datierten, aber mir erst am 7. April ausgehändigten Brief des Oberkommandos der Wehrmacht wurde ich von der seit längerer Zeit durch das OKW vorbereiteten und nun bevorstehenden Besetzung Dänemarks und Norwegens unterrichtet*).

Adolf Hitler teilte mir mit, daß ihm zuverlässige Nachrichten vorlägen, wonach England binnen kurzem Norwegen besetzen werde. Um den Engländern zuvorzukommen, habe er sich entschlossen, am 9. April deutsche Truppen nach Däne-

---

*) Dieser Brief hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 3. April 1940

An den
Herrn Reichsminister des Auswärtigen.
Sehr geehrter Herr von Ribbentrop!

Die militärische Besetzung Dänemarks und Norwegens ist auf Befehl des Führers vom Oberkommando der Wehrmacht seit längerer Zeit vorbereitet worden. Dem Oberkommando der Wehrmacht stand daher ausreichend Zeit zur Verfügung, sich mit allen Fragen zu befassen, die für die Durchführung dieser Operation zu regeln sind. Die Zeit, die Ihnen für die politische Vorbereitung der Aktion zur Verfügung steht, ist demgegenüber sehr viel kürzer. Ich glaube daher in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich Ihnen beiliegend nicht nur diejenigen Wünsche der Wehrmacht übermittele, die aus rein militärischen Gründen von den Regierungen in Oslo, Kopenhagen und Stockholm erfüllt werden müßten, sondern wenn ich daran eine Reihe von Wünschen anschließe, die zwar die Wehrmacht nur indirekt berühren, für die Erfüllung ihrer Aufgabe aber von größter Bedeutung sind.

Ich darf zur Herstellung einer vollen Übereinstimmung des Handelns bitten, möglichst bald die persönliche Fühlungnahme zwischen den für Oslo und Kopenhagen bestimmten deutschen Bevollmächtigten und den militärischen Befehlshabern herzustellen. Die Gesamtleitung der militärischen Operation liegt in den Händen des Generals der Infanterie v. Falkenhorst, Befehlshaber der Gruppe XXI. Unter ihm leitet die Besetzung Dänemarks das Höhere Kommando z. b. V. XXXI., Befehlshaber General der Flieger Kaupisch.

mark und Norwegen zu entsenden. Ich wurde beauftragt, der dänischen und norwegischen Regierung durch Memoranden, die in den frühen Morgenstunden des 9. April übermittelt werden sollten, die Notwendigkeit der militärischen Aktion zu erklären: Nur ein Zuvorkommen Deutschlands könne England daran hindern, Skandinavien zum Kriegsschauplatz zu machen. Zur Fertigstellung der Noten, für die mir der Führer noch verschiedene Unterlagen an die Hand gab und für ihre Übermittelung nach Kopenhagen und Oslo standen mir nur 36 Stunden zur Verfügung.

Aus den Dokumenten, die mir Adolf Hitler damals zeigte, und aus den weiteren Unterlagen, die den deutschen Truppen bei den Besetzungsaktionen in die Hände fielen, wurde ganz zweifelsfrei bewiesen, daß Adolf Hitler damals Recht hatte und die Engländer tatsächlich in den gleichen Tagen einen Schlag gegen Norwegen beabsichtigten.

Auch vor dem Einmarsch in das Gebiet der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs wurde das Auswärtige Amt erst unmittelbar vor dem Beginn der militärischen Operationen mit der Übergabe von Memoranden an die Regierungen dieser Länder und der Aushändigung einschlägigen Materials beauftragt.

Namens der deutschen Reichsregierung teilte ich den Regierungen von Belgien und Holland mit, daß ein Angriff Englands und Frankreichs über belgisches und niederländisches Gebiet unmittelbar bevorstehe und daß Belgien und die Niederlande die Bedingungen nicht gewahrt hätten, unter denen sich Deutschland bei Kriegsbeginn auch ihnen gegenüber zur Anerkennung ihrer Neutralität verpflichtet hätte. Tatsächlich hatten die Generalstäbe dieser Länder bereits längere Zeit vor dem deutschen Einmarsch Maßnahmen militärischer Art im Einvernehmen mit England und Frankreich getroffen.

Der Regierung von Luxemburg hatte ich mitzuteilen, daß die von England und Frankreich im Einverständnis mit Belgien und den Niederlanden beschlossene Offensive auch das luxemburgische Staatsgebiet umfassen werde und daß die Reichsregierung deshalb genötigt sei, die zur Abwehr des Angriffes eingeleiteten Operationen auch auf luxemburgisches Gebiet zu erstrecken. Ich verwies darauf, daß die im Sommer 1939 zwischen den beteiligten Mächten über eine Neutralisierung Luxemburgs geführten Verhandlungen von Frankreich plötzlich abgebrochen worden seien und ich bemerkte, daß dieser damals auffällige Vorgang jetzt seine Erklärung gefunden habe.

Für die Memoranden wurden mir von Adolf Hitler und dem OKW die ihnen bis dahin bekannt gewordenen Tatbestände mitgeteilt und von mir in knapper Form verwandt. Während des Frankreich-Feldzuges und unmittelbar danach wurden dann auf dem Bahnhof der französischen Stadt La Charité und an anderen Stellen die Geheimakten des französischen Generalstabes erbeutet. Sie bestätigten – und zwar in Urkunden der Mächte, die gegen mich in Nürnberg Anklage erhoben haben – die Thesen meiner Memoranden vom 10. Mai 1940 in allen Punkten und brachten die letzten Geheimnisse der englisch-französischen Politik und Kriegführung ans Licht. Diese – in ihren wichtigsten Dokumenten später veröffentlichten – Akten des französischen Generalstabes beweisen, daß der Plan, eine englisch-französische Offensive über belgisches und holländisches Gebiet gegen das Ruhrgebiet vorzutragen, einen festen Bestandteil der Strategie der Westmächte bildete und daß die militärischen Vorbereitungen dafür

---

Der ausdrücklichen Weisung des Führers folgend, darf ich ferner bitten, den Kreis der an den Vorbereitungen zu beteiligenden Personen auf das Äußerste zu beschränken. Außer dem Auswärtigen Amt und dem Oberkommando der Wehrmacht sind weitere Oberste Reichsbehörden und sonstige Dienststellen grundsätzlich nicht beteiligt. Die erforderliche Unterrichtung der Obersten Reichsbehörde wird erst am Besetzungstage selbst durch das Oberkommando der Wehrmacht veranlaßt werden.

Heil Hitler
Ihr sehr ergebener
gez. Keitel.

seit Beginn des Krieges an Ort und Stelle betrieben wurden. Nach Scheitern des englisch-französischen Skandinavien-Unternehmens wurde die praktische Durchführung dieser Pläne in Angriff genommen. Es waren dazu nicht nur Generalstabsabmachungen zwischen den obersten Befehlsstellen Frankreichs und Englands einerseits und Belgien und Holland andererseits getroffen worden, sondern es fielen uns auch Befehle in die Hände, die auf Grund dieser Abmachungen für alle Truppeneinheiten ausgearbeitet und diesen zur Orientierung ausgehändigt worden waren. Besonders charakteristisch für die bereits festliegenden Aufmarschpläne der belgisch-französisch-englischen Armeen ist ein Befehl, wonach bestimmte Straßen- und Zufahrtswege für die Evakuierung nicht in Anspruch genommen werden dürften, weil sie „für die britische Armee“ vorbehalten seien. Es war demnach das Aufmarschgebiet der britischen Armee zwischen den Generalstäben bereits in allen Einzelheiten festgelegt und diese Festlegung war zur weiteren Durchführung organisatorischer Maßnahmen schon den örtlichen belgischen Behörden zur Kenntnis gegeben worden. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sowohl Belgien wie Holland den Grundsatz der Neutralität selbst eindeutig verletzt hatten, bevor deutsche Truppen ihr Gebiet betraten.

*

Schon kurze Zeit nach dem Sieg im Westen habe ich dem Führer sehr eindringlich eine Verständigung mit Frankreich vorgeschlagen: Adolf Hitler ging darauf ein, und so kam es schon am 24. 10. 1940 zu dem Zusammentreffen mit Marschall Pétain in Montoire. In dieser historischen Besprechung ließ der Führer dem französischen Marschall keinen Zweifel darüber, daß er eine endgültige Verständigung und eine Zusammenarbeit mit Frankreich wünsche. Adolf Hitler sagte

Wiener Schiedsspruch

mir damals zu, daß im Falle eines ehrlichen Zusammengehens mit uns ein für Frankreich günstiger Friede geschlossen werden sollte. Leider zog sich Marschall Pétain hinter seinen Ministerrat zurück und ging offensichtlich nicht auf die ihm gemachten Avancen ein. So wurde die Unterhaltung schneller abgebrochen, als ich es gewünscht hatte.

Dieser deutsche Friedensschritt in Montoire und seine Aufrichtigkeit war schon deshalb von besonderer Bedeutung, weil wir uns wegen dieser in Aussicht genommenen Verständigung mit Frankreich in eine schwierige Lage zu Spanien brachten. Spanien hatte Aspirationen auf gewissen französischen Kolonialbesitz. Hitler ging hierauf nicht ein, weil er auf eine großzügige und endgültige Verständigung mit Frankreich hoffte. Das hatte weitgehende politische Folgen auf die deutsch-spanischen Beziehungen und die gesamte weitere Entwicklung des Krieges.

Die ehrenvolle Behandlung des unterlegenen Marschall Pétain in Montoire steht in krassem Widerspruch zu der Behandlung, die der schließlich unterlegenen deutschen Regierung durch das Nürnberger Gericht, in dem auch Frankreich vertreten war, zuteil wurde.

Ich muß hier auch auf die versöhnliche Geste des Führers hinweisen, die er auf meine Anregung hin dem Genius Napoleons und damit der Tapferkeit des besiegten Frankreich erwies. Die Leiche des Herzogs von Reichsstadt, des von Napoleon so sehr geliebten Sohnes, wurde am 15. Dezember 1940 nach Paris überführt und neben dem großen Korsen im Invalidendom beigesetzt. Die Anwesenheit des deutschen Botschafters und die militärischen Ehren, die dabei erwiesen wurden, zeigen die Achtung, die Adolf Hitler Frankreich zollte.

Marschall Pétain sagte in letzter Stunde die Teilnahme an dieser Zeremonie ab. Meine Mitarbeiter, besonders Botschafter Abetz, hatten sich in der Angelegenheit sehr bemüht und ich

war froh darüber, daß Adolf Hitler trotz einer gewissen Enttäuschung über Montoire so bereitwillig auf diesen Vorschlag eingegangen war. Die Absage des Marschalls war darauf zurückzuführen, daß man ihm eingeredet hatte, der Führer habe ihn nur deshalb nach Paris eingeladen, um ihn bei seiner Ankunft im besetzten Frankreich sofort verhaften zu lassen. Hitler war über diese ganz unwahre Unterstellung mit Recht empört.

Ein ebenso unglücklicher Umstand war, daß Marschall Pétain in demselben Brief, mit dem er für die dem französischen Soldaten erwiesene Ehre dankte, uns die Absetzung der mit der Besatzungsmacht zusammenarbeitenden französischen Regierung ankündigte. Dennoch habe ich im Laufe der folgenden Jahre immer wieder Versuche unternommen, eine endgültige Verständigung mit Frankreich zu erreichen und habe zu diesem Zweck den Gesandten von Renthe-Fink nach Vichy gesandt. Alle Bemühungen aber scheiterten an der französischen Regierung.

Im Laufe der Kriegsjahre haben das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Paris sich grundsätzlich für eine Politik des Ausgleichs mit Frankreich und für eine milde Handhabung der Besatzung eingesetzt. Hierüber liegen unzählige Beispiele aus den jetzt in französischer Hand befindlichen Akten vor. Die Bemühungen gingen sogar so weit, daß der Name des Botschafters Abetz, der als ausgesprochener Franzosenfreund galt, und von seiner französischen Frau in seinen Bemühungen unterstützt wurde, bei Hitler kaum noch genannt werden konnte, ohne seinen Unwillen über dessen allzu franzosenfreundliche Haltung hervorzurufen. Ich mußte Abetz sogar einmal einige Monate aus Paris zurückrufen, als gegen ihn in Deutschland allzu stark Sturm gelaufen wurde. Abetz oblagen ausschließlich die diplomatischen Verhandlungen mit der Vichy-Regierung. Mit der Verwaltung des besetzten Frankreichs auf militärischem und zivilem Gebiet hatte er nichts zu tun und trug auch keine Verantwortung

dafür, was auf diesem Gebiet geschah. Der von mir an Abetz bei seiner Ernennung erteilte Auftrag war sehr weitgehend, wurde vom Führer aber später dahin eingeschränkt, daß Abetz nur die diplomatische Funktion behielt und nur gewisse Mitbestimmungsrechte in Presse und Propaganda und auf dem kulturellen und wirtschaftlichen Sektor hatte. Entgegen den geltenden Bestimmungen, wonach kein hoher Beamter des Auswärtigen Amtes, der mit einer Ausländerin verheiratet war, auf seinen Posten im Ausland belassen werden durfte, blieb Abetz trotz seiner französischen Frau auf meine Veranlassung in Paris.

Ein besonderes Problem war in Frankreich dadurch entstanden, daß die französischen Norddepartements dem Bereich des Militärbefehlshaber Belgien angegliedert worden waren. Dies wurde von den Franzosen als eine politische Maßnahme angesehen. Ich habe mehrmals – u. a. in einem Memorandum – zu diesem Problem Stellung genommen und darauf gedrungen, daß auch der Schein etwaiger deutscher Ansprüche auf diese Norddepartements im Hinblick auf den Friedensschluß und auf eine spätere Verständigung mit England vermieden werden müsse. Trotzdem wurden die Departements im Zuge der Errichtung des Reichskommissariats noch im Jahre 1944 verwaltungsmäßig bei Belgien belassen.

Als 1943 in Frankreich eine Inflation drohte, habe ich den Gesandten Hemmen nach Frankreich geschickt, um diese zu verhindern. Das war beim Führer nur schwer durchzusetzen, da er der Auffassung war, daß es den Franzosen viel besser gehe als den Deutschen. Hemmen sollte durch entsprechende Finanzmaßnahmen erreichen, daß die französische Wirtschaft intakt bleibe. Dazu gehörte vor allem, daß das Durcheinander der vielen deutschen Dienststellen, die jede für sich möglichst viel für die Unterstützung der deutschen Kriegführung aus Frankreich herausholen wollten, beendet wurde. Das lag sowohl im Sinne der französischen Wirtschaft, deren Substanz

nicht angegriffen werden durfte, als auch im Sinne der deutschen Kriegführung. Der Gesandte Hemmen ging bei der Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe sehr energisch zu Werke und seine Briefe an die Waffenstillstandskommission ließen ebensowenig an Deutlichkeit zu wünschen übrig, wie seine Schreiben an die deutschen Dienststellen. Nur so konnte er sich durchsetzen.

Im Rahmen des bereits erwähnten „Komitees France-Allemagne" (S. 102) wurden in den Kriegsjahren immer wieder Versuche der Verständigung mit französischen Persönlichkeiten unternommen. So wurde beispielsweise der französische Botschafter Scapini, der Vorsitzende des Verbandes der Kriegsblinden, mit einer eigenen Organisation und mit diplomatischem Status in Deutschland eingesetzt, um die Behandlung der Frage der französischen Kriegsgefangenen zentral zu leiten.

Kennzeichnend für die französische Haltung gegenüber unserer Politik war eine Bemerkung, die Botschafter de Brinon mir gegenüber am Tage von Montoire machte: „Wir haben den Krieg nicht verloren. Wir wollten uns nur nicht schlagen und eine Verständigung, wie sie Ihnen vorschwebt, ist sehr schwierig." In ähnlichen Gedankengängen bewegten sich alle sog. „Collaborateure" – so erhielt ich von dieser Seite eine Denkschrift, in der das Verbleiben Elsaß-Lothringens bei Frankreich als Voraussetzung für eine deutsch-französische Verständigung bezeichnet wurde. Das war in der Zeit der großen deutschen Triumphe!

Als später Laval wieder Ministerpräsident geworden war, mußte ich wiederholt in Berlin zu seinen Gunsten eingreifen, da Himmler behauptete, viel Material gegen ihn in der Hand zu haben, und ihn stürzen wollte.

In der Politik gegenüber Frankreich habe ich in allen Kriegsjahren, soweit es in meinen Kräften stand, den Grundsatz zu verwirklichen gesucht, der meiner persönlichen Anschauung

entsprach: Man darf von einem ehrliebenden Franzosen nichts verlangen, was einem ehrliebenden Deutschen nicht zugemutet werden kann.

*

Im Sommer 1940 war durch den militärischen Zusammenbruch Frankreichs und der Niederlande sowie durch die Inanspruchnahme Englands in Europa die Stellung dieser Staaten in Ostasien erschüttert worden. Aus dieser Veränderung der Lage zog Japan bald entsprechende Folgerungen.

Schon am 26. Juni 1940 sprach der japanische Außenminister Arita von Japans Aufgabe, eine neue Ordnung in Ostasien zu schaffen. Arita wies auf die enge geographische, geschichtliche, rassische und wirtschaftliche Verwandtschaft der ostasiatischen Länder mit den Gebieten der Südsee hin und bezeichnete die Vereinigung all dieser Gebiete in einer einzigen Sphäre unter japanischer Führung als die natürliche Konsequenz. Das Kabinett des Fürsten Konoye übernahm diese Konzeption eines „Großostasiatischen Raumes", dessen hauptsächliche Stütze Japan, Mandschukuo und China seien, und in den auch die Gebiete der Südsee, Französisch-Indochina und Niederländisch-Indien einbezogen werden sollten.

Inzwischen hatte Adolf Hitler nach der Niederlage Frankreichs ein erneutes Friedensangebot an England gemacht, das nun militärisch allein stand. Die Ablehnung Churchills war nicht zuletzt auf Erklärungen zurückzuführen, die der amerikanische Präsident in London hatte übermitteln lassen. Auch aus anderen Handlungen Roosevelts mußte Hitler schließen, daß es die Absicht der US-Regierung sei, zu einem ihr genehmen Zeitpunkt gegen uns in den Krieg einzutreten.*) Parallel liefen erkennbare Absichten Englands und gewisser französischer Kreise, durch Eröffnung immer neuer Kriegsschauplätze den Krieg auszuweiten und die deutschen Kräfte zu

*) Vergl. dazu auch Dokumentenanhang S. 311 ff.

zersplittern. Durch diese Entschlossenheit der Gegenseite, den Krieg kompromißlos zu Ende zu führen, war unsere Politik nicht nur Italien, sondern auch Japan gegenüber gewissermaßen vorgezeichnet.

Selbst wenn man Italiens militärische und auch innenpolitische Schwäche und Japans selbständiges Handeln im ganzen Umfang vorausgesehen hätte, blieb uns in unserer Lage nichts anderes übrig, als mit Rom und Tokio zusammen zu gehen. Hätten wir das nicht getan, so wären zweifellos Japan und Italien wie im Ersten Weltkrieg schon bald auf der Seite unserer Feinde aufgetreten.

Am 22. Juli 1940, also in den gleichen Tagen, in denen Adolf Hitler sein vergebliches Friedensangebot an England richtete, wurde Matsuoka zum japanischen Außenminister ernannt. Mit ihm kam ein Staatsmann ans Ruder, der den Gedanken eines engen Zusammenschlusses Japans mit den Achsenmächten vertrat. Unter seiner Mitwirkung kam es – wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten – in Anknüpfung an die durch den Antikominternvertrag geschaffene Kombination „Berlin–Rom–Tokio" zum Abschluß des Dreimächtepaktes, der am 27. September 1940 in Berlin unterzeichnet wurde.

In diesem Vertrag wurde die Führung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa, die Führung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im großostasiatischen Raum gegenseitig anerkannt und respektiert. Zugleich stellte der Pakt ein Defensivbündnis dar für den Fall, daß einer der drei vertragschließenden Teile von einer Macht angegriffen werde, die nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt sei. Unberührt von diesen Abmachungen blieb jedoch der „politische Status, der gegenwärtig zwischen jedem der drei vertragschließenden Teile und Sowjetrußland besteht". Über den Defensivcharakter dieses Abkommens gibt es keinen Zweifel, obwohl der Dreimächtepakt im Gegensatz

zum Antikominternpakt natürlich ein ausgesprochen politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnis darstellte.

Von unserer Seite war das Hauptziel des Dreimächtepaktes, die uns immer feindlicher gegenüberstehenden Roosevelt-USA aus dem Kriege herauszuhalten. Unsere Verbindung zu Tokio war und blieb aber ganz lose. Es hat weder damals noch später eine militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Japan gegeben und der US-Generalstabschef Marshall hat leider sehr recht, wenn er erklärt, daß Japan im weiteren Verlauf des Krieges „ganz selbständig handelte und nicht in Übereinstimmung mit einem gemeinsamen strategischen Plan" (acted unilaterally and not in accordance with a unified strategic plan).

Schon von der Unterzeichnung des Dreierpaktes an arbeiteten in Italien wie auch in Japan starke Kräfte an der Aushöhlung der Automatik dieses Vertrages.

*

Nach dem uns unerwünschten Angriff Mussolinis auf Griechenland, den Adolf Hitler nicht hatte verhindern können, war die Frage der Haltung Jugoslawiens für uns von entscheidender Bedeutung geworden.

Seit Jahren hatten wir eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit Jugoslawien getrieben. Diese war während der fast vierjährigen Ministerpräsidentenschaft Stojadinowitschs, der zugleich jugoslawischer Außenminister war, nicht ohne Erfolg geblieben. Im Jahre 1939 wurde Stojadinowitsch gestürzt. An seine Stelle trat der bisherige Minister Zwetkowitsch als Ministerpräsident. Der französische Gesandte in Belgrad bezeichnete ihn als „einen der besten Freunde Frankreichs unter den zurückgetretenen Regierungsmitgliedern". Dennoch schienen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien zunächst weiter fortzubestehen. Auch der Berliner Besuch des jugoslawischen

Prinzregenten Paul vom 1.–5. Juni 1939 brachte das zum Ausdruck. Bald aber gewannen starke Gegenkräfte, insbesondere aus den westlich orientierten altserbischen Militärkreisen steigenden Einfluß. Sie wollten zur früheren jugoslawischen Außenpolitik der Gegnerschaft gegenüber Deutschland zurückkehren. Ihre Bestrebungen begegneten sich mit den Plänen Englands und Frankreichs, eine Balkanfront gegen Deutschland zu errichten, in der Jugoslawien naturgemäß einen wichtigen Eckpfeiler bilden sollte. Bereits vor Kriegsbeginn hatten die ersten Fühlungnahmen in dieser Richtung zwischen Frankreich und Jugoslawien stattgefunden; in der Folgezeit wurden die Generalstabsbesprechungen und politischen Verhandlungen fortgesetzt.

Über dieses Verhalten Jugoslawiens waren wir ziemlich genau unterrichtet. Das Bestreben der deutschen Politik war es demgegenüber, auf dem Balkan unter keinen Umständen neue Verwicklungen entstehen zu lassen. Ich bemühte mich deshalb, Jugoslawien an den Dreimächtepakt und damit an die Politik der Achsenmächte heranzubringen. Unseren entsprechenden Bestrebungen und Verhandlungen trat die englische Politik nachdrücklich entgegen. Sie wurde dabei auch von den USA unterstützt. Ein Sonderbeauftragter des Präsidenten Roosevelt, Oberst Donovan, erschien im Winter 1940–41 in Belgrad, um auf die jugoslawische Regierung gegen uns einzuwirken.

Trotz aller Einmischungsversuche gelang es mir indessen nach langwierigen Verhandlungen Jugoslawien zum Anschluß an den Dreimächtepakt zu bewegen. Deutschland und Italien haben dabei weitgehende Zugeständnisse gemacht. Der offizielle Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt erfolgte am 24. März 1941 in Wien. Der Führer sagte mir damals im Hinblick auf die von den jugoslawischen Ministern gezeigte Haltung, daß der Beitrittsakt ihm „wie ein Begräbnis" vorgekommen sei.

Unmittelbar nach ihrer Rückkehr von Wien wurden dann der jugoslawische Ministerpräsident Zwetkowitsch und sein Außenminister Markowitsch, die den Beitritt unterzeichnet hatten, verhaftet (27. März 1941), die Regierung gestürzt, Prinzregent Paul abgesetzt und seine Machtbefugnisse auf König Peter II. übertragen. Der junge König beauftragte den Armeegeneral Simowitsch, das Haupt der Verschwörer, mit der Regierungsbildung. Die gesamte jugoslawische Wehrmacht wurde in äußerste Bereitschaft versetzt.

Gleichzeitig mit den Nachrichten über diesen von England inszenierten und auch von Moskau unterstützten Putsch kamen Nachrichten von einem bevorstehenden Eingreifen Englands in Griechenland. Über die hier verfolgten Absichten waren wir durch die im Frankreichfeldzug aufgefundenen Akten des französischen Generalstabs bereits unterrichtet.

Um die Errichtung einer neuen Balkanfront, die im Ersten Weltkrieg eine so große Rolle gespielt hatte, zu verhindern, beschloß der Führer die Besetzung sowohl Griechenlands wie Jugoslawiens und befahl am 27. März 1941 die sofortige Vorbereitung entsprechender militärischer Maßnahmen.

In Nürnberg hat man mir vorgeworfen, ich hätte an Jugoslawien eine Note über die Respektierung der jugoslawischen Grenzen zu einem Zeitpunkt gerichtet, in dem der deutsche Angriff bereits beschlossen bzw. im Gange war. Das ist unwahr. Diese Grenzzusicherung war im Anschluß an die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes der jugoslawischen Regierung Zwetkowitsch gegeben worden und war absolut aufrichtig. Selbstverständlich habe ich der Putschregierung Simowitsch, deren Einsetzung nach Beseitigung der Bündnisregierung Zwetkowitsch einer Kriegserklärung an Deutschland gleichkam, keinerlei Grenzgarantie gegeben.

In der Stellungnahme Moskaus zu den Belgrader Ereignissen zeichnete sich bereits der Bruch zwischen Deutschland und Rußland ab, der dem Krieg eine neue Wendung gab.

BRUCH MIT RUSSLAND

Die Sowjet-Regierung war im Herbst 1939 sofort daran gegangen, die Baltenstaaten zu besetzen. Gerade in dem Augenblick, als ich zu meinem zweiten Besuch ankam, sah ich die baltischen Minister mit bleichen Gesichtern den Kreml verlassen – Stalin hatte ihnen kurz zuvor mitgeteilt, daß seine Truppen in ihre Länder einmarschieren würden.

Am Tage des Abschlusses unseres Grenz- und Freundschaftsvertrages schloß die Sowjetunion mit Estland, dann am 5. Oktober 1939 mit Lettland und am 10. Oktober mit Litauen militärische Beistandspakte ab. In diesen Staatsverträgen ließ sich die UdSSR das Recht einräumen, innerhalb der genannten Länder Stützpunkte für ihre Kriegsmarine und Küstenartillerie, ferner Flugplätze für ihre Luftwaffe und schließlich Standorte für ihre Land- und Luftstreitkräfte zu unterhalten.

Wenige Wochen später hat Rußland dann auch durch seinen Winterkrieg mit Finnland weitere Gebietserwerbungen erreicht. Bei dieser Auseinandersetzung standen sehr viele Deutsche – auch Adolf Hitler – mit ihren Sympathien auf Seiten der Finnen. Das war menschlich verständlich, auch ich habe Finnland in Erinnerung an die Waffenbrüderschaft des Ersten Weltkrieges mein Mitgefühl in diesem Kampfe nicht versagt, aber ich war mir doch bewußt, daß aus solcher gefühlsmäßigen Einstellung im Hinblick auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion viele Schwierigkeiten für die deutsche Politik entstehen mußten.

Mitte Juni 1940 wurde das gesamte Litauen, auch der in der deutschen Interessensphäre liegende Teil ohne vorherige Benachrichtigung der Reichsregierung von der Sowjetunion besetzt; kurz darauf geschah das gleiche mit Lettland und Estland. Am 3., 5. und 6. August 1940 wurden Estland, Lettland und Litauen schließlich durch Beschluß des Obersten Sowjets als Bundesrepubliken in die Sowjetunion einbezogen. Die wirtschaftlichen Abmachungen Deutschlands mit diesen Staaten, die nach den Moskauer Verhandlungen nicht beeinträchtigt werden sollten, wurden von der Sowjetregierung einseitig aufgehoben. Die drei Staaten wurden bolschewisiert, die bestehenden Regime rigoros beseitigt.

Gegen Ende des Frankreich-Feldzuges, am 23. Juni 1940, traf ein Telegramm unseres Botschafters aus Moskau ein, wonach die Sowjetunion in den nächsten Tagen die rumänische Provinz Bessarabien zu besetzen beabsichtige, und uns dies nur mitteilen wolle. Gleichzeitig gelangte ein Hilferuf des Königs von Rumänien an den Führer, der wegen des russischen Ultimatums um einen Rat bat. Adolf Hitler war damals von dem schnellen russischen Vorgehen ohne vorherige Konsultation mit uns betroffen; in Erfüllung unserer Moskauer Verpflichtungen legte er aber dem Rumänenkönig nahe, sich der Besetzung nicht zu widersetzen. Die rumänische Regierung stimmte daraufhin der Forderung der Sowjetregierung zu, mit der Bitte, ihr genügend Zeit für die Evakuierung dieses großen Gebietes zu lassen. Darauf stellte die Sowjetunion ein neues Ultimatum und begann bereits vor dessen Ablauf mit der Besetzung von Teilen der Bukowina und anschließend Gesamt-Bessarabiens bis an die Donau. Daß hierbei auch die vorwiegend deutsch besiedelte Nordbukowina, altes österreichisches Kronland, ohne jede Verabredung von den Russen mitbesetzt wurde, hat Hitler besonders überrascht. Er empfand diesen Schritt Stalins als ein Zeichen des russischen Druckes nach Westen.

Im Frühherbst 1940 erhielt der Führer Nachrichten über zunehmende sowjetrussische Truppenstationierungen entlang der Grenze von Ostpreußen, in Polen und in Bessarabien. Danach sollten allein vor Ostpreußen 22 sowjetische Divisionen stehen, ferner starke Truppenmassen auch im östlichen Polen und in Bessarabien 30 russische Korps. Nach Beendigung des Frankreich-Feldzuges hat mich Hitler zum ersten Male über solche Symptome dieser einem befreundeten Staat gegenüber immerhin ungewöhnlichen Machtentfaltung unterrichtet. Ich habe mich bemüht, ihn zu beruhigen. Er ging damals auch nicht weiter auf die Frage ein und sagte mir nur, ich möge ein wachsames Auge auf die Dinge haben.

Ende August 1940 besuchte mich Generalfeldmarschall Keitel in Fuschl und sprach mich auf die russische Frage an. Der Führer habe auch mit ihm über eine mögliche Bedrohung durch die Sowjetunion gesprochen. Ich habe Keitel, der hinsichtlich einer Auseinandersetzung mit Rußland militärische Bedenken hatte, zugesagt, ich werde beim Führer alles tun, um von unserer Seite die guten Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten.

Einige Zeit später hatte ich über die russische Frage eine erneute Unterredung mit Adolf Hitler im neuen Führerbau in München. Er war sehr erregt. Neue Nachrichten über Truppenbewegungen auf der russischen Seite waren eingetroffen. Der Führer erwähnte auch Meldungen über sowjetische Absichten auf dem Balkan. Außerdem hatte er Polizeimeldungen über zunehmende Tätigkeit kommunistischer Agenten in deutschen Fabriken vorliegen. Zum erstenmal äußerte er sich sehr heftig über von ihm vermutete Absichten der Sowjetunion. Er erwog die Möglichkeit, daß Stalin den Pakt mit uns überhaupt nur in der Annahme eines langen Krieges im Westen abgeschlossen habe, um uns erst wirtschaftliche und dann politische Bedingungen diktieren zu können.

Meines Erachtens war Adolf Hitler damals schon längere

Zeit von gewissen Kreisen, auch der Partei, dahingehend beeinflußt worden, daß die deutsch-russische Freundschaftspolitik Nachteile und Gefahren für Deutschland im Gefolge haben könnte. Auch von militärischer Seite muß auf ihn ein gewisser antirussischer Einfluß ausgeübt worden sein, der sich vor allem im Zusammenhang mit dem finnischen Krieg in dem Sinne geltend machte, daß wir Finnland aus militärisch-strategischen Gründen nicht preisgeben dürften. Hitler gewöhnte sich daran, in seinem Kreis fast demonstrativ von den „tapferen Finnen“ zu sprechen. Da die Sowjets in der Finnlandfrage nach unserem Vertrag im Recht waren, war die Einstellung des Führers außenpolitisch ausgesprochen unbequem. Andererseits war Rußland mit seinem Druck auf Rumänien, der sich auch in der Frage der Donaukommission unerfreulich bemerkbar machte, zweifellos im Unrecht.

Die großen sowjetischen Truppenkonzentrationen in Bessarabien erfüllten Adolf Hitler auch wegen der weiteren Kriegführung gegen England mit ernster Besorgnis, denn wir konnten auf das für uns lebenswichtige rumänische Öl unter keinen Umständen verzichten. Machte Rußland hier einen Vorstoß, so waren wir für die weitere Kriegführung vom guten Willen Stalins abhängig. Solche Perspektiven mußten natürlich Hitlers Mißtrauen gegenüber der russischen Politik erwecken. Er sagte mir bei jener Unterredung in München, daß er nun auch seinerseits militärische Maßnahmen in Erwägung ziehen werde, da er nicht die Absicht habe, sich vom Osten her überraschen zu lassen. Ich habe den Führer damals mit allem Ernst darauf hingewiesen, daß wir nach meiner Überzeugung nicht mit einem Angriff Stalins zu rechnen hätten. Ich warnte vor jedem präventiven Vorgehen gegen Rußland und erinnerte ihn an das Bismarckwort über den Präventivkrieg, bei dem sich „der liebe Gott nicht in die Karten sehen lasse“. Der Führer wiederum äußerte hinsichtlich Stalins den Verdacht möglicher jüdischer Einflüsse in Moskau und zeigte sich trotz aller meiner

Einwände entschlossen, zumindest militärische Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Er war sichtlich besorgt und sehr erregt. Auf seinen ausdrücklichen Wunsch mußte ich ihm versprechen, mich zu niemand über unser Gespräch zu äußern.

In der Folgezeit konzentrierte ich nun alle meine Bemühungen und Kräfte auf eine freundschaftliche Klärung und Intensivierung unserer Beziehungen zu Rußland. Zunächst wollte ich ein Zusammentreffen zwischen Stalin und Hitler herbeiführen. Der Plan scheiterte, weil der Führer meinte, Stalin könne nicht aus Rußland und er nicht aus Deutschland heraus. Dann schrieb ich einen ausführlichen Brief an Stalin, in dem ich die Gesamtlage – wie wir sie nach dem Frankreich-Feldzug auffaßten – schilderte, und lud Außenminister Molotow nach Berlin ein.

In diesem Brief meines Mannes an Stalin vom 13. 10. 1940 heißt es u. a. (nach Seidl a. a. O. S. 229ff.):

„Vor über einem Jahr wurde durch Ihren und des Führers Willen das Verhältnis Deutschlands zu Sowjetrußland überprüft und auf eine völlig neue Basis gestellt. Ich glaube, daß sich der Entschluß zur Verständigung zwischen unseren beiden Ländern, der entstanden war aus der Erkenntnis, daß die Lebensräume unserer Völker sich wohl berühren, aber nicht zu überschneiden brauchen, und der dann zu einer Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären und zu den deutsch-sowjetrussischen Nichtangriffs- und Freundschaftsverträgen führte, für beide Teile als nutzbringend erwiesen hat. Daß sich die konsequente Weiterverfolgung dieser Politik der guten Nachbarschaft und eine weitere Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch in der Zukunft immer segensreicher für die beiden großen Völker auswirken wird, ist meine Überzeugung. Deutschland jedenfalls ist hierzu bereit und entschlossen.

Bei dieser Zielsetzung kommt – so scheint es mir – einer unmittelbaren Fühlungnahme zwischen den verantwortlichen Persönlichkeiten beider Länder besondere Bedeutung zu. ... Zusammenfassend möchte ich sagen, daß es auch

nach der Auffassung des Führers die historische Aufgabe der vier Mächte der Sowjetunion, Italiens, Japans und Deutschlands zu sein scheint, ihre Politik auf längste Sicht zu ordnen und durch Abgrenzung ihrer Interessen nach säkularen Maßstäben die zukünftige Entwicklung ihrer Völker in die richtigen Bahnen zu lenken.

Um solche für die Zukunft unserer Völker so entscheidende Fragen weiter zu klären und in konkreter Form zu besprechen, würden wir es begrüßen, wenn Herr Molotow uns in nächster Zeit in Berlin besuchen wollte. Ich darf im Namen der Reichsregierung dazu herzlichst einladen. Nach meinem zweimaligen Besuch in Moskau würde es mir auch persönlich eine besondere Freude sein, Herrn Molotow nun einmal in Berlin zu sehen. Sein Besuch gäbe dann dem Führer die Gelegenheit, seine Gedankengänge Herrn Molotow persönlich über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen unserer beiden Länder zu entwickeln.

Herr Molotow kann bei seiner Rückkehr Ihnen in umfassender Weise über die Ziele und Absichten des Führers Bericht erstatten. Wenn sich hierbei, wie ich es glaube erwarten zu dürfen, die Möglichkeit zu einem weiteren Ausbau einer gemeinsamen Politik im Sinne meiner obigen Ausführungen ergibt, wird es mir eine Freude sein, dann selbst wieder nach Moskau zu kommen, um mit Ihnen, sehr verehrter Herr Stalin, den Gedankenaustausch fortzusetzen und uns – möglicherweise gemeinsam mit Vertretern Japans und Italiens – über die Grundlagen einer Politik zu unterhalten, die für uns alle nur von praktischem Nutzen sein könnte.“

In einer kurzen Antwort Stalins wurde die Einladung für Molotow angenommen. Von diesem Besuch erhoffte ich mir sehr viel. Ich hatte die Absicht, dem sowjetischen Außenminister den Beitritt Rußlands zu dem inzwischen abgeschlossenen Dreimächtepakt vorzuschlagen und dadurch das etwas erschütterte deutsch-russische Vertrauensverhältnis erneut zu festigen und zu vertiefen. Leider kam es anders.

Der Besuch Molotows in Berlin stand nicht unter einem so glücklichen Stern, wie ich es gewünscht hätte. Sehr energisch

forderte Molotow freie Hand für Sowjetrußland in Finnland. Hitler hatte mir vor der Unterredung mit Molotow seine beabsichtigte Stellungnahme in der Finnlandfrage nicht näher umrissen. Molotow war in dieser Frage im Recht. Der Führer wollte aber Finnland nicht preisgeben und er glaubte wohl auch auf das finnische Nickel nicht verzichten zu können. Es kam zu einer ziemlich hartnäckigen Debatte, in der Adolf Hitler schließlich Molotow bat, ihm in dieser Frage entgegenzukommen.

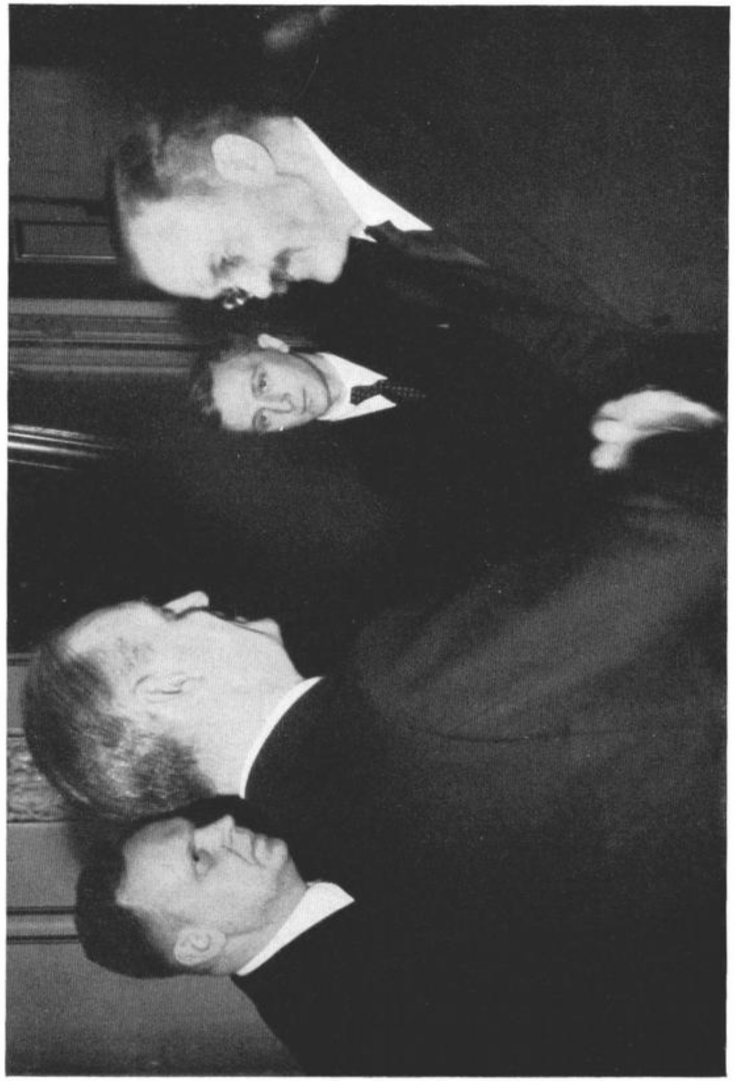
Mein Mann versuchte die aufgetretenen Schwierigkeiten durch folgende Hinweise zu überbrücken (vgl. amtliche Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Molotow in Berlin am 13. November 1940, Seidl a. a. O. Seite 272):

„Der Reichsaußenminister wies zusammenfassend darauf hin, daß

erstens der Führer erklärt habe, Finnland bleibe in der Interessensphäre Rußlands und Deutschland würde dort keine Truppen unterhalten;

zweitens, Deutschland nichts mit den Demonstrationen Finnlands gegen Rußland zu tun habe, sondern seinen Einfluß in entgegengesetzter Richtung geltend mache, und

drittens, das entscheidende Problem von säkularer Bedeutung in der Zusammenarbeit beider Länder liege, die ja in der Vergangenheit schon für Rußland große Vorteile mit sich gebracht habe, in der Zukunft aber Vorteile zeitigen würde, neben denen die Dinge, die jetzt erörtert worden seien, völlig unbedeutend erscheinen würden. Es liege eigentlich keine Veranlassung vor, aus der finnischen Frage überhaupt ein Problem zu machen. Vielleicht handele es sich lediglich um ein Mißverständnis. Im übrigen habe ja Rußland durch seinen Friedensschluß mit Finnland strategisch seine sämtlichen Wünsche erfüllt. Demonstrationen seien in einem besiegten Lande nicht ganz unnatürlich und wenn etwa der Durchmarsch der deutschen Truppen bei der finnischen Bevölkerung gewisse Reaktionen hervorgerufen haben sollte, so würden diese mit dem Aufhören der Durchmärsche ebenfalls verschwinden. Wenn man daher die Dinge



Molotow in Berlin

real betrachte, so bestünden keine Divergenzen zwischen Deutschland und Rußland."

Molotow insistierte dann nicht weiter, sondern kam auf die Frage des Balkans zu sprechen und brachte das russische Mißfallen über die deutsche Garantie an Rumänien zum Ausdruck. Molotow fragte, ob sich diese gegen Rußland richte. Die Antwort Hitlers war: Da die Sowjetunion doch sicherlich nie die Absicht gehegt habe, Rumänien anzugreifen, könne eine deutsche Garantie sich auch nie gegen die Sowjetunion richten. (Nach dem Wiener Schiedsspruch und unserer an Rumänien gegebenen Garantie hatte ich ein langes Telegramm nach Moskau gesandt, in dem die Notwendigkeit dieses Vorganges zur Vermeidung eines ungarisch-rumänischen Krieges erklärt und in dem ausdrücklich betont wurde, daß diese Garantie nach Lage der Dinge das deutsch-sowjetische Freundschafts-Verhältnis in keiner Weise berühre.) Molotow warf die Frage auf, ob wir damit einverstanden seien, wenn Rußland eine gleiche Garantie an Bulgarien gebe. Auf die Frage Hitlers, ob denn Bulgarien eine solche Garantie erbeten habe, wie das in unserem Fall von Seiten Rumäniens geschehen war, antwortete Molotow ausweichend. Hitler wollte sich nicht festlegen und erklärte, er müsse die bulgarische Frage erst mit seinem Verbündeten Mussolini besprechen. So ging die Unterhaltung in nicht sehr befriedigender Weise hin und her und wurde schließlich ohne irgendwelche Beschlüsse beendet. Der Führer hat aus diesen Gesprächen mit Molotow endgültig den Eindruck eines ernsten russischen Druckes nach Westen erhalten.

Trotz dieses Verlaufes unserer Unterredungen mit Molotow habe ich durchgesetzt, daß ich mit dem sowjetischen Außenminister über einen eventuellen Beitritt Rußlands zum Dreimächtepakt weiter verhandeln konnte. Auch sagte mir Adolf Hitler zu, daß er in einem solchen Zusammenhang etwaige russische Forderungen prüfen wolle. Am selben Tage fand

ein Abendessen in der sowjetischen Botschaft statt. Es wurde durch einen der ersten englischen Luftangriffe auf Berlin unterbrochen, und ich nahm die Gelegenheit wahr, Molotow mit in meinen Luftschutzkeller in der Wilhelmstraße zu nehmen, wo wir noch lange zusammen saßen. Aber auch diese Unterhaltung war nicht sehr ergiebig, weil der russische Außenminister von den Gesprächen mit dem Führer unbefriedigt war. Daß Molotow in unserer Besprechung eine Bemerkung über ein russisches Interesse an dem Ostsee-Ausgang in die Nordsee machte, unterstrich noch das von Hitler empfundene russische Drängen.

Die amtliche „Aufzeichnung über die abschließende Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister von Ribbentrop und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der UdSSR und dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten W. M. Molotow in Berlin am 13. November 1940" ist bei Seidl a. a. O. S. 278ff. wiedergegeben.
Über die Molotow vorgeschlagene Konzeption einer künftigen Entwicklung wird in einer vorhergehenden Aufzeichnung vom 12. 11. (a. a. O. S. 245ff.) mitgeteilt:

„Auf Grund der Stellung, die Rußland, Deutschland, Italien und Japan in der Welt einnehmen, müßte normalerweise die Stoßkraft ihrer Raumexpansion bei einer klugen Politik sämtlich in südlicher Richtung verlaufen. Japan habe die Richtung nach Süden bereits eingeschlagen und würde Jahrhunderte zu tun haben, um seinen Raumgewinn im Süden zu konsolidieren. Deutschland habe seine Interessensphären mit Rußland festgelegt und würde nach Durchführung einer Neuordnung in Westeuropa seine Raumexpansion auch in südlicher Richtung, d. h. in Zentralafrika im Gebiet der ehemaligen deutschen Kolonien finden. Desgleichen sei Italiens Expansion nach Süden auf den afrikanischen Teil des Mittelmeergebietes, d. h. auf Nord- und Ostafrika gerichtet. Er, der Reichsaußenminister, frage sich, ob nicht Rußland, säkular gesehen, seinen natürlichen und für Rußland so wichtigen Ausgang zum freien Meer auch in südlicher Richtung finden würde."

Molotow ging auf diese Gedankengänge nicht näher ein, sondern erörterte in seiner Antwort nur die Fragen der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Finnlands.

Molotow versprach mir schließlich, über einen russischen Beitritt zum Dreimächtepakt mit Stalin zu sprechen. Gleichzeitig sagte ich Molotow zu, mit dem Führer noch einmal den Gesamtkomplex der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erörtern, um einen Ausweg aus den gegebenen Schwierigkeiten zu finden.

Da Molotow bereits am nächsten Tag zurückfahren mußte, ergab sich keine weitere Gelegenheit zu Aussprachen. Der Besuch endete mit einer Abkühlung der Beziehungen und Adolf Hitler ließ sich mir gegenüber nicht weiter über seine Auffassungen aus. Seine Zurückhaltung in russischen Fragen wurde auffallend. Mancherlei Anzeichen sprachen dafür, daß starke Kräfte am Werk waren, die ihn zu einer Entscheidung gegen Rußland drängten.

Auf diplomatischem Wege über die deutsche Botschaft in Moskau wurden nach der Abreise Molotows zunächst Besprechungen über das Projekt eines russischen Beitritts zum Dreimächtepakt aufgenommen. Die Sowjet-Regierung ließ uns wissen, daß sie eine solche Möglichkeit nicht ganz ausschließen wolle, stellte aber außer freier Hand in Finnland auch die Forderung eines Primates, d. h. einer Garantie mit gewissen militärischen Rechten in Bulgarien und wünschte außerdem militärische Stützpunkte an den Meerengen der Türkei.

Über diese russischen Wünsche und Bedingungen habe ich im Dezember 1940 eine eingehende Aussprache mit Adolf Hitler gehabt. Ich habe ihm dabei auf das allerdringendste ein Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion empfohlen und ihm eine Einigung ungefähr auf der von Stalin geforderten Basis vorgeschlagen. Die Balkanfragen sollten – auch

mit Italien – weiter geklärt und der Versuch gemacht werden, aus dem Dreimächtepakt einen Viermächtepakt mit Rußland zu machen. Falls uns dies gelinge, kämen wir in günstige Position; eine solche Konstellation würde die USA neutralisieren sowie England isolieren und es im Nahen Osten bedrohen. Durch ein derartig starkes Bündnissystem – jedenfalls nicht ohne ein solches – könnte noch eine schnelle diplomatische Beendigung des Krieges mit England ermöglicht werden. Ein neues Friedensangebot an England, zu dem wir auch dann noch freie Hand hätten, wäre in einem solchen Falle aussichtsreicher als nach Dünkirchen. Allerdings müsse man Rußland Opfer bringen.

Hitler machte mir bei dieser Aussprache den Eindruck, als ob er in der finnischen Frage vielleicht nachgiebiger als bisher wäre, aber die russische Forderung hinsichtlich Bulgariens hielt er schon wegen des Königs Boris, der sich niemals darauf einlassen werde, für unerfüllbar. Adolf Hitler äußerte die Ansicht, daß mit einer sowjetischen militärischen Einflußnahme in Bulgarien der ganze Balkan, vor allem auch Rumänien mit seinen Ölgebieten automatisch unter russischen Einfluß kommen müsse. Rußland militärische Stützpunkte an den Dardanellen zuzubilligen, hielt er deshalb für unmöglich, weil auch Mussolini sich kaum damit einverstanden erklären würde. Auf meine nachdrücklichen Vorstellungen hat er aber damals doch keine absolut ablehnende Haltung eingenommen, ja er sagte mir zum Schluß der langen Besprechung, die im Luftschutzkeller der Reichskanzlei stattfand, im Hinblick auf einen Kompromiß mit Rußland, die hoffnungsvollen Worte: „Ribbentrop, wir haben ja schon manches zusammen geschafft, vielleicht werden wir auch dieses noch zusammen zustandebringen."

Ich habe darauf bei den Italienern bezüglich der Meerengenfrage sondiert, aber – wie vorauszusehen war – eine ganz ablehnende Haltung festgestellt. Hinsichtlich Bulgariens hatte

der Führer zweifellos Recht: König Boris war für die Idee einer „russischen Garantie" vollkommen unzugänglich, wie ich gelegentlich eines Besuches feststellte. So zogen sich die Dinge in die Länge und kamen nicht vorwärts. Graf Schulenburg berichtete wiederholt aus Moskau, daß ohne die entsprechenden Zugeständnisse der Beitritt Rußlands zu einem Viermächtepakt nicht zu erreichen sei.

Im Verlaufe des Winters und des Frühjahrs 1941 wurde Adolf Hitler beim Vortrag über russische Fragen immer ablehnender. Auch die sehr hartnäckigen Moskauer Forderungen in Handelsfragen irritierten ihn stark, und ich hatte große Mühe, ja es bedurfte ernster Auseinandersetzungen, um im Januar 1941 seine Genehmigung zum Abschluß des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages zu erhalten. Er war von anderer Seite stark gegen dieses Vertragswerk beeinflußt worden. Ich hatte schon damals das Gefühl, mit meiner Russenpolitik allein zu stehen.

In diesen Monaten habe ich den Führer immer wieder auf die Bismarcksche Rußlandpolitik hingewiesen und habe nichts unversucht gelassen, um ein endgültiges deutsch-russisches Bündnis doch noch durchzusetzen. Ich glaube, daß mir das vielleicht trotz allem gelungen wäre, wenn es nicht den weltanschaulichen Gegensatz gegeben hätte, mit dem nun einmal keine Außenpolitik zu treiben ist. Vor allem durch ideologische Gesichtspunkte, dann aber auch durch die russische politische Haltung, durch die militärischen Vorbereitungen und die Moskauer Forderungen zeichnete sich für Adolf Hitler das Bild einer ungeheueren kommenden Gefahr für Deutschland ab. Meine Argumente galten demgegenüber immer weniger.

In beunruhigendem Sinne wirkten auf Hitler außerdem Nachrichten über englisch-sowjetische Gespräche, über den Besuch von Sir Stafford Cripps und dessen Verhandlungen im Kreml. Die Informationen über engere englisch-russische Beziehungen kündigten eine für uns unerfreuliche Entwicklung an.

Dennoch glaube ich nicht, daß Hitler damals schon endgültig entschlossen war, gegen die Sowjetunion vorzugehen. Die Behauptung Marschall Antonescus, daß bei seinen Besuchen beim Führer im Winter und Frühjahr dessen Absicht, Rußland anzugreifen, bereits festgestanden hätte, ist jedenfalls nicht zutreffend. Ich war bei den Besprechungen zugegen und habe nichts Derartiges gehört. Die Protokolle der Gespräche dürften erhalten sein und sich in den Händen der Alliierten befinden. Der Führer hat damals zwar über Vorsichtsmaßnahmen, nie aber über Angriffabsichten gesprochen. Erst beim dritten Besuch Antonescus im Juni 1941 sprach er von seinem beabsichtigten Vorgehen.

Da ich zu keiner Zeit über militärische Fragen informiert wurde, habe ich von den verschiedenen, die Sowjetunion betreffenden militärischen Befehlen erst im Nürnberger Prozeß Kenntnis erhalten. Mir wurde die Absicht zum Angriff auf Rußland als feststehend erst nach dem Jugoslawien-Feldzug erkennbar, der am 6. April 1941 begann.

Ich befand mich in Wien, als der Führer anrief, ich möge zu ihm in seinen Sonderzug kommen, der irgendwo in der Nähe hielt. Dort eröffnete er mir seinen endgültigen Entschluß, die Sowjetunion anzugreifen. Nach seinen Mitteilungen bestätigten alle ihm vorliegenden militärischen Nachrichten, daß die Sowjetunion große Vorbereitungen entlang der ganzen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer treffe. Er sei nicht gewillt sich überraschen zu lassen, wenn er einmal eine Gefahr erkannt habe. Der Pakt, den Moskau mit der serbischen Putsch-Regierung Simowitsch abgeschlossen habe, sei ein ausgesprochener Affront gegenüber Deutschland und ein klares Abgehen vom deutsch-russischen Freundschaftsvertrag. Ich habe in dieser Unterredung den Empfang des Botschafters Graf Schulenburg empfohlen, der dann auch tatsächlich noch am 28. April 1941 in Wien stattfand. Ich selbst wollte unbedingt noch eine diplomatische Klärung mit

Moskau versuchen. Hitler lehnte aber jetzt jeden weiteren derartigen Schritt entschieden ab und verbot überhaupt, mit irgend jemand über diese Angelegenheit zu sprechen; alle Diplomatie werde an der ihm klar gewordenen russischen Haltung nichts mehr ändern, sie könne ihm aber bei einem Angriff das wichtige taktische Überraschungsmoment nehmen. Er bat mich, nach außen eine klare Haltung in seinem Sinne einzunehmen und sagte mir, das Abendland werde eines Tages verstehen, warum er die sowjetischen Forderungen abgelehnt habe und gegen den Osten vorgegangen sei.

*

Die politischen Überlegungen, die Adolf Hitler zu seinem Entschluß, die Sowjetunion anzugreifen, bestimmt haben, waren nach seinen eigenen damaligen und späteren Äußerungen mir gegenüber in Umrissen etwa die folgenden:

Hitler war bekanntlich schon seit etwa 1938 der Überzeugung, daß England und Amerika gegen uns in den Krieg treten würden, sobald sie genügend aufgerüstet seien. Er befürchtete, daß beide Mächte sich mit Rußland verbünden würden und Deutschland dann eines Tages gleichzeitig einem Angriff von Osten und Westen ausgesetzt sein werde, wie dies schon einmal 1914 geschehen war. Im Laufe des Jahres 1940 sind ihm diese früheren Besorgnisse erneut gekommen, er hielt es für möglich, daß Rußland auf Grund seiner wiederaufgenommenen Verhandlungen mit England uns zu gleicher Zeit mit einer englisch-amerikanischen Offensive angreifen werde. Der gleichzeitige Einsatz des Gesamtpotentials von Amerika und Rußland erschien ihm als furchtbare Gefahr für Deutschland. Die große Sorge des Führers bestand darin, im weiteren Verlauf des Krieges in eine Ost-West-Zange, in einen menschen- und materialzersplitternden Zweifrontenkrieg gigantischen Ausmaßes verwickelt zu werden. Er hoffte, sich im Osten Luft

verschaffen zu können bis zu dem Zeitpunkt, in dem das englisch-amerikanische Potential im Westen zum Einsatz kommen würde.

Dies war die wichtigste Überlegung Adolf Hitlers, wie er sie mir nach Beginn des russischen Krieges 1941 erläutert hat. Er hat sich zum Angriff entschlossen in der Hoffnung, die Sowjetunion schon nach wenigen Monaten ausschalten zu können. Sein Irrtum über Rußlands Potential und Amerikas Hilfe war verhängnisvoll. Ganz sicher war er sich aber selbst nicht, denn er sagte mir damals ausdrücklich: „Wir wissen nicht, welche Kraft dahinterliegt, wenn wir die Türe im Osten wirklich aufstoßen müssen."

Europa stand im Winter 1940/41 bis auf Spanien, das auf unsere Angebote eine Absage*) erteilt hatte und die wenigen Neutralen, wie die Schweiz und Schweden, ganz unter dem Einfluß der Achse. England war trotz seiner Niederlage auf dem Kontinent nach wie vor nicht friedensbereit. Der einzige Kriegsschauplatz auf dem gegen England 1941 gekämpft werden konnte, war Nordafrika, dort aber nur mit wechselndem Glück, sowohl wegen der unsicheren Verbindungen, als auch weil sich Italien als ein sehr schwacher Bundesgenosse erwiesen hatte.

Japan war zur Zeit des Beginnes des Rußland-Krieges zwar Bundesgenosse im defensiven Bündnis des Dreimächtepaktes,

*) Der ehemalige Staatssekretär von Weizsäcker erklärte im sog. Wilhelmstraßenprozeß als Zeuge in eigener Sache in der Vormittagssitzung des 9. Juni 1948 über seine Rolle in den Wochen vor der Konferenz von Hendaye u. a.:

„Sicherheitshalber griff ich damals, zusammen mit Canaris, wieder zu einem extravaganten Mittel. Um die Spanier zum Krieg aufzustacheln, schickte Hitler nämlich den Admiral Canaris nach Spanien, denn es war bekannt, daß Canaris dort gute alte Beziehungen hatte. Und ich vereinbarte mit Canaris, daß er statt dessen den Spaniern reinen Wein einschenken und ihnen die sichere Katastrophe klarmachen sollte, in die sie unvermeidlich und unerbittlich hineinkommen würden." Auf die Frage seines Verteidigers, ob er glaube, daß dieser Rat zu Spaniens Weigerung beigetragen habe, antwortete Weizsäcker: „Das weiß ich nicht, aber gehört habe ich ‚Ja'."

aber keineswegs ein sicherer Verbündeter. Alle von dort vorliegenden Nachrichten ließen erkennen, daß einflußreiche japanische Kreise am Werke waren, um das Dreierbündnis auszuhöhlen und die verschiedenen Möglichkeiten seines Funktionierens oder Nichtfunktionierens zu einem Handelsobjekt mit den USA zu machen. Hinter unserem Rücken hatte der japanische Außenminister Matsuoka noch im April 1941 auf seiner Rückreise von Berlin einen Nichtangriffspakt mit Rußland geschlossen*).

Entscheidend für Adolf Hitler war schließlich die Tatsache, daß die Haltung der USA, die sich schon vor dem Kriege politisch gegen Deutschland gestellt hatten, inzwischen ausgesprochen feindlich geworden war. Obwohl Hitler seit Kriegsbeginn auf meine Bitte ein strenges Verbot jeglicher Presseangriffe gegen die USA ausgesprochen hatte, war dies auf die dort betriebene antideutsche Hetze ohne jede Wirkung geblieben. Auch das Hauptziel des Dreierpaktes, die USA-Isolationisten durch den Hinweis auf die Gefahr eines Zweifronten-Krieges für den Fall eines amerikanischen Eingreifens in Europa politisch zu stärken, war nicht erreicht worden. Der Führer war mit mir der Überzeugung, daß, wenn England keinen Frieden schlösse, wir früher oder später mit dem Kriegseintritt der USA gegen uns rechnen müßten. Irgendein zufälliger oder auch absichtlich herbeigeführter Zwischenfall – etwa nach Art der „Lousitania" im Ersten Weltkrieg – konnte bei der so lange bearbeiteten hektischen öffentlichen Meinung in den USA von heute auf morgen den Kriegszustand herbeiführen.

In diesem Falle – das war die wiederholt geäußerte Meinung Adolf Hitlers – konnte es bei der 1940–1941 sichtbar gewordenen russischen Haltung dazu kommen, daß Deutschland mit einem nur sehr schwachen Italien und einem un-

*) Vgl. Seite 247.

sicheren, wahrscheinlich sogar abseits stehenden Japan, mit über ganz Europa zersplitterten deutschen Kräften den ungeheuren Ansturm der drei stärksten Weltmächte – England, der USA und Rußland – allein auszuhalten haben würde. Es ist ganz unzweifelhaft, daß die Sorge Adolf Hitlers vor einer solchen Möglichkeit ihn zum Angriffsentschluß gegen Rußland gebracht hat. Sicher hat dabei auch seine schon erwähnte Auffassung über eine enge antideutsche Verbindung des Judentums im Osten und Westen eine bedeutsame Rolle gespielt. Keine noch so stichhaltigen Argumente, die ich ihm immer wieder entgegenhielt, konnten Adolf Hitler von dieser Überzeugung abbringen.

Ich wiederhole: Gegenüber der Gefahr eines Angriffes von zwei Seiten sah der Führer den einzigen Ausweg in einer vorherigen Erledigung der Sowjetunion. Er hat vor allem deshalb angegriffen, um nicht selbst gleichzeitig von West und Ost angepackt zu werden, wie es dann später doch eingetreten ist. In einem gemeinsamen Angriff der drei Weltmächte sah Adolf Hitler den Verlust des Krieges.

*

Bis zum Besuch Molotows in Berlin hat Hitler zweifellos noch Hoffnung gehegt, doch eine dauernde Verständigung mit Rußland zu erzielen. Die Forderungen Molotows verursachten wahrscheinlich bei ihm die Wendung.

Er beobachtete von da ab immer schärfer die von Rußland getroffenen militärischen Maßnahmen. Ich bin, wie schon erwähnt, darüber nicht im einzelnen unterrichtet worden, aber ich hörte später, daß vor allem die folgenden sowjetischen Maßnahmen festgestellt wurden: Befestigung der neuen Westgrenze, Anlage von Flugplätzen in Grenznähe, gewaltige Ansammlung von Truppen, gewaltige Steigerung der Rüstungsproduktion und Ausrichtung der Wehrwirtschaft. Kurz vor

Ausbruch des Krieges waren auf sowjetischer Seite 158 Divisionen gegenüber 65 Divisionen bei Beginn des Polenfeldzuges festgestellt worden. Es soll sich, wie dem Führer berichtet wurde, dabei fast nur um motorisierte und Panzerverbände gehandelt haben. Im Frühjahr 1941 kamen bereits erhebliche Grenzverletzungen vor. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Aussage von drei russischen Offizieren, die von uns später gefangen genommen wurden. Sie waren Zeuge einer Rede gewesen, die Stalin im Mai 1941 im Kreml gehalten hat. Stalin sagte damals ganz offen, daß die Zukunftsziele der Sowjetunion von jetzt an nur noch mit Waffengewalt durchzusetzen seien. Die Rote Armee sei hierauf vorbereitet.

Die politischen Handlungen, die die Sowjetregierung in jener Zeit entgegen dem Sinn des deutsch-russischen Vertrages gegen uns unternahm, waren – in Kürze – die folgenden: Der sowjetische Botschafter in Berlin, Dekanosow, erklärte am 17. Januar 1941 im Auswärtigen Amt unter Übergabe einer Aufzeichnung offiziell, die Sowjetregierung halte es für ihre Pflicht „zu warnen, daß sie das Erscheinen irgendwelcher fremder Streitkräfte auf dem Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen für eine Verletzung der Sicherheitsinteressen der UdSSR halten wird." Ich ließ darauf dem sowjetischen Botschafter u. a. erklären:

1. Der Reichsregierung liegen keine Nachrichten vor, wonach England beabsichtigt, die Meerengen zu besetzen. Die Reichsregierung glaubt auch nicht, daß die Türkei das Betreten ihres Bodens durch englische Streitkräfte dulden wird. Wohl aber ist die Reichsregierung darüber unterrichtet, daß England die Absicht hat und auf dem Wege ist, sich auf griechischem Territorium festzusetzen.
2. Der Führer hat den Präsidenten Molotow während seines Besuches in Berlin im November 1940 wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland jeden Versuch Englands, in Griechenland Fuß zu fassen, mit allen Mitteln militärisch verhindern werde.

Es ist der unabänderliche Wille der Reichsregierung, unter keinen Umständen ein solches Festsetzen englischer Streitkräfte auf griechischem Territorium, das eine Bedrohung vitaler Interessen Deutschlands auf dem Balkan bedeuten würde, zuzulassen. Sie führt daher zur Zeit auf dem Balkan gewisse Truppenkonzentrationen durch, die ausschließlich die Aufgabe haben, jede englische Festsetzung auf griechischem Boden zu verhindern.

3. Deutschland hat nicht die Absicht, die Meerengen zu besetzen. Es wird das türkische Hoheitsgebiet respektieren, es sei denn, daß die Türkei ihrerseits eine feindselige Haltung gegen die deutschen Truppen einnimmt. Andererseits aber wird die deutsche Armee bei etwa gegen Griechenland einsetzenden militärischen Operationen durch bulgarisches Gebiet marschieren. Die Reichsregierung hat selbstverständlich nicht die Absicht, irgendwelche sowjetrussische Sicherheitsinteressen zu verletzen, was bei einem Durchmarsch deutscher Truppen durch Bulgarien auch keineswegs der Fall wäre.

4. Deutschland führt für die etwa gegen England in Griechenland zu unternehmende Aktion eine Truppenkonzentration in einem solchen Ausmaße auf dem Balkan durch, das es ihm von vorneherein ermöglicht, jeden englischen Versuch des Aufbaues einer Front in diesem Gebiete im Keime zu ersticken. Die Reichsregierung glaubt, hiermit auch den sowjetischen Interessen, denen eine Festsetzung Englands in diesen Gebieten entgegenstehen würde, zu dienen.

5. Die Reichsregierung hat, wie sie dies auch gelegentlich des Berliner Besuches des Präsidenten Molotow zu erkennen gab, Verständnis für das sowjetische Interesse an der Frage der Meerengen und ist bereit, zur gegebenen Zeit für eine Revision des Montreux-Statuts einzutreten. Deutschland seinerseits ist an der Meerengenfrage politisch nicht interessiert und wird nach Durchführung seiner Operationen auf dem Balkan seine Truppen von dort zurückziehen.

Als dann Anfang März die Verlegung deutscher Truppen nach Bulgarien wegen der in Griechenland entstandenen Lage durchgeführt wurde, ließ uns Molotow erklären, daß unser Schritt „bedauerlich“ sei, eine „Verletzung der Sicherheitsinteressen der UdSSR“ bedeute und daß die deutsche Regierung „auf eine Unterstützung ihrer Handlungen in Bulgarien von Seiten der UdSSR nicht rechnen kann“. Eine ähnlich scharf gehaltene Erklärung wurde an die bulgarische Regierung gerichtet und veröffentlicht. Dies alles geschah, obwohl ich in Moskau bereits am 27. Februar hatte erklären lassen, daß der Fortfall der englischen Gefahr in Griechenland automatisch die Rücknahme der deutschen Truppen zur Folge haben werde.

Darauf schloß am 5. April 1941 die Sowjetregierung einen „Freundschaftsvertrag“ mit der jugoslawischen Putsch-Regierung Simowitsch. Das war ein besonders unfreundlicher Akt gegenüber Deutschland, weil diese Putschregierung erst wenige Tage vorher an die Stelle einer uns freundlich gesinnten Regierung getreten war.

Dies alles geschah im Gegensatz zur deutsch-sowjetischen Erklärung vom 28. September 1939, die besagte, daß Rußland Deutschland seine moralische Unterstützung leihen wollte, falls die beiderseitigen Friedensbemühungen nicht zum Ziele führten. Es handelte sich durchwegs um Gebiete, die nach dem Vertrag nicht zur russischen Interessensphäre gehörten.

Schon die enge Verbindung, die die Sowjetregierung bereits im Sommer 1940 über den britischen Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, mit London herstellte, bedeutete einen Bruch unserer Abmachungen. Churchill soll damals gesagt haben, es würde höchstens ein bis anderhalb Jahre dauern, bis Rußland gegen Deutschland in Erscheinung trete.

Es folgte auch eine Annäherung der Vereinigten Staaten an Rußland, so daß Roosevelt „auf Grund neuester Informationen“ andeuten konnte, bald werde es zu einem Kriegseintritt Rußlands gegen Deutschland kommen.

Für die in diesen politischen Entwicklungen zutage getretene feindliche Einstellung der Sowjetregierung gegen uns gibt es nur zwei Erklärungen: Entweder haben der Einfluß und die Zugeständnisse Amerikas und Englands die Neu-

orientierung Rußlands veranlaßt, oder es war Stalins ursprüngliche Absicht, den mit uns geschlossenen Vertrag überhaupt nicht zu halten. Das letztere war die Auffassung Adolf Hitlers, während ich der Meinung war und bin, daß die erstere Erklärung für die Wendung der russischen Politik zutreffend ist und daß es hätte gelingen können – allerdings durch Konzessionen unsererseits – die Auseinandersetzung mit Rußland zu vermeiden.

Die gewaltige Stärke und Machtentfaltung der Sowjetunion wirft zwangsläufig die Frage auf, ob Adolf Hitler vor der Geschichte mit seiner Auffassung Recht behalten wird oder ob der von mir erstrebte Weg auf die Dauer gangbar gewesen wäre.

Als ich später über meinen Mittelsmann in Stockholm dem Kreml wissen ließ, der Führer betrachte im Hinblick auf die Unterlagen, die wir über Rußlands Angriffsabsichten besäßen, etwaige weitere Abmachungen mit Moskau sehr skeptisch, ließen die Russen mir andeuten, daß die Schuldfrage eigentlich ziemlich gleichgültig sei. Die Erörterungen, „ob die Henne oder das Ei zuerst dagewesen sei", seien „typisch deutsch".

Der Ausbruch der Feindseligkeiten mit Sowjetrußland am 22. Juni 1941 war das Ende der auf meinen Vorschlag im Jahre 1939 begonnenen Politik des Ausgleiches zwischen den beiden Reichen auf längste Sicht.

•

Nachdem der deutsch-russische Krieg nun einmal ausgebrochen war, schien es mir wichtig, auch außenpolitisch alles zu tun, um diesen neuen großen Gegner niederzuringen. Ich dachte dabei vor allem an Japan. Allerdings stand einem Vorgehen Japans gegen Rußland der vom japanischen Außenminister Matsuoka auf seiner Rückreise von Berlin in Moskau abgeschlossene sowjetisch-japanische Nichtangriffspakt vom

13. 4. 1941 entgegen. Matsuoka hatte mir damals noch in Berlin mitgeteilt, er habe in Moskau den Russen einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen, den Molotow mit dem Vorschlag eines Neutralitätsabkommens erwidert habe. Auf jeden Fall müsse er vor allen Dingen die Frage des Nichtangriffspaktes bei seiner Rückkehr in Moskau anschneiden. Matsuoka fragte mich, ob er die Fragen sehr vertiefen, oder leichthin an der Oberfläche behandeln solle. Ich erwiderte darauf, daß meiner Ansicht nach lediglich eine formelle, nicht in die Tiefe gehende Behandlung dieser Punkte angebracht sei und ich teilte dem japanischen Außenminister mit, unser Verhältnis zu Rußland sei zwar korrekt, aber nicht sehr freundschaftlich. Ich informierte Matsuoka auch über die Bedingungen, die Molotow gestellt hatte und teilte ihm mit, daß der Führer darauf nicht eingegangen war, weil er der Auffassung gewesen sei, Deutschland könne eine derartige russische Politik auf die Dauer nicht gutheißen.

Hitler gab in seinem Gespräch mit Matsuoka seiner Meinung dahin Ausdruck, daß England im Kampf gegen uns erstens auf die amerikanische Hilfe und zweitens auf Rußland hoffe. Am darauffolgenden Tage erklärte ich Matsuoka noch einmal ausdrücklich, Deutschland beobachte die Sowjetunion scharf und – das müsse Matsuoka unter allen Umständen wissen – Deutschland sei auf alle Eventualitäten vorbereitet. In meinem abschließenden Gespräch mit dem japanischen Außenminister erwähnte ich noch einmal dessen bevorstehende Besprechung in Moskau. Ich sprach ihm erneut meine Ansicht aus, daß es angesichts der Gesamtlage wohl das beste sei, die Verhandlungen mit den Russen nicht zu sehr zu vertiefen. Ich wisse nicht, wie sich die Lage entwickeln werde. Ob Stalin seine gegenwärtige Politik der Unfreundlichkeit gegenüber Deutschland fortsetzen werde oder nicht, sei ungewiß. Auf jeden Fall wolle ich Matsuoka darauf hinweisen, daß ein Konflikt mit Rußland immerhin im Bereich der Möglichkeiten liege. Jeden-

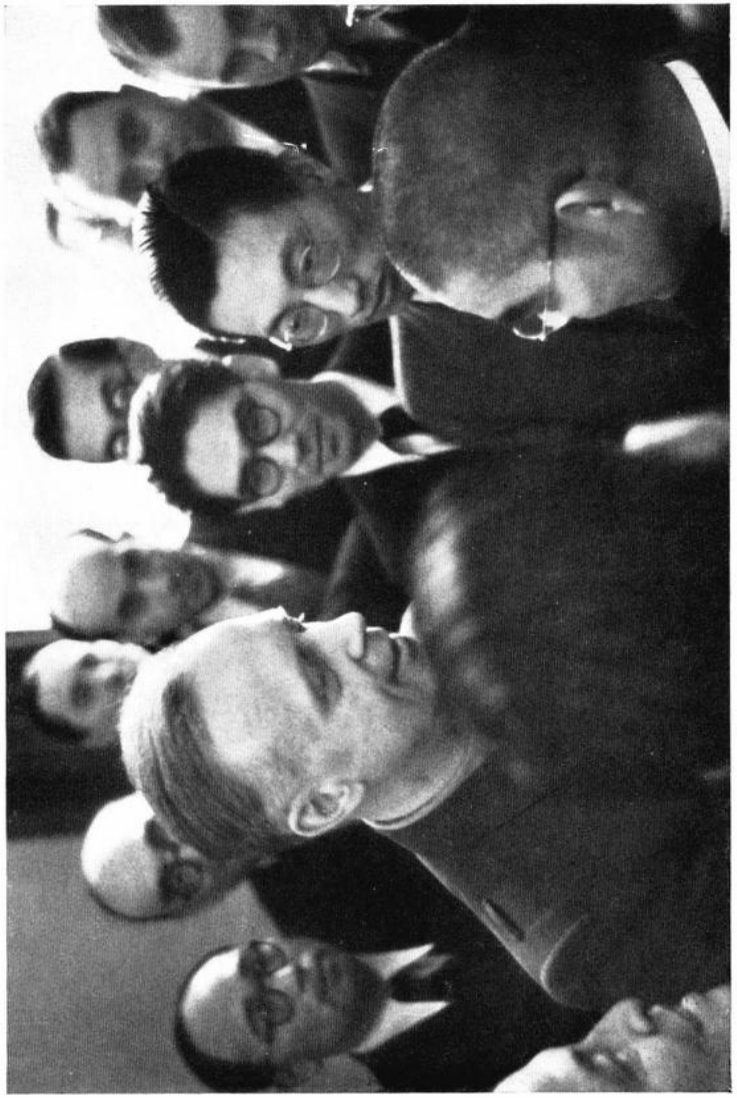
falls könne er bei seiner Rückkehr seinem Kaiser nicht berichten, daß eine solche Entwicklung ausgeschlossen sei.

Trotz dieser deutlichen Hinweise auf die entstandene deutsch-sowjetische Spannung schloß Matsuoka dann seinen Vertrag mit dem Kreml.

Vor dem deutsch-russischen Krieg hatte ich vor allem daran gedacht, daß Japan Singapur nehmen und damit England treffen sollte. Nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges, im Sommer 1941, versuchte ich Japan zum Kriegseintritt gegen Rußland zu gewinnen und zur Aufgabe der Singapur-Absichten zu veranlassen. Mir schien es auch wichtig, daß Japan auf diese Weise festgelegt würde und nicht etwa gegen die amerikanischen Philippinen vorgehe, was vor dem Niederringen Rußlands die USA als neuen Gegner auf uns ziehen könnte.

Der Führer lehnte diese meine Auffassung ab und machte mir wegen eines diesbezüglichen Telegrammes nach Tokio ernste Vorwürfe. Er erklärte mir, daß er mit Rußland allein fertig zu werden hoffe und daß es besser sei, wenn Japan gegen die englischen Besitzungen vorgehe. Ich habe ihn auf die hiermit verbundenen Gefahren und auf die mögliche Kräftezersplitterung der Dreierpaktmächte hingewiesen. Die Japaner taten schließlich weder das, was Hitler, noch das, was ich wollte, sondern entschieden sich ohne unser Wissen für den Angriff auf Pearl Harbour. Ich glaube, daß die japanische Marine, die einen sehr großen Einfluß hatte, diese Entscheidung herbeigeführt hat. Dadurch war gerade durch einen Bundesgenossen das eingetreten, was wir im Hinblick auf die Lage im Osten unbedingt vermeiden wollten: der deutsch-amerikanische Krieg.

Später, als sibirische Divisionen vor Moskau militärisch den Ausschlag gaben, habe ich oft an meine damaligen vergeblichen Schritte in Tokio zur Konzentration auf einen, und zwar den russischen Gegner denken müssen. Die Kräfte-



Mit Matsuoka im Kreise von Journalisten
(ganz links vorne: Botschafter Oshima)

zersplitterung der Dreierpaktmächte zeigte sich bald deutlich – sie hat dazu beigetragen, daß nicht nur Deutschland, sondern auch Japan den Krieg verlor.

Im Juli 1942, als unsere Truppen sich dem Kaukasus näherten, ließ ich über Botschafter Oshima in Tokio erneut darauf hinweisen, daß sich jetzt der Moment ergeben habe, in dem Japan Rußland angreifen könne, wenn es sich stark genug fühle. Jedenfalls biete sich für Japan niemals wieder eine so günstige Gelegenheit, den russischen Koloß in Ostasien als potentielle Gefahr auszuschalten. Aber auch dieser Schritt blieb in Tokio ohne Wirkung, und zu Ende des Krieges mußte Japan erleben, daß es selbst noch von Rußland angegriffen wurde.

*

Ich möchte hier ein Wort über Pearl Harbour einschalten:

Als Japan – anstatt Rußland, wie ich oder England, wie der Führer wollte – die USA angriff, beurteilte ich dieses Ereignis mit sehr gemischten Gefühlen, weil ich von Anfang an hatte vermeiden wollen, die USA in den Krieg hineinzuziehen. Aber die Japaner hatten damals und auch später ihren eigenen Kopf. Als das für uns immer fühlbarer wurde, habe ich wiederholt den Führer und vor allem Göring um ein Langstreckenflugzeug gebeten, mit dem ich nach Tokio fliegen könne. Ich erachtete es als dringend nötig, mit der japanischen Regierung eine gemeinsame Politik festzulegen. Da aber ein Langstreckenflugzeug über Siam abstürzte, erhielt ich weder Genehmigung noch Flugzeug. Ich schlug nunmehr vor, mich mit einem Unterseeboot nach Japan fahren zu lassen, aber auch das wurde abgelehnt.

Sobald die ersten Nachrichten über Pearl Harbour – für uns eine völlige Überraschung – bei uns einliefen, war mein erster Gedanke, wir seien vertraglich nicht verpflichtet, auch

in den Krieg gegen die USA einzutreten. Der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Botschafter Gaus, mit dem ich darüber sprach, war der Ansicht, man könne sich so nicht verhalten, da sonst der Dreimächtepakt „politisch tot sei". Trotzdem habe ich dann dem Führer ganz nüchtern nach vertragsrechtlichen Gesichtspunkten meine Stellungnahme vorgetragen, daß wir keine Verpflichtung hätten, den USA den Krieg zu erklären. Nach dem Wortlaut des Dreimächtepaktes mußten wir Japan nur beistehen, wenn es von einer dritten Macht angegriffen würde. Hitler erwiderte mir darauf mit folgenden Argumenten: „Die Amerikaner schießen ja schon auf uns, wir sind also mit ihnen bereits im Kriegszustand. Wir müssen daraus jetzt die Konsequenzen ziehen, sonst wird uns Japan das nie vergessen. Und binnen kurzem, wahrscheinlich aber sofort, kommt unser Krieg mit Amerika doch, denn das ist von Anfang an das Ziel Roosevelts gewesen."

Tatsächlich steht es schon heute außer Zweifel, daß Hitler in der Beurteilung der Absichten Roosevelts nicht unrecht hatte. Die inneren Zusammenhänge, die zu dieser Entwicklung führten, werden erst allmählich erkannt und verstanden werden.*) Schon im November 1938 hatte bekanntlich Roosevelts Vertrauter, Botschafter Bullitt, dem polnischen Botschafter Potocki aufschlußreich davon gesprochen, es sei Roosevelts Wunsch, daß es „zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Rußland käme" und daß dann „die demokratischen Staaten Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen". Wenn heute die Frage aufgeworfen wird, weshalb wir „mit Japan und nicht mit den USA gegangen" seien, so mag eine solche abwegige Fragestellung bei Uneingeweihten in der allgemeinen Psychose

*) Der bekannte republikanische Senator Taft erklärte im Frühsommer 1941 wörtlich, daß es Roosevelts Ziel „sei, die Entwicklung weiter und weiter in Richtung auf Krieg zu treiben, ohne das Volk zu befragen". (New York Times 28. Mai 1941)

eines verlorenen Krieges noch hingenommen werden. Unverständlich ist sie freilich im Munde gewisser Personen des Auswärtigen Amtes und der Wehrmachtsführung, die die Zusammenhänge genau kannten.

Bei der absoluten Gegnerschaft des Präsidenten Roosevelt mußte eine unmittelbare deutsche diplomatische Arbeit in Washington als aussichtslos gewertet werden. Ich hatte seinerzeit vorgeschlagen, Schacht nach Washington zu schicken. Aber Hitler hielt auch das nach Lage der Dinge für zwecklos. Es konnte deshalb nur eine amerikanische Neutralisierung durch Japan erstrebt werden. Wir hofften, die Vereinigten Staaten durch eine latente Sorge vor einem Zweifrontenkrieg vom Eingreifen in Europa abhalten zu können. Adolf Hitler erwartete sich eine Stärkung der ostasiatischen Position Japans durch Wegnahme der dortigen britischen Stützpunkte. Dadurch wäre Japans Funktion als Gefahr unterstrichen worden, was verstärkt in Richtung der von uns erwünschten Neutralisierung Amerikas wirken sollte. Der für uns überraschende Angriff Japans auf Pearl Harbour machte diese Politik zunichte.

Übrigens hat noch das letzte amerikanische Angebot an Japan, mit dem Roosevelt Tokio zur Abkehr vom Dreierpakt veranlassen zu können hoffte, seine Angriffsabsichten Deutschland gegenüber klar erkennen lassen. Tatsächlich waren hierbei nicht wir, sondern die Amerikaner die treibende Kraft. Wir verfolgten kein anderes Ziel, als die USA aus dem Kriege herauszuhalten.

Diese Politik erforderte auf deutscher Seite ein Übermaß von Zurückhaltung. Obwohl uns ganz klar war, daß die englisch-französische Kriegserklärung am 3. September 1939 auf Roosevelts Druck erfolgt war, antworteten wir auf keine der zahllosen Provokationen, die ich nur in Stichworten in die Erinnerung zurückrufe: Kriegsmateriallieferungen größten Stils an England, Wirksamkeit amerikanischer Flieger in der

britischen Luftwaffe, Abgabe von 50 Zerstörern an England, Besetzung Islands, Schließung der deutschen Konsulate, endlich der berüchtigte Schießbefehl Roosevelts an amerikanische Schiffe gegen deutsche U-Boote. Die Lage der deutschen U-Bootkommandanten wurde dadurch äußerst schwierig. Trotzdem blieb die deutsche Zurückhaltung, von deren Richtigkeit ich den Führer immer wieder überzeugen konnte, unabänderlich bestehen.

Selbst als amerikanische Schiffe deutsche U-Boote angriffen und Großadmiral Raeder wiederholt bei Hitler vorstellig wurde, hielt ich es für meine Aufgabe, jede Änderung der deutschen Politik gegenüber den USA zu verhindern, zumal Deutschland keine divergierenden Interessen zu Amerika hatte. Um den Konflikt zu vermeiden, wurde auf keine Provokation geantwortet.

Angesichts der klar erkennbaren und inzwischen durch Dokumente erwiesenen Politik Roosevelts, die auf den tatsächlichen und auch auf den formalen Kriegseintritt der USA hinsteuerte, konnte die deutsche Außenpolitik im Kriege gegenüber Japan und Amerika nichts anderes tun, als

1. dafür sorgen, daß der Eintritt Amerikas möglichst spät erfolgte – das haben wir getan, und
2. darauf achten, daß, wenn der amerikanische Kriegseintritt Tatsache werde, Japan bestimmt auf unserer Seite stehe – der einen großen Sorge, ob das letztere wirklich der Fall sein werde, hat uns Japans Angriff auf Pearl Harbour dann wenigstens enthoben.*)

*

*) Der damalige Kriegsminister der USA, Henry L. Stimson, notierte am 15. November 1941 in sein Tagebuch, das Hauptproblem sei, „wie wir sie (die Japaner) dahin manövrieren können, den ersten Schuß abzugeben, ohne daß wir selbst dabei in zu große Gefahr kommen" (zitiert nach Tansill a. a. O. Seite 648).

Nach Beginn des Rußlandkrieges wurde das Auswärtige Amt aus allen Fragen, die die Sowjetunion betrafen, ausgeschaltet. Die ganze Sowjetunion wurde von Adolf Hitler von Anfang an als nicht mehr existent behandelt. Als ich die Sowjetbotschaft in Berlin einer Schutzmacht übergeben wollte, wurde dies abgelehnt und die Gebäude der Botschaft mußten auf Weisung des Führers dem Ostministerium zur Verfügung gestellt werden. Im Laufe des Rußlandfeldzuges wurden Adolf Hitlers Pläne immer weitgespannter. Während sich seine Gedanken früher nur um die Zusammenfassung der im selben Raum lebenden Deutschen bewegten, beschäftigten ihn nun weitgreifendere Überlegungen. Er dachte nicht nur an Siedlungsraum im Osten, sondern an die alle bisherigen Raumbegriffe sprengende Entwicklung der Waffentechnik, insbesondere der Luftwaffe und an die damit verbundene Notwendigkeit größeren Raumschutzes zur Sicherung des Reiches. Ich habe demgegenüber dem Führer wiederholt mündlich und schriftlich erklärt, daß wir in territorialen Fragen „die Kirche im Dorf lassen" müßten und nichts tun dürften, was einen späteren vernünftigen Friedensschluß unmöglich machen würde.

Hitler wollte schließlich sogar eine Art Teilung der Außenpolitik in eine Ost- und Westpolitik vornehmen und Länder wie Finnland, die Türkei, den Nahen Osten u. a. m. nicht mehr im Auswärtigen Amt ressortieren lassen. Erst mein energisches Eintreten für die Einheitlichkeit der deutschen Außenpolitik konnte einen solchen Erlaß verhindern. Ich habe schließlich durch eine Denkschrift erreicht, daß – im Gegensatz zu den Forderungen des Ostministeriums, das den Anspruch erhoben hatte, mit anderen Staaten ohne Auswärtiges Amt unmittelbar zu verkehren – der diplomatische Verkehr auch in Ostfragen beim Auswärtigen Amt belassen wurde. Das änderte aber nichts an der Tatsache, daß wir aus dem gesamten Gebiet der Sowjetunion ausgeschaltet blieben. Ich weiß nicht, was und wer bei Hitler damals ständig gegen mich und das Auswärtige

Amt wirkte; Tatsache aber ist, daß er nach Beginn des Rußlandkrieges dem Reichsminister Lammers gegenüber geäußert hat, im Osten sei jetzt Krieg, das Auswärtige Amt habe eigentlich im Kriege keine Funktion, erst beim Friedensschluß sei das wieder der Fall. Die Äußerung zeigt die ganze Einstellung Adolf Hitlers gegenüber dem Auswärtigen Amt als Behörde; er lehnte es ab, ja er haßte es vielleicht sogar, und ich habe leider nicht vermocht, hieran etwas zu ändern. Welche Schwierigkeiten das manchmal für mich mit sich brachte, brauche ich nicht zu erläutern.

Daß wir im Auswärtigen Amt die gesamte Führung der Ostpolitik verloren, hat sich sachlich ungünstig ausgewirkt. Es gab im Ostraum eine Ostministeriums-Politik, die aber nicht einheitlich war, eine Wehrmacht-Politik, eine Himmlersche Politik, eine Propaganda-Politik des Propaganda-Ministeriums usw. usw. Auf diese Weise wurde hier schließlich überhaupt keine Politik gemacht.

(Die Anklage hier in Nürnberg hat ihre eigenen Methoden: so wurden die Berichte eines unserer Verbindungsmänner zu einer Heeresgruppe, Dr. Pfleiderer, in denen er uns sehr kritisch über die Ostverwaltung informierte und die mich veranlaßten, neue ernste Versuche zur Einschaltung im Osten zu machen, als belastend für das Auswärtige Amt und für mich vorgebracht.)

Ich mußte mich darauf beschränken, gelegentlich einzugreifen, wie z. B. in der Frage der Kennzeichnung russischer Kriegsgefangener. Durch einen Zufall hatte ich von dem Plan gehört, die russischen Kriegsgefangenen sollten durch Einbrennen einer Nummer oder dergleichen gekennzeichnet werden; das war natürlich nicht nur vom Standpunkt internationaler Politik aus eine glatte Unmöglichkeit. Auf meinen Vortrag hin hat der Führer diese Maßnahme verhindert. Als ich ein anderes Mal für eine Wiedereröffnung der Kirchen in den besetzten Gebieten eintrat, hatte ich nur den Erfolg, daß

Hitler dem Auswärtigen Amt – wie schon einmal im Jahre 1938 – den diplomatischen Verkehr mit dem Vatikan entziehen wollte.

In diesem Zusammenhang ist die nachstehende Aufzeichnung meines Mannes über Herrn von Papen interessant. Mein Mann schreibt:

„Papen hatte in einem Memorandum eine neue Kirchenpolitik in Osteuropa vorgeschlagen. Ich habe diese Aufzeichnungen dem Führer vorgelegt, der sie aber ablehnte. Papen war immer ein Patriot und hat sich als solcher nach dem 30. Juni 1934 der Regierung wieder zur Verfügung gestellt, obwohl er nie Nationalsozialist war. Wegen seines Katholizismus wurde Papen von der Partei, insbesondere von Himmler, schwer angegriffen und hätte ich nicht meine schützende Hand über ihn gehalten, so wäre er infolge seines Wirkens im Sinne der katholischen Aktion in ernste Schwierigkeiten geraten. Ich selbst war in kirchlichen Fragen schon aus außenpolitischen Gründen positiv und versöhnlich eingestellt.

Papen war seinerzeit auf meinen Vorschlag hin vom Führer nach Ankara geschickt worden. Sein Auftrag lautete, die Türken aus dem Kriege herauszuhalten. Diesen Auftrag hat er gegen die englische Politik der Kriegsausweitung erfüllt. Nach seiner Rückkehr aus Ankara erhielt er auf meine Anregung hin vom Führer das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz, worüber er sich sehr glücklich äußerte.

Ende 1939 hat mir Papen die Vermittlung eines holländischen Diplomaten Visser aus Ankara zur Herstellung eines Friedens angeboten. Ich habe dem Führer befürwortend darüber berichtet und wegen Einzelheiten mehrmals mit Papen telegrafiert. Der Führer verhielt sich aber mir gegenüber ablehnend, weil ich ihn erst kurz vorher dazu bestimmt hatte, in seiner Reichstagsrede vom Oktober 1939 dem Westen nochmals die Friedenshand zu reichen und das nur zu ablehnenden Antworten geführt hatte.*) Papen

*) Tansill berichtet a. a. O. Seite 561 von dem Vermittlungsversuch eines angesehenen amerikanischen Geschäftsmannes, W. R. Davis, der am 11. Oktober 1939 aus Berlin zurückgekehrt einen schriftlichen Bericht an Roosevelt einreichte, in dem er auf Grund seiner Gespräche

kam dann nach Berlin, um dem Führer das Angebot Vissers unmittelbar vorzutragen, doch auch er hatte keinen Erfolg."

So weit die Aufzeichnung meines Mannes über Franz von Papen.

Im Frühjahr 1942 entstand ein ernstes Zerwürfnis zwischen Adolf Hitler und mir. Der äußere Anlaß unserer Auseinandersetzung war zunächst recht belanglos. Gelegentlich eines Vortrages über die Verleihung von Kriegsauszeichnungen an Beamte des Auswärtigen Amtes, die sich unter Einsatz ihres Lebens bewährt hatten, erbat ich ein Vorschlagsrecht bei Feldmarschall Keitel. Es handelte sich also wieder einmal um eine Kompetenzfrage, diesmal um eine sehr nebensächliche – aber die Erörterung, die sich darüber entspann, wurde auf beiden Seiten immer erregter und erstreckte sich bald auf andere Probleme und schließlich auf unsere entgegengesetzte Auffassung über die Juden- und sonstige Weltanschauungsfragen. Das brachte das Faß zum Überlaufen: Ich bat erregt um meinen Abschied und erhielt ihn bewilligt.

Adolf Hitler befand sich dabei in so heftiger Erregung, wie ich ihn noch nie gesehen hatte. Als ich mich anschickte, das Zimmer zu verlassen, warf er mir mit scharfen Worten vor, ich begehe durch meinen immer wieder vorgebrachten Widerspruch ein Verbrechen an seiner Gesundheit. Die Art, wie er diesen schweren Vorwurf hervorstieß, erschütterte mich tief und ließ mich für ihn in diesem Augenblick das Schlimmste befürchten. Ich suchte nach beruhigenden Worten. Der Führer bat mich, nie wieder meinen Abschied zu fordern, und ich gab ihm mein Ehrenwort, daß ich meine Forderung während des Krieges nicht wiederholen würde.

Hitler stand in jenen Tagen stark unter dem Eindruck der Katastrophe des ersten Rückzuges in Rußland, und auch der

in der deutschen Hauptstadt (er hatte u. a. Göring gesehen) Hitlers Friedensbereitschaft unterstrich. Davis erhielt die erbetene Gelegenheit zu mündlichem Vortrag im Weißen Haus nicht, obwohl er Mitte September zu seiner Reise und zu politischen Gesprächen in Berlin von Roosevelt ausdrücklich ermächtigt worden war.

Heß-Flug nach England mit all seinen Folgen wirkte immer noch in ihm nach. Wäre auch ich jetzt noch gegangen, so hätte das in der Welt die Meinung erwecken müssen, als beständen in der deutschen Reichsregierung schwerste Differenzen. Eine so ernste Schädigung der deutschen Kriegführung konnte ich aber nicht verantworten. Ich habe allerdings die Szene nie vergessen und damals meinen Mitarbeitern klar gesagt, daß ich am Tage des Kriegsschlusses meinen Abschied nehmen werde. Sicher war ich in der Form, in der ich meine Auffassung vertrat, zu weit gegangen, als ich ihm z. B. mit einer Handbewegung heftig replizierte, aber Hitler war so diktatorisch geworden, daß er keinen Widerspruch mehr vertragen konnte. Ich habe trotzdem nicht aufgehört, ihm meine Meinungen vorzutragen und immer wieder versucht, meine Auffassungen durchzusetzen. Zu der Denkschriften, die ich ihm einreichte, sagte er einmal: „Ich lese sie, aber die Schlüsse ziehe ich selbst daraus."

Allerdings habe ich nicht konspiriert, sondern bin Adolf Hitler gegenüber sachlich loyal und persönlich treu geblieben bis zum Schluß.

•

Mit einer großen Denkschrift im Winter 1941/42 habe ich versucht, Hitler für eine europäische Konferenz zu gewinnen, in der die Selbständigkeit und Integrität der europäischen Staaten festgelegt und garantiert werden sollte. Im endgültigen Abschluß eines Friedens mit Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, den Balkanstaaten und einem wiederhergestellten Polen sah ich die erste Voraussetzung für eine später vielleicht doch noch mögliche Verständigung mit England. Hitlers Gegenargument gegen eine endgültige Regelung bestand vor allem in dem Hinweis auf den noch bestehenden Kriegszustand, während dem die Angelegenheiten der be-

setzten Gebiete nur nach militärischen und strategischen Gesichtspunkten behandelt werden könnten und die deutschen Truppen in diesen Gebieten nicht nur die innere Ordnung aufrechterhalten, sondern sie auch gegen Angriffe von außen verteidigen müßten. Eine weitere Folge dieser Einstellung Adolf Hitlers war es auch, daß das Auswärtige Amt im Zuge der Kriegsentwicklung in Europa politisch mehr und mehr ausgeschaltet wurde. Das galt schließlich nicht nur für die besetzten Gebiete, sondern auch gegenüber verbündeten Staaten.

Nur vom Hörensagen erfuhr ich gelegentlich von Plänen des Führers für ein „Germanisches Reich" mit dem Deutschen Reich als Kern und einem föderativen Zusammenschluß der anderen germanischen Staaten. Mit mir sprach er nicht darüber, ob er es mit Himmler tat, weiß ich nicht, aber es ist eine Tatsache, daß dessen Dienststellen die europäische Politik in wachsendem Ausmaß beeinflußten, daß Hitler z. B. die Höheren SS- und Polizeiführer der besetzten Gebiete ohne mein Beisein empfing und daß an den Empfängen gewisser „germanischer" Persönlichkeiten nur Himmler teilnahm.

Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit Adolf Hitler selbst an die Realisierbarkeit einer solchen germanischen Politik geglaubt hat. Wenn er mich von diesen Planungen fernhielt, so hat dies vermutlich seinen Grund darin, daß ich ihm gegenüber immer wieder im Sinne einer Begrenzung deutscher Aspirationen in Europa eingetreten bin. Im Hinblick auf die spätere Verständigung mit anderen Mächten – vor allem mit England – hielt ich es für absolut notwendig, keine präjudizierende Veränderungen dieser Art vorzunehmen.

Die heute oft geäußerte Behauptung, es wäre möglich gewesen, Staaten wie Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen, Serbien, Griechenland, Polen und die besetzten russischen Gebiete zu politischen Faktoren in unserer Kriegführung oder gar zu kämpfenden Bundesgenossen zu machen,

ist eine Utopie. Die nationale Dynamik dieser Staaten war viel zu stark und zu sehr traditionsgemäß bedingt und auch der Glaube an einen deutschen Sieg von Anfang an viel zu gering. Als Beispiel sei Frankreich angeführt: Obgleich die Franzosen den Vorschlag Churchills nach Dünkirchen, eine staatliche Union mit England einzugehen, entschieden ablehnten, gelang es auch uns durch unsere großzügige Montoire-Politik nicht, sie für uns zu gewinnen! Was für Frankreich galt, traf mehr oder weniger für alle anderen von uns besetzten Länder zu. Wir haben überall ähnliche Erfahrungen gemacht. Gewiß hätte man von unserer Seite hier und dort geschickter vorgehen und damit auch wirtschaftlich mehr erreichen können. Der Gedanke aber, daß diese Länder sich entscheidend für die Erreichung eines deutschen Sieges hätten einsetzen lassen, ist zweifellos ganz abwegig.

Wir haben im Gegenteil erlebt, wie schwer es schon war, die Freunde und Bundesgenossen zu wirklich ernsten Kriegsanstrengungen zu bewegen. Das galt vor allem für Italien, dessen Kriegführung von einflußreichen Kreisen laufend sabotiert wurde. In Ungarn wiederum dachte man dauernd an Sonderfrieden, in Rumänien wurden uns immer neue Schwierigkeiten bereitet. In Budapest und Bukarest wollte man überdies mitten im Zweiten Weltkrieg einen Privatkrieg wegen Siebenbürgen austragen. (Die ungarischen Sonderbestrebungen gingen soweit, daß Hitler im Jahre 1944 ernstlich um die rückwärtigen Verbindungen seiner Armee, die Ungarn verteidigte, besorgt sein mußte, und deshalb Ungarn besetzen lassen wollte. Er sagte mir damals, daß er sich im Falle einer Weigerung Horthys gezwungen sähe, die ganzen Unterlagen über das Doppelspiel des ungarischen Ministerpräsidenten Kallay unter dem Namen Horthy der Öffentlichkeit zu übergeben. Die deutschen Truppen konnten schließlich mit Horthys Einverständnis einrücken. Die Budapester politischen Bestrebungen waren damit aber nicht beendet. Als die Russen sich

Ungarn näherten, führte Horthy mit ihnen Verhandlungen, während die deutschen Armeen erbittert kämpften. Es blieb Adolf Hitler schließlich nichts anderes übrig, als einzugreifen. Die Budapester Burg wurde zerniert, Horthy erklärte, sich unter den Schutz des Führers stellen zu wollen und wurde in ein Schlößchen nach Oberbayern gebracht, Horthys Sohn wurde verhaftet, weil sein Verrat ganz offenkundig war. Ich mußte Horthy sehr üble Mitteilungen darüber machen. Der Führer hat stets an eine persönliche Feindschaft Horthys gegen ihn geglaubt und ihn oft als einen großen Intriganten bezeichnet, der u. a. versuchte, Differenzen zwischen ihm und Mussolini zu schaffen.) Die Slowakei tendierte nach Rußland hin und in Finnland machten sich die gleichen Sonderfriedensbestrebungen geltend wie in Budapest. Spanien ließ uns in einem ganz wichtigen Augenblick des Krieges im Stich ...., wenn die Schwierigkeiten mit unseren Freunden aber schon so groß waren, wie hätten wir da besiegte Feinde dazu gewinnen können, sich für den deutschen Sieg einzusetzen?

*

Trotz der anfänglichen großen militärischen Erfolge im Osten habe ich seit Herbst 1941 mich nicht mehr vom Gefühl ernster Sorge um die weitere Entwicklung freimachen können.

Als nach Pearl-Harbour – ganz gegen meinen Rat – der Kriegszustand mit den USA erklärt worden war, sagte ich Adolf Hitler wörtlich: „Wir haben jetzt noch ein Jahr Zeit, um Rußland von seinen amerikanischen Zufuhren über Murmansk und den Persischen Golf abzuschneiden, während Japan Wladiwostok übernehmen muß. Gelingt das nicht und kommt das USA-Rüstungspotential mit dem russischen Menschen-Potential zusammen, so tritt der Krieg in ein Stadium, in dem wir ihn nur noch sehr schwer gewinnen können." Der Führer nahm meinen Hinweis schweigend auf und äußerte sich nicht.

Nach der Wetterkatastrophe des Winters 1941/42, infolge der unsere Armee bekanntlich vor Moskau steckenblieb und die ganze Ostfront erschüttert wurde, habe ich gelegentlich der Neujahrsgratulation zur Jahreswende 1941/42 mit dem Führer zum ersten Male über die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit Rußland gesprochen. Er sagte mir darauf nur, daß er einen solchen Frieden nicht für möglich halte, im Osten könne nur eine klare Entscheidung in Frage kommen.

Im Laufe des Jahres 1942 gelang unser Vorstoß bis zur Wolga, dann aber kam es zu den schweren Kämpfen in Stalingrad.

Im Norden saßen wir vor Moskau und vor Leningrad fest, und das gleiche war im Kaukasus der Fall, auch hier kamen wir nicht weiter. Wir waren also zwar an der Wolga, weiter aber auch nicht. Die Front am Don, die von unseren militärisch wenig erprobten Bundesgenossen gehalten wurde, erschien mir schon damals äußerst gefährdet. Ich habe im Laufe des Jahres 1942 verschiedentlich versucht, über die militärischen Planungen Adolf Hitlers Näheres zu erfahren. Aber er blieb immer sehr verschlossen und es war aus ihm nicht mehr herauszubringen, als daß er den Russen die Ölzufuhren aus dem Kaukasusgebiet abschneiden und dann an der Wolga entlang nordwärts stoßen wollte.

Anfang November 1942 erfolgte die englisch-amerikanische Landung in Nordafrika. Ich befand mich gerade in Berlin. An den ersten Meldungen fiel sofort der Umfang der Tonnage auf, die bei der Landung eingesetzt wurde. Man sprach von vier Millionen Tonnen. Es war klar, wie ungewöhnlich ernst eine Operation solchen Ausmaßes sein mußte und daß wir uns über die dem Feinde zur Verfügung stehenden Tonnagezahlen anscheinend gründlich geirrt hatten. Hitler hat mir dies dann auch später zugegeben. Angesichts des sehr schwankenden Bildes, das der afrikanische Kriegsschauplatz schon bisher geboten hatte, befürchtete ich nunmehr das Schlimmste für die Mittelmeer-Position der Achse.

Nachdem ich mich mit dem Führer in Verbindung gesetzt hatte, lud ich, da der Duce unabkömmlich war, Graf Ciano zu sofortiger Besprechung nach München ein. Ich selbst flog nach Bamberg, wo ich in den aus dem Osten kommenden Führer-Sonderzug einstieg.

Bei der anschließenden Unterredung hielt ich in knappen Worten folgenden Vortrag:

Die englisch-amerikanische Landung sei ernst. Sie zeige, daß man sich grundlegend in den feindlichen Tonnageziffern und damit in den Möglichkeiten unserer U-Boot-Kriegführung geirrt habe. Wenn es nicht gelinge, die Anglo-Amerikaner wieder aus Afrika zu vertreiben, was mir im Hinblick auf unsere Transport-Erfahrungen im Mittelmeer sehr zweifelhaft erscheine, sei Afrika mit der Achsenarmee verloren, das Mittelmeer in den Händen der Feinde und das sowieso schon schwache Italien in schwierigster Lage. Ich sei der Auffassung, der Führer brauche eine ganz entscheidende Entlastung für die Kriegführung, und ich bäte daher um sofortige Vollmacht für eine Verbindungsaufnahme mit Stalin über die sowjetische Botschafterin in Stockholm Mme. Kollontay wegen eines Friedensschlusses – und zwar, wenn es sein müßte, unter Aufgabe der größten Teile des im Osten eroberten Gebietes.

Kaum hatte ich von einer Aufgabe der Ostgebiete gesprochen, als der Führer auf das heftigste reagierte. Adolf Hitler sprang mit hochrotem Kopf auf, unterbrach mich und sagte mit unerhörter Schärfe, er wünsche mit mir ausschließlich über Afrika und über nichts anderes zu sprechen. Die Form, wie er dies sagte, machte mir im Augenblick eine Wiederholung meines Vorschlages unmöglich. Vielleicht hätte ich taktisch bei ihm anders vorgehen sollen. Ich war aber in so ernster Sorge, daß ich geradewegs auf mein Ziel losging.

Meine Widerstandskraft solchen Szenen gegenüber war seit dem Frühjahr schwächer geworden. Ich habe damals und auch später immer wieder daran denken müssen, daß Männer, die

einmal eine Situation erlebt haben, wie ich mit Adolf Hitler im Frühjahr 1942, sich unter allen Umständen trennen sollten. Nach einem so ernsten Bruch des persönlichen Verhältnisses kann es keine gute Zusammenarbeit mehr geben.

Es blieb mir jetzt nur übrig, noch einige Einzelheiten über den kommenden Ciano-Besuch zu besprechen, dann beendete der Führer kurz das Gespräch.

Auch in den nächsten Tagen war es mir unmöglich, ihn nochmals auf meinen Plan einer Fühlungnahme mit Stalin anzusprechen. Zu dieser Zeit – vor der Katastrophe von Stalingrad – hätten wir noch eine ungleich günstigere Position für Verhandlungen mit Moskau gehabt, als bald darauf. Acht Tage später kam der russische Angriff, der Zusammenbruch unserer Verbündeten am Don, und dann die Katastrophe der 6. Armee in Stalingrad, so daß nun zunächst an eine Verhandlung mit Rußland nicht zu denken war – ganz besonders nicht nach den Auffassungen Hitlers.

In den schweren Tagen nach dem Ende des Kampfes um Stalingrad hatte ich mit Adolf Hitler ein sehr aufschlußreiches Gespräch. Er sprach – wie das seine Art war – mit großer Bewunderung von Stalin. Er sagte: da sähe man wieder einmal, was ein Mann für eine Nation bedeuten könne. Jedes andere Volk wäre nach den Schlägen der Jahre 1941/42 unzweifelhaft zusammengebrochen. Wenn dies bei Rußland nicht der Fall gewesen sei, so habe das russische Volk seinen Sieg nur der eisernen Härte dieses Mannes zu verdanken, dessen ungebrochener Wille und dessen Heldenmut das Volk zu einem neuen Widerstand aufgerufen und gebracht habe. Stalin sei der große Gegner, den er habe, weltanschaulich und militärisch. Wenn er jemals in seine Hand fiele, werde er ihn achten und ihm das schönste Schloß in Deutschland als Aufenthalt geben. Freilassen – so fügte er hinzu – werde er allerdings einen solchen Gegner niemals mehr. Die Schaffung der Roten Armee sei ein grandioses Werk und Stalin selbst

zweifellos eine geschichtliche Persönlichkeit ganz großen Formates.

Bei dieser Gelegenheit und in einer späteren umfassenden Denkschrift schlug ich erneut sofortige Friedenssondierungen mit Moskau vor. Der Denkschrift, die ich durch Botschafter Hewel übergeben ließ, wurde ein unrühmliches Los zuteil. Hewel sagte mir, der Führer habe nichts davon wissen wollen und sie fortgeworfen. Ich habe anschließend Hitler selbst nochmals darauf angesprochen. Er antwortete mir: Erst müsse er wieder einen entscheidenden militärischen Erfolg erringen, dann könnten wir weiter sehen. Sein Standpunkt war es damals und später, daß jeder Friedensfühler ein Schwächezeichen bedeute.

Ich habe aber doch durch meinen Verbindungsmann Kleist eine indirekte Verbindung zu Mme. Kollontay in Stockholm aufgenommen. Ohne Autorisation aber konnte ich nichts Entscheidendes tun.

Nach dem Verrat der Badoglio-Regierung im September 1943 unternahm ich einen neuen sehr energischen Vorstoß. Diesmal zeigte Hitler sich nicht so ablehnend. Er ging mit mir an eine Karte und zeichnete selbst eine Demarkationslinie ein, auf die man sich mit den Russen einigen könne. Als ich um Vollmacht bat, wollte er sich die Frage noch bis zum nächsten Morgen überlegen. Aber am nächsten Tage war es doch wieder nichts. Der Führer sagte mir, er müsse die Angelegenheit noch genauer durchdenken. Ich war sehr enttäuscht. Ich fühlte Kräfte am Werke, die Hitler stets von neuem in seiner unnachgiebigen Haltung gegen eine Verständigung mit Stalin bestärkten.

Als Mussolini nach seiner Befreiung ins Führerhauptquartier kam, äußerte sich der Führer zu meiner Überraschung ihm gegenüber, er wolle sich mit Rußland einigen. Auf meine daraufhin vorgebrachte Bitte um Weisung, bekam ich jedoch keine präzise Antwort, und bereits am nächsten Tage ver-

weigerte er wiederum jede Fühlungnahme. Er bemerkte offenbar meine große Niedergeschlagenheit, denn er suchte mich kurze Zeit später in meinem Quartier auf und sagte mir im Fortgehen plötzlich: „Wissen Sie, Ribbentrop, wenn ich mich heute mit Rußland einige, packe ich es morgen wieder an – ich kann halt nicht anders.“ Fassungslos antwortete ich: „So kann man keine Außenpolitik treiben, denn so wird alles Vertrauen verloren.“ In meiner Ohnmacht, hieran etwas ändern zu können, ergriff mich ein Grauen vor der Zukunft.

Am 30. August 1944 überreichte ich dem Führer erneut eine Denkschrift mit der Bitte, mich zu ermächtigen, nach allen Seiten sofort wegen eines Friedensschlusses zu sondieren.

Meine Denkschrift begann mit den Worten: „Es ist die Aufgabe einer Diplomatie, dafür zu sorgen, daß ein Volk nicht heroisch zugrunde geht, sondern erhalten bleibt. Jeder Weg, der zu diesem Ziele führt, ist gerechtfertigt, jedes Nichtbeschreiten eines solchen Weges kann nur als ein verdammungswürdiges Verbrechen b[illegible]hnet werden.“ Es handelte sich hier um ein Zitat aus „Mein Kampf“, das ich bewußt an die Spitze dieser Denkschrift gestellt hatte, um Adolf Hitler mit seinen eigenen Worten an die Aufgabe jeder Diplomatie zu erinnern. Ich wollte ihn einerseits darauf aufmerksam machen, daß wir im Begriff waren, heroisch zugrunde zu gehen, und daß er andererseits doch selbst seit je der Auffassung war, daß die Diplomatie versuchen müsse, dies zu verhindern. Aber auch diese Denkschrift hatte keinen Erfolg, und ich erhielt die Vollmachten nicht, die ich erbeten hatte.

Kurze Zeit später bekam ich durch Kleist eine Information, auch die Russen hätten den Wunsch geäußert, in Kontakt mit uns zu kommen. Ich gab diesen Hinweis an den Führer weiter und erhielt endlich von ihm die Erlaubnis, meine Fühler in Stockholm auszustrecken. Ich zweifelte zwar etwas an dieser Nachricht und hatte das Gefühl, daß hier mehr der

Wunsch der Vater des Gedankens gewesen war. Aber ich wollte zunächst einmal die Autorisation Adolf Hitlers haben. Tatsächlich ist dann kein russischer Unterhändler erschienen.

Es mag hier erwähnt werden, daß – nachdem Hitler mir persönlich immer verweigert hatte, mit der russischen Botschafterin in Stockholm direkte Friedensgespräche einzuleiten – meine Frau ihm im Herbst 1944 einen Brief schrieb, in dem sie sich erbot, als „geschiedene" Frau, die er jederzeit desavouieren könne, Verbindung zu Mme. Kollontay aufzunehmen, um auf diese Weise vielleicht Anhaltspunkte darüber zu gewinnen, ob es überhaupt Möglichkeiten für ein ernsthaftes Friedensgespräch mit Rußland gäbe. Hitler lehnte jedoch auch diese Anregung ab, mit dem Bemerken, die Einstellung der Russen erkunden zu wollen, bedeute nichts anderes, als wolle man „einen rotglühenden Ofen anfassen, nur um festzustellen, ob er heiß ist".

Im Januar 1945 machte ich noch einen letzten Vorstoß. Ich sagte dem Führer, ich sei bereit, mit meiner Familie nach Moskau zu fliegen, um Stalin von vorneherein von der Ehrlichkeit und dem Ernst unserer Absichten zu überzeugen und ihm mit mir und meiner Familie gewissermaßen ein Pfand in die Hand zu geben. Hitler sagte darauf nur: „Ribbentrop, machen Sie mir keine Sachen wie Heß."

Dies ist das tragische Kapitel meiner Versuche zum Frieden mit Rußland zu kommen, um danach den Krieg durch einen Kompromiß mit dem Westen beenden zu können.

•

Eine Szene aus den letzten Wochen sei hier noch erwähnt. Eines Tages, es war kurz nach den schweren Luftangriffen auf Dresden, rief mich Botschafter Hewel an: Der Führer wolle auf einen ihm gemachten Vorschlag hin für jeden in Dresden getöteten Zivilisten einen Kriegsgefangenen als Repressalie erschießen lassen. Die Wehrmacht und auch die Parteileitung habe dagegen Stellung genommen, aber der Führer bestehe darauf, weil die Greuel in Dresden, wo zehntausende von Frauen und Kinder getötet wurden, zu furchtbar seien. Der Führer wolle jedoch mit mir wegen der Genfer Konvention sprechen. Ich habe daraufhin um sofortigen Empfang gebeten. Hitler erwartete mich im Garten der Reichskanzlei. Ich sagte ihm, daß der ihm gemachte Vorschlag keinesfalls durchgeführt werden dürfe, wies auf die schweren Folgen hin und gab ihm klar zu verstehen, daß ich kein Abgehen von der Genfer Konvention mitmachen würde. Der Führer wurde sehr erregt und schnitt mir kurz das Wort ab, hat aber dann doch angeordnet, daß der Befehl nicht gegeben wurde. Die Unterredung dauerte nur ganz kurz; aber obwohl Hitler mir nichts Endgültiges sagte, wußte ich, daß er den Befehl nicht geben würde. Botschafter Hewel kam kurze Zeit darauf zu mir und sagte, daß der Führer die Absicht gehabt habe, trotz gegenteiliger Stellungnahme von Wehrmacht- und Parteiseite, den Befehl zu erteilen und daß er erst durch meine Vorstellung davon abgelassen habe.

•

Adolf Hitler sah den Kampf im Osten als einen Kampf der Völker um den Besitz von Lebensraum an. Durch die zunehmende Härte dieses Kampfes zur Erreichung der großen Ziele, die er sich gesteckt hatte, wurde er immer unbeugsamer. Kompromißvorschläge riefen in den letzten Jahren bei ihm nur noch Ausbrüche der Entrüstung hervor. Die ungeheure Überarbeitung und Verantwortung beugten ihn zwar gesundheitlich – er lebte von Vitamin- und Hormonspritzen und ging mit gekrümmtem Rücken – aber die Härte seines Charakters entwickelte sich zur Starrheit, und ein politisches Gespräch in Ruhe war nicht mehr möglich. Alles sah er nur noch militärisch, er glaubte nicht mehr an Kompromißmöglich-

keiten. Ob er Recht gehabt hat oder ich – wer mag das heute entscheiden? Jedenfalls haben alle von mir in den Kriegsjahren – über die Schweiz, über Stockholm und zuletzt auch über einen Verbindungsmann in Madrid – durchgeführten Sondierungen einwandfrei – und zwar nicht erst seit der Formel der bedingungslosen Kapitulation – ergeben, daß weder mit England noch mit Amerika ein ernstes Friedensgespräch möglich war.

Es war immer das tragische Geschick Deutschlands, daß es den Ansturm des Ostens mit seinem Blute aufzuhalten hatte. So war es von der Schlacht auf den Katalaunischen Feldern über die Kriege mit den Türken, die Frankreich nach Europa brachte, bis zum jetzigen Weltkrieg, in dem die Westmächte durch ihr Vorgehen gegen Deutschland dem Osten das Tor nach Europa öffneten.

Adolf Hitler war bis zum Schluß der Überzeugung, es sei die große Tragik dieses Krieges, daß in der Auseinandersetzung zweier Welten – zwischen dem Osten und dem Abendland – der Westen dem Volk, das diesen Kampf für Europa und für die ganze Kulturwelt führe, in den Rücken falle.

Er wollte nicht an eine Niederlage glauben und wurde in seinen Maßnahmen immer schärfer. Fast fanatisch war er von der Leistungsfähigkeit des deutschen Soldaten und des deutschen Arbeiters überzeugt.

Wiederholt sagte er mir, daß unsere besonderen Waffen, zuerst die U-Boote, dann die V-Waffen und die neuen Flugzeuge uns trotz allem den Sieg sichern würden. Noch sechs Wochen vor dem Ende glaubte er daran.

Hitler blieb der Überzeugung, daß der Sieg noch kommen könne, solange die Front stehe. Er sprach immer wieder von der „kommenden Wendung". Wahrscheinlich war er sich darüber klar, daß es sonst nur noch die Kapitulation gab. Er glaubte, das Ende des Nationalsozialismus bedeute die Bolschewisierung Deutschlands.

NÜRNBERGER AUFZEICHNUNGEN

Ursachen des Zusammenbruches

Die Tragik, daß wir diesen Krieg verloren haben wird noch größer durch die Erkenntnis, daß wir ihn hätten gewinnen können.

Einer der Gründe für den Verlust des Krieges war zweifellos die unerwartet große Widerstandskraft der Roten Armee infolge der starken Führung Stalins unter Verwendung amerikanischer Rüstungslieferungen.

Wesentlich für die Niederlage Deutschlands war ferner die im Laufe des Krieges immer stärker in Erscheinung tretende feindliche Luftwaffe, die schließlich imstande war, die europäischen Produktionsstätten zu zerstören, nachdem wir die Luftherrschaft verloren hatten.

Hinzu kamen: Das militärische Versagen Italiens, die Überlegenheit der feindlichen U-Boot-Abwehr, die Schwierigkeiten der Heeres-Organisation und die verhängnisvollen Überschneidungen der Kompetenzen in den einzelnen Führungsstellen. Zweifellos war es auch ein, vielleicht *der* Fehler unseres Regierungssystems, daß man niemals im Kreise des Reichskabinetts zu einem Austausch von Meinungen unter Vorsitz des Führers kommen konnte. So wurden Entscheidungen von dem einen Gehirn getroffen, oft ohne Anhören anderer Seiten.

Als eine besondere Ursache für den Verlust des Krieges muß aber auch die innere Opposition genannt werden, die sich

in der höheren Führung ziviler und militärischer Stellen mit der zunehmenden Schwere des Krieges immer stärker ausbreitete. Ihr gehörten so wichtige Faktoren an wie z. B. der Chef des militärischen Nachrichtendienstes, zeitweise der Chef des Generalstabes, Minister, hohe Beamte, Generale*) u. a. m.

Diese zahlenmäßig nicht einmal große Opposition wirkte sich deshalb so folgenschwer aus, weil einzelne ihrer Anhänger die höchsten Führungs- und Schlüsselstellungen des Reiches innehatten.

*

Noch eine Woche vor seinem Tode hatte ich mit Hitler ein Gespräch, in dem er mir gegenüber das Luftwaffenproblem als den militärischen Grund unserer Niederlage bezeichnete. Wieder und wieder habe er mit Göring gesprochen, aber Göring sei kein Techniker gewesen und habe zu wenig von Flugzeug-Typen verstanden. Als z. B. der viermotorige amerikanische Bomber angekündigt wurde, habe Göring ihm gesagt, daß das gerade der Typ sei, den er sich beim Feinde wünsche, weil er am leichtesten vernichtet werden könne. Stundenlang habe er mit Göring über Flugzeug-Typen und seine Auffassungen darüber, die oft ganz anders als die Görings gewesen seien, debattiert, aber Göring habe mit der ganzen Kraft seiner starken Persönlichkeit eigene Überzeugungen vertreten, denen er, der Führer, als Nichtfachmann keine entsprechende

---

*) Rechtsanwalt Dr. Martin Horn erklärte als Verteidiger des ehemaligen Generalstabschefs in dessen Spruchkammerverhandlung: „Das Verhalten Halders 1938 war jedenfalls vollendeter Hoch- und Landesverrat." (Zitiert nach: Dr. M. Horn: Halder — Schuld oder Tragik, München 1948 Seite 37.)

E. v. Schlabrendorff schreibt in seinem Buch: „Offiziere gegen Hitler' (Zürich 1946) Seite 38 über den Plan Hitlers, nach dem Frankreichfeldzug im Sommer 1940 England anzugreifen: „Diesen Erfolg Hitlers unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern, auch auf Kosten einer schweren Niederlage des Dritten Reiches, war unsere dringlichste Aufgabe." In der 1951 erschienenen Neubearbeitung des Buches fehlt dieser Satz.

Urteile habe entgegenstellen können. Seit 1940 habe die Luftwaffe sich nicht ernstlich weiter entwickelt. Man sei im Luftfahrt-Ministerium verbürokratisiert, die Fabrikationen und Typen seien nicht von technischen und wirtschaftlichen Könnern bestimmt worden – mit dem Resultat, daß die ganze Entwicklung stecken geblieben sei.

Ich selbst hatte am Tage nach dem schweren Luftangriff auf Hamburg im Juli 1943 dem Führer gesagt, daß wir „die Luftwaffe in Ordnung bekommen" müßten, oder der Krieg sei verloren. Sie kam leider nicht in Ordnung.

Zur Judenfrage

Von Anfang meiner Zugehörigkeit zur NSDAP an habe ich auf eine Revision ihrer antisemitischen Grundsätze, zumindest auf eine evolutionäre Entwicklung in der Judenfrage über eine Art „numerus clausus" hinzuwirken versucht. Ich glaubte auch die Möglichkeit zu sehen, daß meine Erwartungen einer zunehmenden Toleranz erfüllt würden.

Ganz zweifellos gab es in Deutschland schon vor 1933 ein jüdisches Problem. Die Juden hatten sich einen beträchtlichen Einfluß auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens der Nation verschafft. Im deutschen Kulturleben, in der Presse, im Film, im Theater und vor allem natürlich im Wirtschafts- und Finanzleben standen sie fast überall im Vordergrund. Ein bekannter Frankfurter Jude und langjähriger Freund meiner Familie sprach damals oft in großer Sorge zu mir über diese Entwicklung. Er war selbst der Meinung, daß das Auftreten gewisser deutscher und eingewanderter Juden früher oder später zu großen Konflikten führen werde.

Nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze im September 1935 sprach ich mit dem Führer lange und ausführlich über die Judenfrage. Ich machte Adolf Hitler, der mir nach

Abschluß des deutsch-englischen Flottenvertrages großes Vertrauen entgegenbrachte, nachdrücklich auf die außenpolitischen Rückwirkungen der Nürnberger Gesetze aufmerksam. Aus seinen Äußerungen und Mitteilungen gewann ich damals den Eindruck, daß durch die neugeschaffene gesetzliche Regelung ein Abschluß erreicht sei und daß die Juden – wenn auch in erheblich eingeschränkter Weise – bei uns eine durchaus faire Lebens- und Existenzmöglichkeit behalten würden. Die weitere allgemeine Haltung Hitlers und auch der Parteileitung schienen mir bis 1936, also bis zu meinem Weggang nach London, einer ruhigen Toleranzentwicklung nicht ungünstig.

Bei meiner Rückkehr als Außenminister in das Berlin von 1938 fand ich eine völlig veränderte Situation vor. Die Nürnberger Gesetze hatten eine starke Reaktion des Judentums in allen Ländern der Welt und besonders in den USA ausgelöst, die schärfste Angriffe gegen das nationalsozialistische Deutschland, vor allem in der ausländischen Presse zur Folge hatten. Das wiederum veranlaßte den Führer seinerseits, eine sehr viel härtere Haltung in der Judenfrage einzunehmen. Der circulus vitiosus hatte begonnen!

Im Anschluß an die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath durch den Juden Grünspan in unserer Pariser Botschaft fanden im November 1938 die bekannten Ausschreitungen gegen die Juden statt. Sobald ich davon Kenntnis erhielt, fuhr ich auf den Obersalzberg. Ich erklärte Hitler, wie ernst sich solche ungesetzliche antisemitische Maßnahmen im eigenen Volk auswirken müßten, und wies ihn auch auf die unvermeidlichen schweren politischen Folgen der Ausschreitungen hin. Er sagte mir bei dieser Aussprache mit tiefem Ernst, daß man den Lauf der Dinge nicht immer so bestimmen könne wie man wolle, und daß alles wieder in geregelte Bahnen gebracht werde. Ich hatte den Eindruck, daß Hitler selbst von dem Umfang der Ereignisse und der eingetretenen Reaktion überrascht war.

Ich habe mich im Laufe des Winters 1938/39 beim Führer noch verschiedene Male, allerdings vergeblich, für eine völlige Wiederherstellung des vor den Ausschreitungen bestehenden Zustandes eingesetzt. Ich legte ihm dann einen Plan für eine freiwillige Auswanderung der Juden unter Mitnahme eines Teiles ihres Vermögens vor. Viele Juden sind damals ausgewandert, obwohl der Einwanderung deutscher Juden von den anderen Ländern, besonders auch von den USA, größte Schwierigkeiten entgegengesetzt wurden.

Mit dem Kriegsbeginn hat die Kampfstellung zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem internationalen Judentum in der gegenseitigen Propaganda immer schärfere Formen angenommen. Die Einstellung Adolf Hitlers wurde hierdurch noch kompromißloser und es wurde immer schwieriger mit ihm über die Judenfrage zu sprechen. Trotzdem habe ich in den Kriegsjahren wiederholt auf die großen außenpolitischen Nachteile der antijüdischen Politik hingewiesen. Nicht nur die USA, sondern auch die Regierungen eines Teiles der neutralen Länder bereiteten uns wegen der Judenfrage in ihrer Propaganda große Schwierigkeiten. Der Ausgangspunkt lag meist in der anglo-amerikanischen Welt. Ich erklärte Hitler immer wieder, daß diese unnötig erscheinende Feindschaft des Weltjudentums der Feindschaft einer zusätzlichen Großmacht gleichkomme.

Adolf Hitler dagegen kam immer mehr zu der Überzeugung, daß das Weltjudentum diesen Krieg gegen Deutschland systematisch vorbereitet habe und für seine Entfesselung letzten Endes verantwortlich sei. Er glaubte, daß nur das englisch-amerikanische Judentum die von ihm erstrebte großzügige Einigung mit England hintertrieben habe. Vor und auch nach Ausbruch des Rußlandkrieges war er der Meinung, daß auch hinter der kommunistischen Bedrohung im Osten das internationale Judentum stehe und daß es Stalin zu der Absicht getrieben habe, Deutschland durch einen kombinierten An-

griff von Ost und West zu besiegen und zu bolschewisieren. – Demgegenüber habe ich Adolf Hitler wiederholt meine entgegengesetzte Ansicht über die jüdischen Einflüsse dargelegt: Der Zweite Weltkrieg brach nach meiner Überzeugung aus, weil sich England gegenüber den deutschen Aspirationen feindlich einstellte. Der jüdische Einfluß mag dabei wohl kriegsfördernd gewirkt haben, aber die primäre Kriegsursache war hier nicht zu suchen. Diese lag vielmehr in der Sorge der englischen Imperialisten um die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes. Ich verwies bei diesen Gesprächen auf zwei Beispiele: Auf die Zeit Napoleons, in der die Juden in England noch keinen nennenswerten Einfluß hatten (die Rothschilds kamen erst nach Waterloo zu ihrer großen Stellung) und in der die Engländer doch erbittert gegen den französischen Kaiser kämpften; später wurde Kaiser Wilhelm II., obwohl er der Freund der deutschen Juden war, als Feind Englands proklamiert.

Adolf Hitler ließ sich von seiner Überzeugung nicht abbringen und erwiderte mir stets, daß ich diese Frage nicht verstünde. Er war und blieb überzeugt, daß der Krieg vom Judentum Englands, Frankreichs und vor allem der USA ausgegangen sei und daß das US-Judentum durch seine fast ausschließliche Beherrschung der amerikanischen Publizistik den Krieg systematisch vorbereitet und Roosevelt zu seiner deutsch-feindlichen Einstellung und Politik getrieben habe. Meine Vorschläge für eine Änderung unseres Kurses in der jüdischen Politik wurden zurückgewiesen.

Nach dem Sieg über Polen und Frankreich übertrug Hitler die Behandlung des Judentums im besetzten Europa an Himmler. Über dessen Umsiedlungs-Aktion zunächst der deutschen Juden und dann auch der Juden aus den besetzten Gebieten nach dem Osten erhielt ich nur späte und unvollständige Informationen. Das Lager Theresienstadt z. B. konnte noch 1944 von Vertretern des Internationalen Roten

Kreuzes besichtigt werden. Da diese Besichtigung durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes zustande kam, erhielt ich einen Bericht, aus dem hervorging, daß die dortigen Zustände als zufriedenstellend befunden wurden. Nähere Einzelheiten – insbesondere über andere Lager – erfuhr ich nicht, weil der Reichsführer SS durch Befehl des Führers für diese Fragen als allein zuständig erklärt worden war. Dem Auswärtigen Amt war mit dem Hinweis, es handle sich hierbei um innere Verwaltungsangelegenheiten, ausdrücklich die Berechtigung entzogen worden, sich um jüdische Angelegenheiten zu kümmern.

Als ich dem Führer im Jahre 1943 in einer meiner Denkschriften Vorschläge für eine Änderung der Kirchen- und Judenpolitik machte, erklärte er, er sei in allem völlig entgegengesetzter Auffassung. Auch eine anschließende, verhältnismäßig ruhige Aussprache über diese Fragen hatte kein positives Ergebnis. Hitler sagte mir bei dieser Gelegenheit: „Die Außenpolitik verstehen Sie, von der Judenfrage verstehen Sie nichts, diese Frage kennt Goebbels am besten. Das Auswärtige Amt kann das nicht und ist auch nicht dafür da.“ Ich brachte trotzdem alle Argumente vor, die dartun konnten, wie sehr unsere Lage in dem inzwischen so viel schwerer gewordenen Krieg durch einen Frieden auf weltanschaulichem Gebiet erleichtert werden könnte. Hitlers Antwort lautete: „Das ist eine völlige Verkennung des Problems und eine naive Auffassung. Dieser Krieg ist ein Weltanschauungskrieg zwischen der jüdisch-bolschewistischen und der nationalen Welt, und dieser Kampf kann nicht mit außenpolitischen Mitteln gewonnen werden, sondern hier müssen die Waffen entscheiden.“

Soweit das Auswärtige Amt mit der Judenfrage befaßt war, wurde hier der Radikalisierung entschieden entgegengearbeitet. In vielen Fällen konnte tatsächlich ausgleichend gewirkt werden. Von Hitler selbst erhielt das Auswärtige Amt in der Judenfrage nur wenig Weisungen; sie beschränkten

sich im allgemeinen auf Vorstellungen, durch die befreundete Regierungen veranlaßt werden sollten, der Judenfrage mehr Beachtung zu schenken und die Juden aus maßgebenden Stellungen zu entfernen. Aber auch darüber gab es immer wieder Mißhelligkeiten mit den eigenen Bundesgenossen. So ließ mir der Führer eines Tages sagen, im italienisch besetzten Gebiet Frankreichs sei eine große jüdische Spionage- und Sabotage-Organisation entdeckt worden. Ich erhielt den Auftrag, bei Mussolini ernstlich vorstellig zu werden. Bei unserer diplomatischen Arbeit mit den neutralen Staaten machte es sich wachsend bemerkbar, daß dort jüdische Einflüsse gegen uns wirkten.

Im Jahre 1944 konzentrierte sich Hitler in seinen Äußerungen immer mehr auf die Auseinandersetzung mit dem Judentum. Er hat sich schließlich hier in einen starrsinnigen Fanatismus verrannt. Aber nie bis zum 22. April 1945, als ich ihn zum letzten Male in der Reichskanzlei sah, hat er auch nur mit einem Wort von der Tötung von Juden gesprochen. Ich kann deshalb heute noch nicht glauben, daß der Führer die Judentötungen angeordnet hat, sondern ich nehme an, daß er von Himmler vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Freiwillige Verantwortung

In Nürnberg richtete mein Mann mehrere Wochen vor Beginn des Prozesses an die Anklagebehörde ein Schreiben, in dem es unter anderem heißt:

„. . . Wie ich annehme, soll der Prozeß zu dem Zweck geführt werden, um u. a. die deutsche Schuld an diesem Krieg festzustellen. Ich glaube, daß die Frage, welche Ursachen, Gründe und Ereignisse zum Ausbruch des Krieges geführt haben, im heutigen Zeitpunkt und unter den heutigen Umständen wohl kaum eine irgendwie geartete Instanz endgültig

entscheiden kann. Es würde sich um ein Urteil eines aus Vertretern der ehemaligen Feindmächte Deutschlands zusammengesetzten Gerichts handeln. Selbst wenn ein solches Gericht den allerbesten Willen hätte, objektiv, unparteiisch und gerecht zu urteilen, müßte letzten Endes sein Urteil doch immer ein subjektives sein. Anderes zu erwarten will mir unlogisch und fast übermenschlich erscheinen.

Ferner frage ich mich, ob nach dem geltenden internationalen Völkerrecht ein solcher Gerichtshof sowohl im Hinblick auf die Zuständigkeit als auch die Verfahrensart die Rechtsgrundlage in Anspruch nehmen kann, um über eine ehemals souveräne Regierung, die nur dem eigenen Volke verantwortlich ist, richten zu können; auch für eine Urteilsfindung würde wohl kein Gesetz vorhanden sein, das nach grundsätzlichen Rechtsbegriffen auch nicht rückwirkend geschaffen werden könnte.

Wenn Adolf Hitler heute am Leben wäre, würde er die ganze Verantwortung für die Folgen dieses Krieges allein auf sich nehmen und es ablehnen, daß einer seiner Gefolgsmänner diese mit ihm teilt. Adolf Hitler ist tot. So sollen jetzt andere Verantwortlichkeiten festgestellt werden. Wenn das offenbare Bedürfnis nach Festlegung von Verantwortungen mit der freiwilligen Übernahme der Verantwortung durch mich und vielleicht noch andere Mitarbeiter des Führers befriedigt werden kann und hierdurch die beabsichtigten Prozesse gegen Deutsche verhindert werden könnten, bin ich als der ehemalige Außenminister Adolf Hitlers bereit, einen solchen Schritt zu tun und die Verantwortung für alle inhaftierten Männer und Frauen unseres Regimes freiwillig auf mich allein zu nehmen.

Ich bin hierzu bereit in dem Wunsche, der Versöhnung und einer zukünftigen Freundschaft zwischen dem amerikanischen, dem englischen, dem französischen und dem russischen Volke einerseits und dem deutschen Volke andererseits zu nützen.

Denn diese Prozesse – anstatt einer Versöhnung zu dienen – würden, glaube ich, nur neuen Haß zwischen den Völkern säen . . .“

*

Zu Beginn des Beweisvortrages für Ribbentrop im Nürnberger Prozeß (Nachmittagssitzung des 26. März 1946) ließ mein Mann durch seinen Verteidiger folgende Erklärung abgeben:

Als Reichsaußenminister hatte ich die außenpolitischen Richtlinien und Weisungen Adolf Hitlers durchzuführen. Für die hierbei von mir vorgenommenen außenpolitischen Handlungen trage ich die volle Verantwortung.

„Zeugen“ und „Dokumente“

Die nachstehenden Aufzeichnungen hat mein Mann nicht mit dem Gedanken an eine Veröffentlichung, sondern nur zur Orientierung seiner Verteidiger niedergeschrieben. Ich glaube aber doch, sie hier wiedergeben zu sollen, weil sie einerseits die Atmosphäre des Nürnberger Prozesses kennzeichnen, andererseits auch im Hinblick auf verschiedene Publikationen der Nachkriegszeit Beachtung verdienen.

Wie ich höre, äußern sich die Herren von Weizsäcker und Dr. Erich Kordt heute so, als ob sie mir wegen der Außenpolitik des Führers offen opponiert hätten. Dazu stelle ich fest: Sowohl Herr von Weizsäcker wie Dr. Kordt haben mir bei unendlich vielen Gelegenheiten stets von neuem ihre Ergebenheit und Zufriedenheit mit den Ereignissen zum Ausdruck gebracht. Es gab kaum jemand, der mir bei außenpolitischen Erfolgen herzlicher gratuliert hätte, als diese beiden.

Weizsäcker habe ich im Laufe eines Revirements zum Vatikan geschickt, weil ich in Berlin einen Staatssekretär

brauchte, der mit der Partei besser verhandeln konnte. Noch vor seinem Weggang nach Rom hat mir Herr von Weizsäcker anläßlich meines 50. Geburtstages mit den herzlichsten Worten auf meine Dankansprache erwidert. Wenn er grundsätzlich mit dem Gang der deutschen Außenpolitik nicht einverstanden war, dann hat er das jedenfalls niemals in einer Aussprache mir gegenüber zum Ausdruck gebracht. Wenn er das aber nur anderen hinter meinem Rücken sagte, so zeigt dies einen seltsamen Charakter und läßt entsprechend bewerten, was er anscheinend jetzt aus opportunistischen Gründen erklärt. Es muß auch beachtet werden, daß Weizsäcker über die außenpolitischen Vorgänge nur zum Teil und über das, was zwischen Adolf Hitler und mir behandelt wurde, meist gar nicht informiert war. Ich habe zwar alles getan, um Weizsäcker dem Führer näher zu bringen, aber dieser lehnte ihn ab und ich konnte nichts dagegen tun. Wenn Weizsäcker heute behauptet, ich hätte ihn vom Führer ferngehalten, so weiß er ganz genau, daß das eine Verdrehung der Tatsachen ist.

Mit Kordt habe ich über die großen Probleme der Politik kaum gesprochen. Nur an laufenden Angelegenheiten wurde er beteiligt. Auch er hat mir niemals irgendwelche Opposition zu unserer Außenpolitik zu erkennen gegeben. Er war seit 1934 bei mir und schien jahrelang Erfolge mit ganzem Herzen mitzuerleben. Ich mochte ihn nicht ungern, obwohl er mir dann und wann etwas undurchsichtig erschien. Wegen Überarbeitung habe ich ihn auf einen längeren Urlaub und später auf einen Außenposten nach Ostasien geschickt. Diese Maßnahmen hatten mit Politik nichts zu tun; Kordts Stellung war nie bedeutend genug, daß es je zu grundsätzlichen aussenpolitischen Aussprachen zwischen mir und ihm gekommen wäre.

Wenn diese Herren heute als „Zeugen“ gegen mich fungieren, so ist dies eine trübe menschliche Erfahrung. Als sie jahrelang mit mir zusammenarbeiteten, haben sie ein ganz

anderes Gesicht gezeigt. Aber unter der heutigen Psychose ist ja jeder Gesinnungswandel*) möglich und bei der Charakterlosigkeit vieler, allzu vieler Menschen wundert mich nichts mehr. Ich bin sicher, daß die Anklagebehörde mit etwas Druck von fast jedem Mitglied des Auswärtigen Amtes jede Aussage gegen mich bekommen kann, die sie haben will. Dies ist eine traurige Feststellung, aber leider eine wahre.

*

Dolmetscher Schmidt, heutiger Kronzeuge unserer Gegner, gehörte, als ich in das Auswärtige Amt kam, nicht zu den höheren Beamten und arbeitete in der Übersetzungsabteilung. Ich habe ihn dann herangezogen, als ich für den Führer einen Dolmetscher suchte. Vorher hatte ich selbst für Adolf Hitler gedolmetscht, der Führer wünschte das dann aber nicht mehr. Schmidt wurde zunächst bei einigen ausländischen Besuchen zugezogen und weil er sehr gut dolmetschte, wurde er vom Führer und mir immer mehr verwandt. Ich sorgte dafür, daß er mit Einwilligung des Führers höherer Beamter wurde. Selbstverständlich hat sein ungewöhnliches Talent seine gute Position beim Führer gefestigt, aber ich gab ihm die Chance, der bekannte Dolmetscher Adolf Hitlers zu werden.

Später – ich glaube es war im Jahre 1940 oder 1941 – bestellte ich Schmidt neben seiner Dolmetscher-Tätigkeit zum Leiter meines Ministerbüros. Als solcher hatte er keine politische, sondern eine lediglich registrierende Tätigkeit. Über Politik oder politische Planungen habe ich mit Schmidt nie gesprochen, auch der Führer hat dies nicht getan. Er kann hierüber nur indirekt informiert worden sein. Für uns war

*) Daß sowohl bei Weizsäcker wie bei Kordt eine tatsächliche politische Widerstandstätigkeit stattgefunden hat, wie sie in späteren Prozessen und in ihren eigenen Büchern klargelegt haben, war Ribbentrop bei seiner Niederschrift nicht bekannt.

und blieb er der Dolmetscher und im übrigen der Leiter meines Berliner Ministerbüros, um dort die Akten in Ordnung zu halten, während ich mich – wie das im Laufe des ganzen Krieges meist der Fall war – in meinem Feldquartier befand.

Schmidt hat sich damals mir gegenüber stets als ein vollkommen loyaler Mann gezeigt. Irgendeine Kritik über das Regime, über unsere Außenpolitik oder über Einrichtungen des Dritten Reiches ist mir gegenüber nicht ein einziges Mal über seine Lippen gekommen. Ich hatte im Gegenteil bei Schmidt immer den Eindruck, daß er durchaus positiv eingestellt war und sich in seiner Rolle als international bekannter Dolmetscher des Führers außerordentlich wohlgefühlt hat. Der Führer behandelte ihn besonders bevorzugt.

Wenn Schmidt in einem hier vor Gericht verlesenen Memorandum behauptet, „es sei von Anfang an die Absicht der nationalsozialistischen Außenpolitik gewesen, Europa zu beherrschen", so ist dies nicht nur nicht wahr, sondern Schmidt war auch gar nicht in einer Position, dies beurteilen zu können. Es ist nur eine sehr traurige persönliche Erfahrung mehr, wenn Schmidt sich jetzt von der alliierten Anklagebehörde (Sir Maxwell Fyfe) als Kronzeuge gegen deutsche Männer aufrufen läßt.

*

Botschafter Gaus war seit Jahren mein engster Mitarbeiter. Schon zur Zeit der Ministerschaft des Herrn von Neurath hat er mit mir zusammengearbeitet. Ich habe ihn damals für einen klugen, routinierten, aber auch vor allem anständigen Menschen gehalten und es ihm angerechnet, daß er sich mir in den damals manchmal etwas schwierigen Verhältnissen zwischen mir und manchen Herren des Amtes zur Verfügung gestellt hat.

Als ich Außenminister wurde, habe ich Gaus als einen meiner ersten Mitarbeiter herangezogen. Ich habe damals dem Führer

vorgeschlagen, ihn in die Partei aufzunehmen, obwohl seine Frau Halbjüdin war, und ihm für seine treue Mitarbeit das goldene Ehrenzeichen der Partei zu verleihen. Der Führer hat das zwar abgelehnt, mir aber für Gaus ein Bild mit einer sehr herzlichen Widmung gegeben. Gaus hat mir mit Tränen in den Augen in einer Form gedankt, die seine große innere Bewegung zu zeigen schien. Er sagte mir wörtlich: „Herr Minister ich danke Ihnen – ich bin jetzt über 25 Jahre im Amt und dies ist die erste Anerkennung, die ich bekomme." Der Partei gegenüber, die wegen seiner Frau wiederholt vorstellig wurde, habe ich Gaus voll gedeckt und noch im Laufe des Jahres 1944 jeden Angriff gegen ihn und seine Frau ein für allemal abgeschnitten durch eine Beurteilung, wie sie nur für einen engsten und besten Mitarbeiter möglich ist. Diese Beurteilung muß sich bei den Personalakten der Parteikanzlei befinden.

Mit Gaus besprach ich alle Fragen der großen Politik. Jede meiner Denkschriften an den Führer hat Gaus gesehen, oft habe ich sie mit ihm durchgesprochen noch ehe ich sie diktierte. Es gab kein wichtiges eingehendes oder ausgehendes Telegramm, keine Instruktion von Bedeutung an unsere Auslandsvertreter, die Gaus nicht gesehen, mit mir besprochen, zum Teil selbst formuliert hat. Gaus hat sowohl vor als auch während des Krieges alle außenpolitischen Aktionen als mein erster Mitarbeiter miterlebt und an ihnen mitgewirkt. Er wurde von mir grundsätzlich sogar vor dem Staatssekretär konsultiert. Als er auf meinen Vorschlag vom Führer zum Botschafter ernannt worden war, ließ ich ihn als ältesten Botschafter des Amtes rangieren.

Gaus kennt alle ernsten Auseinandersetzungen, die ich im Laufe der Jahre mit Adolf Hitler gehabt habe. Er weiß – fast als Einziger – sehr genau, wie ich manchmal nahezu verzweifelt von Hitler zurückkam, weil sich die verschiedensten Kräfte in die Außenpolitik einmischten, weil ich mit meinen Vorstößen zu einer Änderung der Kirchen- und Judenpolitik

keinen Erfolg hatte und weil ich im Kriege mit meinen Versuchen, den Führer zu Friedenssondierungen zu bringen, erfolglos blieb. Nur mit Gaus habe ich über solche Divergenzen gesprochen, die ja unter keinen Umständen weitere Kreise ziehen durften; nach außen hin mußte ich natürlich aus Gründen der Staatsräson eine andere Haltung zur Schau tragen.

Auch als ich 1942 nach der ernsten Auseinandersetzung mit dem Führer in mein Quartier zurückkehrte, habe ich Gaus die ganze Begebenheit geschildert. Gaus hat mir daraufhin gesagt, jetzt im Kriege sei ein Rücktritt des Außenministers eine Katastrophe, die ich auf keinen Fall dem Führer und dem Lande hätte antun dürfen.

Daß Gaus jetzt so eine erbärmliche Haltung *) einnimmt, wie mir meine Anwälte nach ihrer Unterredung mit ihm berichten und sich ganz in den Dienst der Anklage stellt, ist unter allen traurigen Erfahrungen die traurigste. Wenn er die Wahrheit sagte, wäre es besser für die deutsche Sache und auch für ihn.

Henderson und Ciano

Entsprechend meiner Auffassung von Staatsräson ließ ich nach außen hin niemals eine Andeutung interner Auseinandersetzungen dringen, um die angestrebten diplomatischen Lösungen nicht zu gefährden; das machte es dem Gegner leicht, mir den Ruf eines Außenministers des „starken Kurses" oder gar des Mitgliedes einer „Kriegspartei" anzudichten. Diese vom englischen Standpunkt aus verständliche Propaganda hat ihre Wirkungen leider bis in deutsche Kreise hinein gehabt, ja ich glaube, daß sogar auch Dr. Goebbels zu denen

*) Im sog. Wilhelmstraßen-Prozeß (1948) wurde bewiesen, daß Botschafter Gaus von der Nürnberger Anklagebehörde durch Androhung seiner Auslieferung an die Sowjetunion zu dieser Haltung bestimmt worden ist.

gehörte, die – aus persönlichen Gründen – nicht ungern die These verbreiteten, ich hätte den Krieg gegen England gewollt, weil man mich „in London schlecht behandelt habe".

An der Spitze derer, die mit solchen persönlichen Verdächtigungen um die historischen Tatsachen herumzukommen suchen, marschiert der ehemalige britische Botschafter in Berlin Sir Neville Henderson mit seinem Buch „Failure of a mission" (Fehlschlag einer Mission), das noch während des Krieges erschien und schon damals nicht unerhebliche propagandistische Wirkung hatte.

Auf einige der übelsten Verdrehungen und Unwahrheiten dieses Buches muß ich hier eingehen, denn die Darstellung Hendersons bildet heute einen der Grundpfeiler für die These der deutschen Kriegsschuld. Henderson behauptet, ich hätte eine „eigennützige Politik" getrieben und den Führer in der Polenkrise „verhängnisvoll beraten". Mit „verhängnisvollem Rat" meint Henderson, ich hätte dem Führer gesagt, daß England für Polen nicht marschieren werde. Das ist die Hauptthese seines Buches; er will damit Hitlers, meine und Deutschlands Schuld am Kriege beweisen.

Das Gegenteil ist die Wahrheit und sie ist in diesem Fall für alle Welt sogar durch den Nürnberger Prozeß klar zutage getreten. Ich brauche hier nur auf das Dokument T C 75 (vergleiche Seite 116ff.) auf das Anhalten der deutschen Armee am 25. August 1939 und auf meine Versuche hinzuweisen, Henderson in diesen Tagen im Sinne eines Einlenkens seiner Regierung zu beeinflussen.

Bemerkenswert ist, daß die Nürnberger Anklage die über alle Welt verbreitete These Hendersons über meine angebliche Falschberatung Hitlers fallen gelassen hat und nun im sog. „Trialbrief" umgekehrt behauptet, ich hätte gewußt, England werde kämpfen und hätte trotzdem nichts zur Beilegung der Krise im August 1939 getan – was wiederum längst dokumentarisch widerlegt ist.

Es ist auch eine andere Behauptung Hendersons zu erwähnen, aus der die verleumderische Absicht besonders deutlich wird. Henderson erklärt, ich hätte im Jahre 1937, als damaliger deutscher Botschafter in London gegen die Entsendung des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath, als Vertreter der deutschen Regierung zur Königskrönung „intrigiert". Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich habe den Vorschlag, Neurath zu entsenden, im Interesse der deutsch-englischen Beziehungen besonders befürwortet. Hitler war es, der ihn ablehnte; erst auf mein Drängen entschloß er sich dazu, in Feldmarschall Blomberg dennoch einen besonderen Vertreter zur Krönung zu entsenden. Die Italiener hatten im Hinblick auf die spanischen Differenzen von der Entsendung eines Vertreters ihres Königs abgesehen.

Als Grund für meine „Intrige" gegen Herrn von Neurath, die niemals stattfand, führt Henderson an, ich hätte Sorge gehabt, daß der Fehlschlag meiner Tätigkeit als Botschafter in London durch Herrn von Neurath „aufgedeckt" werde. Diese Erklärung ist im Munde eines Diplomaten fast kindlich. Meine Mission in London konnte deshalb nicht zum Erfolg führen, weil die britische Politik damals gegen Deutschland gerichtet war, wie heute jedermann klar ist. Wenn ich Adolf Hitler dahingehend beraten hätte, aus Rücksicht auf England auf die Erstarkung Deutschlands zu verzichten, dann wäre ich in London „persona gratissima" gewesen, dann hätte mir vermutlich Mr. Henderson selbst den „deutschen Gruß" erwiesen und wäre mein Freund geworden. Ich vertrat aber ein starkes Deutschland, das sich mit England ebenbürtig verbinden wollte und deshalb wurde ich nicht nur politisch, sondern auch durch erfundene Histörchen persönlich bekämpft. Das mag vom Standpunkt der englischen Kriegsschuldpropaganda aus logisch und verständlich sein, traurig ist es nur, wenn Deutsche das nachschwätzen.

Besonders kühn und unsinnig ist Hendersons Behauptung,

der Mißerfolg meiner Londoner Mission hätte den Führer schon viel früher bestimmt, mich abzuberufen, wenn er eine passende Stelle für mich gehabt hätte! Hitler hätte mich nur deshalb zum Außenminister ernannt, weil ich „in Berlin weniger Schaden anrichten" könnte als in London! Zu solchen Bemerkungen gehört schon sehr viel Unverstand. Die Erkenntnis der Erstarkung Deutschlands war in England unpopulär, und kein Diplomat der Welt hätte sie unter den damaligen Umständen bei den Engländern populär machen können. Wenn der Führer damals meine außenpolitischen Urteile abgelehnt hätte, wäre es ihm gewiß nicht in den Sinn gekommen, mich ausgerechnet zum Außenminister zu machen. Wenn Henderson in gleichem Atemzuge erklärt, keiner hätte mehr getan, den Kriegsausbruch zu beschleunigen, als ich, dann läßt sich dazu nur feststellen, daß seine eigene Berichterstattung an Lord Halifax, wie sie im britischen Blaubuch erschien, ihn ebenso klar widerlegt, wie die Zeugenaussagen im Nürnberger Prozeß. Ich soll, nach Henderson, dem polnischen Botschafter „diktatorische Bedingungen" genannt haben, die Hitler den Polen gütigst gewähren wolle. In Wirklichkeit haben wir mit Polen einen Winter lang mit Engelsgeduld verhandelt und die Mitteilung des Botschafters Lipski – als Polen Ende März 1939 der englischen Garantie sicher war – daß die Weiterverfolgung des Danzig-Korridor-Problems den Krieg bedeute, kam für uns völlig überraschend. Bei der Darstellung dieser Entwicklung zeigt sich die Unaufrichtigkeit des Henderson-Buches besonders deutlich.

Am 25. August 1939 um 19 Uhr berichtete Henderson in einem Telegramm an Viscount Halifax:

> „Herr Hitler erwähnte unter anderem folgende Punkte: ..... daß er kein Interesse daran habe, Großbritannien zum Wortbruch Polen gegenüber zu verleiten; daß er sich nicht engstirnig in einem Abkommen mit Polen zu zeigen wünsche, und daß es, um zu einer Verständigung zu kommen, nur einer Geste Englands bedürfe, um anzudeuten, daß Polen sich nicht unfügsam zeigen werde.
>
> Nachdem ich mich verabschiedet hatte, schickte Herr von Ribbentrop Dr. Schmidt zur Botschaft mit dem Text des mündlichen Bescheides und gleichfalls mit einer Mitteilung Herrn von Ribbentrops, die besagte, daß Herr Hitler stets ein Einvernehmen mit England wünschte und es auch noch wünscht und in der er mich dringend bat, Seiner Majestät Regierung ans Herz zu legen, den Vorschlag sehr ernst zu nehmen."

Warum erwähnt Henderson gerade dieses Telegramm in seinem Buch nicht? Es gibt nur eine Antwort auf diese Frage: Hieraus wäre mein Wunsch zu einer friedlichen Lösung mit England zu erkennen gewesen und das paßt nicht in den Rahmen dieser tendenziösen Schrift.

Überraschend ist die Kühnheit, mit der Henderson behauptet, er habe die Vorschläge des Führers vom 30. August 1939, als ich sie ihm in elfter Stunde vorlas, nicht verstanden. Heute steht fest, daß diese Vorschläge schon zwei Stunden nach unserer Unterredung in ihren Kernpunkten richtig nach London telegrafiert worden sind und daß sie spätestens am Morgen des 31. August auch in Warschau vorlagen.

Auch Hendersons Behauptung, daß Hitler am 31. August keine direkten Verhandlungen mit Polen mehr wollte, ist unrichtig: Wäre der polnische Botschafter an diesem Tage nachmittags autorisiert gewesen, unsere Vorschläge entgegenzunehmen, dann hätte der Führer mich zweifellos beauftragt, mit Lipski darüber zu verhandeln und die Krise wäre beseitigt gewesen.

Nur eine Aufrichtigkeit habe ich im Henderson-Buch gefunden: der Botschafter stellt nämlich von sich fest, daß er „voreingenommen sei". Das trifft auf jedes Wort zu.

Menschlich kann man Henderson als Einzigstes zugute halten, daß er ein schwerkranker Mann war. Ich habe immer versucht, mit ihm sachlich und anständig zu verhandeln, aber

das erwies sich als außerordentlich schwierig. Henderson fühlte sich, seinem ganzen Charakter nach, als Werkzeug der klassischen englischen Politik und war bereit, aus welchem Grunde auch immer, jede Unwahrheit persönlich auf sich zu nehmen, wenn er glaubte, seinem Lande damit dienen zu können.

Das Henderson-Buch ist eine ausgesprochene Propagandaschrift, die die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg etablieren soll; die Herabsetzung meiner Person gegen besseres Wissen und der Vergleich mit Graf Berchtold liegen auf der gleichen Linie.

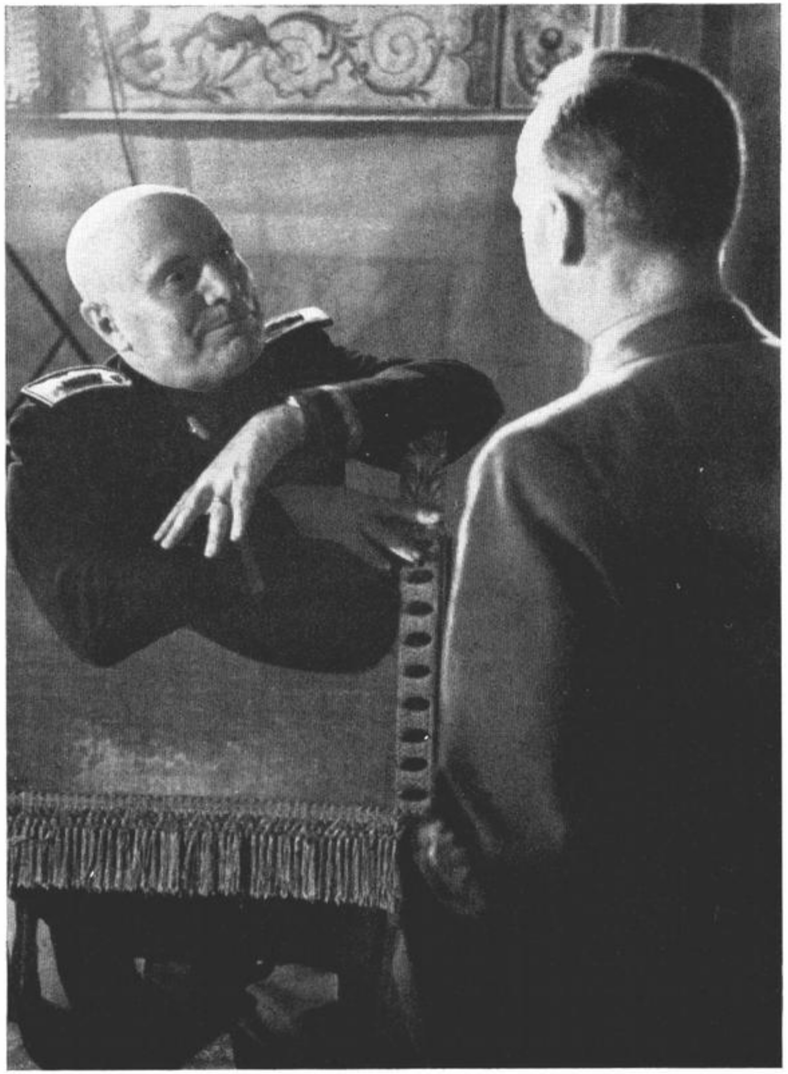
Richtig urteilt Henderson nur in einer Bemerkung, die von ihm ironisch gemeint ist, aber doch den Kern der Sache trifft: Wenn Hitler vor den Schranken des letzten Richters erscheine, dann werde er aussagen, daß er Europa die Schrecken eines Krieges erspart hätte, falls die Polen seine vernünftigen, großmütigen Bedingungen angenommen hätten. So ist es tatsächlich: denn die Polen hätten der Rückkehr Danzigs zum Reich und der Autobahn durch den Korridor zweifellos zugestimmt, wenn ihnen nicht von der britischen Regierung eine Garantie gegeben worden wäre.

Dieses Henderson-Buch, das in allen seinen wichtigen Behauptungen tausendfältig widerlegt ist, hatte im Nürnberger Prozeß eine sogenannte „Dokumenten"-Nummer und galt vor dem Internationalen Militärgerichtshof als Beweismittel.

*

Ebenfalls als Beweis für meine Teilnahme an einer Verschwörung zur Vorbereitung eines Angriffskrieges wurde das Tagebuch des früheren italienischen Außenministers Graf Ciano als Dokument P S 2989 herangezogen.

Das Original dieses Tagebuches ist trotz wiederholter Anträge meines Verteidigers in Nürnberg nicht vorgelegt worden.



Mit Mussolini

Ich weiß bestimmt, daß es mindestens zwei Tagebücher Cianos gibt, eines davon habe ich bereits im Jahre 1943 beim Führer gesehen. In diesem Tagebuch war die Eintragung, nach der ich am 12. August 1939 in Berchtesgaden zu Ciano gesagt haben soll: „Wir wollen Krieg" bestimmt nicht enthalten. In dieser Fassung des Tagebuches standen vielmehr angeblich von mir gemachte, sehr abfällige Bemerkungen über Japan. Damals war schon eine Untersuchung gegen Ciano wegen Verrats an Mussolini im Gange und das Tagebuch wurde von Ciano zu Erpressungszwecken verwandt. Ciano ließ dem Führer ausrichten, eine Kopie befinde sich bei seinem Freunde, dem spanischen Botschafter in Rom und werde der Öffentlichkeit sofort übergeben werden, wenn gegen ihn – Ciano – etwas geschehe.

Ein Tagebuch Cianos ist bestimmt gefälscht. Aus welchem Manuskript die in Nürnberg vorgelegten Fotokopien stammen, war nicht festzustellen. Es steht noch nicht einmal fest, ob das Buch, aus dem die Fotokopien stammen, überhaupt von Graf Ciano geschrieben wurde, da nur die Richtigkeit der Übersetzung, nicht aber die Echtheit des Tagebuches bestätigt war. Und wenn die vorgelegten Fotokopien wirklich Cianos Aufzeichnungen zeigen, so geht auch aus ihnen hervor, daß er ein Tagebuch nicht fortlaufend führte, sondern nachträgliche Eintragungen machte, es also gewissermaßen selbst fälschte. So sind z. B. unter den Daten vom 3. und 4. Dezember 1941 Eintragungen gemacht, die sich auf Vorgänge vom 8. Dezember 1941 beziehen u. a. m. Mit diesem Tagebuch sollte in Nürnberg bewiesen werden, ich hätte die Absicht und den Willen gehabt, mit Polen Krieg zu entfesseln.

Das ganze Tagebuch ist vermutlich von Ciano selbst nachträglich verschiedentlich umgearbeitet worden, um sich selbst ein großes „Friedensalibi" zu verschaffen und einen Kontrast zu meiner und des Führers „Kriegslüsternheit" herauszuarbeiten. In die erste Fassung hatte er diese Stellen selbstver-

ständlich noch nicht hineingeschrieben, weil es ihm damals darum ging, sich ein Faustpfand zu verschaffen, für den Fall, daß ihm bei der politisch unklaren Rolle, die er jahrelang gespielt hatte, im eigenen Lande etwas passieren sollte. Ciano hat zweifellos stets Fühlung mit der Feindseite unterhalten.

Ciano war nicht nur eifersüchtig und eitel, sondern auch hinterlistig und unzuverlässig. Mit der Wahrheit nahm er es nicht genau. Das erschwerte nicht nur den persönlichen, sondern auch den dienstlichen Verkehr. Die Art, wie er seinen eigenen Schwiegervater Mussolini im Juli 1943 im faschistischen Rat verriet, war charakterlich besonders übel. Der Duce sagte mir später, er sei niemals von jemanden so belogen worden – und zwar Jahre hindurch – wie von Ciano, und dieser sei auch wohl schuld an der Korrumpierung der Faschistischen Partei und damit an ihrer Spaltung.

In der in Nürnberg vorgelegten Fassung des sogenannten „Tagebuches" des Grafen Ciano sind insbesondere die Vorgänge bei unserer Besprechung in Berchtesgaden am 12. und 13. August 1939 völlig unrichtig geschildert. Ich hatte vom Führer nach dem Konflikt, der sich aus dem sog. „Danziger Zollbeamtenstreit" ergeben hatte, den Auftrag bekommen, Ciano vorbereitend auf den Ernst der Polensituation hinzuweisen. Ich sollte dem italienischen Außenminister sagen, der Führer werde die polnischen Provokationen auf die Dauer nicht hinnehmen und Polen müsse seine Haltung nun endlich klarstellen.

Die Möglichkeit eines Ausgleiches mit Rußland lag damals – am 12. August 1939 – schon im Bereich des Möglichen. Italien in seiner damaligen starken internationalen Position mit Mussolini an der Spitze als fester Bundesgenosse Deutschlands, Freundschaft mit Japan und Ausgleich mit Rußland, das waren die Vorbedingungen, die es keineswegs ausgeschlossen erscheinen ließen, Polen doch noch an den Verhandlungs-

tisch zu einer friedlichen Lösung zu bekommen. Entscheidend war dabei, daß England die Entschlossenheit des Führers, mit Polen zu einer Klärung zu kommen, zweifelsfrei erkannte.

Bei der bekannten Indiskretion italienischer Hof- und Regierungskreise war es in unserem Interesse unbedingt erforderlich, daß Graf Ciano von der Entschlossenheit des Führers überzeugt wurde und Mussolini dementsprechend berichtete. Der Eindruck einer Unentschlossenheit des Führers in der Polenfrage wäre über Rom sofort nach London und von dort aus nach Warschau weiterberichtet worden und hätte jede diplomatische Lösung von vorneherein unmöglich gemacht. Das war der Grund für die sehr klare Instruktion des Führers an mich, Ciano gegenüber keinen Zweifel über des Führers Entschlossenheit aufkommen zu lassen. Niemals aber habe ich zu Ciano gesagt: „Wir wollen Krieg". Bezeichnenderweise wird dieser Ausspruch nur in der Einleitung der in Nürnberg vorgelegten Fassung von Cianos Tagebuch erwähnt. Daß es sich um eine spätere Einfügung handelt, steht also außer jedem Zweifel; möglicherweise stammt sie auch gar nicht von Ciano selbst.

Mir ist noch sehr genau in Erinnerung, was ich damals in Wirklichkeit zu Ciano gesagt habe: Der Führer habe genug von den polnischen Provokationen. Polen müsse sich erklären, Danzig zum Reich kommen. Die Forderungen des Führers seien gemäßigt, die Lage werde aber dadurch verschärft, daß die Polen in Danzig offenbar ein fait accompli schaffen wollten. Der Führer sei deshalb entschlossen, die polnische Frage so oder so zu lösen. Es war mein Auftrag, Ciano, bevor er zur Führerbesprechung ging, klar zu machen, daß die Lage ernst sei. Die weitere Unterhaltung hat der Führer selbst bestritten. Ich habe Ciano dann noch im Auftrage des Führers gebeten, von einem Communiqué abzusehen und habe ihm noch ausdrücklich meine Auffassung mitgeteilt, daß ich auf eine diplo-

matische Lösung hoffe, gerade weil der Führer so fest entschlossen sei.

Ciano war über die Mitteilungen des Führers gewiß nicht erfreut. Er hat aber auch keine anderen Einwände vorgebracht, als den Hinweis, daß Italien für einen etwaigen Konflikt militärisch nicht vorbereitet sei. Es war mir allerdings nicht angenehm, daß ich Ciano die Forderung nach einem neuen großen Freundschaftsbeweis Italiens stellen mußte: Mussolini hatte uns schon zweimal – bei Österreich und bei der Lösung der Sudetenfrage – zur Seite gestanden. Jetzt mußte ich Italien zum dritten Male bitten.

Ciano behauptet, ich hätte ein „schlechtes Gewissen" gehabt, weil ich zu oft über die deutschen Absichten Polen gegenüber „gelogen" hätte und in Verlegenheit gewesen sei zu sagen, was ich „nunmehr zu tun vorbereite". Ich hatte gar kein schlechtes Gewissen, da ich nicht ein einziges Mal über Polen „gelogen", sondern Deutschlands Wunsch nach einer friedlichen Lösung der Polenfrage stets aus voller Überzeugung zum Ausdruck gebracht hatte. Im übrigen war Graf Ciano – was er verschweigt – über die Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen seit März 1939 voll im Bilde, und auch die gegenseitigen Erklärungen über den „casus belli" im Falle eines fait accompli in Danzig waren ihm nicht unbekannt.

Eine bezeichnende Episode bei der Abfahrt Cianos auf dem Bahnhof ist mir noch in Erinnerung. Ciano hatte mich zur Entenjagd nach Albanien eingeladen. Ich sagte ihm am Zuge, ich würde seine Einladung im Herbst gerne annehmen. Ciano meinte daraufhin: „Ob es dazu kommen wird? Nach dem, was der Führer mir gesagt hat, wird im Herbst vielleicht anders geschossen." Ich sagte ihm daraufhin überzeugt und herzlich: „Wenn alles so geht, wie ich es will, werden wir unsere Enten schießen."

Das Propagandabuch des englischen Botschafters Sir Neville Henderson und das gefälschte Tagebuch des Grafen Ciano

figurierten als „Dokumente" im Prozeß vor dem Nürnberger Tribunal. Sie haben sicherlich niemanden überzeugt, aber sie waren „Beweisstücke" gegen mich.

Mein Mann ahnte nicht, wieviel weitere Legenden außer den politischen Verleumdungen Hendersons und Cianos im Laufe der Jahre gegen ihn in Umlauf gesetzt würden, um durch persönliche Diffamierung die sachlich nicht haltbare „Jasager"- und „Kriegstreiber"-These zu unterbauen. Von dem angeblich „auf eigenen Antrag verliehenen" EK I, von der „bezahlten" Adoption, von „82 Privattelefonen im Londoner Botschaftergebäude", von der „Bereicherung" durch Benutzung von Dienstgebäuden (z. B. Schloß Fuschl) von der „Verwendung von Kupferdächern" beim Umbau in der Berliner Wilhelmstraße bis zur angeblichen Betätigung Ribbentrops als „Dichter" und „Sänger" ist eine unermüdliche Propaganda am Werk, um in der Person Ribbentrops die deutsche Politik zu diskreditieren, wobei der hier aufgeführte Katalog von Verleumdungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Als es eine illustrierte Zeitung ablehnte, besonders groteske Behauptungen über meinen Mann richtigzustellen, habe ich im März 1953 versucht, die Veröffentlichung einer Berichtigung auf gerichtlichem Wege durchzusetzen. Im Oktober 1953 entschied dann das Landgericht München, daß die Angehörigen von solchen Verleumdungen „nicht betroffen" seien und nach dem bayerischen Pressegesetz kein „rechtlich beachtenswertes Interesse" an einer Richtigstellung hätten!

„Gericht" und „Urteil"

In einigen knappen Niederschriften legte mein Mann in seinen letzten Lebenstagen seine Ansicht über das Nürnberger Gericht und über das gegen ihn ausgesprochene Todesurteil nieder.

Als Gründe, weshalb der Nürnberger Prozeß weder rechtlich noch politisch überzeugt, nenne ich:

1. Das Gericht war nur aus Siegermächten zusammengesetzt, die ein einseitiges Interesse an der Verurteilung hatten. Sie waren Richter in eigener Sache, was gegen jeden Rechtsbegriff geht.
2. Das Gericht verurteilte nach einem Statut, das nachträglich geschaffen wurde. Damit wurde ein weiterer fundamentaler Rechtsgrundsatz verletzt: Keine Strafe ohne Gesetz.
3. Die sogenannte Behauptung einer „Verschwörung" wurde durch das Verfahren zweifelsfrei als unwahr nachgewiesen. Trotzdem erfolgten Verurteilungen auch zu diesem Punkt.
4. Unzweifelhaft ist nachgewiesen, daß – wenn Deutschlands Vorgehen in Polen ein „Angriffskrieg" war – die Sowjetunion Teilnehmer dieses Angriffskrieges war. Wenn Rußland aber Mitangreifer war, dann konnte kein russischer Richter über ein angebliches Delikt richten, das sein eigener Staat mitbegangen hat. Die Zusammensetzung des Gerichts wird damit auch vor der Geschichte zu einer Unmöglichkeit. Abgesehen von dem Problem „Angriffskrieg" ist auch durch die Beweisaufnahme hier in Nürnberg geklärt, daß der Grund zu der Entwicklung zum Krieg viel tiefer lag, nämlich in Versailles.
5. Der Verteidigung der deutschen Außenpolitik ist im Prozeß eine faire Chance nicht gegeben worden. Unser vorbereiteter Beweisantrag wurde nicht zugelassen. Eine Darstellung der entscheidend wichtigen Vorgeschichte des Krieges wurde mir abgelehnt. Von 300 vorbereiteten Verteidigungsdokumenten wurden 150 ohne stichhaltige Begründung nicht zugelassen. Zeugen, Affidavits wurden nur nach Anhören der Anklagebehörde genehmigt, zum großen Teil ganz abgelehnt. Man hat z. B. die Aussage irgendeines Gendarmen oder einer Privatperson bei einer Regierungskommission als offiziellen Beweis zugelassen, aber den Briefwechsel Hitler-Chamberlain, Botschafterberichte und Diplomatenprotokolle usw. ausgeschlossen. Deutsche und ausländische Archive standen nur der Anklage, nicht der Verteidigung zur Verfügung. Die Staatsanwaltschaft hat nur belastende Dokumente gesucht und einseitig vorgebracht, entlastende bewußt verschwiegen und der Verteidigung vorenthalten. Im Kreuzverhör wurde mit Tricks und sog. „Überraschungsdokumenten" gearbeitet und keine faire Möglichkeit zur Stellungnahme zugelassen.
6. Für die begangenen Greueltaten sind die hier Angeklagten nicht verantwortlich. Diejenigen, die sie begangen haben oder dafür verantwortlich waren, sind tot. Dies trifft vor allem für die Judentötungen zu, von denen sich im Laufe des Prozesses klar herausstellte, daß sie ganz geheim gehalten wurden und den Angeklagten nicht bekannt waren. Inzwischen sind von der anderen Seite, vor allem im Osten, Greueltaten an Deutschen verübt worden, die den Judentötungen in nichts nachstehen. Richtern, deren Staaten ebenfalls solche Greueltaten verübten oder zuließen – noch dazu nach dem Krieg – kann kein Urteilsrecht über Deutsche zustehen.
7. Jeder als Opfer politischer Justiz verurteilte Deutsche wird ein Hindernis für die so dringend notwendige Versöhnung zwischen dem deutschen und westlichen Völkern sein. Den Vorteil werden die Sowjets haben, da diese Prozesse nicht ohne Grund vor allem als eine amerikanische Angelegenheit gelten.

Zu den Behauptungen, die im Nürnberger Urteil im einzelnen gegen meinen Mann aufgestellt wurden, notierte er u. a. folgende Richtigstellungen:

a) Das Gericht behauptet, daß ich in meiner Denkschrift vom 2.1.1938 (TC 75) Maßnahmen vorgeschlagen habe, um England und Frankreich von einer Einmischung in

einen in Europa geführten Krieg zur Herbeiführung einer Änderung des status quo im Osten abzuhalten. Von einem Krieg in Osteuropa habe ich nicht gesprochen.

b) Das Gericht behauptet, daß Hitler mir gegenüber bei Übernahme des Außenministeriums die Möglichkeit der Lösung des territorialen Problems durch „irgendeine endgültige Auseinandersetzung" oder „militärische Erledigung" erwähnt habe. Mit keinem Dokument oder irgendeiner Zeugenaussage kann dies bewiesen werden.

c) Das Gericht behauptet, daß ich in der Österreich-Frage nach dem Telefongespräch mit Göring mit Vertretern der englischen Regierung gesprochen hätte und hat daraus den Vorwurf der „Doppelzüngigkeit" abgeleitet. Auch diese Behauptung ist unrichtig, da ich nach dem Telefongespräch mit Göring keine Gespräche in London mehr geführt habe.

d) Das Gericht behauptet, daß ich in der Zeit vom 25. bis 30. August 1939 Verhandlungen mit dem englischen Botschafter geführt hätte, aus denen sich klar ergebe, daß ich England zum Bruch seines Wortes gegenüber Polen veranlassen wollte. Die Dokumente und Zeugenaussagen beweisen, daß das unrichtig ist – abgesehen davon: was wäre daran strafbar?

e) Das Gericht zitiert eine Besprechung vom 6. Juni 1944, die – wie auch Göring aussagte – überhaupt nicht stattgefunden hat.

f) Das Gericht erwähnt die Angelegenheit der Tötung eines französischen Generals, bei der es sich um eine Repressalie für die Tötung eines deutschen Generals unter ähnlichen Umständen handelte. Das Gericht weiß ganz genau, daß ich gegen diesen Plan bei Hitler Stellung genommen, die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes eingeschaltet und mich stets unter allen Umständen für die Einhaltung der Genfer Konvention eingesetzt habe.

g) Unhaltbar ist auch die Behauptung des Gerichtes, daß ich für in Frankreich und Dänemark angeblich begangene völkerrechtswidrige Handlungen verantwortlich sei. Zu den Vorgängen in Dänemark hat sich der Zeuge Best in einem Affidavit eingehend geäußert. Diese und andere Urkunden sind vom Gericht nicht berücksichtigt worden.

h) Die Behauptung, daß ich bei der „Endlösung" (ein Wort, das ich hier in Nürnberg zum erstenmal hörte) des Judenproblems eine wichtige Rolle gespielt hätte, ist gleichfalls frei erfunden. Das Gegenteil ist der Fall. Mehrere Zeugen haben sich zu diesen Dingen eingehend geäußert. Auch diese Dokumente sind vom Gericht in dieser Frage nicht berücksichtigt worden.

*

Ich bin immer für die Genfer Konvention eingetreten, habe die Entfesselung englischer Kriegsgefangener erwirkt, die Brandmarkung russischer Gefangener verhindert, habe gegen den Plan der Erschießung von 10000 feindlichen Kriegsgefangenen – vor allem Flieger – nach dem Luftangriff auf Dresden entscheidend eingegriffen. Dadurch wurde uns noch vor Kriegsende eine Katastrophe unter den Kriegsgefangenen erspart. Ich habe damals wie immer die Auffassung vertreten, die Frage der Terrorflieger könne nur im Rahmen der Genfer Konvention behandelt werden. Hitler erwog eine Zeit lang, die Genfer Konvention als Gegenmaßnahme für die Bombardierungen deutscher Städte zu kündigen.

Ich habe mich bei Adolf Hitler stets dafür eingesetzt, daß die Judenfrage im Sinne der Evolution, d.h. einer mäßigenden Änderung der Judengesetzgebung gelöst werden müsse. Es hat wohl in der Partei niemand gegeben, der hierfür in vielen mündlichen Besprechungen mit Adolf Hitler und Denkschriften an ihn so viel Nervenkraft aufwandte. Allgemein mensch-

liche Grundsätze und meine innere Einstellung ließen mir dies selbstverständlich erscheinen.

Ich habe mich während des Krieges immer wieder um die Einleitung von Friedensverhandlungen bemüht und es ist nicht meine Schuld, daß diese Bemühungen erfolglos blieben.

*

Es gab Männer auf der Anklagebank, die mich belastet haben. Ich hätte vieles dazu sagen können, wollte es aber nicht tun, denn für mich stand und steht die deutsche Sache über allem; gegenseitige Anfeindungen konnten in dieser Lage unserem Volke nur schaden.

*

Das vergangene Jahr war schwer für mich – nicht zuletzt durch die Auseinandersetzungen mit den Anwälten, denen ich bei jeder Besprechung immer erst wieder klarmachen mußte, daß ich vor einem Feindgericht nicht gegen Adolf Hitler sprechen könnte.

Oft habe ich gedacht, es wäre besser gewesen, der Führer hätte Ende April 1945 – wie ich erbeten hatte – den „Storch" nach Nauen geschickt und ich hätte am Endkampf um Berlin teilnehmen können. Dann wäre mir die Gefangenschaft und vieles andere erspart geblieben. Aber wenn ich jetzt zurückblicke, so bin ich doch froh, daß ich hier im Prozeß – soweit es mir mein Gesundheitszustand und die einschränkenden Bestimmungen des Gerichts erlaubten – für die deutsche Außenpolitik eintreten konnte. Obwohl man mir wiederholt das Wort abschnitt und nicht die Hälfte meiner Beweismittel zuließ, war das trotz des Urteils letzten Endes vielleicht doch nützlich für die Zukunft.

Im Prozeß sind zwar manche Punkte klargestellt worden, die meine wahre Rolle zeigen, aber im Urteil ist nichts davon

berücksichtigt – sonst wäre das ganze Bild der behaupteten deutschen Kriegsschuld zerstört gewesen.

Abschließende Bemerkungen

In den Nürnberger Anklageplädoyers wurde erneut die Behauptung aufgestellt, Adolf Hitler habe die Weltherrschaft angestrebt. Ich kann demgegenüber vor der Welt bezeugen, daß der Führer zu mir niemals einen solchen Gedanken geäußert hat. Was sein Denken von Anfang an beherrschte, war vielmehr die Schicksalsfrage des Abendlandes: ob es in der großen sozialen Umwälzung unserer Zeit den nationalen Staaten Europas gelingen werde, sich gegenüber dem aus dem Osten vordringenden Bolschewismus und seinem totalen Machtanspruch mit Erfolg zu behaupten. Adolf Hitler war überzeugt, daß die Entscheidung dieser Frage allein von Deutschland abhinge.

Es ist mehr als ungerecht und unsinnig, wenn die Sieger heute das deutsche Volk entgelten lassen, was man glaubt, seiner ehemaligen Führung vorwerfen zu sollen. Man vergesse nicht, daß der Nationalsozialismus zur Macht kam, weil man Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg keine Chance gab und es politisch und wirtschaftlich dem Abgrund zutreiben ließ. Der Zweite Weltkrieg entstand nicht zuletzt deshalb, weil es auch Adolf Hitler nicht möglich gemacht wurde, die politische und wirtschaftliche Existenzgrundlage des Reiches auf dem Wege freundschaftlicher Vereinbarungen mit der Umwelt zu sichern. Jahrelang hat er versucht, das Gegengewicht gegen den Osten durch ein Bündnis mit England zu schaffen. Für diese politische Konzeption war die deutsche Außenpolitik – wie dies u. a. der Flottenvertrag von 1935 und der Verzicht auf Elsaß-Lothringen beweist – bereit gewesen,

auch Opfer zu bringen. Aber England war nicht zu gewinnen, es sah in der Entstehung eines starken Deutschlands nicht eine vernünftige Korrektur von Versailles und eine Sicherung gegenüber dem Osten, sondern nur eine Gefährdung der „balance of power".

Ich habe zwanzig Jahre meines Lebens für die Verständigung zwischen Deutschland, England und Frankreich gearbeitet und später um das deutsch-englische Bündnis gerungen. Ich war bis in die letzten Stunden bemüht, den Kriegsausbruch zu vermeiden. Aber England hatte, durchdrungen von dem Entschluß, eine weitere Erstarkung Deutschlands zu verhindern, das Bündnis mit Polen geschlossen. Damit war eine friedliche deutsch-polnische Einigung unmöglich gemacht worden.

Daß eine deutsch-englische Verständigung nicht zustande kam und daß der Krieg ausbrach wegen einer Frage, deren Lösung – im großen gesehen – im europäischen, also auch im englischen Interesse lag, ist die Tragik Europas.

Seit dem Winter 1940/41 war Adolf Hitlers Handeln bestimmt von der Sorge vor der Gefahr eines drohenden Zweifrontenkrieges der größten Weltmächte gegen Deutschland. Diese Gefahr auf politischem Gebiete abzuwehren war das Ziel des Dreimächtepaktes, der die USA aus dem Kriege heraushalten und die Interessen der Sowjetunion durch ihren Beitritt mit den übrigen Dreierpaktmächten in Einklang bringen sollte. Die Versuche der deutschen Diplomatie scheiterten an der Haltung der USA und den russischen Forderungen, die der Führer als unerfüllbar und für Deutschland und Europa als untragbar ansah. Meine eigene Konzeption, die in anderer Richtung ging und die England diplomatisch zum Frieden bringen sollte, konnte ich nicht durchsetzen. Nachdem die ungeheure Macht des Ostens offenbar geworden war, prägte Adolf Hitler mir gegenüber das Wort: Das Abendland werde eines Tages verstehen, warum er die russischen Forderungen abgelehnt und den Entschluß zum Angriff gegen den Osten gefaßt habe. Er war überzeugt von der Zwangsläufigkeit der Entwicklung, an der keine Diplomatie etwas hätte ändern können.

Auf meine Vorschläge, mit der Sowjetunion Friedensgespräche anzuknüpfen, antwortete er: Stalin sei sein großer Gegner; in diesem weltanschaulichen Kampfe gegen den Kommunismus gäbe es keine Kompromisse. Daß ihm der Westen im Kampf gegen den Osten den Arm lähmte, hat der Führer nach seinen eigenen Worten als die Tragik dieses Krieges empfunden. Ein Abgehen vom Nationalsozialismus bzw. eine Änderung gewisser Prinzipien, für die ich eintrat und die Beschränkung auf ein kleineres Reich bedeutete nach Hitlers Meinung früher oder später für Deutschland den Zerfall. Das war seine Überzeugung und hierin lag bei der Einstellung Englands und der ideologischen Feindschaft der Umwelt zugleich die Zwangsläufigkeit der deutschen Außenpolitik. Die Geschichte wird hierüber das letze Wort zu sprechen haben.

•

Schon bald nach dem Ersten Weltkrieg hat die Geschichtsschreibung feststellen müssen, daß die Behauptung der deutschen Kriegsschuld nicht aufrecht zu erhalten war; ebenso wird eine gerechte historische Forschung einmal nicht bestreiten können, daß die wahren Ursachen und Gründe für den Zweiten Weltkrieg nicht in einer Kriegslust oder Angriffsabsicht des deutschen Volkes oder seiner Führung zu suchen sind. Es hat nach dem Ersten Weltkrieg einsichtsvolle angelsächsische und amerikanische Staatsmänner gegeben, die das deutsche Existenzproblem in seiner Bedeutung für die abendländische Welt rechtzeitig erkannten, aber sie haben sich nicht durchgesetzt. Heute wird diese für die Feststellung der

Kriegsschuld wichtigste Frage erneut in die lebendige Wirklichkeit gerückt und nochmals für die Zukunft gestellt.

Die Welt sollte aus Vergangenem lernen! Man hat das deutsche Volk niedergeschlagen und auf engstem Raum zusammengepreßt. Muß ein solch schwerer, furchtbarer Druck nicht letzten Endes wieder Gegendruck erzeugen? Will man wirklich wieder dieselben Fehler machen? Sollte man diesmal nicht klüger sein und an die Wurzeln der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Schwierigkeiten im mitteleuropäischen Raum herangehen und Deutschland eine Chance geben? Ein zufriedenes Deutschland ist die sicherste Friedensgarantie. Mögen die Regierungen der Siegerstaaten diesmal den richtigen Weg zur rechten Zeit wählen.

AUS DEN LETZTEN BRIEFEN

An Annelies v. Ribbentrop 5. Oktober 1946

. . . Daß das Urteil völlig unhaltbar ist, weiß jeder. Aber ich war nun einmal Außenminister Adolf Hitlers und die Politik fordert, daß ich wegen dieser Tatsache verurteilt werde. Das Schicksal wollte es, daß mein Kronzeuge, Adolf Hitler selbst, tot ist. Würde er aussagen können, dann bräche das ganze Urteil in sich zusammen. So aber muß ich mich mit dem Los der Gefolgsleute einer so gewaltigen, gewiß auch dämonischen Persönlichkeit abfinden . . .

Vieles von dem, was geschah, war zwangsläufig; als Adolf Hitler erkannte, daß seine ursprüngliche Idee der Schaffung eines mächtigen Reiches aller Deutschen gestützt auf ein Bündnis mit England nicht zu verwirklichen war, versuchte er, das Reich aus eigener militärischer Kraft zu bauen und zu sichern. Das hat ihm schließlich eine Welt von Feinden geschaffen. Auch ich wollte ein starkes Deutschland, aber ich hoffte es allmählich auf dem Wege der durch die wachsende Macht des Reiches möglich werdenden diplomatischen Lösungen zu erreichen. Ob ich mich hätte stärker durchsetzen können? Ich glaube nicht, daß das nachdrücklicher versucht werden konnte, als ich es getan habe.

Ich wollte vor diesem Gericht nicht über die schweren Auseinandersetzungen sprechen, die ich mit Adolf Hitler hatte. Das deutsche Volk hätte sonst mit Recht gesagt: „Was ist

das für ein Mann, er war Außenminister Adolf Hitlers und stellt sich jetzt aus egoistischen Gründen vor einem fremden Gericht gegen ihn". Du mußt das verstehen, so schwer es auch für uns beide und die Kinder ist. Aber ohne die Achtung des anständigen Deutschen und vor allem ohne die Achtung vor mir selbst hätte ich doch nicht mehr leben können und leben wollen . . . .

Ich glaube daher, daß . . . . Adolf Hitler in die Geschichte trotz allem als der Mann eingehen wird, der die Nationen Europas aufgerüttelt hat zum Widerstand gegen die Gefahr des Ostens! . . . Die Geschichte wird das letzte Wort darüber zu sprechen haben.

An Annelies v. Ribbentrop 6. Oktober 1946

. . . Deine Mutter sagte mir einmal, sie hoffe, daß ich ein Tayllerand sei – Du weißt, daß ein solches Spiel keinem genutzt haben würde, außer vielleicht Himmler. Der Gedanke, am Tode auch nur eines deutschen Soldaten für derartige Zwecke schuldig zu sein, wäre mir unerträglich. Nachdem die Gegner entschlossen waren, – gleichgültig von wem – nur die bedingungslose Kapitulation anzunehmen, konnte jeder solche Schritt nur zum Zusammenbruch führen. Eine solche Verantwortung zu übernehmen, wäre über Menschenkraft gegangen. So gehöre ich heute zu denen, die zwischen den Mahlsteinen der Weltgeschichte zerrieben wurden . . .

An Annelies v. Ribbentrop 8. Oktober 1946

Die schreckliche Psychose, die dieser Zusammenbruch mit sich gebracht hat, läßt heute viele wanken. Aber denke immer daran, daß das, was wir in den vergangenen Jahren Menschen Freundliches erwiesen, gar nichts bedeutet gegenüber dem,

was jemand heute für uns tut. Dies ist ungeheuer viel mehr, als wir jenen damals Gutes antun konnten, denn wir riskierten gar nichts, Menschen, die heute zu uns halten, aber sehr viel. Das wird sich wieder ändern, aber jetzt ist es eine Tatsache.

An Rudolf v. Ribbentrop 14. Oktober 1946

Mein lieber Rudolf – ich werde meinen letzten Gang ungebrochen antreten in dem Bewußtsein, als deutscher Patriot alles, was ich vermochte getan zu haben. Ich habe – soweit sich Adolf Hitler überhaupt außenpolitisch beraten ließ – immer nach meinem pflichtgemäßen Ermessen geraten. Ich habe immer nur an das Wohl Deutschlands gedacht und Tag und Nacht dafür gearbeitet. Einmal wird diese Wahrheit wieder zu Tage treten . . .

Der Abschied von Euch wird mir sehr, sehr schwer – aber es muß sein und da dürfen wir nicht klagen. Haltet fest zusammen in Freud und Leid und glaubt mir, daß ich immer unter Euch weilen und Euch mit meiner ganzen Liebe umgeben werde.

Ich umarme Dich mein lieber Sohn . . .

An Annelies v. Ribbentrop 15. Oktober 1946

. . . Ich wollte Adolf Hitler helfen, ein starkes blühendes Deutschland zu schaffen. Aber der Führer und sein Volk sind gescheitert. Millionen sind gefallen. Das Reich ist zerstört und unser Volk liegt am Boden. Ist es da – nicht wegen des Nürnberger Urteils von fremden Richtern – aber im Sinne einer höheren Gerechtigkeit nicht richtig, daß auch ich falle?

Ich bin ganz gefaßt und werde allem, was kommt, aufrecht entgegengehen, wie ich das der Vergangenheit meiner Familie und meiner eigenen als deutscher Außenminister schuldig bin.

Du, meine geliebte Frau, mußt Dein tapferes Herz und all die Liebe, die Du für mich hattest, jetzt ganz den Kindern schenken. Ich weiß, daß ich mich ganz auf Dich verlassen kann. Du mußt wissen, daß dies mein letzter Trost ist, den ich mit mir nehme.

Stolz und ungebrochen und im festen Glauben an ein ewiges Leben werde ich meinen Weg gehen.

Ich nehme nochmals Deinen lieben Kopf in meine Hände und sehe Dir noch einmal tief in Deine Augen mit all der unendlichen Liebe, deren ein Mensch für einen anderen fähig ist.

Leb wohl – ich sage Dir auf Wiedersehen in einer anderen Welt. Gott helfe Dir.

*

Gott schütze Deutschland! Mein letzter Wunsch ist es, daß Deutschlands Einheit erhalten bleibe und daß zwischen Ost und West eine Verständigung hierüber erzielt werde.

Stenographische Niederschrift
am 16. Oktober 1946

DOKUMENTEN-ANHANG

I. Die Mission Lord Runcimans in britischer Sicht

Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Osusky, vom 5. August 1938 über Sinn und Zweck der Mission Runciman in Prag.
(zitiert nach: „Dokumente der Deutschen Politik" Band 6 I S. 394) auch abgedruckt bei Berber: Europäische Politik 1933 bis 38 im Spiegel der Prager Akten. Essen 1942, Dok. 147, S. 119f.

Gesandtschaft der Tschecho-Slowakischen Republik in Paris.

Zahl 1075 / vertrl. / 38.

O/D.

Betrifft:

Sinn und Zweck der Mission Lord Runcimans in Prag.

Paris, den 5. August 1938

Geheim

Herr Minister! Massigli hält die Entsendung Lord Runcimanns nach Prag für eine gute Sache. Anthony Eden äußerte sich in einem Gespräch mit Botschafter Corbin (französischer Botschafter in London), daß nach gutem Nachdenken die Entsendung Lord Runcimanns nach Prag einen guten Schritt bedeutet; denn er wird angeblich England in Mitteleuropa mehr engagieren, als es bisher der Fall war. Massigli sagt, daß die Engländer wissen, daß der Krieg sein wird, und daß sie sich mit allen Mitteln bemühen, ihn hinzuhalten. Er anerkennt vollkommen, daß die Entsendung Lord Runcimanns nach Prag zu dem Zwecke der Beseitigung des Konfliktes an sich für die Tschecho-Slowakei Gefahren birgt; denn angeblich im Interesse des Zeitgewinns würde Lord Runcimann etwas vorschlagen können, was der Tschecho-Slowakei ungeheuer schädlich sein könnte.

Zu diesem Urteil Massiglis führe ich weitere Informationen an, die ungeheuer lehrreich sind. Auf der kürzlich stattgefundenen Getreidekonferenz, die in London tagte, hatten die Engländer, die Dominions, Amerika und Frankreich eigene getrennte Besprechungen. Der französische Delegierte sprach mit den Ministern Elliot (britischer Gesundheitsminister) und Morrison (britischer Landwirtschaftsminister) sowie mit dem hervorragenden Sachkenner Sir Arthur Street, der im Landwirtschaftsministerium war und der mit einer leitenden Aufgabe im Luftschiffahrtministerium betraut wurde. Aus den Reden, dem Verhalten und den Verhandlungen der englischen Faktorei gewann der französische Delegierte den positiven Eindruck, daß die Engländer sich für die Organisierung der Getreideversorgung nicht wegen der Verhütung des Konfliktes interessieren, sondern deshalb, um den Konflikt zu gewinnen. Die Minister Elliot und Morrison sollen beide an die Eventualität des Konfliktes glauben.

Sir Arthur Street sagte, daß in sechs Monaten er die englische Luftschiffahrt in Ordnung haben wird. Daher legt man in England eine solche Wichtigkeit dem Gewinnen von Zeit bei.

Ich führe diese Informationen an dieser Stelle in Verbindung mit der Entsendung Lord Runcimanns nach Prag an; denn, wie ich schon gesagt habe, die Frage der Gewinnung von Zeit spielt eine bedeutende, wenn nicht entscheidende Rolle in der Entsendung Lord Runcimanns nach Prag ....

Herzlich begrüßt Sie

Ihr ergebener

Osusky e. h.

Herrn Dr. Kamil Krofta,
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten
in Prag."

II. Gemeinsame Erklärung des britischen Premierministers und des deutschen Führers und Reichskanzlers vom 30. September 1938

(Text nach Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 79. Band 1938 Seite 168)

Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder und für Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als Symbole für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen. Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen.

München, 30. September 1938

gez. Adolf Hitler gez. Neville Chamberlain

III. Die Politik des Präsidenten Roosevelt

1. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki vom 21. November 1938
(zitiert nach „Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“, Erste Folge, Berlin 1940, S. 8 f.) *)

Botschaft
der Republik Polen
in Washington

Washington, den 21. 11. 1938

Betr.: Unterredung mit Botschafter Bullitt

An den
Herrn Außenminister
in Warschau

Vorgestern hatte ich eine längere Unterredung mit dem Botschafter Bullitt, der hier in Urlaub ist.

Da Bullitt den Präsidenten Roosevelt über die internationale Situation in Europa ständig informiert, und vor allem über Rußland, werden seine Mitteilungen vom Präsidenten Roosevelt und dem Staatsdepartement mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. ....

Bullitt zeigte in seiner Unterhaltung im allgemeinen einen großen Pessimismus. Er sprach davon, daß das Frühjahr 1939 zweifellos wiederum sehr aufregend sein wird, verstärkt noch durch das ständige Aufblitzen der Kriegsmöglichkeiten und der Drohungen von seiten Deutschlands sowie der Gefahr der ungeklärten Verhältnisse in Europa. Er stimmte mit mir überein, daß der Schwerpunkt der europäischen Frage sich vom Westen nach dem Osten verschoben habe, da die Kapitulation der demokratischen Staaten in München ihre Schwäche gegenüber dem Deutschen Reiche offenbart hat.

Über Deutschland und den Kanzler Hitler äußerte er sich mit größter Vehemenz und mit starkem Haß. Er sprach davon, daß nur Gewalt, schließlich ein Krieg, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen kann.

Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten,

*) Dieser Band enthält die faksimilierten Original-Dokumente nebst den Übersetzungen.

Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können.

Dann erst, wenn der Augenblick reif ist (sprach Bullitt weiter), wird man zu der letzten Entscheidung schreiten können. Ich fragte ihn, in welcher Weise die Auseinandersetzung erfolgen könne, da Deutschland vermutlich nicht England und Frankreich als erster angreifen werde. Ich sehe einfach nicht den anhakenden Punkt in dieser ganzen Kombination.

Bullitt erwiderte, daß die demokratischen Staaten absolut noch zwei Jahre bis zur vollständigen Aufrüstung brauchten. In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärtsschreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme. Da das Kräfte-Potential der Sowjetunion bisher nicht bekannt sei, könne es sein, daß sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten, wie Bullitt meint, Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen.

Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er: „Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen!" Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917.

.... Jerzy Potocki
Botschafter der Polnischen Republik

2. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki vom 16. Januar 1939
(zitiert nach: Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Erste Folge, Berlin 1940, S. 17 f.)

Botschaft
der Republik Polen
in Washington 16. Januar 1939

3/SZ = tjn = 4 Geheim!

Betr.: Unterredung mit dem Botschafter Bullitt

An den
Herrn Außenminister
in Warschau

Vorgestern hatte ich eine längere Unterhaltung mit dem Botschafter Bullitt in der Botschaft, wo er mich besuchte. B. reist am 21. d. Mts. nach Paris, nachdem er fast drei Monate abwesend war. Er fährt mit einem ganzen „Koffer" voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartement und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören.

Aus der Unterhaltung mit Bullitt hatte ich den Eindruck, daß er vom Präsidenten Roosevelt eine ganz genaue Definition des Standpunktes erhalten hat, den die Vereinigten Staaten bei der heutigen europäischen Krise einnehmen. Er soll dieses Material am Quai d'Orsay vortragen und soll auch in seinen Unterredungen mit europäischen Staatsmännern davon Gebrauch machen. Der Inhalt dieser Direktiven, die mir Bullitt im Laufe seiner halbstündigen Unterhaltung anführte, ist wie folgt:

1. Eine Belebung der Außenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt. 2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden und die kolossale Summe von Dollar 1 250 000 000 verschlingen. 3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende

machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussion mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken.
4. Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen.

.... Jerzy Potocki

Botschafter der Polnischen Republik

3. Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukasiewicz No. IV/4, Februar 1939 (zitiert nach „Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges", Erste Folge, Berlin 1940, S. 23 f.)

Politischer Bericht Nr. IV/4.

Botschaft
der Republik Polen
Nr. 1/F/10

Paris, den . . Februar 1939
Streng geheim!

An den
Herrn Außenminister
in Warschau

Vor einer Woche ist der Botschafter der Vereinigten Staaten W. Bullitt nach einem dreimonatigen in Amerika verbrachten Urlaub nach Paris zurückgekehrt. In der Zwischenzeit hatte ich mit ihm zwei lange Unterredungen, die es mir gestatten, Herrn Minister über seine die europäische Situation betreffenden Ansichten zu informieren wie einen Überblick über die Politik Washingtons zu geben.

1. Eine Außenpolitik der Vereinigten Staaten, deren Bestreben es ist, unmittelbar an der Entwicklung der Verhältnisse in Europa teilzuhaben, gibt es nicht. Eine solche Außenpolitik wäre auch nicht möglich, da sie von der öffentlichen Meinung, die in dieser Hinsicht ihre isolationistische Einstellung nicht geändert hat, nicht genehmigt werden würde. Dagegen besteht ein außerordentlich verstärktes Interesse des amerikanischen Volkes für die europäische Lage. Demgegenüber treten sogar die inneren Angelegenheiten in den Hintergrund und verlieren die Aufmerksamkeit, deren sie sich früher erfreut haben. Die internationale Situation wird von den offiziellen Kreisen als ungeheuer ernst und unter der Gefahr eines bewaffneten Konflikts stehend betrachtet. Die maßgebenden Faktoren sind der Ansicht, daß, wenn es zwischen England und Frankreich einerseits wie Deutschland und Italien andererseits zum Kriege kommen sollte, in dem England und Frankreich eine Niederlage erleiden könnten, dann die Deutschen den realen Interessen der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent gefährlich werden würden. Aus diesem Grund könne man die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege auf seiten Frankreichs und Englands von vorneherein voraussehen, natürlich erst eine gewisse Zeit nach Ausbruch des Konfliktes. Botschafter Bullitt drückte das wie folgt aus: „Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden."

Nach Meinung Botschafter Bullitts ist die obige Einstellung der maßgebenden Washingtoner Kreise jeglicher ideologischer Elemente bar und ergibt sich ausschließlich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen, die im Falle einer französisch-englischen Niederlage ernstlich und unmittelbar zugleich vom Pazifik wie vom Atlantik her bedroht wären.

Botschafter Bullitt stellte fest, das Gerücht, als ob Präsident Roosevelt gesagt habe, die Grenze der Vereinigten Staaten liege am Rhein, sei falsch. Er gab dagegen seiner Überzeugung Ausdruck, der Präsident habe bestimmt gesagt, er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei. Dieses entspräche nämlich vollkommen seinen Ansichten.

2. Die italienischen Ansprüche gegenüber Frankreich entbehren absolut aller Grundlagen und Argumente, die sich auch nur teilweise rechtfertigen könnten. Frankreich kann und darf also nicht einmal scheinbar Zugeständnisse machen. Irgendein Nachgeben Frankreichs würde die Unterhöhlung seines Prestiges in Afrika bedeuten. Man muß daher jeden eventuellen Kompromiß auf Kosten französischer Interessen ausschließen.

Theoretisch genommen besteht die Befürchtung, England könnte vielleicht zusammen mit Berlin versuchen, Frankreich im Augenblick irgendeiner Spannung einen mit seinen eigenen Interessen nicht zu vereinbarenden Kompromiß aufzuzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen können. Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten.

Man muß damit rechnen, daß das Prestige Englands durch die Ereignisse im Fernen Osten wie die Resultate der Münchener Konferenz in der amerikanischen öffentlichen Meinung sehr stark gesunken ist. Andererseits ist die amerikanische öffentliche Meinung sich darüber im klaren, wieviel England heute an einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihrer Unterstützung gelegen ist.

Unter diesen Bedingungen kann man vermuten, daß Hitler und Mussolini es auf der Grundlage der italienischen Ansprüche Frankreich gegenüber nicht zu einem offenen Konflikt mit England und Frankreich kommen lassen werden.

Eine schwache Seite der Vereinigten Staaten ist es natürlich, daß sie, obwohl sie schon heute ihren Standpunkt im eventuellen Konfliktsfalle bestimmt haben, gleichzeitig jedoch an der positiven Lösung der europäischen Probleme keinen aktiven Anteil nehmen können, da die isolationistisch eingestellte amerikanische Meinung dieses nicht gestatten würde.

3. Das Verhältnis der maßgebenden amerikanischen Faktoren zu Italien und Deutschland ist negativ hauptsächlich deshalb, weil sie der Ansicht sind, daß die neuen Erfolge der Achse Rom–Berlin, die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als Imperialmächte unterhöhlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen. So wird auch die Außenpolitik Washingtons einer eventuellen Weiterentwicklung der Situation in dieser Richtung entgegenwirken.

Die Vereinigten Staaten verfügen in ihren Beziehungen zu Italien und Deutschland über verschiedene Zwangsmittel, die heute schon sehr ernstlich geprüft und aufgestellt werden. Diese überwiegend wirtschaftlichen Mittel sind derart, daß sie ohne die geringste Befürchtung eines innerpolitischen

Widerstandes angewandt werden können. Sie werden zweifellos sowohl für Rom wie für Berlin genügend ausdrucksvoll und fühlbar sein. Botschafter Bullitt ist der Meinung, ein von den Vereinigten Staaten gleichzeitig auf Italien und Deutschland einerseits wie England andererseits ausgeübter Druck könne in bedeutendem Maße dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes vorbeugen bzw. die Entwicklung der europäischen Situation in einer Richtung verhüten, die, vom Standpunkt Washingtons aus gesehen, unerwünscht wäre.

Auf meine Bemerkung, es sei bei der gegenwärtigen Sachlage jedoch nicht klar, ob die Vereinigten Staaten bereit wären, sich mit Deutschland und Italien um die französischen Kolonien zu schlagen bzw. gegen gewisse Systeme und Ideologien zu kämpfen, erklärte Botschafter Bullitt kategorisch, die Haltung Washingtons würde allein von den realen Interessen der Vereinigten Staaten bestimmt, nicht aber von ideologischen Problemen.

Ich muß hinzufügen, daß Botschafter Bullitt sich des rücksichtslosen Widerstandes Frankreichs gegen die italienischen Ansprüche gewiß zu sein scheint und in der Konsequenz eine eventuell mögliche Vermittlung englischerseits bzw. englisch-deutscherseits, deren Ziel ein Kompromiß auf Kosten Frankreichs wäre, ausschließt.

Ich möchte vorläufig von der Formulierung meiner eigenen Meinung gegenüber den Äußerungen Botschafter Bullitts Abstand nehmen. Es ist nämlich mein Bestreben, vorher von ihm noch einige zusätzliche Erläuterungen zu erhalten. Eines aber scheint mir sicher, nämlich, daß die Politik Präsident Roosevelts in der nächsten Zeit dahin gehen wird, den Widerstand Frankreichs zu unterstützen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromißtendenzen Englands zu schwächen.

I. Lukasiewicz
Botschafter der Republik Polen.

IV. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter am 26. März 1939

(zitiert nach dem Weißbuch des Auswärtigen Amtes 1939, Nr. 2 „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges“ Dok. Nr. 208, S. 191 f.)

Aufzeichnung

Ich empfing den Polnischen Botschafter Lipski heute um 12 Uhr 30.

Botschafter Lipski übergab mir das in der Anlage beigefügte Memorandum der Polnischen Regierung, das ich in seiner Gegenwart durchlas.

Nachdem ich von dem Inhalt Kenntnis genommen hatte, erwiderte ich Botschafter Lipski, daß nach meiner persönlichen Auffassung die polnische Stellungnahme keine Basis für eine Deutsch-Polnische Lösung darstellen könne. Die einzig mögliche Lösung des Problems müsse in der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich und Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Reich und Ostpreußen bestehen. Herr Lipski entgegnete, er habe die unangenehme Pflicht darauf hinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeute.

Ich wies darauf Botschafter Lipski auf die vorliegenden Meldungen über polnische Truppenzusammenziehungen hin und warnte ihn vor möglichen Konsequenzen. Die polnische Haltung schiene mir eine merkwürdige Antwort auf mein kürzliches Angebot einer endgültigen Befriedung des deutsch-polnischen Verhältnisses darzustellen. Wenn die Dinge in dieser Richtung weiterliefen, so könne in Kürze eine ernste Situation entstehen. Ich könne Botschafter Lipski mitteilen, daß z. B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde.

Botschafter Lipski bestritt energisch jede militärische Absicht Polens in bezug auf Danzig. Die von Polen vorgenommenen Dislokationen von Truppenverbänden stellten lediglich Vorsichtsmaßnahmen dar.

Ich legte Botschafter Lipski alsdann die Frage vor, ob nicht die Polnische Regierung, sobald sich die Situation etwas beruhigt habe, den deutschen Vorschlag erneut erwägen wolle, damit man auf der von uns vorgeschlagenen Basis der Wiedervereinigung Danzigs und der exterritorialen Eisen- und Autobahnverbindung zu einer Lösung kommen könne. Botschafter Lipski antwortete hierauf ausweichend, indem er sich erneut auf das von ihm übergebene Memorandum bezog.

Ich erwiderte Botschafter Lipski, daß ich dem Führer zunächst Bericht erstatten würde. Mir komme es dabei vor allem darauf an, zu vermeiden, daß beim Führer der Eindruck entstehe, Polen wolle einfach nicht.

Botschafter Lipski bat mich, doch auch von deutscher Seite die Fragen erneut nach jeder Richtung hin studieren zu lassen, und er frage sich, ob nicht Aussicht bestehen könne, vielleicht zu einer Lösung auf Grund der polnischen Gedankengänge zu gelangen. Er fügte hinzu, daß Außenminister Beck unserer Anregung entsprechend gerne in Berlin einen Besuch abstatten werde, es scheine ihm aber zweckmäßig, daß vorher die Fragen diplomatisch entsprechend vorbereitet worden seien.

Ich ließ Botschafter Lipski zum Schlusse unserer Unterredung keinen Zweifel darüber, daß die polnischen Vorschläge meiner Auffassung nach vom Führer nicht als befriedigend angesehen werden könnten. Nur eine klare Rückgliederung Danzigs, eine exterritoriale Verbindung mit Ostpreußen und ein 25jähriger Nichtangriffsvertrag mit Grenzgarantien und eine Zusammenarbeit in der slowakischen Frage in Form eines von den Anrainern zu übernehmenden gemeinsamen Schutzes des Gebietes könnten nach deutscher Auffassung zu einer endgültigen Bereinigung führen.

von Ribbentrop

V. Die deutschen Vorschläge August 1939

(zitiert nach dem Weißbuch des Auswärtigen Amtes 1939 Nr. 2, „Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges", S. 433 f.)

Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridor-Problems sowie der Deutsch-Polnischen Minderheitenfrage

Die Lage zwischen dem Deutschen Reich und Polen ist zur Zeit so, daß jeder weitere Zwischenfall zu einer Entladung der beiderseits in Stellung gegangenen militärischen Streitkräfte führen kann. Jede friedliche Lösung muß so beschaffen sein, daß sich nicht bei nächster Gelegenheit die diesen Zustand ursächlich bedingenden Ereignisse wiederholen können und dadurch nicht nur den Osten Europas, sondern auch andere Gebiete in die gleiche Spannung versetzt werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen

1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde,
2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten.

Die Deutsche Reichsregierung geht daher bei diesen Vorschlägen von dem Gedanken aus, eine endgültige Lösung zu finden, die die unmögliche Situation der Grenzziehung beseitigt, beiden Teilen ihre lebenswichtigen Verbindungsstraßen sichert, das Minderheitenproblem – soweit irgend möglich – beseitigt und, soweit dies nicht möglich ist, das Schicksal der Minderheiten durch eine sichere Garantie ihrer Rechte erträglich gestaltet.

Die Deutsche Reichsregierung ist überzeugt, daß es dabei unerläßlich ist, wirtschaftliche und physische Schädigungen, die seit dem Jahr 1918 stattgefunden haben, aufzudecken und in vollem Umfange wiedergutzumachen. Sie sieht selbstverständlich diese Verpflichtung als eine für beide Teile bindende an.

Aus diesen Erwägungen ergeben sich folgende praktische Vorschläge:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder–Graudenz–Kulm–Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schoenlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjet-Union, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.

Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung – ganz gleich, wie diese ausgehen möge – die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Buetow-Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d. h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12 Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

13. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wieder gutzumachen bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

VI. Affidavit vom 15. Oktober 1946

Das Internationale Militärtribunal
Büro des Generalsekretärs.

Dear Sir,
Einliegend finden Sie eine Kopie des Affidavits von Ribbentrop mit Anmerkungen, die von Ribbentrop abgezeichnet sind.
Es mag Sie interessieren, daß dieses Affidavit am Tage vor der Exekution vorgelegt und vollendet wurde.

Respectfully gez. John E. Ray
Colonel, FA
General Secretary

Ich traf Oshima Hiroshi zum erstenmal im Sommer 1935. Zu dieser Zeit war Oshima der japanische Militärattaché in Berlin. Später trafen wir uns öfters, wobei im besonderen die deutsch-japanischen Beziehungen besprochen wurden. Als Oshima im Oktober 1938 zum Botschafter in Deutschland ernannt wurde, war ich Außenminister. Im November 1939 trat er von seinem Posten zurück und ging in seine Heimat. Im Februar 1941 kehrte er als Botschafter zurück.

I. Der Antikominternpakt

Ursprünglich war der Antikominternpakt ein ideologischer Pakt. Wir Deutschen wollten nicht dulden, daß der Kommunismus sich ausbreitet. Natürlich gab es dabei auch ein politisches Moment, das gegen Rußland gerichtet war. Das bildete mehr oder weniger den Hintergrund des Paktes. Es ist nicht wahr, daß dieser Pakt sich gegen die demokratischen Länder dieser Welt richtete. Im Gegenteil, nach Abschluß des Paktes versuchte ich sehr, England zum Beitritt zu veranlassen, aber ich hatte keinen Erfolg. Ich hatte niemals den Eindruck, daß Japan diesen Pakt dazu benützen könnte, um gegen China oder gegen die Südsee vorzugehen.

II. Der China-Zwischenfall

Als im Jahre 1937 der China-Zwischenfall eintrat, war ich in London und habe ihn nicht sehr genau verfolgt. Später habe ich widerholt versucht, den Streit zu beenden. Ich habe die Japaner mehrere Male gedrängt, sich mit China zu einigen. Zu diesem Zweck nahm ich Fühlung mit dem chinesischen Botschafter in Berlin. Ich erinnere mich auch daran, mehrfach mit Oshima darüber gesprochen zu haben, daß man den Versuch machen sollte, mit China Frieden zu schließen, und daß auch Oshimas Wünsche in der gleichen Richtung gingen.

III. Die deutsch-italienische Militärallianz

Oshima hat in keiner Weise bei der deutsch-italienischen Militär-Allianz im Jahre 1939 mitgewirkt.

IV. Oshimas Rücktritt

Oshima trat von seinem Posten als Botschafter zurück 1939, nachdem der deutsch-russische Nichtangriffspakt unterzeichnet worden war. Offiziell gab er mir gegenüber keinen besonderen Grund an, warum er dies getan habe.

V. Dreierpakt

Mit absoluter Bestimmtheit kann ich erklären, daß wir den Dreierpakt mit der Absicht geschlossen haben, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten. Gleichzeitig möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir immer Wert auf Japans Freundschaft legten. Wir wollten auch erreichen, daß Rußland dem Pakt beitrete, aber wir hatten dabei keinen Erfolg.

VI. Der deutsch-englische Krieg

Im Anfang des Jahres 1941 drängte ich Oshima, daß er Japan veranlassen möge, in den Krieg gegen Großbritannien einzutreten, aber ich wünschte immer, es möge in einer Art und Weise geschehen, daß Amerika nicht mit einbegriffen würde. Diese Unterhaltung war nur diplomatisches Gespräch, aber keine Planung. Das Recht, solche Dinge zu planen, hatte in Deutschland nur der Führer. Ich selbst konnte nicht planen. Oshima als Botschafter konnte das natürlich noch weniger tun als ich.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Oshima mir im Februar 1941 gesagt haben soll, daß der Plan Singapore anzugreifen, bis Ende Mai 1941 fertig sei. Erstens hätte Oshima das kaum wissen können. Wenn Oshima es aber gewußt hätte, so hätte er es mir ganz gewiß nicht gesagt, weil die Japaner solche Dinge niemals mitteilen. Wenn von solchen Angelegenheiten

gesprochen worden ist, so geschah es aus Propagandagründen, niemals aber sind sie von Oshima vorgeschlagen worden.

VII. Der deutsch-russische Krieg

Nachdem der deutsch-russische Krieg ausgebrochen war, habe ich versucht, Japan zu bewegen, gegen Rußland vorzugehen. Ich sagte Oshima, daß es am zweckmäßigsten sei, wenn Japan gegen Sowjetrußland vorgehen würde. Nach der Haltung von Oshima und der japanischen Regierung zu urteilen hatte ich den Eindruck, daß Japan sein Möglichstes tat, sich aus dem Konflikt mit Sowjetrußland herauszuhalten und auf jede Art und Weise zu vermeiden, Rußland entgegenzutreten.

VIII. Pearl Harbour

Weder ich noch Oshima hatten irgendwelche vorherige Kenntnis von dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour. Es war eine vollkommene Überraschung für uns alle. Durch das Radio erhielten wir davon Kenntnis. Ich hatte von Oshima den sehr klaren Eindruck, daß es auch für ihn eine komplette Überraschung war und er sagte mir das auch. Aus diplomatischen Gründen mußten wir unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen. Dieses Gefühl war nicht echt. Oshima hatte keinen Einfluß darauf, daß Hitler sich entschloß, Amerika den Krieg zu erklären. Hitler war der Ansicht, daß der eigentliche Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland seit der „Navy-Day-Rede" des Präsidenten Roosevelt bestanden hat, in der er der Marine der Vereinigten Staaten den Befehl gab, „auf Sicht zu schießen" (Schießbefehl).

IX. Die U-Boot-Kriegsführung

Anläßlich der Überfahrt (transfer) der beiden U-Boote von Deutschland nach Japan 1943 war zwischen den beiden Ländern keinerlei Operationsprogramm festgelegt worden. Oshima hat niemals die Tötung schiffbrüchiger Besatzungen erwogen, noch Befehle dazu unterzeichnet. Da eine solche Angelegenheit nicht in das diplomatische Gebiet gehörte, wurde dieselbe niemals zwischen uns diskutiert.

X. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan waren nie sehr eng. Japan war sehr weit weg und wir hatten niemals

wirkliche Kenntnis von allem, was dort drüben vor sich ging. Soweit ich von den Beziehungen zwischen den deutschen und japanischen Streitkräften während des Krieges Kenntnis hatte, glaube ich nicht, daß eine Zusammenarbeit praktisch stattgefunden hat, noch möglich war. Wenn General Marshall sagt, daß keine tatsächliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Japan bestanden hat, so stimmt das genau.

XI. Bemerkungen (Miscellaneous)

Zwischen Oshima und mir war nie eine Vereinbarung über eine Teilung der Kriegsbeute getroffen worden. Solche Angelegenheiten stehen vollkommen außerhalb des Bereiches aller diplomatischen Diskussionen.

Uns ist zur Last gelegt worden, daß Japan und Deutschland zusammen mit Italien geplant hätten, die Welt zu beherrschen. Ein solcher Anspruch ist ebenso lächerlich wie unwahr, weil die drei Mächte an so etwas nie im Traum gedacht haben.

Joachim von Ribbentrop

Beeidigt und unterschrieben durch den obenbenannten Ribbentrop, Joachim von, in Anwesenheit des unterzeichneten Offiziers in Nürnberg, Deutschland.

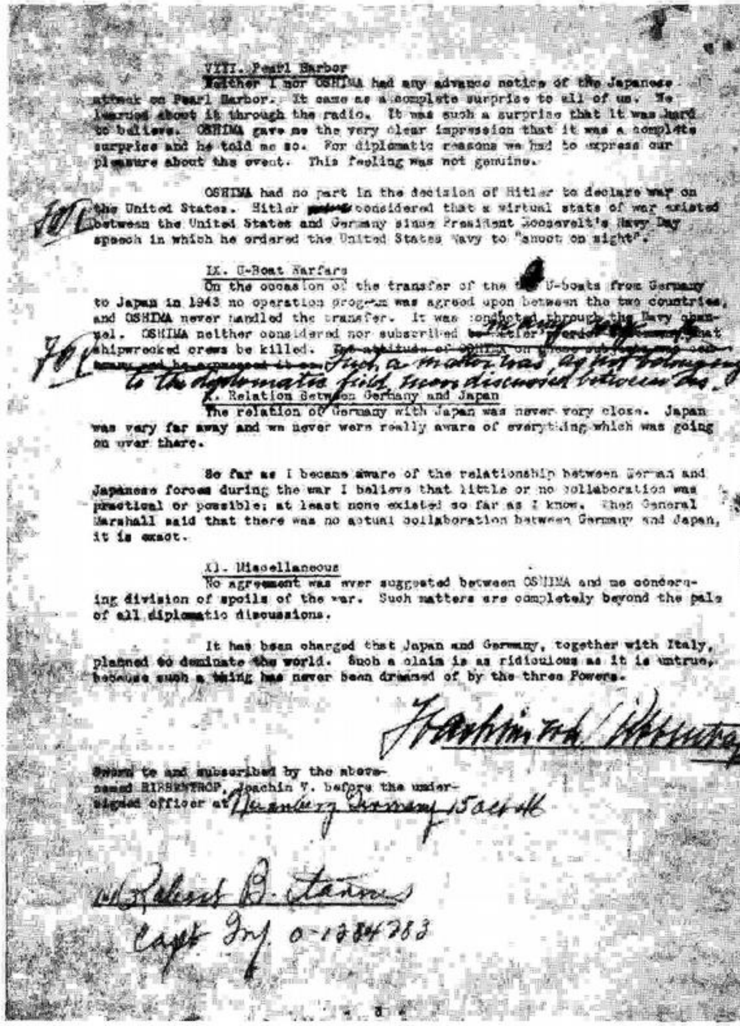
15. Oktober 1946.

/s/ Robert B. Stannes
capt. Inf. o-1784783

NAMENVERZEICHNIS

Abetz Otto, deutscher Botschafter in Paris 102, 217 ff.
Alexander I., König von Jugoslawien 60
Alexander II., russischer Zar 209
Antonescu Jon, Marschall, rumänischer Staatschef 130, 238
Arita, japanischer Außenminister 221
Astachoff, sowjetrussischer Botschaftsrat in Berlin 172 ff.
Attolico, italienischer Botschafter in Berlin 187
August Wilhelm, Prinz von Preußen 23

Badoglio P., Marschall, italienischer Regierungschef 264
Baillet-Latour Graf, Präsident des Olympischen Komitees 95
Baldwin Lord Stanley, englischer Lordkanzler, später Premierminister 55 ff., 67 ff., 71, 109, 122
Barthou Louis, französischer Außenminister und Ministerpräsident 57 ff., 77
Beaverbrock Lord William M. 94
Beck Josef, polnischer Außenminister 154 ff, 158 ff., 170, 200
Beck Ludwig, Generaloberst 141
Beecham Sir Thomas 102
Benesch Eduard, tschechoslowakischer Staatspräsident 139
Berchtold Graf, österreichisch-ungarischer Außenminister 288
Best S. P., Captain im englischen Intelligence Service 204
Best Dr. Werner Karl, Reichsbevollmächtigter in Dänemark 297
Bismarck Fürst Otto von, Deutscher Reichskanzler 14, 170, 184, 229, 237
Blomberg Werner von, Generalfeldmarschall, Reichswehrminister 54, 57, 108 f., 124, 285
Blücher Gerhardt, preußischer Feldmarschall 16
Blum Lèon, französischer Ministerpräsident 89
Bockelmann Rudolf 107
Boehm-Tettelbach Hans, Oberstleutnant 141



VIII. Pearl Harbor

Neither I nor OSHIMA had any advance notice of the Japanese attack on Pearl Harbor. It came as a complete surprise to all of us. We learned about it through the radio. It was such a surprise that it was hard to believe. OSHIMA gave me the very clear impression that it was a complete surprise and he told me so. For diplomatic reasons we had to express our pleasure about the event. This feeling was not genuine.

OSHIMA had no part in the decision of Hitler to declare war on the United States. Hitler considered that a virtual state of war existed between the United States and Germany since President Roosevelt's Navy Day speech in which he ordered the United States Navy to "shoot on sight".

IX. U-Boat Warfare

On the occasion of the transfer of the U-boats from Germany to Japan in 1943 no operation program was agreed upon between the two countries, and OSHIMA never handled the transfer. It was conducted through the Navy channel. OSHIMA neither considered nor subscribed that shipwrecked crews be killed.

X. Relation Between Germany and Japan

The relation of Germany with Japan was never very close. Japan was very far away and we never were really aware of everything which was going on over there.

So far as I became aware of the relationship between German and Japanese forces during the war I believe that little or no collaboration was practical or possible; at least none existed so far as I know. When General Marshall said that there was no actual collaboration between Germany and Japan, it is exact.

XI. Miscellaneous

No agreement was ever suggested between OSHIMA and me concerning division of spoils of the war. Such matters are completely beyond the pale of all diplomatic discussions.

It has been charged that Japan and Germany, together with Italy, planned to dominate the world. Such a claim is as ridiculous as it is untrue, because such a thing has never been dreamed of by the three Powers.

Sworn to and subscribed by the above-named RIBBENTROP, Joachim V. before the undersigned officer at

Affidavit vom 15. Oktober 1946

Bohle Ernst W., Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP 128
Bohnhaus, Hausverwalter 96
Bonnet Georges, französischer Außenminister 147
Boris, König von Bulgarien 48, 236f.
Bormann Martin, Reichsleiter der NSDAP., Leiter der Parteikanzlei 127, 129
Braunschweig-Lüneburg Ernst August Herzog von 87
Brinon F. de, französischer Journalist, später Botschafter 52, 220
Brockdorff-Rantzau Graf, Reichsaußenminister 30
Bruce Stanley, Melbourne, Ratsvorsitzender des Völkerbundsrates, australischer Minister 81
Brüning Heinrich, deutscher Reichskanzler 34, 59
Bülow B. W. von, Staatssekretär 90
Bullitt William C., USA-Botschafter in Paris 159, 165f., 168, 171, 250, 311ff.
Buneau-Varilla, Besitzer des „Matin" 58f.
Burckhardt Carl, Völkerbundskommissar in Danzig 141
Butler Austen, englischer Unterstaatssekretär 168

Cadogan Sir Alexander, englischer Unterstaatssekretär 135
Camrose Lord William E. B., 85
Canaris Wilhelm, Admiral 141, 240
Canterbury Erzbischof von (Dr. Lang) 108f.
Carol II., rumänischer König 227
Chamberlain Neville, englischer Premierminister 8, 47f., 74f., 100, 109, 120f., 122, 134ff., 140ff., 145, 148, 151, 161f., 167f., 186ff., 199f., 201f., 204, 310
Chichester, Bischof von 109
Churchill Winston S., englischer Premierminister 59, 71, 92, 97, 104, 134f., 141, 147, 221, 245, 259
Chwalkowski Dr. Frantisek, tschechoslowakischer Außenminister 149f.
Ciano Graf Galeazzo, italienischer Außenminister 48, 95, 177, 262, 288ff.
Clemenceau Georges, französischer Ministerpräsident 153
Colvin Jan, englischer Journalist 141f.
Connaught Herzog von 21, 25
Cooper Alfred Duff, englischer Minister 71
Corbin Charles, französischer Botschafter in London 105, 308
Cot Pierre, französischer Luftfahrtminister 151
Craigie Sir Robert, englischer Unterstaatssekretär 63, 66, 118
Cripps Sir Stafford, englischer Botschafter in Moskau 237, 245

Crowe Sir Eyre, englischer Unterstaatssekretär 65, 75, 97
Cunard Lady 102

Dahlerus Birger 197 ff., 201
Daladier Edouard, französischer Ministerpräsident 48, 52 ff., 144
Davis W. R. 255 f.
Davidson Lord John C. 55
Dekanosow Wladimir G., sowjetrussischer Botschafter in Berlin 243
Dietrich Dr. Otto, Reichspressechef 73
Dirksen Herbert von, deutscher Botschafter in London 152
Dodd William, USA-Botschafter in Berlin 164
Donovan, Oberst, Sonderbeauftragter des USA-Präsidenten Roosevelt 224

Eden Anthony, engl. Außenminister 57, 61, 81 f., 84 f., 101, 108, 112, 309
Eduard VII., englisch. König 9
Eduard VIII., englischer König 91, 100 ff., 103 ff., 122
Elliot, französischer Gesundheitsminister 309
Epp Franz Ritter von, General 39

Falkenhorst von, Generaloberst 213
Feiling Keith 75, 146, 148, 187, 200, 204
Flandin Pierre, französischer Außenminister 81, 118
Forrestal, USA-Kriegsminister 168
Franco Francisco, Generalissimus, spanischer Staatschef 47, 88, 105 f.
François-Poncet André, französischer Botschafter in Berlin 23, 59, 60
Friedrich der Große, König von Preußen 50
Frick Dr. Wilhelm, Reichsinnenminister 39
Fritzsche Hans, Ministerialdirektor im Reichspropagandaministerium 198

Gamelin Maurice Gustave, französischer Generalstabschef 108 f.
Garvin J. L. 120
Gaus Dr. Friedrich Wilhelm, Unterstaatssekretär und Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 178, 250, 281 ff.
Geczy Barnabas von 95, 107
Georg VI., englischer König 100, 106, 108
Gisevius Hans Bernd 194, 201
Goebbels Dr. Josef, Reichspropagandaminister 126, 275, 283
Göring Hermann 37, 39 ff., 46, 48 f., 90, 95, 107, 108, 125, 136, 143, 177, 196 f., 199, 202, 249, 256, 270, 296
Goy Jean 102
Grandage Dr. 16

Grandi Graf Dino, italienischer Botschafter in London 106, 187
Grünspan Herschel 272

Hacha Dr. Emil, tschechoslowakischer Staatspräsident 149 f.
Halder Franz, Generaloberst, Chef des Generalstabes des Heeres 270
Halifax Lord Eduard F., englischer Außenminister 121, 132 ff., 152, 161, 192 ff., 201, 203, 286
Haeseler Graf Gottlieb von, Kommandierender General des XVI. Armeekorps 11
Hemmen, Gesandter 219 f.
Henderson Sir Neville, englischer Botschafter in Berlin 47 f., 140 f., 143 f., 186, 188 ff., 207, 283 ff., 292, 296
Henkell Otto, Schwiegervater des Verfassers 8, 32
Henlein Konrad, Führer der Sudetendeutschen Partei, später Gauleiter 138 f.
Hertwig, Großvater des Verfassers 13
Heß Rudolf, Reichsminister, Stellvertreter des Führers der NSDAP 47, 49, 95, 102, 127, 191, 257, 266
Hewel Walter, Botschafter, Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Führerhauptquartier 90, 154, 172, 264, 266 f.
Hilger Gustav, Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Moskau 180, 206
Himmler Heinrich, Reichsführer SS, Reichsinnenminister 37, 39, 52, 128 ff., 220, 254, 258, 275 f., 304
Hindenburg Paul von, Generalfeldmarschall, Deutscher Reichspräsident 37 ff.
Hindenburg, Oskar von, Generalmajor 37, 39 f.
Hitler Adolf
  Persönlichkeit 45 ff., 68, 73 f., 87, 125
— Arbeitsweise 125, 131, 269
— Weltanschauliche Stellungnahmen 43 f., 211, 254 f., 256, 275
— Politische Konzeption 42 ff., 66 ff., 75 ff., 88 ff., 110 ff., 124 f., 253 ff., 257 ff., 267, 296, 299 f., 303
— Einstellung:
  zu Bulgarien 233, 236
  zu England 17, 22, 43 ff., 61, 64, 66 f., 74, 91 ff., 98 f., 110 f., 151, 202 f., 221, 316
  zu Finnland 226, 229, 236
  zu Italien 43, 223, 291
  zu Japan 248 f., 251
  zum Judentum 211, 229, 242, 271 ff., 297
  zur Monarchie 23
  zu Österreich 131 ff.
  zu Rumänien 227, 233, 238
  zur Sowjetunion 43, 77, 171 ff., 184 f., 206 f., 227 ff., 232 ff., 235 ff., 238 ff., 263, 265, 300 f.
  zu Spanien 88 ff.

— Einstellung:
zu Ungarn 259f.
zu den USA 163, 250, 327
— Einzelereignisse: Regierungsbildung 1933 36ff.
Austritt aus dem Völkerbund 54
Wiedereinführung der Wehrpflicht 60
Rheinlandbesetzung 77ff., 81, 86f.
Eingreifen in Spanien 88ff.
Österreich-Anschluß 136
Wochenendkrise Mai 1938 139
Treffen mit Chamberlain 8, 47,131ff.,138f.,141ff.,146f., 311
Böhmen-Mähren-Krise 148ff.
Polenkrise 154ff. 162, 177f., 186ff., 287, 291,, 321ff.
Dänemark-Norwegenbesetzung 213f.
Belgrader Putsch 223f., 225
Friedenssondierungen 90, 261ff., 265, 301
— Letzte Wochen 1945 32, 268, 298
Hoare Sir Samuel, englischer Marineminister 63
Hoesch Leopold von, deutscher Botschafter in London 85f., 90, 106
Holldack, Heinz 141
Horn, Dr. Martin 270
Hoover Herbert, Präsident der USA 164
Horthy Nikolaus von, ungarischer Reichsverweser 259f.
HugenbergAlfred,Geheimrat 40

Jans T. J. 67
Joachim Josef 13

KaganowitschLazar M., sowjetrussischer Minister 210
Kallay Miklos von, ungarischer Ministerpräsident 259
Kaltenbrunner Ernst, SS-Obergruppenführer 130
Kaupisch Leonhard, General der Flieger 213
Keitel Wilhelm, Generalfeldmarschall, Chef des Oberkommandos derWehrmacht 187f., 213f., 228, 256
Kemsley Lord James G. 85, 104
Kennard Sir Howard, englischer Botschafter in Warschau 192
Kennedy J., USA-Botschafter in London 168
Kent Herzog von 107
Keppler Wilhelm 37
Kirkpatrik Sir Ivonne 145
Kleist Peter 264f.
Kleist-Schmenzin Ewald von 141
Kollontay Alexandra Mme., sowjetrussische Botschafterin in Stockholm 262, 264, 266
Konoye Fürst, japanischer Ministerpräsident 221
Kordt Dr. Erich 145, 179, 278ff.
Kordt Dr. Theo 179, 203
Körner Paul, Staatssekretär 39
Krofta, Dr. Kamil, tschechoslowakischer Außenminister 140, 310

Lang Dr., Erzbischof von Canterbury 108f.
Lammers Dr. Hans Heinrich, Reichsminister 254
Laval Pierre, französischer Ministerpräsident 60, 161, 220
Layton Sir Walter 64
Leider Frieda 107
Lersner Kurt Freiherr von 39
Liddle, englischer Admiral 63
Lipski Josef, polnischer Botschafter in Berlin 154ff., 160ff., 196f., 198f., 201, 286f.
Litwinow M., sowjetrussischer Außenminister 82
Lloyd George David, englischer Premierminister 48, 104, 153
Lloyd Lord 141f.
Londonderry Lord Charles St., englischerLuftfahrtminister 120
Lorraine Sir Percy, englischer Botschafter in Ankara 118
Lukasiewicz Jules, polnischer Botschafter in Paris 166, 314f.

Maiski Jwan M., sowjetrussischer Botschafter in London 105
Margarete Prinzessin von Preußen 21
Markowitsch Cinkar, jugoslawischer Außenminister 225
Marshall George, USA General-Stabschef 112, 223, 327
Massigli René 140, 308f.
Matsuoka, japanischer Außenminister 222, 241, 246ff.
Maxwell-Fyfe Sir David 97,281
Meißner Otto, Staatssekretär 39
Meier, Major 29
Mac Donald Ramsay, englischer Premierminister 55f.
Molotow, Wyatscheslaw M., sowjetrussischer Außenminister174ff.,179ff.,205ff., 210, 230f., 232ff., 242ff., 247
Monsell Lord Breton M., Erster Lord der englischen Admiralität 63, 94
Morrison, englischer Minister 310
Mussolini Benito 89, 106, 143f., 163, 201f., 204, 236, 262, 264, 276, 289f., 292, 316

Napoleon I., französischer Kaiser 16, 217, 274
Napoleon III., französischer Kaiser 8
Negrin Juan, spanischer Regierungschef 89
Neurath Konstantin Freiherr von, Reichsaußenminister 79, 90f., 108, 124, 281, 285
Northumberland Herzogin von 108

Oshima Hiroshi, japanischer Botschafter in Berlin 249, 324ff.
Oskar Prinz von Preußen 40
Osusky Stephan, tschechoslowakischer Gesandter in Paris 140, 309

Paderewski, polnischer Staatspräsident 153
Papen Franz von, deutscher Reichskanzler, später Bot-

schafter 36ff., 115, 123, 131, 255f.
Paul, jugoslawischer Prinzregent 224f.
Pawlow, sowjetrussischer Dolmetscher 180
Pawlowna Anna 209
Pétain Philippe, Marschall, französischer Staatschef 216ff.
Peter II., jugoslawischer König 225
Pfleiderer Dr. 254
Pichot Henry 102
Pilsudski Josef, polnischer Marschall 153, 155
Pirow Oswald, südafrikanischer Minister 204
Poincaré Raymond, französischer Ministerpräsident 57
Poncet François s. François-Poncet
Potemkin, sowjetrussischer Botschafter 179
Potocki Graf Jerzy, polnischer Botschafter in Washington 165f., 250, 311ff.
Prittwitz und Gaffron von, General 11

Raeder Erich, Großadmiral 252
Ramsay Lady Patricia 21
Rath vom Ernst, deutscher Legationsrat in Paris 272
Raumer von 110
Ray John E., Oberst, Generalsekretär des Internationalen Militärtribunals 324
Reichsstadt Herzog von 217
Renthe-Fink Cecil von, deutscher Gesandter in Vichy 218
Ribbentrop, Annelies von, geb. Henkell 5, 32, 38, 87f., 92, 94, 266, 303ff.
Ribbentrop Friedrich von 16
Ribbentrop Ingeborg, verehel. Jenke, Schwester des Verfassers 10
Ribbentrop Lothar, Bruder des Verfassers 10, 15f., 18, 24, 31
Ribbentrop Olga-Margarethe, geb. von Prittwitz u. Gaffron, Stiefmutter des Verfassers 11, 14
Ribbentrop Richard, Oberstleutnant, Vater des Verfassers 7ff., 26, 28, 31, 42
Ribbentrop Rudolf von 27, 305
Ribbentrop Sofie, geb. Hertwig, Mutter des Verfassers 7, 10, 12f., 21
Röhm Ernst, Stabschef der SA 37, 39, 52
Roosevelt Franklin D., Präsident der USA 127, 159, 163, 164f., 168, 171, 221, 224, 245, 250ff., 255, 311ff., 326
Rosenberg Alfred, Reichsleiter der NSDAP, Reichsminister 130
Rothermere Lord 64, 85, 94
Runciman, Lord Walter 140, 309f.
Rydz-Smigly Eduard, polnischer Marschall 196

Scapini, französischer Botschafter in Berlin 220
Schacht Hjalmar, Reichsminister, Reichsbankpräsident 39, 145

Schlabrendorff E. von 270
Schleicher Kurt von, General, deutscher Reichskanzler 36f., 59
Schmieden Werner von, Gesandter 81
Schmidt Dr. Paul Otto, Gesandter, Dolmetscher 92, 196, 280f., 287
Schmundt, Generalmajor 187
Schnurre Julius Karl, Gesandter 172
Schröder Kurt Freiherr von 37
Schulenburg Friedrich Werner Graf von der, deutscher Botschafter in Moskau 172f., 179ff., 209, 227, 237f.
Schultze-Naumburg Paul, Professor 39
Schuschnigg Kurt, österreichischer Bundeskanzler 132ff.
Schuster, Admiral 62
Schwerin-Krosigk Lutz Graf von, Reichsfinanzminister 58, 114
Seeckt Hans von, Generaloberst 30
Seidl Dr. Alfred, Rechstanwalt, 172, 230, 232, 234
Selby Sir Walford 118
Sidor Karol, tschechoslowakischer Minister 148
Sima Horia 130
Simon Sir John, englischer Außenminister 56, 61f.
Simowitsch Duschan T., jugoslawischer General 225f., 238, 245
Simpson Mrs. Wally, spätere Herzogin von Windsor 103f.
Speer Albert 106
Stalin Josef W. 77, 90, 171ff., 176ff., 179ff., 205ff., 226ff., 230ff., 243, 246f., 262f., 273
Stannes Robert, US-Captain 327
Stauning Thorvald, dänischer Ministerpräsident 212
Stein Freiherr vom, preußischer Kriegsminister 28
Stimson Henry L., USA-Kriegsminister 252
Stojadinowitsch Milan, jugoslawischer Ministerpräsident 223
Stötzer, Kommandierender General 11
Strathcona Lord 22
Street Sir Arthur 310
Stresemann Gustav, Reichsaußenminister 44
Suner Serano, spanischer Außenminister 47

Tansill Charles C., Professor 168, 252, 255
Taft Robert, USA-Senator 250
Tiso, Dr. Josef, slowakischer Staatspräsident 147f.
Titulescu, rumänischer Außenminister 81f.
Todt Dr. Fritz, Reichsminister 49
Troost Paul, Professor 106
Tuka, Professor, slowakischer Minister 148

Vansittart Lord Robert 65ff., 71, 72, 85f., 94ff., 99, 122, 141, 179, 204
Visser Philipp Christian, niederländischer Gesandter in Ankara 255f.

Wagner Richard 57f., 88
Wally, Captain 25
Warner Sir G., englischer Gesandter in Bern 141
Waßner Erwin, Admiral 62
Weizsäcker Ernst Freiherr von, Staatssekretär 141, 178, 240, 278ff.
Wiedemann Fritz, Hauptmann a. D., Generalkonsul 130
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 8f., 14, 29, 274
Wilson Sir Horace 142
Wilson Woodrow, Präsident der USA 29, 70, 164, 168
Wolf Karl, SS-Obergruppenführer 130
Woroschilow Klementiy, sowjetrussischer Marschall 210
Wrisberg von, General 30

Zeeland Paul van, belgischer Ministerpräsident 81
Zwetkowitsch, jugoslawischer Ministerpräsident 223ff.